

DER GEWERKSCHAFTLICHE KAMPF UM EIN SOZIALES
EUROPA
DARSTELLUNG UND KRITIK EUROPÄISCHER
ARBEITNEHMERVERTRETUNG

VORGELEGT VON
ANGELA STEFFENS
MÜNCHEN 1980

DER GEWERKSCHAFTLICHE KAMPF UM EIN SOZIALES EUROPA -
DARSTELLUNG UND KRITIK EUROPÄISCHER ARBEITNEHMERVERTRETUNG

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie
an der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Angela Steffens
aus
München

Druckerei Christoph & Michael Hofbauer, München
1980

Erscheinungsjahr 1980



Referent: Professor Dr. Kurt Sontheimer
Korreferent: Professor Dr. D. Grosser
Tag der mündlichen Prüfung: 28. Juli 1980

Der gewerkschaftliche Kampf um ein soziales Europa -
Darstellung und Kritik europäischer Arbeitnehmervertretung

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Vorwort	1
1. Die Herausbildung des europäischen Bewußt- seins der deutschen Gewerkschaften im histo- rischen Prozeß seit 1949	4
1.1 Ausgangssituation	4
1.2 Die Europapolitik der deutschen Gewerkschaf- ten bis Ende der 60er Jahre	15
1.3 Wandel und Intensivierung der Europapolitik der deutschen Gewerkschaften	26
2. Möglichkeiten gewerkschaftlicher Mitwirkung in der Europäischen Gemeinschaft	33
2.0 Vorbemerkung zur Rolle der Sozialpolitik in der Europäischen Gemeinschaft	33
2.1 Der Dialog zwischen den europäischen Gewerk- schaften und der Europäischen Gemeinschaft	44
2.1.1 Die gewerkschaftliche Arbeit im Wirtschafts- und Sozialausschuß	48
2.1.2 Die gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaft	60
2.1.3 Der direkte gewerkschaftliche Kontakt mit den Regierungsvertretern der Europäischen Gemeinschaft	66
2.2 Die Stellung der deutschen Gewerkschaften zur ersten Direktwahl des Europäischen Par- laments	74
3. Die Zusammenarbeit der Gewerkschaften in Europa	85
3.1 Grundfragen gewerkschaftlicher Zusammenarbeit in Europa	85

	Seite
3.1.1 Das Problem der regionalen Ausdehnung des Europäischen Gewerkschaftsbundes	88
3.1.2 Die Öffnung des Europäischen Gewerkschaftsbundes für die christlichen Gewerkschaften in Westeuropa	91
3.1.3 Das Verhältnis des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu den kommunistischen Gewerkschaften in Westeuropa	94
3.2 Die Entwicklung der Zusammenarbeit seit Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes 1973	103
4. Gewerkschaftliche Arbeitsbereiche innerhalb der Europäischen Gemeinschaft	114
4.1 Das Spektrum gewerkschaftlicher Arbeitsfelder in Europa	115
4.2 Gewerkschaftlicher Einsatz für die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung in Europa	122
4.2.1 Staatsinterventionistische Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung	124
4.2.2 Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung	132
4.2.3 Gewerkschaftliche Aktionen für die Vollbeschäftigung	137
4.3 Gewerkschaftliche Vorstellungen zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht in Europa	142
4.3.1 Gewerkschaftliche Forderungen zur "Europäischen Aktiengesellschaft"	145
4.3.2 Die Diskussion über die Macht der multinationalen Konzerne	152
5. Probleme einer einheitlichen Gewerkschaftspolitik in Europa	170
5.1 Das unterschiedliche Selbstverständnis der europäischen Gewerkschaften (am Beispiel der Mitbestimmung)	171

III

	Seite
5.1.1 Die Mitbestimmung als gewerkschaftliches Ziel (Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg, Niederlande und Dänemark)	172
5.1.2 Die Ablehnung der Mitbestimmung (Belgien und Frankreich)	180
5.1.3 Die Mitbestimmung in der Diskussion (Italien und Großbritannien)	189
5.2 Nationalismus und Internationalismus innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung	205
Literaturverzeichnis	216



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Vorwort

Die Europäische Gemeinschaft ist - wie ihre Vorläuferinnen, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM), bereits zu erkennen geben - Resultat einer westeuropäischen Politik, die mit der Schaffung eines Wirtschaftsraums frei von expansionshemmenden Schranken das nationale Wohl der in diesem Verbund inbegriffenen Staaten zu fördern sucht. Zwar beabsichtigt die inzwischen auf neun Vollmitgliedsländer angewachsene EG, über die wirtschaftliche Integration auch eine weitergehende Integration im Sinne einer politischen Union zu erreichen, die als "europäische Demokratie" dem Menschen dient und in- und außerhalb des eigenen Machtgebiets zur Aufrechterhaltung und Festigung des Weltfriedens beiträgt, doch wird eine solche politische Einheit immer noch mehr proklamiert denn realisiert. Deutlich zeigt sich das, wenn die Staaten der EG auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Währungsunion einerseits unbestrittene Fortschritte erzielen, diese andererseits aber nicht mit einem entsprechenden Ausbau sozialpolitischer Maßnahmen verbinden und, insofern die Vernachlässigung des sozialen Korrektivs der wirtschaftlichen Integration mit den Bestimmungen der Römischen Verträge durchaus korrespondiert, so schon konzeptionell die Möglichkeiten eines auch vom einzelnen Bürgerwillen durchdrungenen politischen Näherrückens reduzieren. Angesichts dieser Tatsache ist es Zweck der vorliegenden Untersuchung, die spezifische Stellung jener Organisationen zu erhellen, die schon durch ihre Funktion innerhalb der einzelnen Nationalstaaten dazu berufen sind, auch gegenüber dem in der EG erfolgenden Annäherungsprozeß westeuropäischer Staaten auf dessen materielle, bürgerbezogene Ausfüllung zu drängen.

Die folgende Darstellung der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit sozialpolitischen Problemen der europäischen

Integration, die dem Deutschen Gewerkschaftsbund als ihrem Ausgangspunkt einen besonderen Stellenwert einräumt, besteht dabei zu einem wesentlichen Teil in der systematischen Erarbeitung einer Vielzahl von verstreuten Aufsätzen, Referaten, Stellungnahmen, Tätigkeitsberichten und Programmen nationaler wie europäischer Gewerkschaftsorganisationen und Institutionen, weil parallel zur staatlichen Handhabung der 'sozialen Frage' in Europa auch von wissenschaftlicher Seite die Beschäftigung mit wirtschaftlichen, juristischen und politischen bis politisch utopischen Aspekten des gemeinsamen Europas meist unter Abstraktion von den damit verbundenen sozialen Problemen erfolgt und letztere höchstens dort größere Beachtung erfahren, wo sie als günstige Bedingungen für die Herausbildung einer internationalistischen, klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegung fungieren sollen und auch entsprechend interpretiert werden. Die realistische Beschreibung der gewerkschaftlichen Bemühungen um ein auch sozial ausgestaltetes Europa, die, ausgehend von der prinzipiellen Stellung zur 'europäischen Idee' (Kapitel 1), die institutionellen Mitwirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften in der EG (Kapitel 2), die dafür notwendige Zusammenarbeit der nationalen Gewerkschaften (Kapitel 3), ihre spezifischen Arbeitsbereiche (Kapitel 4) und die Probleme einer einheitlichen Gewerkschaftspolitik in Europa (Kapitel 5) untersucht, beabsichtigt damit jedoch keineswegs, auf eine kritische Auseinandersetzung mit gewerkschaftlichen Aktionen und Einschätzungen ökonomischer, sozialpolitischer oder anderer Phänomene, wo immer dies notwendig ist, zu verzichten - im Gegenteil. Als theoretische Aufarbeitung eines bisher vernachlässigten Gegenstandsbereichs versteht sich diese Untersuchung gerade auch als das Bemühen, falsche, idealistische Vorstellungen besonders jener anzugehen, die einerseits ein praktisches Interesse an einem sozialen Europa zeigen, andererseits aber in ihren Einschätzungen zu praktizierender und Kritiken praktizierter Politik (seitens der Staaten oder einzelner Nationalgewerkschaften) kaum mehr vermögen als der

Realität ihre eigenen Ideale entgegenzuhalten, also immer nur an den guten Willen zur Verstärkung sozialpolitischer Aktivitäten bzw. zu mehr gewerkschaftlicher Einheit in Europa appellieren.

1. Die Herausbildung des europäischen Bewußtseins der deutschen Gewerkschaften im historischen Prozeß seit 1949

1.1 Ausgangssituation

"Eilt, daß ihr den Verstand zum Nutzen noch gebraucht
Eh denn Europa ganz, das goldne Land, verrauchet!
Ach, glaubt mir, einmal sich erretten von den Kriegen
ist mehr, als tausendmal unüberwindlich siegen!"

Diese Worte des Andreas Scultetus aus dem Dreißigjährigen Krieg stellt Ludwig Rosenberg, damals Leiter der Auslandsabteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, einem Aufsatz aus dem Jahre 1951, in dem er für eine fortschrittliche Einigung Europas plädiert, nicht zufällig voran. Was in diesem Gedicht poetisch zum Ausdruck kommt - die Mahnung an die Europäer, statt eines ständigen Gegeneinanders, das nur immer wieder Zerstörung und Not hervorbringt, ein Miteinander der Völker und Staaten zu praktizieren und damit nicht nur Frieden, sondern auch materiellen und geistigen Wohlstand zu erlangen -, diesen Gedanken führt Rosenberg in seinem Aufsatz "Europa ohne Konzeption" (1) vergleichsweise prosaisch aus. So ist seine Argumentationsweise zwar ebenfalls von einer idealistischen Grundstimmung getragen (sicherlich nicht zuletzt wegen der Erfahrung faschistischer Diktaturen in Europa und ihrer verheerenden Folgen), rekuriert neben den Hoffnungen auf Erfolge im politisch-demokratischen Bereich dabei nichtsdestoweniger aber auch auf unmittelbar materielle Vorteile einer europäischen Einigung. Anhang des Vergleichs von Produktionsziffern des freien westlichen Europas mit denen der USA und der UdSSR

(1) Ludwig Rosenberg, Europa ohne Konzeption, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Zeitschrift für soziale Theorie und Praxis, hrsg. vom Bundesvorstand des DGB, Heft 4/1951, S. 169ff

berechnet Rosenberg, daß die Völker des westlichen Europas reich sein könnten,

"wenn sie es wollten. Sie könnten die 8 Milliarden DM, die sie jährlich für die Zollbewachung ihrer 17000 Kilometer langen Grenzen bezahlen, dazu nutzen, den Lebensstandard der arbeitenden Menschen zu verbessern. Sie könnten Europa zu einem Muster einer modernen, freien und demokratischen Gemeinschaft machen, wenn sie ihren Reichtum nicht verschwendeten, ihre Kräfte nicht verzettelten, zusammen und nicht gegeneinander arbeiteten und endlich aus den wirtschaftlichen und politischen Tatsachen die Konsequenzen ziehen wollten." (2)

Als Anschauung für die dringende Notwendigkeit, endlich ein geeintes Europa zu schaffen, führt Rosenberg die Vereinigten Staaten von Amerika an, deren Arbeitnehmer einen wesentlich höheren Lebensstandard aufweisen. Den Grund für diesen Wohlstand möchte er jedoch nicht mit der "freien Wirtschaft" der USA oder gar dem "american way of life" erklärt haben, sondern damit,

"daß hier ein gewaltiges Gebiet zu einem Staats- und Wirtschaftskörperzusammengeschmiedet wurde, daß es mit seinen Nachbarn in engster wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit seit langen Jahren lebt und daß Arbeitskräfte, Waren, Reichtum ungehindert durch Grenzen in allen Staaten der USA frei beweglich und unter mehr oder weniger gleichen Bedingungen verfügbar sind." (3)

Wenn die Entgegensetzung von freier Wirtschaft und freiem Kapital- (und Arbeitskräfte-) verkehr, die Rosenberg hier macht, auch nicht einleuchten kann, so wird doch klar, daß die Verwirklichung eines Europas, das seinen Bürgern Frieden, Demokratie und stetige Verbesserung der Lebensbedingungen geben soll, nicht durch einen Zusammenschluß von Staaten, "deren Konzeption von Wirtschaft und Gesellschaft in der Vergangenheit ihre Zukunft sieht" (4), nicht erreicht werden kann. Der Zweck eines geeinten Europas müsse vielmehr

(2) ebd., S. 171

(3) ebd., S. 171

(4) ebd., S. 172

einer sein, "der unserer Zeit und ihren Aufgaben gerecht wird." (5) Und diesen Zweck sieht Rosenberg in der "Idee der Sozialen Revolution", die er folgendermaßen formuliert:

"Die Massen der arbeitenden Menschen müssen Sinn und Ziel der gemeinsamen europäischen Wirtschaft und Politik bestimmen, Europa muß den Weg weisen, wie man die Idee der Demokratie mit echtem sozialem Inhalt belebt, wie man die Probleme individueller Freiheit und technisch konzentrierter Wirtschaftsformen löst, wie man die moderne Wirtschaftssklaverei beseitigt und die Völker aus dem Halbdunkel mittelalterlicher Staatsbegriffe und dem Fluch des Maschinensklaven zu freiem Menschtum führt." (6)

Diese Forderung nach einer sozialen Demokratie in einem geeinten Europa erblickt den Fortschritt für diesen Teil der Welt nicht in einer nur "technischen Neukonstruktion". Diese würde den vom DGB an allen westlichen europäischen Staaten kritisierten Mangel, daß sich nämlich die Verwirklichung der Demokratie hauptsächlich auf den politischen, nicht aber auch auf den wirtschaftlichen und sozialen Bereich erstreckt, nur auf supranationaler Ebene reproduzieren. So bieten die westlichen Demokratien zwar schon von den Verfassungsgrundsätzen her den Gewerkschaften die Möglichkeit unabhängiger Betätigung, doch birgt nach Ansicht der Gewerkschaft das gesellschaftliche Demokratiedefizit die Gefahr ihrer fortdauernden Instabilität in sich (7).

Mögen in diesem Zusammenhang die inhaltliche Kritik und die Forderungen an Europa auch vom heutigen Standpunkt her als

(5) ebd., S. 172

(6) ebd., S. 172

(7) Vgl. dazu die Präambel des Grundsatzprogramms des DGB vom November 1963: "Unsere Zeit verlangt vor allem die demokratische Gestaltung des gesellschaftlichen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens, damit jeder Mensch seine Gaben nützen, seine Persönlichkeit frei entwickeln und verantwortlich mitentscheiden kann. Nur wenn es gelingt, eine solche Ordnung zu schaffen,

selbstverständliche Stellung der deutschen Gewerkschaften erscheinen, so muß doch festgehalten werden, daß in der damaligen Situation die Gleichsetzung der Einigung Europas mit der der freien Staaten Westeuropas, wie sie vom DGB von Anfang an ohne jede Problematisierung vollzogen wurde, in der politischen Auseinandersetzung keineswegs unumstritten war. Die innenpolitische Diskussion der Bundesrepublik Deutschland war zu dieser Zeit im Gegenteil geradezu geprägt von der Konfrontation zweier gegensätzlicher Standpunkte über die künftige Entwicklung des jungen Staates, gerade auch was dessen Stellung in Europa betraf. Während Adenauer sein Ziel, den Aufbau eines demokratischen und auf einer wirtschaftlich starken Basis stehenden Deutschlands, nur gegen die Sowjetunion verwirklichen zu können glaubte und daraus eine militärische, wirtschaftliche und politische Integration in das westliche System folgte, beschwor vor allem die sozialdemokratische Seite die Gefahr, daß die Wiederbewaffnung des westlichen Teilstaates und sein politisch-wirtschaftlicher Zusammenschluß mit den Westmächten nicht nur die Spaltung Deutschlands zementiere, sondern auch das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland auf eine freie Marktwirtschaft festlege. Während so der DGB in der Einigung Europas auch unter konservativem Vorzeichen zumindest die Möglichkeit der Transformation in einen Bund sozialer Demokratien sah, war für die Sozialdemokratische Partei durch eine solche Einheit ihr Ziel eines wiedervereinigten "sozialistischen Deutschlands in einem sozialistischen Europa! (8) für die nähere Zukunft ausgeschlossen.

wird die Freiheit des einzelnen, die Freiheit der Gemeinschaft und eine wahrhaft demokratische Gesellschaft in allen ihren Lebensformen verwirklicht werden. Sie allein ist die Gewähr für ein menschenwürdiges Leben und der einzig wirksame Schutz gegen totalitäre und andere unwürdige Daseinsformen." (Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Broschüre, hrsg. vom Bundesvorstand des DGB, 1973)

(8) Politische Leitsätze, Parteitag Hannover am 11. Mai 1946, in: Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Bearbeitet und herausgegeben von Ossip Flechtheim, Berlin 1963, Bd. III, S. 22 - b.w.

Wenn Adenauer wegen der ablehnenden Haltung der SPD gegenüber seiner Westintegrationspolitik dieser ausgerechnet den Vorwurf des Nationalismus machte, darf dies jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß seine Politik, die man demgegenüber als eine der nationalen Bescheidenheit bezeichnen könnte, die einzige Möglichkeit bot, Deutschland wirtschaftlich und politisch wieder stark zu machen.

"Es hilft alles nichts, wir müssen manche auf nationalen Vorstellungen und Traditionen beruhenden Hemmungen angesichts der neuen Entwicklungen auf der Erde über Bord werfen, und wir müssen handeln. Eine Entwicklung, die wir Europäer nicht beeinflussen können, geht sonst über uns hinweg." (9)

Vergleicht man diese Worte Konrad Adenauers mit den Worten Ludwig Rosenbergs

"Wir (Europäer) haben nur eins gemeinsam: jeder ist ängstlich besorgt, seine scheinbare Souveränität zu erhalten und zu stärken. Dazu benutzt er das Geld, die Rohstoffe und die Waffen - und jeder weiß, daß der erste Windstoß diese traurige Selbständigkeit umwirft wie eine Sandburg, daß sich keiner allein helfen kann, wenn es ernst wird, daß keiner seine eigene Wirtschaft selbständig in Ordnung halten kann, daß keiner mit seinen eigenen sozialen Problemen ohne fremde Hilfe fertig wird" (10),

In einem "sozialistischen Deutschland in einem sozialistischen Europa" sähe Kurt Schumacher dann auch nicht mehr die Gefahr, die er im Januar 1947 als Argument gegen eine Integration Deutschlands in den Westen, wie sie Adenauer verfolgte, beschwor: "...wir wünschen... eine Orientierung unserer Politik weder nach dem Osten noch nach dem Westen. Die Funktion der deutschen Kultur, Ökonomie und Politik ist immer gewesen, nicht orientiert zu sein. In dem Augenblick, wo man sich einseitig für die Orientierung festlegte, in dem Augenblick ist auch die verhängnisvollste Störung des europäischen Gleichgewichts eingetreten. In dem Augenblick sind die Perioden des Krieges und der Zerstörung über Europa hereingebrochen..." (Kurt Schumacher, dpa-Meldung vom 12.1.1947, Nr. 94 und vom 13.1.1947, Nr. 22)

(9) Konrad Adenauer, Erinnerungen, Band 3, 1955 - 1959, Stuttgart 1967, S. 19

(10) Ludwig Rosenberg, Europa ohne Konzeption, a.a.O., S. 170

ergibt sich auf den ersten Blick das Paradoxon, daß Gewerkschaften und Konservative in der Europafrage scheinbar einen Weg gehen wollten. Doch wird nicht nur aus der oben angeführten inhaltlichen Zielsetzung der Gewerkschaften für Europa, sondern auch durch den Hinweis auf die "sozialen Probleme" deutlich, daß diese Einigkeit nur darin bestand, gemeinsam für die Einigung zu sein. Inhaltlich sollte dieses neue Europa nämlich das eine Mal die "Idee der Sozialen Revolution" verwirklichen und das andere Mal "ein(en) Hort der christlich-abendländischen Tradition" (11) darstellen. Für die Ausgestaltung des zukünftigen Europas war dieser Gegensatz allerdings kaum von Bedeutung, da durch die Regierenden die Fakten geschaffen wurden.

Mit der Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) am 18. April 1951, den Verhandlungen von Messina, die am 25. März 1957 in Rom zur Unterzeichnung der Verträge zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und zur Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) führten, wurde das europäische Einigungswerk in Gang gesetzt. Die Gewerkschaften, so vor vollendete Tatsachen gestellt, erhielten dadurch einen zweiten Beweggrund für ihr europäisches Engagement. War es zunächst die Erwartung, daß ein geeinigtes Europa den Völkern Frieden, Demokratie und soziale Selbstbestimmung für alle Bürger brächte, galt es nun auf die konkreten Formen der von den politisch Verantwortlichen initiierten Einigung zu reagieren - um so den gewerkschaftlichen Vorstellungen weiterhin Geltung verschaffen zu können. Angesichts der Tatsache, daß "Reaktionäre" das Konzept der europäischen Einigung in ihrem Sinne anwenden wollen, stellte Rosenberg fest:

"Ist das verwunderlich? Es wäre töricht zu erklären, daß man abwarten solle, bis ein sozialistisches Europa

(11) Rede Adenauers vor dem Pariser Klub der Auslandspresse vom 13. 4. 1951, zit. in: Paul Weymar, Konrad Adenauer, Die autorisierte Biographie, München 1955, S. 611

entsteht, und sich in eine fruchtlose Opposition gegenüber einer Idee zu verrennen, die man selbst längst proklamierte, bevor Schuman sie zum Tenor seiner Rede machte." (12)

Gegenüber jenen, "die immer wieder in der Vergangenheit versagt haben" (13) und im Begriff waren, die Zukunft Europas entscheidend zu gestalten, versuchten die deutschen Gewerkschaften deshalb ein Gegengewicht zu schaffen - durch Mitarbeit an und in diesen neuen Institutionen, soweit den Gewerkschaften dazu die Möglichkeit gegeben wurde (14).

Diese Mitarbeit, die auch von den nationalen Gewerkschaften der Benelux-Länder, Frankreichs und Italiens mit unterschiedlicher Intensität angestrebt wurde, wurde insoweit erreicht, als bei den Verhandlungen des Schumanplans zur Montanunion Gewerkschafter als Sachverständige in den einzelnen Delegationen zugelassen waren (der Vertreter der deutschen Gewerkschaften war Hans vom Hoff, Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des DGB).

(12) Ludwig Rosenberg, Eine Idee beschäftigt die Welt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 6/1950, S. 244

(13) ebd., S. 244

(14) Diese Einschätzung des DGB wird von der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung geteilt. Auf der Internationalen Gewerkschaftskonferenz über die Ruhr, die der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) am 22. und 23. Mai 1950 in Düsseldorf veranstaltete, wurde der Schumanplan, den der französische Außenminister am 9. Mai 1950 verkündet hatte und der in der wirtschaftlichen Integration der Grundstoffindustrien den Ausgangspunkt für eine weitergehende europäische Föderation sah, vom Prinzip her gebilligt. Allerdings wurden an seine Verwirklichung folgende Bedingungen geknüpft:

1. Sicherung des gewerkschaftlichen Einflusses auf allen Stufen der "Schumanplan-Behörde"
2. Möglichkeit einer fortschrittlichen Wirtschaftspolitik seitens der Hohen Behörde, die Vollbeschäftigung und steigenden Lebensstandard realisiert
3. Offenheit des Plans für weitere Zusammenschlüsse auf europäischem Gebiet
4. speziell auf die deutsche Situation bezogen: Deutschland als gleichberechtigter Partner, zumindest Abbau aller Diskriminierungen auf dem Gebiet Kohle und Stahl

(Vgl. dazu Rolf Wagenführ, Schumanplan und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 4/1951, S. 173)

Ebenso wurden in die erste Hohe Behörde der Montanunion zwei Vertreter der internationalen Gewerkschaftsorganisationen von den nationalen Regierungen entsandt, und es wurde auch ein Beratender Ausschuß errichtet, dessen mindestens dreißig bis höchstens einundfünfzig Mitglieder sich zu je einem Drittel aus Arbeitnehmervertretern, Vertretern der Erzeuger sowie Vertretern der Verbraucher und Händler zusammensetzen.

Daß diese Art der Mitbestimmung keinen einschneidenden Erfolg der deutschen und europäischen Gewerkschaftsbewegung darstellt, wird an zwei Punkten deutlich:

- 1.) Sind zwar in der ersten Hohen Behörde zwei Gewerkschafter vertreten, so befinden sie sich bei insgesamt neun Mitgliedern zum einen in der Minderheit, zum anderen - und das ist das Entscheidende - ist diese Gewerkschaftsvertretung nur ein Zugeständnis der Regierungen, das jederzeit zurückgezogen werden kann, da eine Beteiligung der Arbeitnehmerseite an den Aufgaben der Hohen Behörde nicht im Vertrag festgelegt ist (15).
- 2.) Im Beratenden Ausschuß bedeutet die Drittelparität ebenfalls eine Minderheitsposition der Arbeitnehmervertreter, da die dritte Gruppe, Verbraucher und Händler, in ihrer Interessenlage zum großen Teil auch zur Unternehmenseite (z. B. Stahlgroßhändler) zu zählen ist. Vor allem aber sind die Befugnisse des Ausschusses nur gering, er kann zwar "Anregungen oder Bemerkungen jeder Art" (Art. 46 Montanvertrag) vorlegen, doch daß diese Vorschläge berücksichtigt werden müssen, ist nicht gegeben, der Ausschuß

(15) Vgl. dazu den Artikel 10 des Vertrags über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vom 18. April 1951: "Die Regierungen der Mitgliedstaaten ernennen im gemeinsamen Einvernehmen acht Mitglieder. Diese nehmen die Ernennung des neunten Mitglieds vor, das gewählt ist, wenn es mindestens fünf Stimmen erhält."

(Dieser Artikel wie alle weiteren betreffend die Europäischen Gemeinschaften werden zitiert aus: Beck-Texte, Europa-Recht, München, 3., neubearbeitete Auflage, Stand: 1. Mai 1977)

hat nur das Recht der Anhörung bei der Hohen Behörde (Art. 19). Auch bei der Entsendung der Mitglieder haben die Gewerkschaften nicht völlig freie Hand. Der Rat, also das Organ, in dem die Regierungsvertreter der jeweiligen Länder vertreten sind, "bestimmt die maßgebenden Erzeuger- und Arbeitnehmerorganisationen, auf die er die zu besetzenden Sitze verteilt. Jede Organisation soll eine Liste aufstellen, die für jeden der Organisation zugewiesenen Sitz zwei Kandidaten enthält. Die Ernennung erfolgt auf Grund dieser Liste" (Art. 18).

Wenn auch die Bestimmungen des Montanvertrags dem gewerkschaftlichen Ideal paritätischer Mitwirkung nicht entsprachen, so sahen die Gewerkschafter in ihnen doch die Chance, auf supranationaler Ebene langfristig jene "Respektabilität und Gleichheit" zu erlangen, die ihnen im nationalen Rahmen verweigert wurde (16). Diese in der 'Europa-Literatur' sich überall durchziehende Einschätzung des gewerkschaftlichen Beweggrunds erscheint auch bei Wolfram Elsner, der mit seinem Buch "Die EWG - Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften" als einziger versucht hat, einen historischen und analytischen Gesamtüberblick der gewerkschaftlichen Stellung zu Europa bis 1973 zu leisten. Allerdings wirft Elsner dem Deutschen Gewerkschaftsbund mangelnden Realismus vor, weil er dem gewerkschaftlichen Streben den Charakter der langfristigen Möglichkeit nimmt und ihm zugleich falsche (seine) Ziele unterstellt:

"Innerhalb der Gewerkschaftsbewegung unterlag man also Fehlschlüssen, wenn man die EWG als mit den ursprünglichen Zielen der Arbeiterbewegung übereinstimmend bezeichnete... dadurch, daß man die in den Mitgliedstaaten für die Gewerkschaften mehr oder weniger

(16) Ernst B. Haas, The Uniting of Europe. Political, Social and Economical Forces 1950 - 1957, London 1958, S. 225. Was Haas in seinen umfassenden Untersuchungen zu den Anfängen des europäischen Einigungswerkes "soziale Respektabilität und Gleichheit" nennt, taucht z. B. bei Hans Viktor Schierwater in seinem Aufsatz "Der Arbeitnehmer

ungünstigen politischen Verhältnisse durch einen politischen und gesellschaftlichen 'Neubeginn' auf internationaler Ebene kompensieren zu können hoffte. Man hoffte darauf, die 'Wirtschaftsdemokratie' auf internationaler Ebene realisieren zu können, obwohl sie auf nationaler Ebene offenbar vorerst nicht durchsetzbar war. Man wollte auf EWG-Ebene in die Offensive gelangen, obwohl man national in der Defensive war. Dies konnte natürlich nicht gelingen. Die Gewerkschaften haben aus der 'offensichtliche(n) Mißachtung der Arbeitnehmerschaft in einem Unternehmen, das gerade sie schon gefordert hatte' (Rosenberg), nie Schlußfolgerungen gezogen." (17)

Mit der Interpretation des gewerkschaftlichen Europaengagements als "Fehlchuß" und (mißglückte) "Offensive" übersieht Elsner, daß die deutschen Gewerkschaften auf ein Europa reagieren mußten, das von Staatsmännern geschaffen wurde, die unabhängig von ihrer politischen Couleur schon von ihrer Aufgabenstellung her nicht einfach gewerkschaftliche Ziele verfolgen konnten. Elsners Fehler, der sich natürlich seinem Interesse an einer 'linken' Gewerkschaftspolitik verdankt, hat jedoch dieselbe Einschätzung zur Grundlage wie sie in den wenigen 'bürgerlichen' Kommentaren zum Ausdruck kommt. Mit ihrer Behauptung, daß das ausschließliche Motiv der Gewerkschaften der Wille wäre, als gesellschaftspolitischer Faktor anerkannt zu werden, wurde nämlich auch von ihnen ausgespart, daß historische Umstände die Gewerkschaften zur Aktivität zwangen, sollte Europa nicht ohne sie gebildet werden. Die von Rosenberg konstatierte und ihm von Elsner entgegengehaltene "offensichtliche Mißachtung der Arbeitnehmerschaft" brachte ja gerade die Schlußfolgerung der deutschen Gewerkschaften mit sich, aus der Defensive heraus, dem Vorgegebenen das Beste abzurufen:

"Sie (die Gewerkschaften, d. Verf.) haben die Sache über ihr wohlbegründetes Recht gestellt. Sie fühlten

in Europa" (in: C. J. Friedrich (Hg.), Politische Dimensionen der Gemeinschaftsbildung, Köln und Opladen 1968, S. 294ff) unter der Formel "Anerkennung und Gleichberechtigung" auf.

(17) Wolfram Elsner, Die EWG - Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften, Köln 1974, S. 176f

sich vor der Geschichte verantwortlich, die geringen Chancen, die Dinge in rechtem Sinne zu beeinflussen, nicht zu verspielen." (18)

Ein zeitweilig überlegter Boykott der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aufgrund der Tatsache, daß die Gewerkschaften - im Gegensatz zu den EGKS-Verhandlungen - "bei der Ausarbeitung des Rom-Vertrags während der vorangehenden Konsultationen praktisch ausgeschaltet" (19) wurden und ihre Forderungen nach einem paritätisch besetzten Wirtschafts- und Sozialrat mit Initiativrecht (20) sowie einer Vertretung in der Kommission nicht durchsetzen konnten, wurde wieder verworfen. Solchen Überlegungen hinsichtlich

-
- (18) Ludwig Rosenberg, Entscheidungen für morgen - Gewerkschaftspolitik heute, Düsseldorf 1969, S. 252, Hervorhebung die Verf.
- (19) Otto Brenner, Bilanz und Perspektiven der europäischen Integration, Referat auf dem 3. gewerkschaftlichen Kolloquium am 7. März 1969 in Luxemburg, in: ders. Für eine bessere Welt, Aufsätze zur Gewerkschaftspolitik, Frankfurt 1970, S. 76
- (20) Die Bestimmungen über den Wirtschafts- und Sozialausschuß im Vertrag zur Gründung der EWG unterscheiden sich im wesentlichen nicht von denen des Beratenden Ausschusses der EGKS (was vor allem die Anhörung und die Ernennung durch den Rat betrifft). Ein interessanter Unterschied besteht in der rechtlichen Kodifizierung der Ausschußmitglieder. Während für den Beratenden Ausschuß der Montanunion die Drittelparität der drei gesellschaftlichen Gruppen verbindlich ist, spricht der EWG-Vertrag nur davon, daß der Ausschuß "aus Vertretern der verschiedenen Gruppen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens (besteht), insbesondere der Erzeuger, der Landwirte, der Verkehrsunternehmer, der freien Berufe und der Allgemeinheit." (Art. 193) De facto wurde eine Form der Drittelparität aber hergestellt, da laut Artikel 19 der Geschäftsordnung des WSA die Ausschußmitglieder "aus freien Stücken Gruppen bilden (können), die die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer und die übrigen Bereiche des wirtschaftlichen und sozialen Lebens vertreten." (Vgl. dazu Jahresbericht 1977 des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, Januar 1978, S. 41)

einer Konfrontation stand nämlich die Erkenntnis gegenüber, daß die Auswirkungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft viel mehr die Arbeitnehmer betreffen würden als die beschränkte Integration im Montanbereich. Die Gewerkschaft entschloß sich so zur Mitarbeit,

"mehr aus Sorge vor den nachteiligen Folgen der Verträge für die Arbeitnehmer als aus Begeisterung. Nachdem die Gewerkschaften die Verträge in ihrer jetzigen Gestalt nicht verhindern konnten, müssen sie mit allen Mitteln versuchen, daß die unvermeidlichen Lasten, die notwendigerweise aus dem Gemeinsamen Markt und auch Euratom entstehen, nicht einseitig auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden." (21)

1.2. Die Europapolitik der deutschen Gewerkschaften bis Ende der 60er Jahre

Welche sozialen Lasten für die Arbeitnehmer infolge der Errichtung der EWG (22) erwartet wurden und den Grund für die

(21) Otto Brenner, Die Gewerkschaften und die europäischen Institutionen, in: Die Neue Gesellschaft, Heft 5/1957, S. 352

(22) Wenn hier und im folgenden nicht genauer auf die Europäische Atomgemeinschaft eingegangen wird, so deshalb, weil die von den Gewerkschaften vorgeschlagene Lösung der an ihr hervorgehobenen Probleme zusammenfällt mit der, die sich ebenfalls aus anderen Implikationen der Gemeinschaftsbildung überhaupt ergibt - nämlich die Herstellung einer gemeinsamen europäischen Konjunktur- und Wirtschaftspolitik. Die gewerkschaftliche Stellung zur Atomgemeinschaft sei hier also nur kurz dargelegt. Grundsätzlich wird Euratom begrüßt, da der steigende Energiebedarf Europas nur noch durch Atomkraftwerke gedeckt werden könne, zudem eine zentral gesteuerte Forschung schwierige und kostspielige Aufgaben effektiver zu lösen in der Lage sei. Zu kritisieren sei aber die Lösung der Eigentumsfrage, da der Vertrag zwar in Anbetracht der Gefährlichkeit der Kernbrennstoffe das Eigentum an allen "besonderen spaltbaren Stoffen" der Atomgemeinschaft vorbehalte, aber "inkonsequenterweise" ein bestimmtes Uran (Uran 238), das bereits (auch privat) verwendet würde, nicht einschließt. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Über-

Bereitschaft der deutschen Gewerkschaften zur Mitarbeit unter dem Motto "Das Beste aus den Gegebenheiten machen" (23) abgaben, verdeutlicht Brenner im schon zitierten Aufsatz "Die Gewerkschaften und die europäischen Institutionen" von 1957. Da das eigentliche Ziel der Gründung des Gemeinsamen Marktes primär in der "Beseitigung von Zöllen und sonstigen Einfuhrhemmungen zwischen den Mitgliedsländern und eine(r) Vereinheitlichung der Außentarife für industrielle Erzeugnisse" bestand, die Bundesrepublik Deutschland aber vergleichsweise niedrige Einfuhrzölle gegenüber Drittländern erhob, die nun nach oben angeglichen werden sollten, erwartete die Gewerkschaft für die Bundesrepublik "Preiserhöhungen für gewisse Güter" und damit eine Belastung der Lebenshaltungskosten. Aber auch in der Vereinheitlichung des europäischen Binnenmarktes wurde eine Gefahr gesehen. Die Gewerkschaft befürchtete, daß "die natürlichen Standortvorteile gewisser Industrien sich auszuwirken beginnen. Dann werden

wachung der Sicherheit durch europäische Inspektoren, die die Einhaltung der von der Euroatombehörde festgelegten Grundnormen für den Gesundheitsschutz von Arbeitnehmern und Bevölkerung nicht tatsächlich kontrollieren können. Was vor allem aber für die Gewerkschaften ins Gewicht fällt und zu dem oben angeführten Ruf nach gemeinsamer Konjunktur- und Wirtschaftspolitik führt, sind die außerordentlichen wirtschaftlichen und sozialen Nebenwirkungen: industrielle Standortverschiebungen mit ihren Wirkungen auf das Arbeitsplatzangebot und Forcierung der Automatisierung mit ihren Auswirkungen, die sich bei der Gründung der Euratom "erst mehr erahnen als erkennen" lassen.

(Vgl. Otto Brenner, Die Gewerkschaften und die europäischen Institutionen, a.a.O., S. 351 f)

(23) ebd., S. 352

einzelne Industrien an bestimmten Orten unrentabel und müssen eines Tages stillgelegt werden", so daß "industrielle Standort- und Strukturverschiebungen mit allen ihren sozialen Konsequenzen, d. h. mit struktureller und einer möglicherweise daraus sich ergebenden konjunkturellen Arbeitslosigkeit die notwendige Folge sein (werden)." (24)

Wenn derartigen Befürchtungen zwar nicht nur vom heutigen Standpunkt aus längst die Basis entzogen ist (Preiserhöhungen, sowie Arbeitslosigkeit aufgrund von Standortverlegungen sind zwar gerade heutzutage aktuelle Anforderungen wirtschaftlicher Natur, aber sicherlich nicht wegen Einfuhrhemmnissen seitens der Europäischen Gemeinschaft gegenüber Drittländern bzw. Produktionsverlagerungen innerhalb der EG), sondern sie schon damals sehr schnell durch die wirtschaftliche Entwicklung eingeholt wurden, so haben zugleich geäußerte Bedenken Brenners im Gegensatz dazu erst in späteren Jahren an Aktualität gewonnen. Gemeint ist die Herausbildung multinationaler Konzerne. Angesichts der technischen Umwälzungen sieht Brenner riesige "Industriegruppen" entstehen, die eine "völlig neuartige Form der Konzentration von Produktionsmitteln" und d. h. auch von wirtschaftlicher und politischer Macht darstellen. (25) Tendenzen dieser Art als notwendige Konsequenzen anstehender "Automatisierung... und Rationalisierung" (26) zu erkennen - Maßnahmen, die "wegen des erforderlichen Kapitalaufwands nur Großunternehmen möglich" sind, was gerade auch "für die Verwendung von Atomenergie für friedliche Zwecke" (27) gilt - macht das besondere Gespür Otto Brenners, der die deutsche Gewerkschaftsbewegung nach dem Krieg maßgeblich prägte, deutlich.

Umso mehr muß verwundern, daß in den ersten Jahren des europäischen Zusammenschlusses diese Probleme nicht die gewerk-

(24) ebd., S. 350

(25) ebd., S. 353

(26) ebd., S. 352

(27) ebd., S. 353

schaftliche Politik und Diskussion bezüglich Europa beherrschten. Selbst offensichtliche Mißverhältnisse zwischen Anspruch des Vertrags betreffend die Sozialvorschriften und seiner Umsetzung in die praktische Politik waren keine Angriffspunkte gezielter gewerkschaftlicher Europaaktivität. Ein Beispiel für die Differenz von Vertragsvorschrift und seiner Realisierung ist der besonders von den Gewerkschaften als Fortschritt begrüßte Artikel 119 des Vertrages zur Gründung der EWG, der die Einführung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit vorschreibt. Während laut Vertrag dieser Grundsatz in der ersten Stufe des Bildungsprozesses der Gemeinschaft - also bis 1961, d. h. innerhalb von vier Jahren - verwirklicht werden sollte, geschah in dieser Hinsicht bis 1975 nichts. Erst im Frühjahr des Jahres 1975 wurde eine "Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen" in aller Form erlassen, die im Februar 1976 in Kraft trat (28) - ein Erfolg übrigens, der nicht auf das Konto der Gewerkschaften geht, sondern sich dem Vorgehen der Kommission der Europäischen Gemeinschaft verdankt, der die Ratsmitglieder zu diesbezüglichen Aktivitäten drängte (29).

(28) Vgl. gewerkschafts informationen, Gewerkschaftsmittellungen hrsg. von der Abtlg. 'Gewerkschaften' der Generaldirektion 'Information', Europäische Gemeinschaften, Brüssel, Heft 4/1976, S. 7ff

(29) Daß eine derartige Richtlinie aber immer noch nicht die Umsetzung in die Rechtspraxis bedeutet, zeigt sich daran, daß die Kommission drei Jahre nach Inkrafttreten der Verordnung ankündigte, den Europäischen Gerichtshof anzurufen, wenn nicht endlich die vom EG-Ministerrat erlassene Direktive über die Gleichheit der Gehälter in den Mitgliedstaaten durchgesetzt würde. Laut einer Studie der Kommission lag der Lohn männlicher Industriearbeiter 1977 im Durchschnitt um 29 % höher als bei Frauen. Des weiteren wurde festgestellt, daß der Prozeß der Angleichung in der Bundesrepublik, den Niederlanden und in Dänemark die geringsten Fortschritte gemacht habe. (Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 27. 1. 1979)

Das Fehlen eines spezifisch gewerkschaftlichen, also auf die sozialpolitischen Implikationen der Gemeinschaftsbildung ausgerichteten Europaengagements der deutschen Gewerkschaften in jener Zeit wird darüberhinaus in einem der "Europäischen Gespräche" deutlich, die seit 1950 im Rahmen der Ruhrfestspiele zwischen europäischen Gewerkschaften, Politikern und Wissenschaftlern über Fragen innerhalb des Problemkreises "Gewerkschaft, Gesellschaft und Wirtschaft" geführt werden. Der Verlauf eines 1966 stattgefundenen "Europäischen Gesprächs", das sich dem Thema "Europa. Wirtschaftliche Notwendigkeit - Politische Möglichkeit" widmete, wurde von einem Teilnehmer dahingehend kritisiert, daß der Bezug auf die soziale Thematik fast vollkommen fehle. Die Feststellung dieses Defizits war für den Ersten Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ludwig Rosenberg nun nicht der Anlaß, dem Gespräch eine Wendung zu geben, die auf das ureigenste Feld der Gewerkschaften, die sozialen Interessen der Arbeitnehmer, zurückführte. Er legitimierte vielmehr die ablaufende Diskussion über Fragen allgemeinpolitischen Interesses wie die deutsche Wiedervereinigung in einem geeinten Europa, das Verhältnis Europa - USA, de Gaulle und der Beitritt Großbritanniens zur EWG mit dem (Schein-) Argument, daß die unter anderem geforderte Aussprache über die gemeinsame Zielfindung der in vielen Fragen divergierenden europäischen Gewerkschaften eine zu "komplizierte" Thematik anspreche. Er wollte auf diese Probleme nicht eingehen, da sie in diesen Rahmen nicht hingehörten, nicht, "weil sie nicht interessant genug wären, diskutiert zu werden, aber in der kurzen Zeit natürlich nicht vernünftig ausdiskutiert werden könnten." (30) Als Scheinargument erweist sich Rosenbergs Replik darin, daß die von ihm bevorzugte Materie -

(30) Ludwig Rosenberg in: Karl Braukmann (Hg.), Europa. Wirtschaftliche Notwendigkeit - Politische Möglichkeit; 15. Europäisches Gespräch der DGB in Recklinghausen, Juni 1966, Köln o. J. (1966), S. 172

nämlich das Gespräch über die europäische Politik im Allgemeinen, ohne die auch hier mögliche Herstellung des Bezugs auf soziale Fragen - natürlich genauso "kompliziert" ist, er aber dort nicht das Problem des vernünftigen Ausdiskutierens hat.

Was sich am Fehlen besonderer gewerkschaftlicher Bemühungen gegenüber der sozialen Ausgestaltung Europas in den 60er Jahren nur negativ erschließen läßt, stellt Rosenberg in der Praktizierung des angeführten 15. Europäischen Gesprächs positiv klar: Für die damalige Gewerkschaftspolitik war Europa, der Fortschritt der europäischen Einigung an sich das Thema. Verglichen mit der ursprünglichen Auseinandersetzung der deutschen Gewerkschaften mit Europa fand von daher eine Zweck-Mittel-Verkehrung statt. War in den bisherigen Äußerungen zum Ausdruck gekommen, daß die vollzogene europäische Einigung, gerade weil sie ja in traditionell marktwirtschaftlicher Weise ausgerichtet und mit geringster gewerkschaftlicher Beteiligung geschaffen und gesteuert wurde, nur eine Bedingung gewerkschaftlicher Politik sei, aufgrund derer man trotz aller Schwierigkeiten das gewerkschaftliche Ziel, das soziale Europa der Arbeitnehmer, zu erreichen hoffte, so ging es jetzt nur peripher um diese Bemühungen.

Der Grund für das mangelnde Bestreben der deutschen Gewerkschaften, ihre Position gegenüber der europäischen Faktizität zu verbessern, ist in der gesamtgesellschaftlichen Situation jener Jahre zu finden. Schon in den Anfängen der jungen Republik mußte die deutsche Gewerkschaftsbewegung erfahren, daß ihre gemeinsam mit den Sozialdemokraten getragenen Vorstellungen über den Charakter des zukünftigen Staates keine Realisierung erfuhren. Die, wie in den Bundestagswahlen immer wieder zum Ausdruck kam, von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützte Politik des Wiederaufbaus Konrad Adenauers und Ludwig Erhards verhinderte die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum oder nach betrieblicher und gesamtgesellschaftlicher Mitbestimmung wie sie

zum Beispiel im Münchner Grundsatzprogramm des DGB vom Oktober 1949 aufgestellt wurden. Das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 brachte nicht die erhoffte Erweiterung der Mitbestimmung für Kohle und Stahl von 1951 auf andere Branchen und die Bestimmungen des EWG-Vertrags beschränkten die weitergehende gewerkschaftliche Mitwirkung im übergreifenden politischen Bereich. "Wenn dieses Scheitern bei der Verwirklichung gewerkschaftlicher Ziele auch nicht den notwendigen Grund dafür abgibt, daß die deutschen Gewerkschaften sich als Antwort auf diese Realität nun wieder auf die 'klassische' Gewerkschaftsarbeit, auf lohn- und tarifpolitische Auseinandersetzungen (31) zurückzogen, so wurde dieser Schritt - der Verzicht auf gesellschaftsverändernde Initiativen - doch durch die Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich erleichtert. Die Politik der sozialen Marktwirtschaft und des freien Handels zwischen den europäischen Ländern, von jenen Staatsmännern initiiert, die von Rosenberg als die "Ewiggestrigen" gekennzeichnet wurden, führte nämlich nicht zu den von Rosenberg 1951 beschworenen "Katastrophen" (32) und brachte auch nicht jene von Brenner im eingangs

(31) Vgl. dazu die Aktionsprogramme des DGB von 1955 und 1965 in denen die Forderung nach "gesicherter" bzw. nach "mehr Mitbestimmung" hinter den Forderungen nach kürzerer Arbeitszeit (die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich), Verlängerung des Urlaubs auf vier Wochen, höheren Löhnen und Gehältern, Sicherheit der sozialen Lage, besonders aber des Arbeitsplatzes und ähnlichen, auf die direkte Verbesserung des Lebensstandards der Arbeitnehmer gerichteten, Zielen zurücktritt. (Vgl. Dieter Schuster, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Düsseldorf 1973, S. 106/117)

(32) Ludwig Rosenberg, Europa ohne Konzeption, a.a.O., S. 172

zitierten Aufsatz prophezeiten Verschlechterungen für die Arbeitnehmer. Im Gegenteil, die stetige Expansion der deutschen und europäischen Wirtschaft führte zu einer Erhöhung des Sozialprodukts und damit einer Steigerung des Lebensstandards, der in so relativ kurzer Zeit nach Kriegsende nicht zu erwarten gewesen war (33). Daß diese Entwicklung

-
- (33) Die Frage, die Otto Brenner im Februar 1966 in einem Vortrag zu "Deutschland und Europa" in diesem Zusammenhang stellt, ob nämlich die hohen jährlichen Wachstumsraten des Sozialprodukts die Wirksamkeit der Integrationspolitik belegen und die er dahingehend beantwortet, daß dies zweifelhaft sei, "dieser begrüßenswerte Erfolg viel stärker auf dem ohnehin starken Nachholbedarf in der Nachkriegszeit und der anhaltenden Weltkonjunktur" beruhe, spielt für die gewerkschaftliche Haltung zu Europa keine Rolle. Die mögliche Konsequenz einer solchen Einschätzung, Europa auf sich beruhen zu lassen und für einen stärkeren Alleingang der deutschen Wirtschaft zu plädieren, ist nicht gezogen worden. Entgegen der Brennerschen Interpretation, die übersieht, daß die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft ohne die Entstehung eines umfassenden europäischen Binnenmarktes ihre Waren gar nicht in dem Umfang hätte absetzen und so ihren Aufschwung nehmen können, hält die offizielle Gewerkschaftspolitik am unzweifelhaften Nutzen der wirtschaftlichen Integration fest. Elf Jahre später, als im Lauf der ersten großen Wirtschaftskrise seit Kriegsende innerhalb der deutschen Bevölkerung eine Abneigung gegen die Europäische Gemeinschaft sich ausbreitete, da die Deutschen nur der "Zahlmeister Europas" seien ohne Vorteile dafür zu verbuchen, verwies der DGB in der "Welt der Arbeit" auf den Handelsüberschuß der Bundesrepublik im innergemeinschaftlichen Handel von z. B. 17,3 Milliarden DM im Jahr 1974 und dessen wesentlich geringere Krisenanfälligkeit im Vergleich zum Welthandel insgesamt. Welchen Vorteil der deutsche Arbeitnehmer von dieser Wirtschaftsverbinding hat, wird vom Deutschen Gewerkschaftsbund schon im Titel des Berichts ausgedrückt: "Jeder achte Arbeitsplatz hängt von unseren Nachbarn ab." (Welt der Arbeit, Nr. 5 vom 4. 2. 1977). Der Aufsatz von Otto Brenner "Deutschland und Europa" findet sich in: Otto Brenner, Für eine bessere Welt. Aufsätze zur Gewerkschaftspolitik, Frankfurt 1970

jedoch nicht zur unbedingten Zufriedenheit der Gewerkschaften verlief, belegt ihr geführter Kampf um eine größere Partizipation der Arbeitnehmer am erwirtschafteten "Kuchen" und andere soziale Verbesserungen wie die Verkürzung der Arbeitszeit. Eine 'europäische Herausforderung' im unmittelbaren Sinne, also beispielsweise Arbeitslosigkeit aufgrund von europäischen Strukturverschiebungen, war allerdings nicht gegeben und ebensowenig war die Frage nach Mitbestimmung an europäischen Entscheidungen virulent, da die Arbeitnehmerschaft nicht vor drängenden, nur international lösbaren Schwierigkeiten (z. B. Arbeitsplatzverlust durch Produktionsverlagerungen multinationaler Konzerne) stand. Vor allem aber auch die mit dem Florieren der Wirtschaft einhergehende - und nach den Erfahrungen von Weimar alle Beteiligten überraschende - Stabilität des demokratischen Gefüges in der Bundesrepublik Deutschland ließen jenen Ruf nach Errichtung der wirklich sozialen Demokratie im nationalen wie europäischen Rahmen, der sich ja zum großen Teil der Sorge um die Lebensfähigkeit einer Demokratie ohne breite gesellschaftliche und wirtschaftliche Partizipation verdankt, nicht in der von früher her bekannten ungeduldig mahnenden Weise aufkommen. In Zusammenfassung der damaligen Situation läßt sich also sagen, daß aus dem Einhergehen von Scheitern gewerkschaftlicher gesellschaftspolitischer Vorstellungen und relativem Wohlstand von den deutschen Gewerkschaften die Konsequenz gezogen wurde, sich auf die klassischen Themen der Gewerkschaftspolitik zu beschränken und die europäische Frage abgehoben von der gewerkschaftlichen Tagespolitik zu diskutieren. Die Tatsache, daß trotz des - aufgrund der angeführten wirtschaftlichen und politischen Entwicklung - ausbleibenden Zwangs zu einer aktiven Hinwendung zu Europa die deutschen Gewerkschaften sich dennoch nicht aus der Europapolitik ausschalteten, findet ihre Erklärung in den zwei Beweggründen gewerkschaftlichen Europaengagements. Sind diese zum einen in der Notwendigkeit einer Aktivität (sollte diese einschneidende Neuerung europäischer Politik nicht über die Köpfe der Arbeitnehmer hinweg oder gegen sie verlaufen), zum anderen

in dem Wunsch nach Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigtem Partner zu sehen, dann gilt für den damaligen Zeitabschnitt, daß die deutschen Gewerkschaften sich so gut wie ausschließlich auf die Seite der "Respektabilität" stellten. Eine Vermittlung der beiden Seiten wurde unterlassen.

Die Bedingung dafür, daß die deutschen Gewerkschaftsführer die im 15. Europäischen Gespräch beispielhaft dargestellte Haltung gegenüber dem europäischen Bereich praktizieren konnten, war das Desinteresse seitens der gewerkschaftlichen Basis an der europäischen Frage. Da den Gewerkschaften zu unterstellen ist, daß sie nach wie vor das Ziel hatten, die Integration Europas zum Zweck der besseren Lebensbedingungen der von ihr Vertretenen zu betreiben, bedeutet die Bestätigung des Desinteresses durch die Art der Behandlung europäischer Thematik die selbstgeschaffene Behinderung dieses Vorhabens. Will nämlich die Gewerkschaftsbewegung über den Kampf für ein soziales und auf allen Ebenen mitbestimmtes Europa die Grundlagen ihrer Politik sichern und verbessern, hängt die Erfüllung dieser Forderung ganz fundamental davon ab, daß sie auch von der Mehrheit der Arbeitnehmerschaft aktiv unterstützt wird.

Im Hinblick auf diesen Zweck, nämlich den 'Kollegen an der Basis' zur Unterstützung der europäischen Integration im gewerkschaftlichen Sinne zu gewinnen, kritisierte Manfred Lahnstein, damals Sekretär beim Europäischen Gewerkschaftssekretariat des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Brüssel, den Verlauf des 1966 geführten "Europäischen Gesprächs". Entgegen der von den unmittelbaren Sorgen der Arbeitnehmer abgegrenzten Gesprächsführung erstrebte Lahnstein die Herstellung des Zusammenhangs zwischen dem 'Nutzen' der "Europäischen Gespräche" und den alltäglichen Problemen der Arbeitnehmer (wie z. B. ein drohender Streik, Inflation und Mitbestimmung). Unabhängig davon, wie nun Lahnstein den Zusammenhang dieser disparaten Dinge mit der europäischen Integration zu konzipieren gedachte, bleibt

festzustellen, daß die Unterlassung eines derartigen Versuchs Auswirkungen bis zur heutigen Zeit nach sich zog. Als Beispiel für die möglichen Folgen einer solchen 'Unterlassungssünde' sei hier aus einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 2. Mai 1979 über die Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) der Bezirksverwaltung Main - Taunus zitiert. Zum Thema der damaligen Mai-Parole des DGB - "Arbeit für alle in einem Europa des sozialen Fortschritts" - heißt es dort:

"Heftige Kritik übten die Delegierten an den Mai-Parolen des DGB. Gefordert wurde - und zwar einstimmig - daß die Parolen künftig die unmittelbaren Interessen der Arbeitnehmer widerspiegeln sollen: Sicherung der Arbeitsplätze, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Durchsetzung der 35-Stunden-Woche und Nutzung der Rationalisierungsmöglichkeiten im Interesse der Arbeitnehmer. In der diesjährigen Mai-Parole gehe der DGB zu sehr auf die Europawahl ein. In der Antragsbegründung heißt es hierzu wörtlich: 'Wir glauben jedoch, daß es nicht Aufgabe des DGB sein kann, Wahlhelfer für die Parteipolitik gleich welcher Couleur zu sein. Zum anderen entspricht die Mai-Parole 1979 (Arbeit für alle in einem Europa des sozialen Fortschritts d. Red.) unserer Meinung nach nicht den wichtigsten Problemen und Aufgaben in den Betrieben und an den Arbeitsplätzen.'" (34)

Ohne hier auf das noch zu behandelnde Thema einzugehen, inwiefern die hier angesprochenen "unmittelbaren Interessen der Arbeitnehmer" überhaupt noch als abgetrennte von der europäischen Politik zu behandeln sind, macht der Bericht doch deutlich, wie sehr die europäische Thematik einem Großteil der Arbeitnehmer weiterhin als 'abgehobenes' Abstraktum gegenübersteht und wie wenig der DGB es trotz seines - noch zu erörternden - Wandels in der Europafrage geleistet hat, bei seinen Mitgliedern diese Trennung von unmittelbaren Problemen und Europa zu überwinden.

(34) Frankfurter Rundschau vom 2. 5. 1979

1.3. Wandel und Intensivierung der Europapolitik der deutschen Gewerkschaften

Wenn für die Gewerkschaften in der Stabilisierungsphase der Bundesrepublik galt, daß sie sich mit ihrer Politik dem politischen Klima jener Jahre, das mit dem Wahlslogan der CDU zur Bundestagswahl 1957 "Keine Experimente" wohl am treffendsten charakterisiert ist, anpaßten, wiederholte sich diese Akkomodation gewerkschaftlicher Politik an den 'Zeitgeist' gegen Ende der 60er Jahre - diesmal allerdings als Kritik der bestehenden Verhältnisse.

In der zweiten Hälfte jenes Jahrzehnts setzte ein Prozeß der Infragestellung des allein auf wirtschaftliches Wohlergehen gerichteten Denkens ein. Infolge der Rezession von 1966, die in weiten Teilen der Bevölkerung den Ruf nach dem starken Staat erklingen ließ (die NPD überwand in diesem Jahr in zwei Landtagswahlen die 5 %-Hürde), bildete sich bei den entstehenden Kritikern bundesrepublikanischer Ordnung das Bewußtsein, daß die Bürger über materielle Maßstäbe hinausgehende, moralische Werte benötigten. Vorangetrieben wurde dieser Bewußtseinsprozeß durch die, infolge staatlicher Bildungsproblematik, entstehende Studentenbewegung, die über die kritische Distanz zum universitären und zukünftigen beruflichen Lebensbereich zu einer Kritik des staatlichen Gemeinwesens gelang. Schlagworte wie Demokratisierung aller Lebensbereiche, Partizipation und Selbstbestimmung drangen in die Öffentlichkeit und gewannen an Vehemenz durch die Bildung der Großen Koalition und die von ihr verabschiedeten Notstandsgesetze. Die Rückwirkungen, die auf die politische Landschaft zu verzeichnen waren, blieben nicht allein auf die FDP beschränkt, die die "alten Zöpfe" abschnitt. Gerade auch die, noch mit den Unionsparteien koalierende, SPD wurde der Sammlungsort der kritischen Kräfte, die damit einen Wandel der Partei von innen her bewirkten. Ihren staatlichen Ausdruck fanden diese Veränderungen des politischen Bewußtseins schließlich in der sozial-liberalen Koalition in Konfrontation zum ehemaligen

Koalitionspartner CDU/CSU.

Eingebettet in diese Strömung die deutsche Gewerkschaftsbewegung, in der prinzipielle Gestaltungsideen wieder stärker zum Tragen kamen.

Auf die gewerkschaftliche Stellung zu Europa bezogen hieß das, daß hier eine Besinnung auf die ursprünglichen Vorstellungen stattfand. In - impliziter - Selbstkritik nahmen die Gewerkschaftsführer von ihrer bisherigen Europapolitik, die mehr eine 'Kleinausgabe' staatlicher Außenpolitik denn gewerkschaftsspezifische Aktivität war, Abstand und stellten die stärkere Betonung sozialpolitischer Erfordernisse und die Ausweitung demokratischer Verfahren in Europa in den Vordergrund. So machte Otto Brenner in seinem Referat "Bilanz und Perspektiven der europäischen Integration" auf dem 3. gewerkschaftlichen Kolloquium am 7. März 1969 in Luxemburg "unmißverständlich" und "nachdrücklich" klar, "daß ein Europa, das nur oder in erster Linie die Interessen des Kapitals und der Unternehmer berücksichtigt, für die Gewerkschaften unannehmbar ist. Die sozialen Aspekte müssen nach unserer Auffassung bei der wirtschaftlichen Vereinigung ein entscheidendes Gewicht haben. Für uns ist die Integration kein Wert an sich, sondern gewinnt letztlich nur dann ihren eigentlichen Sinn, wenn sie dem sozialen Fortschritt und der Schaffung demokratischer Strukturen dient." (35)

Auch Ludwig Rosenberg unterstreicht diese neue Europaaktivität, wenn er über die versteckte Drohung mit der Macht der Gewerkschaften die Gewährung der Mitbestimmung als Voraussetzung für die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, erklärt. So formuliert er als Folge vorenthaltener Mit-

(35) Otto Brenner, Bilanz und Perspektiven der europäischen Integration, in: Otto Brenner, Für eine bessere Welt, a.a.O., S. 76f, Hervorhebung die Verf.

bestimmung:

"Die Gewerkschaften müßten sich dann darauf beschränken, ohne Rücksicht auf irgendwelche übergeordneten Zielsetzungen ausschließlich darauf bedacht zu sein, höheren Lohn und eine Verkürzung der Arbeitszeit für ihre Mitglieder herauszuholen. Die Sorge und Verantwortung für gesamtwirtschaftliche Ziele und Entwicklungen könnten sie mangels des Rechts auf Einflußnahme nicht übernehmen - das müßten sie anderen überlassen. Im allgemeinen würden sie trotzdem auf ihre "Verantwortung" hingewiesen werden, und dann allerdings bestünde ihre Verantwortung nur darin, die von anderen gesetzten Ziele und Entwicklungen nicht zu stören." (36)

Es war jedoch nicht nur die beschriebene gesamtgesellschaftliche Stimmungslage, die die Gewerkschaften zum Wiederaufgreifen der sozialen Problematik des vereinigten Europas und zur Forcierung seines demokratischen Aufbaus bewegte. Was hinzukam und das Ergreifen neuer Aktivitäten erzwang,

-
- (36) Ludwig Rosenberg, Verantwortung der Gewerkschaften in einer zukünftigen Wirtschafts- und Währungsunion, in: Europa-Archiv, Zeitschrift für internationale Politik, Heft 9/1972, S. 311, Hervorhebung die Verf. . .
Um den Wandel in der gewerkschaftlichen Stellung zu Europa anhand eines Vergleichs zu verdeutlichen, sei hier noch auf den neuen Tenor der bereits erwähnten "Europäischen Gespräche" verwiesen. Schon an der Themenstellung - "Europa 1970. Bilanz und Zukunft der Europa-politik - Krisenmanagement oder Emanzipationsstrategie", "Europa '71. Der Europäische Bund Freier Gewerkschaften in der Gemeinschaft - eine neue Kraft für Europa", "Europa '72 - Wirtschafts-Konzentration in Europa" - vor allem aber dann am Inhalt der Diskussionen, die, ganz anders als in den vorhergegangenen Gesprächen, gewerkschaftliche Strategien und die Frage nach Gegenmachtpositionen entwickelten, zeigt sich die veränderte Gewichtung der Probleme in und mit Europa.

war das Aufkommen neuer Herausforderungen. Die erste war die stets wachsende Wirtschaftskonzentration in der westlichen Welt. Heinz Oskar Vetter, DGB-Vorsitzender und Präsident des Europäischen Bundes Freier Gewerkschaften (EBFG), faßte die Situation wie folgt zusammen:

"Seit dem Zweiten Weltkrieg erleben wir einen weltweiten Integrationsprozeß. Die überkommenen nationalen Unternehmens- und Konzentrationsstrukturen verlieren ständig an Bedeutung. Dieser Prozeß wird sich mit Sicherheit in Zukunft noch beschleunigen. Nach einem Sachverständigenbericht des Unterausschusses für Außenwirtschaftspolitik im amerikanischen Repräsentantenhaus ist damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit weniger als einhundert multinationale Unternehmen zwei Drittel der Produktion der kapitalistischen Welt kontrollieren werden. Zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit werden Fusionen eingegangen, Beteiligungen vereinbart, Rationalisierungen durchgeführt, Stillelegungen beschlossen, überhaupt Standortveränderungen größten Ausmaßes vollzogen. Zwischen Tochtergesellschaften der Großunternehmen findet eine internationale Arbeitsteilung und Marktaufteilung statt. Durch die Konzentration auf immer weniger Gesellschaften werden Entscheidungen innerhalb der Produktionssphäre zunehmend zentralisiert.

Diese Prozesse berühren vitale Interessen der Arbeitnehmer wie Arbeitsplatzerhaltung, Arbeits- und Lohnbedingungen. Oft genug werden Entscheidungen gegen die Interessen der Arbeitnehmer getroffen, da zum Beispiel die Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Ländern wesentliche Kriterien bei Produktionsverlagerungen sind. Die unternehmenspolitische Strategie richtet sich nicht nach Vollbeschäftigung und sozialen Leistungen an die Arbeitnehmer, sondern wird bestimmt von dem Ziel eines möglichst großen Ertrags." (37)

Da die Kapitalkonzentration in besonderem Maße auf der westeuropäischen Ebene anzutreffen sei, enthält der weiterhin als positiv erachtete und unterstützte Prozeß der Integration (38) auch seine negativen Momente:

(37) Heinz Oskar Vetter, Internationale Gewerkschaftspolitik als Einheit, in: Die Neue Gesellschaft, Heft 6/1970, S. 770

(38) Vgl. Vetter im selben Aufsatz, S. 771: "Die Fortsetzung der westeuropäischen Vereinigung wird von den Gewerkschaften weiterhin nachdrücklich unterstützt, denn sie

"...so beobachten sie (die Gewerkschaften, d. Verf.) doch mit Sorge, daß der bisherige Prozeß sich hauptsächlich als geeigneter Rahmen für Unternehmenskonzentration erweist. In Westeuropa besteht heute bereits die Gefahr der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit der großen Mehrheit der Bevölkerung von der Übermacht der multinationalen Konzerne." (39)

Konsequenz dieser Analyse ist, daß

"die Gewerkschaften... die Herausforderungen, die sich im Zuge des weltweiten Wandlungsprozesses stellen, in ihren Aufgabenkreis einbeziehen (müssen). Sonst besteht die Gefahr, daß die Arbeitnehmer als weitaus größte Gruppe unter den Bevölkerungen Westeuropas mit wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen konfrontiert werden, denen sie als einzelne schutzlos ausgeliefert sind. Das zu verhindern und den Integrationsprozeß sozial zu gestalten, ist ein wichtiger Teil internationaler Gewerkschaftspolitik." (40)

Die zweite Herausforderung, die heute in ganz besonderem Maße ein Thema gewerkschaftlicher Politik darstellt, ist die hohe europäische Arbeitslosigkeit seit 1973 (41). Die eigentliche Brisanz dieser sozialpolitischen Aufgabe der letzten Jahre zeigt sich dabei darin, daß seit etwa 1976/77 auf gesamteuropäischer Ebene nicht nur eine Überwindung der

ist die große Chance: Aussöhnung und Verständigung zwischen den Völkern auch institutionell abzusichern, den Lebensstandard und die technologische Entwicklung zu steigern und somit auch die einzige Möglichkeit, die weltwirtschaftlichen Verpflichtungen Europas zu erfüllen, vornehmlich gegenüber den Entwicklungsländern."

(39) ebd., S. 771

(40) ebd., S. 771 f

(41) Vgl. dazu die Studie des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) 'Vollbeschäftigung: Hauptziel der Wirtschaftspolitik', Manuskript, o. O. (Brüssel), u. o. J. (1977), S. 1: In Westeuropa ist die wirtschaftliche Rezession nunmehr schon in ihr viertes Jahr eingetreten. Seit 1973 nimmt die Arbeitslosigkeit jedes Jahr zu, so daß sich jetzt die Zahl der in der Gemeinschaft registrierten erwerbslosen Personen - circa sechs Millionen - seither verdoppelt hat. Berücksichtigt man die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Arbeitskräfte sowie die in ihr Herkunftsland zurückgekehrten Wanderarbeit-

Wirtschaftskrise eingetreten ist, sondern inzwischen bereits von einem Aufschwung, ja in wesentlichen Teilbereichen der nationalen Wirtschaften von einem Boom gesprochen werden kann - der hohe Sockel von ca. 6 Millionen (5,7 %) Arbeitslosen in der EG (die Werte in den einzelnen Mitgliedstaaten differieren zwischen 0,9 % in Luxemburg und 9,0 % in Irland (42)) aber nach wie vor bestehen bleibt. Diese "beängstigende" Lage, die nach Meinung des Europäischen Gewerkschaftsbundes "sich nicht so hätte entwickeln müssen und auch nicht anhalten muß" (43), erfordert nach Ansicht der deutschen und europäischen Gewerkschaften nicht nur Druck auf die nationalen Regierungen, sondern auch eine verstärkte Zusammenarbeit der Staaten im europäischen Rahmen unter Einbeziehung der Gewerkschaften.

Zwanzig Jahre nach den ersten Schritten zu einem vereinigten Europa läßt sich somit für die deutsche Gewerkschaftsbewegung wieder eine ähnliche Situation wie am Anfang aufzeigen: Hält sie zum einen nach wie vor am europäischen

nehmer, so ergibt sich klar, daß die tatsächliche Arbeitslosigkeit und die Zahl der verlorengegangenen Arbeitsplätze wesentlich höher ist. Etwa 40 % der Arbeitssuchenden sind noch nicht 25 Jahre alt. Die Gesamtsituation, weit davon entfernt, sich zu bessern, verschlechtert sich weiterhin: das Sinken der Wachstumsrate der Gemeinschaft von 4,3 % im Jahr 1976 auf die von der Kommission vorhergesagten 2,5 % im Jahr 1977 bedeutet, daß die Arbeitslosigkeit weiterhin zunimmt.

(42) Vgl. der Gewerkschafter, Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, Heft 4/1979, S. 18

(43) Studie des EGB 'Vollbeschäftigung...', a.a.O., S. 1

Einigungswerk als der letztlich einzigen Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Staaten Westeuropas fest, so entspricht zum anderen das geschaffene Europa längst noch nicht allen ihren Vorstellungen, stellt sie vielmehr vor Aufgaben, die ihren ganzen Einsatz erfordern, will sie nicht in Europa und damit auch im Nationalstaat den Einfluß verlieren, mit dem sie, ihrem eigenen Anspruch entsprechend, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller Arbeitnehmer und darüber auch den Erfordernissen des Gesamtwohls dienen will. (44)

-
- (44) Diese Parallele zur anfänglichen Lage findet auch ihren Ausdruck im Bemühen, sich organisatorisch auf die europäischen Gegebenheiten einzustellen. Immer dann, wenn sich die Gewerkschaften vor einschneidende Entwicklungen gestellt sahen, ergriffen sie auf dem Gebiet der gemeinsamen Organisierung die Initiative. Dies geschah erstmals, als nach dem Krieg durch die westlichen Besatzungsbehörden die Internationale Ruhrbehörde zur Kontrolle der deutschen Kohle- und Stahlindustrie geschaffen wurde. Um eine Mitwirkung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer in dieser Institution zu ermöglichen, gab es Konsultationen der Metall- und Bergarbeitergewerkschaften der beteiligten Länder USA, Großbritannien, Frankreich, Belgien und Luxemburg mit den deutschen Kollegen. Auf der gewerkschaftlichen Ruhrkonferenz im März 1949 in Luxemburg wurde dann ein ständiges überregionales Gewerkschaftskomitee gegründet, dem deutsche, französische, belgische, luxemburgische und holländische Vertreter angehörten. Der Entstehung der Montanunion folgte die Gründung des sogenannten 21er Ausschusses (je 7 Vertreter der betroffenen Einzelgewerkschaften und der nationalen, dem IBFG zugehörigen Gewerkschaftsbünde - zwei aus Italien), aus dem 1958 der Montan-Ausschuß IBFG - EGKS entstand.
- Parallel zum Inkrafttreten der Rom-Verträge entstand im Januar 1958 ein Zusammenschluß der betroffenen nationalen nicht-kommunistischen Gewerkschaftsdachverbände, das Europäische Gewerkschaftssekretariat des IBFG.
- Erst die neuen Anforderungen am Ende der 60er Jahre ließen eine Verstärkung der europäischen Organisation geboten erscheinen und führten im April 1969 zur Gründung des Europäischen Bundes Freier Gewerkschaften (EBFG). Anlässlich der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft stellte sich die Frage, ob nur die hinzukommenden Gewerkschaftsbünde in den EBFG eintreten sollten oder ob die Schaffung einer umfassenderen Struktur angemessener wäre. Die Antwort war der Aufbau des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), dem inzwischen 31 Dachverbände aus 18 europäischen Ländern angehören.

2. Möglichkeiten gewerkschaftlicher Mitwirkung in der Europäischen Gemeinschaft

2.0 Vorbemerkungen zur Rolle der Sozialpolitik in der Europäischen Gemeinschaft

Da mit der neuerlichen aktiven Hinwendung der Gewerkschaftsbewegung zu Fragen der europäischen Integration auch bei den nationalen Regierungen ein Prozeß eingeleitet wurde, der die Sozialpolitik stärker in den Problemkreis europäischer Bemühungen stellte, ist es erforderlich, den Stellenwert der Sozialpolitik innerhalb der Gemeinschaft zu klären.

Im Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nimmt die Sozialpolitik schon rein zahlenmäßig einen sehr geringen Raum ein (1), ihre untergeordnete Bedeutung wird aber vor allem deutlich im Inhalt der Sozialparagraphen. Bis

-
- (1) Von den 248 Artikeln des Vertrages beziehen sich nur 16 auf sozialpolitische Fragen. Diese sind:

- Art. 48 - 50 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer
- Art. 51 über die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer aus der Gemeinschaft
- Art. 117 über die Abstimmung der Sozialordnungen zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte
- Art. 118 über die Förderung der Zusammenarbeit in sozialen Fragen durch die Kommission
- Art. 119 über gleiches Entgelt bei gleicher Arbeit für Männer und Frauen
- Art. 120 über die Bestrebung der Beibehaltung der Gleichwertigkeit der Ordnung über die bezahlte Freizeit
- Art. 121 über die Durchführung von Maßnahmen die aus den Artikeln 48 bis 51 resultieren
- Art. 122 über den Jahresbericht der Kommission zur Entwicklung der sozialen Lage in der Gemeinschaft
- Art. 123 - 127 über die Aufgaben des Europäischen Sozialfonds
- Art. 128 über die Aufstellung allgemeiner Grundsätze zur gemeinschaftlichen Berufsausbildung

auf die verbindlichen Vorschriften über die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die Gleichbehandlung in der Entlohnung von Männern und Frauen (die ja, wie in 1.2 gezeigt, trotz vertraglicher Festlegung noch immer nicht realisiert ist) und über die Errichtung eines Sozialfonds bleiben die Regelungen im Programmatischen oder in Verfahrensnormen (Ermächtigungsvorschriften) stecken. Beispielhaft dafür sind die Artikel 117 und 118 (EWG-Vertrag). Im Artikel 117 heißt es folgendermaßen:

"Die Mitgliedstaaten sind sich über die Notwendigkeit einig, auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte hinzuwirken und dadurch auf dem Wege des Fortschritts ihre Angleichung zu ermöglichen." (Hervorhebung die Verf.)

In welcher Weise nun zu diesem Ziel gelangt werden soll, wird einmal dem Automatismus des Gemeinsamen Marktes überlassen - "daß sich eine solche Entwicklung... aus dem eine Abstimmung der Sozialordnungen begünstigenden Wirken des Gemeinsamen Marktes...ergeben wird" (Art. 117) -, zum anderen wird die Kommission beauftragt, "eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in sozialen Fragen zu fördern" (Art. 118), wobei ihre Befugnisse auf Untersuchungen, Stellungnahmen und die Vorbereitung von Beratungen beschränkt sind.

Im allgemeinen werden in Kommentaren zur sozialpolitischen Ausgestaltung der Gemeinschaft die historischen Gegebenheiten bei Ausarbeitung des Vertrags als Grund für die mangelnden sozialpolitischen Vorschriften ausgegeben. So erklärt sich Reinhard Rummel bei seinem wissenschaftlichen Vorhaben, ein integrationspolitisches Konzept für Europa mit Hilfe der Sozialpolitik zu erarbeiten, die Vernachlässigung der sozialpolitischen Komponente mit der Nachkriegssituation:

"Die Gründungsphase der Gemeinschaft stand unter dem Primat des Wirtschaftswachstums. Die Nachkriegssituation rechtfertigte forcierte Wachstumspolitik als beste Sozialpolitik. Die für Westeuropa integrativen

Impulse ergaben sich aus Marktgesetzen und äußeren politischen Faktoren. Die sozialen und gesellschaftspolitischen Kräfte traten nur sehr einseitig im westeuropäischen Konzert in Erscheinung." (2)

Und der Journalist Erich Hauser stempelt in einem Aufsatz im EG-Magazin einen ganz bestimmten Politiker zum Sündenbock: Wirtschaftsminister Ludwig Erhard habe bei der Abfassung der Römischen Verträge dafür gesorgt, daß eine Harmonisierung der Sozialpolitik nicht stattfindet (3). Auch Walter Hallstein, ehemaliger Präsident der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, der die vorangegangenen Urteile zwar so nicht teilt, zählt die Sozialpolitik aber zu den Bereichen,

"in denen der Vertrag von Rom deutlich geprägt ist von den Kontroversen der Vertragsverhandlungen. Von der Vergangenheit also. Es ist nicht so sehr die 'Natur der Sache', es sind nicht die objektiven Notwendigkeiten europäischer Politik, die sich darin widerspiegeln, sondern eher die zufälligen historischen Bedingtheiten, auf die der Reformwille stieß - nicht die Lösungen für die Schwierigkeiten, sondern die Schwierigkeiten der Lösung." (4)

Die größte Schwierigkeit bei Beratung der Römischen Verträge war laut Hallstein, daß Frankreich die soziale Angleichung der Mitgliedstaaten durchsetzen wollte. Sein kostspieliges Sozialsystem sollte auf die ganze Gemeinschaft ausgedehnt werden, um die Konkurrenzfähigkeit seiner nationalen Wirtschaft in der Gemeinschaft nicht durch die einseitige hohe Sozialbelastung zu gefährden (5). Da die anderen Staaten

(2) Reinhard Rummel, Soziale Politik für Europa, Bonn 1975, S. 124

(3) EG-Magazin, Hg. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Nr. 4/1978, S. 10

(4) Walter Hallstein, Die Europäische Gemeinschaft, Düsseldorf und Wien 1974, 2. Aufl. S. 168

(5) Vgl. dazu auch Alfred Mozer, ehemaliger Kabinettschef des Vizepräsidenten der Kommission der EWG: "...die erste Forderung nach sozialer Harmonisierung beim Abschluß des Vertrages (kam) nicht von den europäischen

dem nicht zustimmen wollten, kam es zum Kompromiß, der den auslegbaren Begriff der "Harmonisierung" an die Stelle von festumrissenen Vorschriften zur Egalisierung setzte und somit den Nationalstaaten freie Hand für die Gestaltung ihrer jeweiligen Sozialordnungen gab.

Dieses Beispiel, ebenso wie die Tatsache, daß Jahre nach der Amtszeit Ludwig Erhards und lange nach Überwindung der Nachkriegszeit die Sozialpolitik weiterhin als Defizit der Integrationspolitik bezeichnet wird, verweisen darauf, daß der Grund einer nur angedeuteten europäischen Sozialpolitik nicht einseitig an historischen Zufälligkeiten festgemacht werden und abgehoben von der 'Natur der Sache' diskutiert werden kann.

Wenn die damalige Debatte um die französischen Bestrebungen zeigt, daß die Sozialpolitik ein wichtiger Faktor der nationalen Konkurrenzfähigkeit ist und damit der nationalen Entscheidung vorbehalten bleiben soll, so findet dies auch in den heutigen Debatten seinen Ausdruck. Zwar wird von den Regierungen immer wieder die Relevanz, ja Vorrangigkeit der sozialen Harmonisierung betont, so daß beispielsweise auf der Pariser Gipfelkonferenz von 1972 erklärt wurde, daß

"...die wirtschaftliche Expansion, die kein Selbstzweck ist, vorrangig dazu dienen (muß), die Unterschiede in den Lebensbedingungen zu verringern;... (die Expansion) muß ihren Niederschlag in einer Verbesserung der Lebensqualität und des Lebensstandards finden..." (6).

Gewerkschaften..., sondern (ist) eine Forderung der französischen Arbeitgeberverbände gewesen..., und zwar deshalb, weil sie überzeugt waren, daß die Sozialleistungen in Frankreich höher seien als in Deutschland und ohne Harmonisierung der Sozialleistungen ihre Kostenrechnung höher und damit ihre Konkurrenzlage ungünstiger gewesen wäre." (Alfred Mozer in: Karl Braukmann (Hg), Europa 1970. Politische und gesellschaftspolitische Folgen der wirtschaftlichen Integration; 16. Europäisches Gespräch, Köln 1967, S. 62)

- (6) Erklärung der Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Gemeinschaften in Paris am 19. und 20. Oktober 1972, in Europa

Doch geht es an die Umsetzung in die praktische Politik, bleibt diese weit hinter den Proklamationen zurück, wobei die 'Schuld' dafür nur den Partnern zugeschoben wird. So hob Professor Callet vom französischen Kultusministerium auf einer Informationsveranstaltung, zu der das französische Außenministerium und die Bayerisch-Französische Gesellschaft in der Hanns-Seidel-Stiftung eingeladen hatten, hervor, daß noch am ehesten Frankreich und die Bundesrepublik zu Kompromissen und Opfern für eine einheitliche Sozialpolitik bereit seien, während im allgemeinen national bedingte Eigenheiten und Egoismen für das bisherige Scheitern einer europäischen Sozialpolitik verantwortlich seien (7). Aus dieser wechselseitigen Schuldzuweisung wird deutlich, daß die Ursache einer bruchstückhaften gesamteuropäischen Sozialpolitik an die Zwecke der nationalen Regierungen rückgebunden ist, insofern das Interesse, das Wohl und den Reichtum der eigenen Nation zu mehren, im Widerspruch dazu steht, Wettbewerbsvorteile der eigenen Wirtschaft zugunsten einer europäischen Angleichung der Soziallasten nach oben aufzugeben. So ist es z. B. kaum anzunehmen, daß ein Staat wie etwa Großbritannien, der in den letzten Jahren zur Konsolidierung der nationalen Ökonomie durch einen Sozialkontrakt

Archiv, Zeitschrift für internationale Politik, Jg. 1972
Dokumente S. D503, Folge 21

(7) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 26. 6. 1978

Die Bereitschaft Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland "Opfer" zu bringen für eine europäische Sozial-Initiative verdankt sich dabei der Sozialpolitik dieser Länder, die als sehr weitgehend erachtet wird. Wie sich aber schon an den Wünschen Frankreichs bei den Verhandlungen zum EWG-Vertrag und wieder auf der Pariser Gipfelkonferenz 1972 an den sozialpolitischen Vorstößen der beiden Staaten zeigte, erstreben beide eine gleichmäßige europäische Verteilung der Soziallasten, um den eigenen Nachteil zu reduzieren, nicht aber wegen der sozialen Fortschrittlichkeit in allen Staaten an sich. So forderte z. B. die Bundesrepublik in ihrer dortigen "Initiative für eine europäische Sozial- und Gesellschaftspolitik" u. a. die Entwicklung der rechtlichen Freizügigkeit der Arbeitnehmer "durch eine sozialfortschrittliche

mit den Gewerkschaften den jährlichen Lohnanstieg unter der Inflationsrate festzuschreiben bestrebt war, sich bereit erklären wird, aus Harmonisierungsgründen die italienische 'scala mobile', die automatische Angleichung der Löhne und Gehälter an die Inflationsrate, zu übernehmen.

Daß die Sozialpolitik kein eigenständiger Bereich ist, der im Integrationsprozeß unabhängig von der Wirtschaftspolitik vorangetrieben werden kann, vielmehr immer als auf sie direkt zurückbezogen betrachtet werden muß, zeigt auch ein Beispiel aus dem bundesrepublikanischen Wahlkampf zum ersten direkt gewählten Europäischen Parlament. So verdeutlichte das Europawahl-Programm der SPD die Grenzen, die einer weitgreifenden Sozialpolitik für Europa durch die wirtschaftliche Konkurrenz der Partnerstaaten gesetzt sind. In dem auf dem Europa-Parteitag am 10. Dezember 1978 verabschiedeten Programm wurde - im Gegensatz zur nationalen Programmatik - u. a. die Einführung der 35-Stunden-Woche gefordert. Die Tatsache, daß diese sozialpolitische Forderung nur auf europäischer Ebene gestellt wird - der Europawahl-Beauftragte des SPD-Vorstandes, Bruno Friedrich, verwies auf einer Pressekonzferenz darauf, daß diese Forderung nur schrittweise und "im europäischen Maßstab durchgesetzt" werden könne (8) - verweist darauf, daß, ohne europäische Koordinierung, die 35-Stunden-Woche allein für die Bundesrepublik untragbare wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen würde. Ein Faktum,

Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Unternehmen und Betrieb", um "im Prozeß der sozialen Integration ökonomische Verzerrungen (Wettbewerbsvor- oder -nachteile)... zu vermeiden." (Deutsche Initiative für eine europäische Sozial- und Gesellschaftspolitik, vorgelegt auf der Gipfelkonferenz der Europäischen Gemeinschaft in Paris am 19. Oktober 1972, Europa-Archiv, Zeitschrift für internationale Politik, Jg. 1972, Dokumente, S. D 586f Folge 23)

(8) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 6. 12. 1978

Auch die Verlängerung des Jahresurlaubs wird in diesem Zusammenhang als gesamteuropäische Aktion gefordert, ebenso wie die Verkürzung der Lebensarbeitszeit: "Hinzutreten muß eine koordinierte Politik der Mitgliedsländer der Gemeinschaft zur Herabsetzung der Lebensarbeitszeit." (ebd.)

dem die SPD dadurch Rechnung trägt, daß sie diesen Programmpunkt einerseits auf Europa beschränkte und sich andererseits sicherlich keine allzu großen Illusionen über die Durchschlagskraft dieser Forderungen macht (9).

Angesichts des hier zu Tage tretenden Widerstreits zwischen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und sozialfortschrittlichen Bestrebungen geht eine Kritik, die unterschiedliche Lebensgewohnheiten, falsche Denkvorstellungen oder fehlende politische Willensbildung als Grund für die defizitäre Sozialpolitik in der Gemeinschaft angibt, am Kern der Problematik vorbei.

-
- (9) Daß die Übernahme der 35-Stunden-Woche-Forderung und anderer gewerkschaftlicher Anliegen (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 6. 12. 1972) in das Europaprogramm der SPD sich auch weiteren Überlegungen verdanken, sei hier kurz vermerkt: Zum einen muß ein Programm, das die Grundlage auch für die Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten im gemeinsamen Parlament darstellen soll, gewisse Anpassungen an deren Vorstellungen, die oft radikaler als die hierzulande sind, erbringen. Zum anderen werden mit derartigen weitergehenden Forderungen Wünsche breiter sozialdemokratischer Wählerschichten berücksichtigt, ohne daß ihre Nichterfüllung negativ auf die Partei zurückschlägt, da sie ja nur eine Stimme im europäischen Konzert ist.
- Angesichts der Tatsache, daß Staaten wie Frankreich, Irland, Großbritannien und Italien noch Wochenarbeitszeiten von 42,5 bis 41,4 Stunden haben (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 24. 1. 1978), ohne daß gewerkschaftlicher Druck innerhalb dieser Länder bisher daran etwas ändern konnte (auch das direkt gewählte Parlament hat keine Exekutivgewalt), dürfte dieses gesamteuropäische 'Vorhaben' einer westdeutschen Partei - und nicht etwa der Bundesrepublik Deutschland - in der überschaubaren historischen Situation letztlich auch nur der Spekulation, den eigenen Wähleranteil zu steigern, geschuldet gewesen sein. Entsprechend ist nach dem Wahltag dieses Thema sowohl auf Seiten der Regierungs- als auch auf Seiten der Oppositionsparteien in der Bundesrepublik aus der politischen Diskussion verschwunden.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Herbert Ehrenberg, der die "Konturlosigkeit" der Sozialpolitik der Gemeinschaft "vor allem in der noch wenig entwickelten politischen Willensbildung begründet" sieht und von daher die Hoffnung seiner Bürger auf ein direkt gewähltes Parlament richtet, das "eine andere Legitimation zu politischen Willensbildungen der Gemeinschaft haben (wird) als ein Europäisches Parlament, dessen Abgeordnete durch ihre Wahl lediglich einen nationalen Auftrag erhalten haben" (10), negiert mit dieser Argumentation die Machtlosigkeit des neuen Parlaments, dem auch weiterhin die Kompetenzen fehlen werden, tatsächliche Entscheidungen zu fällen und durchzusetzen. Welche Möglichkeiten das neue, durch direkte Wahlen legitimierte Parlament nur haben kann, macht Louis Janz, bis 1973 Direktor in der EG-Kommission, deutlich, wenn er als die wichtigste Funktion des Parlaments "in der augenblicklichen Phase der europäischen Einigung" die Artikulations- und Informationsfunktion nennt. Damit ist nach Janz "einerseits die Aufgabe gemeint, den politischen Willen der Mehrheit der Europäer zu artikulieren, und andererseits der Auftrag, die Öffentlichkeit über Probleme und Möglichkeiten der europäischen Einigung zu informieren." (11)

(10) Herbert Ehrenberg in : EG-Magazin, Heft 1/1979, S. 7

(11) Louis Janz, Es geht nicht nur um größere Kompetenzen, in: EG-Magazin, Heft 2/1979, S. 14, Hervorhebung die Verf.

Daß Louis Janz mit der Beschränkung des Parlaments auf die Artikulations- und Informationsfunktion vollkommen einverstanden ist, wird schon an der Überschrift seines Artikels deutlich, die programmatisch feststellt, daß es nicht nur um größere Kompetenzen ginge. In seiner lobenden Hervorhebung der Relevanz der Artikulation und Information kommt zum Ausdruck, daß er das Parlament in seiner Machtlosigkeit belassen will - er will ein Parlament, in dem uneingeschränkt von den verschiedenen politischen Standpunkten her europäisch gedacht wird, ohne daß die nationalen Entscheidungsbefugnisse beeinträchtigt werden - und erweist sich damit als ein Vertreter der Interessen seines Nationalstaates.

Auf dieser Grundlage werden im Parlament dann wohl die Ideale einer gemeinsamen europäischen Politik beschworen wie sie auch von Ehrenberg hervorgerufen werden - doch daß daraus praktische Konsequenzen erfolgen, ist mehr als fraglich. In diesem Zusammenhang sollte bedenklich stimmen, wie ein Wirtschaftskommentator der Süddeutschen Zeitung die Realisierungschancen solcher Forderungen durch das europäische Parlament einschätzt. In einem Kommentar zur Lohnbenachteiligung der Frau, die er mit dem Ungeheuer von Loch Ness vergleicht, das immer wieder schemenhaft auftauche, zieht er bezüglich der Lösung dieses Problems folgendes Resumé:

"Immerhin - vor Wahlen gibt es gelegentlich Vorstöße in das Tarifgefügedickicht. Jetzt waren es die SPD-Europa-Kandidatinnen, und sie kullerten das Ei des Kolumbus direkt nach Brüssel, aus dem gerade verlautete, daß die Lohnbenachteiligung der Frau oft bis zu 20 % ausmache. Da das Problem national nicht mehr zu lösen sei, müsse es auf europäischer Ebene angegangen werden, erklärten die SPD-Damen. Sicher ein Weg, der der Spezies lohnbenachteiligte Frau eine Chance gibt, das Ungeheuer von Loch Ness noch lange zu überleben." (12)

Der Grund für diesen Dualismus - das europäische Parlament formuliert das Ideal des geeinten Europas, die nationalen Regierungen behalten sich die Entscheidungsgewalt vor - liegt in dem schon oben näher ausgeführten Wollen der Nationalstaaten, ihre Souveränität nicht aufzugeben. Wenn es darum geht, Soziallasten zu übernehmen, weil ein anderer Staat sie bereits trägt oder aufgrund des Drucks seiner arbeitenden Bürger in Kürze wird tragen müssen, erweisen sich die politisch Verantwortlichen auch weiter als Deutsche, Belgier usw. Von daher wird das europäische Parlament in absehbarer Zeit auch mit seinen direkt gewählten und nicht mehr von den nationalen Parlamenten ernannten Abgeordneten nur die 'Begleitmusik' zu einer national ausgerichteten Politik

(12) Süddeutsche Zeitung vom 28./29. 4. 1979

spielen, die nur dann europäisch denkt, wenn ein unmittelbarer Nutzen für den eigenen Staat zu erreichen ist. Wenn angesichts dieser Tatsachen von Ehrenberg die Hoffnungen der Bürger geweckt werden, daß die "Eigendynamik" des direkt gewählten Parlaments schon einen gesamteuropäischen Fortschritt mit sich brächte, wird die Folge solcher - zwangsläufigen - Enttäuschungen in einer Abkehr von Europa bestehen. Statt der oft beklagten "Europamüdigkeit" gerade dadurch zu begegnen, daß die begrenzten Möglichkeiten einer Vereinheitlichung der europäischen Politik ohne Illusionen dargelegt und erklärt werden, bestätigt eine Politik der Verschönerungen auf lange Sicht diese Haltung. In diesem Sinne warnte Emilio Colombo, der Präsident des alten Europäischen Parlaments, in seiner Stellungnahme zur Direktwahl anläßlich der Konstituierung des "Bundeskomitees Europa-Wahl" am 13. November 1978 in Bonn vor zu grossen Illusionen:

"Man muß vermeiden, bei der Vorbereitung der Direktwahl die Illusion zu wecken, als bewirke diese Wahl allein schon das Heil. Alle heute bestehenden Probleme werden auch weiterhin das Leben der Gemeinschaft belasten." (13)

Auch der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter, der gerade als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen mit besonderem Nachdruck für die Forcierung der Sozialpolitik eintritt -

"Gerade die heutige Entwicklung der EWG zwingt mehr denn je im sozialen Bereich zu eindeutigen und übergreifenden Entscheidungen, denn die Arbeitnehmer müssen die Gewißheit haben, daß sie in der Europäischen Gemeinschaft am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in gerechter Weise beteiligt werden" (14) -,

(13) Emilio Colombo, in: EG-Magazin, Heft 12/1978, S. 11

(14) Antrag 167 des Bundesvorstands des DGB 'Sozialpolitik in der Europäischen Gemeinschaft' an den 9. Ordentlichen Bundeskongreß 1972, Protokoll des 9. Ordentlichen Bundeskongresses in Berlin vom 25. bis 30. Juni 1972, Hg. DGB, Abtlg. Organisation, o. O., o. J., S. 140

sieht in seiner Kritik an der "bedrohlichen Desintegration im Bereich des Sozialen" vom grundlegenden Spannungsverhältnis von Sozial- und Wirtschaftspolitik im Europa der Natio-
nalstaaten ab und verlegt den Grund für das konstatierte Defizit in die Mutlosigkeit der Regierenden:

"Die internationale Konzentration schreitet fort, sowohl auf staatlicher als auch auf wirtschaftlicher Ebene. Aber... sie wird zugleich begleitet von bedrohlicher Desintegration im Bereich des Sozialen. Die bisherigen Leistungen wie auch die zukunftsweisenden Signale der europäischen Einigung konzentrieren sich auf die Förderung privatwirtschaftlichen Wachstums. Zu gesellschaftspolitischen Fortschritten - so scheint es - fehlt der Mut." (15)

Daß die Berücksichtigung gesellschaftspolitischer Fragen von mehr abhängt als von der persönlichen Zivilcourage einiger Staatsmänner, kommt in Vettters eigenen Ausführungen zur Arbeitszeitverkürzung deutlich zum Ausdruck. Auf einer Kundgebung in Salzgitter Anfang November 1978 vertrat er die Auffassung, daß die gewerkschaftliche Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit keine nationale Frage, sondern "eines der wichtigsten Themen europäischer Politik" sei. Er fuhr fort, daß zur Lösung des Problems der Arbeitszeitverkürzung die Übereinstimmung der europäischen Gewerkschaften erzielt werden müsse, da diese zentrale Forderung europäisch verwirklicht werden müsse, um neue Ungleichgewichte in Europa zu verhindern (16). Da Vetter die Übereinstimmung der Gewerkschaften in Europa, eine gemeinsame tarifpolitische Strategie, nicht allein wegen der so zu steigernden Durchschlagskraft für die 35-Stunden-Woche fordert, sondern damit einhergehend auch die Verhinderung von Ungleichgewichten (der nationalen Soziallasten) erstrebt, reflektiert er in seiner Überlegung, daß die europäische Lösung anzustreben sei, ebenso wie die SPD in ihrem Europawahl-Programm, implizit auf die Konkurrenzsituation der europäischen Partner. Damit gibt Vetter in diesen

(15) Heinz Oskar Vetter, Die Sozialpolitik als Herausforderung an die Industrienationen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 4/1972, S. 210

(16) vgl. Süddeutsche Zeitung vom 4./5. 11. 1978

Ausführungen zu erkennen, daß der DGB die Bewältigung des Problems der Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in Europa und ihre Verbesserung nicht den Politikern überläßt, sondern sich auch selbst dieser - nicht zuletzt staatspolitisch relevanten - Aufgabe stellt. Wenn so anhand der praktischen europäischen Gewerkschaftsstrategie der Wille deutlich wird, sich ihrer Verantwortung im nationalen Maßstab zu stellen, zeigt der obige Vorwurf der "Mutlosigkeit" gegenüber den Politikern jedoch zugleich, daß das Grundproblem europäischer Sozialpolitik bewußtseinsmäßig von den Gewerkschaften noch nicht voll durchdrungen ist.

2.1 Der Dialog zwischen den europäischen Gewerkschaften und der Europäischen Gemeinschaft.

Haben sich die deutschen Gewerkschaften der Aufgabe gestellt, in politisch verantwortlicher Zusammenarbeit mit den Regierungen und Arbeitgebern an der Lösung europäischer Fragen zu arbeiten, bedarf es zur Erfüllung dieser Aufgabe der Auseinandersetzung auf zwei Ebenen. Zum einen bedeutet dies die europäische Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Gewerkschaften neben den europäischen Institutionen und zum anderen deren Mitarbeit in den gemeinschaftlichen Organen. Aus Gründen der systematischen Darstellung muß der erste Bereich - die europäische Kooperation der nationalen Gewerkschaften - vorerst ausgeklammert werden; er ist Gegenstand des folgenden Punktes. Da in diesem Abschnitt nämlich das Verhältnis der Regierungen zur Sozialpolitik in der Europäischen Gemeinschaft thematisiert worden ist, muß an dieser Stelle zunächst auch der Bezug der Gewerkschaften auf die ihnen staatlicherseits zugestandenen Möglichkeiten der Mitwirkung untersucht werden. Im folgenden wird dabei der vertragsrechtlich oder der im Laufe der Zusammenarbeit 'gewohnheitsmäßig' festgelegte Rahmen gewerkschaftlicher Mitarbeit dargelegt, ohne daß bereits auf die inhaltlichen Probleme

eingegangen wird, die in den verschiedenen Mitwirkungs-
gremien diskutiert werden - ein Verfahren, das sich dadurch
legitimiert, daß auch von Seiten der Gewerkschaften der Modus
der Mitwirkung an sich immer schon als eigener Diskussions-
punkt eingeführt ist. So unterstreicht z. B. Otto Brenner vor
der Deutsch-Schwedischen Gesellschaft im Februar 1966 in
Stockholm, welche Bedeutung die deutschen Gewerkschaften der
Beteiligung der Arbeitnehmervertreter an der Arbeit der eu-
ropäischen Institutionen zumißt:

"Obwohl die Gewerkschaften die Verbesserung und Siche-
rung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitneh-
mer als ihre ureigenste Aufgabe betrachten, müssen sie
zuerst einmal die vielfachen Widerstände gegen eine un-
mittelbare Einschaltung der Gewerkschaften bei den euro-
päischen Institutionen überwinden, um wirksam werden zu
können..."

Sie sind auch nicht der Meinung, daß die soziale Har-
monisierung die gewerkschaftliche Aktivität ersetzt
oder gar überflüssig macht. Die Gewerkschaften fordern
aber entschieden eine größere Aufgeschlossenheit der
Regierungen und der EWG-Kommission auf dem sozialen
Sektor und eine effektive Beteiligung der Gewerkschaf-
ten." (17)

Daß solche Forderungen wie obige, die den Rahmen gewerkschaft-
licher Mitarbeit in den europäischen Institutionen zu erwei-
tern suchten, bei den europäischen Regierungen zumindest zum
Teil auf Verständnis stießen, manifestiert sich in besonders
anschaulicher Weise auf dem schon mehrfach erwähnten "Pariser
Gipfel". Auf jener Konferenz, die von allen in EG-Probleme und
-Politik Involvierten als Meilenstein einer fortschrittlichen
Sozialpolitik auf gesamteuropäischer Ebene betrachtet wird,
stellten die Regierungschefs in ihren Erklärungen zur Sozial-
politik fest, daß die wirtschaftliche Expansion "unter Mit-
wirkung aller Sozialpartner fortgeführt werden (muß)" und es

(17) Otto Brenner, Deutschland und Europa, in: ders., Für
eine bessere Welt, a.a.O., S. 70

für "unerläßlich" gehalten wird, "zu einer wachsenden Beteiligung der Sozialpartner an den wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen der Gemeinschaft zu gelangen." (18)

Wenn bei den Vorstößen zur Ausweitung der Beteiligung der Sozialpartner an den Entscheidungen der EG das Schwergewicht seitens der Regierungen auf die für die gesellschaftlich relevanten Gruppen wichtigsten Gremien der Gemeinschaft, den Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA), die Kommission der Europäischen Gemeinschaft und den Ministerrat gelegt wurde, so gaben die sozialpolitischen Beschlüsse von 1972 des weiteren doch auch den Anstoß zur Errichtung neuer Gemeinschaftseinrichtungen. Diese Institutionen wie z. B. das 1975 vom Rat errichtete "Europäische Zentrum für Berufsbildung" und die ebenfalls 1975 gegründete "Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen", an deren Spitze jeweils ein aus vier Gruppen bestehender Verwaltungsrat steht - je neun Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber sowie drei Vertreter der Kommission -, sollen hier, obwohl mit der Besetzung der Führungsgremien gewerkschaftlichen Mitwirkungsvorstellungen Rechnung getragen wurde, jedoch nur erwähnt werden. Im Gegensatz zu den erstgenannten Organen, in denen Entscheidungen vorbereitet und getroffen werden, stellen diese Institutionen nämlich bloße Zusatzeinrichtungen dar, die durch den Erwerb und die Verbreitung von Kenntnissen, Informationen und Erfahrungen die Bedingungen einer erfolgreichen Politik zur Verfügung stellen, selbst aber nicht politisch aktiv werden.

Wenn bei Behandlung der institutionalisierten Grundbedingungen jeder gewerkschaftlichen Mitarbeit in der Gemeinschaft

(18) Erklärung der Konferenz..., in: Europa-Archiv Folge 21/1972, Dokumente, S. D503/D505

also die im EWG-Vertrag genannten sozialpolitisch entscheidenden Ebenen - Wirtschafts- und Sozialausschuß, EG-Kommission, Ministerrat - eine zentrale Bedeutung einnehmen werden, schließt das selbstverständlich ebenfalls die Untersuchung der gewerkschaftlichen Stellung zum vierten im EWG-Vertrag festgelegten - sozialrelevanten - Organ, dem Europäischen Parlament, ein. Eine detaillierte Beschäftigung setzt dabei mit den entscheidenden Vorbereitungen zur ersten Direktwahl eines Europäischen Parlaments, also ab etwa 1978 ein, da die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und dem nicht direkt gewählten Parlament von gewerkschaftlicher Seite zwar allgemein für nützlich gehalten, aber nie forciert wurde (19).

-
- (19) Über die Art der gewerkschaftlichen Kontakte mit dem Europäischen Parlament gibt z. B. der Tätigkeitsbericht des Europäischen Gewerkschaftsbundes 1973 - 1975 Auskunft, der das Thema 'Europäisches Parlament' in zwei Absätzen abhandelt:

"In den letzten Jahren haben sich die Beziehungen des Sekretariates zum Europäischen Parlament im wesentlichen auf personelle Kontakte mit einzelnen Abgeordneten beschränkt. Zweck dieser Kontakte war es, in Einzelfragen, die für die Gewerkschaften von besonderer Bedeutung sind, durch die Vermittlung eines oder mehrerer Abgeordneter den Fraktionen des Europäischen Parlaments die Standpunkte des EGB bekanntzugeben. Nur in wenigen Ausnahmefällen war es möglich, eine bestimmte gewerkschaftliche Haltung einer gesamten Fraktion des Europäischen Parlaments darzulegen.

Vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 1975 wurde damit begonnen, die Beziehungen zum Europäischen Parlament regelmäßiger zu gestalten und ein Verfahren für dauernde und eventuell institutionalisierte Kontakte zu finden. Es hat sich gerade in den letzten Jahren erwiesen, daß ein regelmäßiger Gedankenaustausch sehr nützlich sein kann, wenn das Europäische Parlament Stellungnahmen zu erarbeiten hat, deren Inhalt die Interessen der Arbeitnehmer besonders berührt. Dies gilt in erster Linie für Fragen aus dem Bereich der Sozialpolitik (z.B. Europäischer Sozialfonds, Wanderarbeitnehmer usw.) und für Fragen des Gesellschaftsrechts (einschließlich der multinationalen Konzerne)."

(Europäischer Gewerkschaftsbund, Tätigkeitsbericht 1973-1975, 2. satzungsgemäßer Kongreß London 22. - 24. April 1976, Brüssel 1976, S. 51)

Denn nicht die Arbeit mit diesem Parlament stand im Mittelpunkt gewerkschaftlicher Forderungen, sondern dessen Veränderung, zu deren unabdingbarer Voraussetzung die direkte Wahl des Parlaments erklärt wurde. Programmatisch für diese Haltung seit Gründung der EWG steht deshalb in einer Informationsschrift des DGB zur ersten Direktwahl die Erklärung, daß nur ein direkt gewähltes Europäisches Parlament "die nötige demokratische Legitimation" besitze, "um die Interessen der Völker Europas gegenüber den Regierungen und den europäischen Behörden vertreten zu können." (20)

2.1.1 Die gewerkschaftliche Arbeit im Wirtschafts- und Sozialausschuß

Was den Wirtschafts- und Sozialausschuß von den beiden anderen Ebenen des institutionellen Rahmens, in dem insbesondere eine Verstärkung der Zusammenarbeit der europäischen Regierungen mit den Sozialpartnern angestrebt wird, auszeichnet, ist die Tatsache, daß dieser Ausschuß - neben dem als Parallelorgan zu verstehenden Beratenden Ausschuß der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) - das einzige Institut der Europäischen Gemeinschaften ist, in dem schon vertraglich die Mitwirkung der Sozialpartner festgelegt ist (21). Das bedeutet jedoch nicht, daß von diesem Gremium aus eine im Vergleich zu den anderen Organen etwa intensivere Beeinflussung der europäischen Sozialpolitik möglich wäre. In Artikel 4 des EWG-Vertrages (Art. 3 des Euratom V) wird vorgeschrieben, daß der Ausschuß den Rat und die Kommission

(20) DGB-Info, Gewerkschaftliche Informationen, Europäische Direktwahl 1979, Hg. DGB Bundesvorstand, Frankfurt

(21) Vgl. 1.1

zu unterstützen habe. Eine Funktion, die zum einen durch den vertraglichen Zwang zur Anhörung in bestimmten Fällen (22) und zum anderen durch die Offenhaltung der Anhörung für andere Angelegenheiten, in denen es die genannten Institutionen für angebracht halten, gesichert ist (vgl. Art. 198 EWGV, Art. 170 Euratom V). Zu den ihm zugeleiteten Vorschlägen von Rat und Kommission muß der Wirtschafts- und Sozialausschuß Stellung nehmen und diese dem Ministerrat und der Kommission zuleiten. Allerdings besitzt er keinen gesetzlich verbindlichen Einfluß darauf, daß seine Stellungnahme, die er auf Grundlage von Berichten seiner Fachgruppen (23) trifft, bei der endgültigen Entscheidung des Ministerrats auch berücksichtigt wird.

(22) Die in Art. 198 EWGV und Art. 170 Euratom V vorgesehenen Fälle der obligatorischen Anhörung betreffen folgende Sachgebiete:

EWG-Vertrag

Artikel 43 Gemeinsame Agrarpolitik

49 Freizügigkeit der Arbeitnehmer

54 Niederlassungsfreiheit

63 Freier Dienstleistungsverkehr

75 Gemeinsame Verkehrspolitik

79 Beseitigung von Diskriminierung auf dem Verkehrssektor

100 Angleichung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten

118 Förderung der Zusammenarbeit in sozialen Fragen

121 Gemeinsame Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit

126 Europäischer Sozialfonds

127 Durchführungsvorschriften für den Europäischen Sozialfonds

128 Grundsätze für die Berufsausbildung

Euratom-Vertrag

Artikel 7 Festlegung der Forschungs- und Ausbildungsprogramme

9 Gründung von Schulen für die Ausbildung von Fachkräften

31 Festlegung von Grundnormen des Gesundheitsschutzes

32 Überprüfung und Ergänzung der Grundnormen

40 Investitionsprogramme

41 Anzeige von Investitionsvorhaben

96 Freizügigkeit bei qualifizierten Beschäftigungen auf dem Kerngebiet

98 Abschluß von Versicherungsverträgen zur Deckung der Gefahren auf dem Kerngebiet

(23) Entsprechend der Hauptsachgebiete der Verträge von Rom

Angesichts der Festlegung der beratenden Funktion des Ausschusses, die eine tatsächliche Mitbestimmung der Sozialpartner auf Entscheidungen der europäischen Ebene nicht zuläßt, ist hervorzuheben, daß die gewerkschaftliche Kritik an diesem Gremium sich in keiner Weise auf diese Einschränkungen bezieht. Vielmehr wird gerade diese beratende Aufgabe als unumstößlich festgehalten und der Charakter des Ausschusses als Forum der produktiven Diskussion hervorgehoben. So heißt es in einer "Erklärung des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu einer verbesserten Arbeitsweise des Wirtschafts- und Sozialausschusses", die auf einer Sitzung des Exekutivausschusses des EGB am 21./22. April 1977 gebilligt wurde, unter dem Punkt "Der Bund definiert die Rolle des Ausschusses" wie folgt:

"1. Der Ausschuß muß eine beratende Instanz bleiben. Er ist weder für Verhandlungen noch für Beschlüsse zuständig. Vielmehr ist er der Ort, an dem die verschiedenen Gruppen des Wirtschafts- und Soziallebens Debatten und Gegenüberstellungen in bezug auf die Bevölkerungsprobleme der Gemeinschaft vornehmen und versuchen müssen, Orientierungen oder gemeinsame Positionen zu erarbeiten." (24)

bestehen im Wirtschafts- und Sozialausschuß neun Fachgruppen:

- FG Wirtschafts- u. Finanzfragen
- FG Außenbeziehungen
- FG Sozialfragen
- FG Umweltschutz, Gesundheitswesen und Verbrauch
- FG Landwirtschaft
- FG Regionale Entwicklung
- FG Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungen
- FG Verkehr und Kommunikationsmittel
- FG Energie und Atomfragen

(Vgl. Informationsblatt, Hg. Presse- und Informationsabteilung des Wirtschafts- und Sozialausschuß, Brüssel, o. J.)

- (24) Erklärung des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu einer verbesserten Arbeitsweise des Wirtschafts- und Sozialausschusses, in: gewerkschafts informationen, Heft 4/1977, S. 7

Wenn die Gewerkschaften also einerseits gegenüber diesem Gemeinschaftsinstitut das Fehlen des Entscheidungszwanges und damit die Möglichkeit zu fruchtbarer sachlicher Diskussion positiv hervorheben, dann stellen sie doch gegenüber dieser Einrichtung einen breiten Forderungskatalog auf, der das Gewicht und den Einfluß der beratenden Stimme des WSA erhöhen soll. Sie befinden sich darin in Übereinstimmung mit den anderen im WSA vertretenen Gruppen, was nicht zuletzt anläßlich des inzwischen, seit der Pariser Gipfelkonferenz von 1972, dem Wirtschafts- und Sozialausschuß zugestandenen Initiativrechts zum Ausdruck kam. Dieses Recht, daß den Ausschuß in die Lage versetzt zu Fragen, "die ihm von Wichtigkeit erscheinen und für die keine Kommissionsvorschläge vorliegen, aus eigener Initiative Stellungnahmen an die Organe der Gemeinschaft" (25) zu richten, wurde dem WSA von den europäischen Regierungen jahrelang verweigert und erst aufgrund eines Vorstoßes der deutschen Bundesregierung gewährt. In der Begründung ihrer Initiative für eine europäische Sozial- und Gesellschaftspolitik erklärte die deutsche Bundesregierung:

"Der Übergang der Gemeinschaft in die Wirtschafts- und Währungsunion und in eine sozial- und gesellschaftspolitische Integration erfordert die zunehmende Einschaltung der unmittelbar Betroffenen. Von ihnen sind wesentliche Impulse zur sozialen und gesellschaftspolitischen Weiterentwicklung zu erwarten. Sie garantieren, daß die anvisierten sozialpolitischen Ziele und Maßnahmen nicht an den eigentlichen Erfordernissen vorbeigehen. Dies trägt dazu bei, daß der Bürger die mit Hilfe der Sozialpartner zustande gekommenen Entscheidungen auch mitträgt.

Dazu ist notwendig, daß der Wirtschafts- und Sozialausschuß sich auch ohne besondere Beauftragung zu allen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen äußern kann." (26)

(25) Tätigkeitsbericht 1973 - 1975 des EGB, a.a.O., S. 81

(26) Deutsche Initiative für eine europäische Sozial- und Gesellschaftspolitik, a.a.O., S. D585

Während in der Regierungsbegründung, der sich die europäischen Regierungen anschlossen, aus der Zuerkennung des Initiativrechts allein schon eine weitestgehende Aufwertung des Gremiums abgeleitet wird - dieser Schritt garantiere, "daß die anvisierten sozialpolitischen Ziele und Maßnahmen nicht an den eigentlichen Erfordernissen" vorbeigehe und würde damit zu einer stärkeren Identifikation der Bürger mit den Entscheidungen beitragen -, sieht die europäische Gewerkschaftsbewegung die Auswirkung dieser Maßnahme wesentlich beschränkter. So spricht der Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) Günter Köpke auf der 3. Generalversammlung des EMB am 17. und 18. Mai 1977 in Amsterdam zwar von einer "veränderten Bedeutung", die dem Wirtschafts- und Sozialausschuß durch das Initiativrecht zukommt, sieht diese aber vor allem in seiner dadurch erreichten "breitere(n) Werbung" für die Tätigkeit des Ausschusses:

"Der Wirtschafts- und Sozialausschuß hat eine Forderung der Gewerkschaften in die Tat umgesetzt (nachdem ihm von den Regierungen die rechtliche Möglichkeit dazu gegeben wurde, die Verf.), nämlich auch von sich aus die Initiative ergriffen und Stellungnahmen veröffentlicht, d. h. ohne von der Kommission oder vom Ministerrat dazu angehalten worden zu sein. Durch dieses Initiativrecht und seine breitere Werbung für die Tätigkeit des Ausschusses, - in dem die britischen Gewerkschaftsvertreter nach anfänglichem Zögern recht aktiv mitarbeiten - kommt dem Wirtschafts- und Sozialausschuß eine veränderte Bedeutung zu. Trotzdem bleiben grundlegende Reformen in der Zusammensetzung und Arbeit des Ausschusses unerlässlich." (27)

Soweit die von Günter Köpke stellvertretend für die europäischen Gewerkschaften geäußerten Forderungen nach "grundlegende(n) Reformen" sich auf eine verbesserte Position des Ausschusses nach außen, d. h. auf Ministerrat, Kommission und auch auf die Öffentlichkeit bezogen, richten, besteht

(27) Günter Köpke in: gewerkschafts informationen, Sondernummer zur 3. Generalversammlung des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes in Amsterdam, den 17. und 18. Mai 1977

über das erfüllte Initiativrecht hinaus dabei auch hier Übereinstimmung mit allen Teilnehmern. Gerade aus der Selbsteinschätzung heraus, zu einem immer wichtigeren Gremium zu werden, verlangt der WSA Maßnahmen, die es ihm weiterhin gestatten, seine Effektivität und Qualität in der Beratung zu erhalten. Im Vorwort zum Jahresbericht 1977 brachte der damalige Präsident des Ausschusses Basil Z. de Ferranti dieses Anliegen zum Ausdruck:

"Ein weiterer Aspekt unserer Aufgaben in diesem Jahr war die Erkenntnis unserer Mitglieder, daß wir unser Gremium an die Dimension einer sich entwickelnden Gemeinschaft anpassen müssen. Im kommenden Jahr wird der Wirtschafts- und Sozialausschuß den 20. Jahrestag seiner Gründung begehen. In dieser Zeit hat sich seine Situation gewandelt; er wuchs immer mehr in die Rolle einer beratenden Versammlung für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten hinein, deren Aufgabe in immer weiteren Kreisen anerkannt wird und deren Arbeitsvolumen noch stets von Jahr zu Jahr wächst. Es ist die einzige große europäische Institution, deren Mitglieder für die Aufgaben, die sie auf europäischer Ebene übernommen haben, eigene Zeit aufwenden und jeden Monat viele Tage ihres Arbeitsprogrammes in ihrem jeweiligen Land opfern müssen. Deshalb muß die von uns vorgeschlagene Reform darauf abzielen, die Vertretung der einzelstaatlichen Organisationen auf einem hohen Niveau zu halten und die Arbeitsregeln und -verfahren des Ausschusses so zu ändern, daß die Mitglieder effektiv an der Entstehung der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften mitwirken können, ohne daß ihnen untragbare zeitliche Opfer abverlangt werden." (28)

Was zunächst die reine Arbeitsbelastung betrifft, möchte der Ausschuß sich "des Zwangs entledigen, Stellungnahmen zu zweitrangigen technischen Fragen abgeben zu müssen" (29).

(28) Jahresbericht 1977, Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, Januar 1978, S. 5f

(29) gewerkschafts informationen, Sondernummer November 1975, S. 3.

Um diese Forderung nach Entlastung von "zweitrangigen technischen Fragen" anhand des praktischen Beispiels der Tagesordnung einer Plenartagung verständlich zu machen, sei hier, beliebig herausgegriffen, das Programm der 150. Plenartagung am 22./23. Juni 1977 zitiert:

"- Wirtschaftslage der Gemeinschaft

- Entwicklung der sozialen Lage

Um den daraus entstehenden Freiraum in der Weise nutzen zu können, daß das "hohe Niveau" der Stellungnahmen erhalten und ausgebaut wird, schlägt der Ausschuß vor, "daß die Kommission ihn über das herkömmliche Stellungnahmeverfahren hinaus wo immer notwendig über die von ihr geplanten allgemeinen politischen Weichenstellungen in Kenntnis setze", eine Bereitstellung von Vorinformationen also, die ebenso vom Ministerrat verlangt wird. Darüberhinaus sähe man eine Erhöhung der "Durchschlagskraft" der Arbeit des Ausschusses, wenn er der Kommission "schon im ersten Stadium der Erarbeitung eines Vorschlags beratend zur Seite" stünde, bzw. nach Abgabe seiner eigenen Stellungnahme davon unterrichtet würde, inwieweit Rat und Kommission seine Vorschläge berücksichtigt haben oder aus welchen Gründen eine Berücksichtigung nicht erfolgte. (30)

-
- Verkehrsprobleme in den Beziehungen zu den Oststaaten
 - Die landwirtschaftlichen Einkommen in der Gemeinschaft
 - Haldenbestände an Steinkohle
 - Verbraucherschutz im Falle von außerhalb von Geschäftsräumen abgeschlossenen Verträgen
 - Höchster Gesamtschwefeldioxydgehalt von Wein außer Likören
 - Ergänzende Vorschriften für die gemeinsame Marktorganisation für Wein
 - Überwachung der Einhaltung der gemeinschaftlichen und einzelstaatlichen Bestimmungen auf dem Weinsektor
 - Beihilfe an Hopfenerzeuger für die Ernte 1976
 - Saatgut
 - Jahresrechnung Eisenbahnunternehmen
 - Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit
 - Bekämpfung der Armut"

(Jahresbericht 1977, a.a.O., S. 56f)

- (30) alle Zitate Jahresbericht 1977, a.a.O., S. 7, vgl. auch Erklärung des EGB zu einer verbesserten Arbeitsweise..., in: gewerkschaftsinformation Heft 4/1977, S. 8

Als Quintessenz der gesamten Reformvorschläge, die darauf hinauslaufen, daß der WSA "zum wichtigsten Konsultationsorgan für wirtschaftliche und soziale Kräfte im Entscheidungsprozeß der Gemeinschaft ausgebaut werden" soll, erstrebt der Ausschuß "dies nach außen hin sichtbar zu machen" und diesem Gremium den Status eines Gemeinschaftsorgans zu verleihen - "aus dem Ausschuß würde dann der Wirtschafts- und Sozialrat." (31)

Inwieweit die Realisierung einer derartigen, im wesentlichen doch nur formellen Änderung, den tatsächlichen Einfluß des Ausschusses auf den europäischen Entscheidungsprozeß verstärken kann, bleibt zumindest zweifelhaft. Daß eine Umwandlung des Ausschusses in einen Rat nicht eine grundsätzliche Neufassung der Funktion dieses Gremiums, nämlich beratend Stellung zu nehmen, bedeuten würde, ist den Vertretern im Ausschuß dabei aber klar und wird, wie schon angeführt, auch gar nicht verlangt. Von daher wird ein Wirtschafts- und Sozialausschuß als neues Gemeinschaftsorgan auch weiterhin die Klage desjenigen führen, der nicht zur Entscheidung befugt ist:

"Was die Berücksichtigung der Stellungnahmen des Ausschusses anbetrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß die Kommission und der Rat im sozialpolitischen Bereich nur Bemerkungen sehr allgemeiner Art berücksichtigt haben. Dagegen fanden die Vorschläge des Ausschusses zu spezifischen grundsätzlichen Aspekten, wie z. B. die präzisen Anregungen betreffend die Gleichbehandlung von Männern und Frauen (u.a. bei Ausbildung und Entlassung) und der Wunsch nach einer Beteiligung der Wanderarbeitnehmer an der Verwaltung öffentlich-rechtlicher Einrichtungen bzw. der Ausübung eines öffentlichen Amtes, keine Beachtung." (32)

(31) gewerkschafts informationen, Sondernummer November 1975, S. 3, Hervorhebung von gewerkschafts informationen

(32) Jahresbericht 1977, a.a.O., S. 20f

In Widerspruch zu der obigen Forderung hält so auch der scheidende Präsident de Ferranti in seiner Abschiedsrede vor dem Plenum diese spezifische Situation des WSA richtig fest:

"...wie in der Vergangenheit kann unser Einfluß in der Zukunft nicht aus formellen Befugnissen und Verfahren fließen, sondern kann nur das Ergebnis unserer eigenen Anstrengungen, unseres Einsatzes und unserer Leistungsfähigkeit sein. Wir haben diese Qualitäten in der Vergangenheit immer wieder unter Beweis gestellt, und ich bin sicher, daß wir uns auch in der Zukunft bewähren werden." (33)

Gegenüber den Forderungen nach einer Stärkung der Stellung des WSA im Institutionengefüge der Europäischen Gemeinschaft, die von allen im Ausschuß vertretenen Parteien übereinstimmend erhoben werden, finden jene Ansprüche, die speziell auf die Stärkung der gewerkschaftlichen Stellung im Wirtschafts- und Sozialausschuß zielen, der Natur der Sache nach bei den übrigen Mitgliedern keine Zustimmung. Versagt wird den Gewerkschaften diese Zustimmung dabei zum Teil aus einem blossen Desinteresse an einer so spezifischen Forderung wie der, die den Modus der Ernennung der Ausschußmitglieder betrifft. Der Europäische Gewerkschaftsbund kritisiert, daß die Mitglieder des Ausschusses vom Rat nominiert werden, während er seine Vertreter direkt benennen können will (34).

Darüberhinaus intendieren die Gewerkschaften aber auch im WSA eine paritätische Besetzung und lehnen sich damit an das spezifisch deutsche Mitbestimmungsmodell, das sich letztlich ja nicht nur auf den betrieblichen Bereich erstrecken soll, an. Durch die Einsetzung der sogenannten "Gruppe III - Verschiedene Interessen", in der auch Vertreter von Klein- und Mit-

(33) Basil Z. de Ferranti, Abschiedsrede vor dem Plenum des WSA, in: Bulletin Nr. 8, August 1978, Hg. Wirtschafts- und Sozialausschuß in der Europäischen Gemeinschaft, S. 1a

(34) Vgl. Erklärung des EGB zu einer verbesserten Arbeitsweise..., a.a.O., S. 7

telbetrieben repräsentiert sind (35), sieht die Gewerkschaft eine wirkliche Parität zwischen Arbeit und Kapital nicht gegeben:

"Die Ausschußmitglieder sind in drei Gruppen eingeteilt. Indes weichen die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmersvertreter in Bezug auf ihre zahlenmäßige Stärke voneinander ab, was die Abstimmung über die Stellungnahmen zwangsläufig verzerrt." (36)

Die Forderung nach Parität verdeckt jedoch nur zum Teil das viel tiefer liegende Problem der gewerkschaftlichen Vertretung im Wirtschafts- und Sozialausschuß, das darin besteht, daß die aus verschiedenen nationalen Gewerkschaften zusammengesetzte Fraktion keineswegs mit einer Stimme spricht.

-
- (35) Zur Zusammensetzung dieser Gruppe heißt es im Jahresbericht 1977 des Wirtschafts- und Sozialausschusses: "Die Gruppe III zerfällt in zwei große Teile: zu dem ersten, zahlenmäßig größeren Teil gehören die Vertreter der sozio-professionellen Gruppen, nämlich der Landwirte, der Klein- und Mittelbetriebe aus Industrie, Handel und Handwerk sowie der freien Berufe und Führungskräfte. Sie werden vielerorts als 'Mittelstand' verstanden. Der zweite Teil der Gruppe besteht aus Repräsentanten, die in Artikel 193 des EWG-Vertrags als 'Vertreter der Allgemeinheit' bezeichnet werden, welche tatsächlich die verschiedenen Interessen der Allgemeinheit vertreten, wie z. B. Fragen des Verbrauchs, des Umweltschutzes, des Familienrechts usw." (Jahresbericht 1977, a.a.O., S. 43f)
- (36) Erklärung des EGB zu einer verbesserten Arbeitsweise..., a.a.O., S. 7

So reflektiert der EGB die oben von de Ferranti angesprochene Leistungsfähigkeit als eine noch nicht konsequent verwirklichte Aufgabe gerade auch speziell seiner Gruppe im Ausschuß. Daß die erstrebte Schlagkraft gewerkschaftlicher Argumente bisher noch nicht erreicht wurde, da es nicht gelang, unterschiedliche europäische Gewerkschaftsmeinungen so aufeinander abzustimmen, daß in den Diskussionen mit einer Stimme verhandelt wurde, wird deutlich, wenn der EGB in seiner "Erklärung zu einer verbesserten Arbeitsweise des WSA" in drei Punkten auf die Koordinierung divergierender Standpunkte eingeht:

"7. Die von den angeschlossenen Bündnen des EGB in den WSA entsandten Vertreter müssen sich bei der Formulierung ihrer Stellungnahmen an den vom Bund ausgearbeiteten Positionen orientieren und sich bei wichtigen Fragen bemühen, die Stellungnahme des Bundes überall dort einzuholen, wo eine solche noch nicht vorliegt.

8. Es muß nach einer engen Verbindung zwischen den Arbeiten des WSA und des Bundes gestrebt werden.

9. Bei allen wichtigen Fragen müssen die Mitglieder der Gruppe II häufiger zusammenkommen, um soweit wie möglich eine gemeinsame Haltung zu erreichen." (37)

Der in diesen Ausführungen enthaltene Verweis auf das spezifische Verhältnis der europäischen Gewerkschaften untereinander, das es ihnen zum Problem werden läßt, zu gemeinsamen Einschätzungen zu gelangen, zeigt sich auch dort, wo eigentlich Selbstverständliches in den Forderungskatalog des EGB aufgenommen wird -

"...sind Kompromisse nicht in jedem Fall erstrebenswert:
a) unsere Grundhaltungen dürfen nicht aufgegeben werden;
b) der Kompromiß darf nicht in Widerspruch zu den Gewerkschaftspositionen stehen...". (38)

(37) ebd., S. 8

(38) ebd., S. 8

Wenn derartige Selbstverständlichkeiten als Forderungen aufgenommen werden, impliziert dies, daß es die Gewerkschaftsposition nicht gibt. Vielmehr spiegelt sich in solcher Feststellung das Phänomen wieder, daß in der praktischen Ausschubarbeit der Gewerkschaften nationale Differenzen zu Koalitionen der einen oder anderen Fraktion innerhalb der Gewerkschaftsvertretung mit dem eigentlichen 'Gegner' der - oft nur als Ideal postulierten - gewerkschaftlichen Positionen führen. Kompromisse des WSA, die formell nicht notwendig wären, weil ohnehin für die Entscheidungsträger der Europäischen Gemeinschaft Ratschläge des Wirtschafts- und Sozialausschusses nicht verbindlich sind, können sich deshalb nur aus dem Bemühen erklären, das - auch öffentliche - Aufbrechen der Gegensätze innerhalb der Gewerkschaftsgruppe zu vermeiden. Die Feststellung des Europäischen Gewerkschaftsbundes, daß es "zweckmäßiger" ist, "klar die gegensätzliche These ins Licht" zu rücken (39), ist deshalb ebenso symptomatisch für die Auseinandersetzung im Wirtschafts- und Sozialausschuß, wie auch für die Schwierigkeiten der Gewerkschaftsvertreter, sich diesen Divergenzen offen zu stellen.

Die Verharmlosung, ja Verschleierung gewerkschaftlicher Gegensätze wird veranschaulicht, wenn von Seiten der Gewerkschaften die Kompromißbereitschaft im Wirtschafts- und Sozialausschuß jenseits gewerkschaftlicher Grundpositionen ausgerechnet aus der vorgeschriebenen Zusammensetzung des Ausschusses, also der Nicht-Parität, begründet wird. So stellt zum Beispiel der Europäische Metallgewerkschaftsbund "allgemein" fest,

"daß die Stellungnahmen des Wirtschafts- und Sozialausschusses im Vergleich zum Europäischen Parlament konkreter in Sachfragen ausfallen, aber andererseits wegen der Zusammensetzung des Ausschusses aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der sogenannten dritten Gruppe

Kompromisse gemacht werden, die die Stellungnahmen in wirklich wichtigen gesellschaftspolitischen Fragen wieder verwässern." (40)

Statt die eigenen Schwierigkeiten untereinander, die - wie sich im Verlauf dieser Arbeit noch an ganz konkreten Einzel- fragen zeigen lassen wird - nicht nur die Arbeit im Wirt- schafts- und Sozialausschuß betreffen, einer kritischen Analyse zu unterziehen und auf dieser Basis ihre Lösung zu betreiben, wird der 'Sündenbock' für ihre Differenzen bei den anderen, sei es den Gruppen oder der bestimmten festge- legten Verfahrensweise gefunden. Solange in dieser Form Ge- gensätze, statt ausgetragen, letztenendes 'weggezaubert' werden, wird auch eine vom Exekutivausschuß des Europäischen Gewerkschaftsbundes eingesetzte Arbeitsgruppe, die "die praktischen Modalitäten für eine bessere Arbeitsweise und für eine größere Effizienz (41) der Arbeitnehmergruppe im Wirt- schafts- und Sozialausschuß ausarbeiten soll, kaum zu einem grundsätzlichen Erfolg führen können.

2.1.2 Die gewerkschaftliche Zusammenarbeit mit der Kommis- sion der Europäischen Gemeinschaft

Da der Wirtschafts- und Sozialausschuß, abgesehen von seinem Initiativrecht, bisher in seiner Arbeit darauf beschränkt ist, im nachhinein zu den Vorschlägen von Rat und Kommission seine Stellungnahme abzugeben, er also seine gesamte Forde- rung nach Mitwirkung an den Vorschlägen der Kommission nicht erfüllt bekommen hat, bietet sich für die Gewerkschaften die Kommissions als eine Ebene an, auf der man, wenn auch nicht durch vertragliche Regelungen gesichert, schon im Vorberei-

(40) Tätigkeitsbericht des Sekretariats 1974 - 1977 zur 3. Ge- neralversammlung des EMB 17./18. Mai 1977, Amsterdam, Brüssel, Januar 1977, S. 19

(41) Erklärung des EGB zu einer verbesserten Arbeitsweise..., a.a.O., S. 8, Hervorhebung die Verf.

tungsstadium der europäischen Entscheidungen seinen Einfluß zur Geltung zu bringen versuchen kann. Bedeutsamkeit für die gewerkschaftlichen Bestrebungen zur Einflußnahme erhält die Kommission vor allem aber auch aus ihren inhaltlichen Aufgaben in bezug auf die soziale Politik der Gemeinschaft. Aufgrund der ihr im Artikel 118 des EWG-Vertrages übertragenen Aufgabe, "eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in sozialen Fragen zu fördern," ihres Vorschlagsrechts zur Ausgestaltung aller sozialen Artikel des Vertragswerks und der ihr obliegenden Verwaltung des Sozialfonds (Art. 124 EWGV) ist sie die Institution der Gemeinschaft, in der die Gewerkschaften den speziellen Partner für ihre Wünsche und Forderungen finden - auch wenn die Kommission über nur geringe Entscheidungsbefugnisse auf dem sozialen Gebiet verfügt (42).

Entsprechend ihrer Schlüsselrolle bei der Bewältigung der sozialen Probleme der Gemeinschaft erhebt die Kommission den Anspruch, daß der sozialen Komponente der Integration mehr Gewicht zugemessen werden sollte. In Fortführung der sozialpolitischen Denkanstöße der Pariser Gipfelkonferenz von 1972 legte so zum Beispiel im April 1973 die Abteilung "Soziale Angelegenheiten" bei der Kommission dem Rat folgende "Leitlinien für ein Sozialpolitisches Aktionsprogramm" vor:

- "1. Es geht darum, der WWU (Wirtschafts- und Währungsunion) ihre richtige sozialpolitische Dimension zu geben, indem man anerkennt, daß die Wirtschaftsexpansion nicht Selbstzweck ist, sondern daß ihr vorrangiges Ziel darin besteht, die Unterschiede in den Lebensbedingungen abzubauen und die Lebensqualität und den Lebensstandard der Bevölkerung in der Gemeinschaft zu verbessern.

-
- (42) Exekutivfunktionen können der Kommission vom Rat übertragen werden - "Nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses kann der Rat einstimmig der Kommission Aufgaben übertragen, welche die Durchführung gemeinsamer Maßnahmen insbesondere auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit der in den Artikeln 48 bis 51 erwähnten aus- oder einwandernden Arbeitskräfte betreffen" (Art. 121 EWGV) -, oder sind ihr mit der Verwaltung des Sozialfonds bereits zugestanden.

2. Das bedeutet, daß die Sozialpolitik der Gemeinschaft selbst als ein lohnendes Ziel - eine eigenständige Politik - betrachtet werden sollte und nicht nur als ein Mittel zur Korrektur der unerwünschten Folgen des wirtschaftlichen Fortschritts im sozialen Bereich.
3. Obwohl die Sozialpolitik ihre eigene Daseinsberechtigung hat, ist sie Teil der Gesamtheit der Gemeinschaftspolitiken, die zur Verwirklichung der WWU notwendig sind, sie muß daher eng mit diesen Politiken - der Industrie-, Agrar-, der Wettbewerbs-, der Umwelt-, der Verbraucherschutz- und vor allem der Regionalpolitik - verflochten werden." (43)

Erst auf Basis dieser, der Europäischen Gemeinschaft und sich selbst aufgegebenen programmatischen Richtschnur ver-

-
- (43) Leitlinien für ein sozialpolitisches Aktionsprogramm, dem Ministerrat von der Kommission vorgelegt, Luxemburg 18. 4. 1973, Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 4/1973.
In der Einsicht, daß zur Durchführung einer befriedigenden Sozialpolitik die Mitarbeit der Arbeitnehmervertreter in Europa unerlässlich ist, diesen aber vielfach noch die Mittel zur gleichberechtigten Mitwirkung fehlen, nahm die Kommission so z. B. die Unterstützung der Errichtung eines Europäischen Gewerkschaftsinstituts in ihr 1974 beschlossenes soziales Aktionsprogramm auf. Aufgabe dieses Instituts soll es sein, "den Gewerkschaftsorganisationen bei der Ausbildung und Information ihrer Mitglieder (Gemeinschaftsfragen, Sprachen) (zu) helfen" und "die Gewerkschaften dabei zu unterstützen, ebenso wie die Arbeitgeber Sozialpartner zu werden."
(Erläuterungen zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Kommission für 1977, in: gewerkschafts informationen, Heft 5/1977, S. 13f)

lieren die gewerkschaftlichen Kontakte auf den verschiedenen Ebenen der Kommission und die Mitarbeit in den von der Kommission eingesetzten Ausschüssen ihren Charakter als nur formale Akte (44). Die Intensivierung der Arbeit mit den Gewerkschaften durch die Kommission führte deshalb auch zu einer

(44) Die gewerkschaftlichen Beziehungen zur Kommission laufen auf drei Ebenen ab:

- der Ebene der Kommissare und ihrer Kabinette
- der Ebene der Generaldirektoren und Direktoren
- der Ebene der Abteilungsleiter und Fachreferenten

Über die Erfahrungen in dieser Zusammenarbeit schreibt der Europäische Metallgewerkschaftsbund, der hier exemplarisch für alle europäischen Gewerkschaftsbünde stehen kann, in seinen Tätigkeitsberichten 1971 - 1974 und 1974 - 1977 gleichlautend:

"Die Erfahrung lehrte dem EMB, seinen Einfluß in sehr mannigfaltiger Form auszuüben. Dazu gehörten einerseits Gespräche und Konsultationen auf höchster Ebene mit den Kommissaren, ihren Kabinetten und Generaldirektoren wie andererseits auch permanente Kontakte zu Referenten, Abteilungsleitern und Direktoren in der Verwaltung. Fachliche Details finden am ehesten Gehör in den unteren Verwaltungseinheiten, in denen Informationen gesammelt, ausgewertet und verarbeitet werden. Grundsätzliche Fragen und die politische Orientierung der Vorschläge dagegen sind eher erfolgversprechend auf der obersten Ebene zu behandeln."

(Tätigkeitsbericht 1971 - 1974 des Sekretariats, vorgelegt zur 2. Generalversammlung des EMB 30./31. Oktober 1974, Frankfurt/Main, Brüssel, September 1974, S. 68; Tätigkeitsbericht 1974 - 1977, a.a.O., S. 105)

Die von der Kommission eingesetzten Ausschüsse zu sozialen Fragen sind unterschieden in sogenannte "Dreigliedrige Ausschüsse", in denen zu je gleichen Teilen Mitglieder der Regierungen, der Gewerkschaften und Arbeitgeber vertreten sind, die von den Regierungen ernannt werden und in sogenannte "Paritätische Ausschüsse" aus selbst bestellten Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen. Während die zuerst genannten Ausschüsse zu bestimmten Bereichen der Sozialpolitik wie z. B. Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Sicherheit der Wanderarbeitnehmer, Berufsausbildung Stellung nehmen, richtet sich die beratende Tätigkeit der "Paritätischen Ausschüsse" auf soziale Probleme in bestimmten Industriezweigen.

positiven Einschätzung dieses Gemeinschaftsorgans, wie sie beispielsweise auf der 3. Generalversammlung 1977 des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes geäußert wurde:

"Die Kommission der E. G. in ihrer neuen Zusammensetzung unter ihrem Präsidenten Roy Jenkins seit Januar 1977 scheint ein stärkeres politisches Format zu entwickeln und sich in ihrem Arbeitsprogramm mehr an die gewerkschaftlichen Forderungen anzulehnen, nämlich der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der Entwicklung einer Europa-Politik, die bürgernah und arbeitnehmerfreundlich ist. Es bleibt abzuwarten, wie die grundsätzliche Richtlinie des neuen Präsidenten der Kommission in die Praxis umgesetzt wird, die er zu Beginn der vierjährigen Amtszeit vor dem Europäischen Parlament ausgab: 'Unser Ziel muß es sein, das Los jedes einzelnen Bürgers in der Gemeinschaft zu verbessern und ihm zu zeigen, daß das Leben in Europa lebenswerter wird'." (45)

Daß das im Laufe der letzten Jahre als positiv sich herausgestellte Verhältnis von Gewerkschaftsorganisation und EG-Kommission nicht gleichbedeutend sein kann mit der Übereinstimmung über das, was inhaltlich als "bürgernah und arbeitnehmerfreundlich" verstanden wird und daß es starke Divergenzen in der Beurteilung dessen gibt, wie "das Los jedes einzelnen Bürgers der Gemeinschaft zu verbessern" ist, macht zum Beispiel die Kontroverse zwischen Kommission und Europäischem Metallgewerkschaftsbund über die europäische Schifffbaupolitik deutlich.

Angesichts der Schwierigkeiten der europäischen Schiffbauindustrie, die für eine hohe Anzahl der dort Beschäftigten den Arbeitsplatzverlust bedeuten, hat die Kommission 1978 einen Sanierungsplan vorgelegt, der auf starken Protest des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen Mitgliedsorganisationen, darunter die IG Metall, stieß. Auf einem "Europäischen Aktionstag" am 15. Dezember 1978 wurde vor allem gegen die "unsoziale Planung" (46) der Europäischen Kommission protestiert. Entgegen den gewerkschaft-

(45) Tätigkeitsbericht des EMV 1974 - 1977, a.a.O., S. 103

(46) Der Gewerkschafter, Heft 3/1979, S. 37

lichen Vorstellungen, die die Sicherung der Schiffbauarbeitsplätze über Maßnahmen zur Wiederherstellung der Nachfrage und Wettbewerbsfähigkeit durch Subventionen der Werften erreichen wollen, sieht der Kommissionsplan eine Anpassung der Produktionskapazitäten an die sinkende Schiffsnachfrage vor. Der so eingeplanten Arbeitslosigkeit soll durch Umschulungsmaßnahmen und das Bemühen der öffentlichen Hand zur Schaffung neuer Arbeitsplätze begegnet werden. Welche Überlegungen die Kommission zu ihren Schritten veranlaßten, erläuterte Kommissionspräsident Roy Jenkins in einem Schreiben an den EMB, in dem es heißt, "daß der Schwerpunkt der Politik auf wirtschaftliche und industrielle Maßnahmen gelegt werden muß und die sozialen Maßnahmen in erster Linie einen ergänzenden Charakter haben." (47) In den gewerkschaftlichen Verlautbarungen erscheint als Antwort auf dieses Aufeinanderstoßen zweier gegensätzlicher Standpunkte leider nur wieder der Appell an die für Europa Verantwortlichen, sie müßten "mehr Mut und politischen Willen beweisen" (48). Ein pauschaler Vorwurf, der die Kommission nicht treffen kann - beweist sie doch gerade mit ihrem Plan einen ganz konkreten Willen zur Lösung dieser spezifischen Frage -, der aber eine sachliche Auseinandersetzung zwischen Planern und Betroffenen zumindest beeinträchtigen muß.

Wenn die Kommission - trotz derartiger Differenzen in Sachfragen - wegen ihrer sozial aktiven Grundeinstellung zu einer produktiven Zusammenarbeit mit den europäischen Gewerkschaftsvertretern bereit ist, so haben doch alle gemeinsam erarbeiteten Programme, Leitlinien und Empfehlungen den Mangel, zum größten Teil nur Vorschläge sein zu können, über deren Realisierung letztlich der Ministerrat und das heißt die nationalen Regierungen entscheiden.

(47) ebd.

(48) ebd.

2.1.3 Der direkte gewerkschaftliche Kontakt mit den Regierungsvertretern der Europäischen Gemeinschaft

Aufgrund der genannten Kompetenzverteilung innerhalb der Gemeinschaft ist es selbstverständlich, daß die einzelnen Gewerkschaften und die europäischen Gewerkschaftsbünde eine direkte Begegnung mit den Regierungsvertretern suchen, um ihre Ansichten betreffend der Lösung gesamteuropäischer Fragen - seien sie auf bestimmte Wirtschaftszweige oder die gesamte Wirtschaftssituation bezogen - gegenüber den eigentlichen Entscheidungsträgern vorzubringen. Da zum Ministerrat wie auch zu den Ständigen Vertretungen der neun Regierungen in Brüssel keine direkten formellen Beziehungen bestehen, wird sich seitens der Gewerkschaften um Beziehungen informellen Charakters, sowie um eine Institutionalisierung der Begegnungen bemüht. Um den stattfindenden Gesprächen mehr Verbindlichkeit zu geben - "um den Ministerrat direkt in die Verantwortung zu bringen" (49) - und um "die Europäische Gemeinschaft stärker auf soziale Ziele hinzulenken" (50) forderten die europäischen Gewerkschaften nachdrücklich die Schaffung eines Ständigen Ausschusses für Beschäftigungsfragen, dem neben Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern auch die Arbeits- und Sozialminister angehören. Die Gewerkschaften waren davon überzeugt, "daß durch die Gründung dieses Forums die Beschäftigungsfragen mehr Beachtung finden und daß Maßnahmen schneller zustande kommen könnten, wenn sich auf Treffen Gewerkschaftsvertreter und Ressortminister unmittelbar gegenüberstehen" (51). Dieser Ausschuß, 1970 auf Beschluß

(49) Tätigkeitsbericht des EMB 1974 - 1977, a.a.O., S. 110

(50) gewerkschafts informationen, Sondernummer, November 1975, S. 4

(51) ebd.

des Ministerrats eingesetzt, wurde aber von den Gewerkschaften wegen der weiterhin bestehenden Unverbindlichkeit der Gespräche kritisiert:

"Die Erfahrung des EGB in diesem Ausschuß zeigt jedoch, daß sich die Minister sperren gegen ernstgemeinte Gespräche, die zu wirklichen Verpflichtungen führen" (52), so daß von einer "wirklichen Konzertation", wie sie der Europäische Gewerkschaftsbund anstrebt, "nicht die Rede" sein könne (53).

Um einer Polarisierung der Positionen gerade angesichts der sich über Europa ausbreitenden Krise um 1975 entgegenzuwirken, entstand die Idee zu einer Dreierkonferenz von Regierungsvertretern (die Minister für Wirtschaft, Finanzen und Soziales), Arbeitgebern und Gewerkschaftern. Diese Dreierkonferenz, zu deren Ausrichtung die wesentlichen Impulse vom Europäischen Gewerkschaftsbund und dem EG-Kommissar Wilhelm Haferkamp, der bis zu seinem Eintritt in die EG-Kommission Mitte 1967 Mitglied des DGB-Vorstandes war, kamen, entsprach zum einen dem gewandelten gewerkschaftlichen Aufgabenfeld, wie es vom Sekretär des EGB Walter Braun im Mai 1977 auf der 3. Generalversammlung des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes programmatisch ausgesprochen wurde:

"Die Gewerkschaften sollten vom klassischen Kampfschema abweichen, denn die klassischen Probleme gibt es nicht mehr. Dafür aber Probleme, die aus der systembedingten Schwäche erwachsen. Jetzt müssen Aktionen im Rahmen der Dreierkonferenz, der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und der EWG erfolgen. Es ist an der Zeit, Industriestrukturpolitik über die Grenze hinweg zu betreiben." (54)

Zum anderen bot nur die Dreierkonferenz - im Gegensatz zu den bisherigen Kontakten - den Rahmen für die praktische Umsetzung dieses neuen gewerkschaftlichen "Kampfschemas".

(52) Tätigkeitsbericht der EMB 1974 - 1977, a.a.O., S. 110

(53) Tätigkeitsbericht des EGB 1973 - 1975, a.a.O., S. 48

(54) Walter Braun, in: gewerkschafts informationen, Sondernummer zur 3. Generalversammlung des EMB..., S. 6

Im Tätigkeitsbericht der EGB 1973 - 1975 wird der Grund dafür genannt:

"...daß wir sowohl auf der Sozialkonferenz als auch im Ständigen Ausschuß für die Beschäftigung lediglich die Arbeitsminister zu Gesprächspartnern hatten, so daß es uns nicht möglich war, einen Dialog über die wirtschaftlichen und konjunkturellen, vor allem aber über die strukturellen Ursachen der Krise sowie über die Wiederbelebungsmaßnahmen in Gang zu bringen." (55)

Die erste Dreierkonferenz fand am 18. November 1975 in Brüssel statt. Sie und auch die drei weiteren, in jährlichem Turnus durchgeführten Konferenzen standen ganz unter dem Zeichen der anhaltend gespannten Beschäftigungslage im europäischen Raum. Auf Grundlage von Analysen und Arbeitspapieren der Kommission und der Sozialpartner fanden Diskussionen darüber statt, wie die Wirtschafts- und Beschäftigungslage einzuschätzen sei, welches die Gründe für die Krise seien und zu welchen Maßnahmen für ihre Überwindung gegriffen werden müsse. Da zwar von allen Beteiligten die Probleme gesehen wurden, besonders aber zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften keine Übereinstimmung in den anzustrebenden Mitteln der Problembewältigung erreicht werden konnte, enthielten die abschließenden Communiqués im wesentlichen nur sehr allgemeine Erklärungen darüber, daß Maßnahmen weiter "erörtert", "geprüft", daß Problemen "besondere Aufmerksamkeit geschenkt" und sich "gemeinsam bemüht" werden solle. So lautet es beispielsweise in dem von der Konferenz 1976 gebilligten Abschlußtext:

"Die Konferenz bekundet die Entschlossenheit aller Teilnehmer, sich in gemeinsamer Anstrengung darum zu bemühen, daß

- der wirtschaftliche Aufschwung konsolidiert wird, damit
- in den kommenden Jahren ein Wachstum in Stabilität verwirklicht wird und so
- die Bedingungen für Vollbeschäftigung und neue soziale Fortschritte geschaffen werden." (56)

(55) Tätigkeitsbericht des EGB 1973 - 1975, a.a.O., S. 49

(56) gewerkschafts informationen, Heft 7/8, 1976, S. 3

Da derartige Absichtserklärungen keine greifbaren Verbesserungen brachten - und auch nicht bringen konnten -, wurde von den europäischen Gewerkschaften die Forderung nach mehr Konkretheit der Diskussionen erhoben. Gegenüber dem Europäischen Rat der Regierungschefs, der im März 1977 in Rom zusammentrat, erklärte der Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes Heinz Oskar Vetter, daß

"eine dringende Notwendigkeit (besteht), daß anlässlich der nächsten Dreierkonferenz seitens der Regierungen und Kommission konkrete politische Vorschläge zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und der Probleme der Wirtschaftsstabilität zur Diskussion gestellt werden." (57)

Und auf der folgenden dritten Dreierkonferenz am 27. Juni 1977 in Luxemburg wollte Vetter klare Antwort von den Vertretern der Regierungen und der Wirtschaft auf seine Frage erhalten:

"Welche Politik haben Sie verfolgt - oder welche Politik wollen Sie verfolgen - um die Ziele der letzten Dreierkonferenz zu konkretisieren?" (58)

Daß eine Konkretisierung der Politik, wie sie von den Gewerkschaften gefordert wird, nicht gleichbedeutend ist mit der Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Forderungen, zeigte sich in aller Deutlichkeit auf der bisher letzten Konferenz am 9. November 1978 in Brüssel, auf der laut eines Kommentators im EG-Magazin dem Europäischen Gewerkschaftsbund "der Geduldsfaden riß" (59). Da Regierungen und Arbeitgebervertreter dem gewerkschaftlicherseits unterbreiteten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - der Arbeitsumverteilung, also der Arbeitszeitverkürzung - nicht in Form von sofort wirksam werdenden praktischen Schritten zustimmen wollten, wurde gedroht, an weiteren derartigen Konferenzen nicht mehr teilnehmen zu wollen.

(57) H. O. Vetter, in: gewerkschafts informationen, Heft 3/1977, S. 10

(58) H. O. Vetter, in: gewerkschafts informationen, Heft 7/1977, S. 8

(59) EG-Magazin, Heft 12/1978, S. 4

Daß eine derartige Drohung mehr den Charakter einer deutlichen Mißfallenskundgebung hat und kaum wirkliche Konsequenzen nach sich ziehen wird, machte Vetter noch auf der selben Konferenz klar. Gegenüber der Presse räumte er ein, daß "wir von den Arbeitgebern nichts anderes erwartet (haben)" und äußerte zugleich die Hoffnung, daß "eine Chance (besteht), daß unsere Ideen trotzdem in die praktische Politik eingehen" (60). Diese 'versöhnliche' Einstellung Vetter's zum Konferenzverlauf entspricht einer - nicht von allen europäischen Gewerkschaftsbünden getragenen - Grundhaltung zu derartigen Konferenzen, wie sie schon 1975 vom EGB formuliert wurde:

"Aber selbst wenn diese Konferenz weitgehend enttäuscht haben mag, ist sie insofern von Bedeutung, als sie auf höchster europäischer Ebene eine das Gesamtpaket der Krisenprobleme betreffende Konfrontation zwischen öffentlichen Instanzen und Sozialpartnern zuwege gebracht hat." (61)

Wenn also auf der letzten Dreierkonferenz zum Ausdruck gekommen ist, daß neben dem offenen Dialog auch Resultate erwartet werden, denen die Gewerkschaften zustimmen können, so muß doch festgehalten werden, daß relevante Teile der europäischen Gewerkschaftsbewegung bereits das Gespräch an sich begrüßen. Vorstellungen von Wirtschaftsdemokratie und Sozialpartnerschaft, wie sie sonst noch teilweise von Gewerkschaften in Belgien, Frankreich, Italien und Großbritannien rigoros als 'Integrationskurs in das kapitalistische System' abgelehnt werden, wurden zumindest auf europäischer Ebene aktiv praktiziert. Inwiefern diese europäischen Begegnungen allerdings für das jeweilige soziale Klima im Nationalstaat fruchtbar werden, bleibt allerdings abzuwarten. In diesem Sinne ist Heinz Oskar Vetter's Warnung auf der Konferenz 1977,

(60) ebd.

(61) Tätigkeitsbericht des EGB 1973 - 1975, a.a.O., S. 49

nicht allzu eilfertig in europäische Lösungen zu flüchten, um so ein Alibi für nationales Nichtstun zu haben (62), nicht nur auf die europäischen Regierungen und Arbeitgeber zu beziehen. Sie muß genauso gegenüber den europäischen Gewerkschaften gelten, denen Kompromisse auf europäischer Ebene - ebenso wie den anderen Partnern - nicht schwerfallen mögen, da Analysen und gemeinsam erarbeitete Vorschläge zunächst folgenlos bleiben - was daheim, in der innenpolitischen Auseinandersetzung, geschieht, steht immer noch auf einem anderen Blatt.

Was vor allem aber Vettters Warnung vor der Flucht in europäische Lösungen zugrunde liegt, ist eine Tatsache, die, wie für die Dreierkonferenz, auch für alle anderen behandelten europäischen Einrichtungen gilt: Alle europäischen Aktivitäten, seien es nun Dialoge, Vorschläge oder Programme können zwar Impulse geben, aber keine definitiven Maßnahmen durchführen, da die Entscheidungsgewalt vermittelt über den Ministerrat bei den nationalen Regierungen verbleibt. Europäische Lösungen der hier angesprochenen sozialen Probleme müssen in der Form der Absichtserklärungen, die zumeist das Ideal einer einheitlichen und fortschrittlichen Sozialpolitik darstellen, verbleiben, wenn nicht vom Ministerrat als Konsequenz einzelstaatlicher Nutzenerwägungen eine gesamteuropäische Entscheidung getroffen wird.

Von dieser Ausgangslage her ist auch die gewerkschaftliche Forderung nach institutionalisierter Mitbestimmung in den europäischen Gremien zu beurteilen. Da diese Gremien keine Aufsichtsräte sind, in denen die Politik des 'Unternehmens Europa' bestimmt, sondern nur beeinflußt wird - abgesehen vom Ministerrat, in dem mitzubestimmen von den Gewerkschaften auch nicht gefordert wird, da dies die absurde Vorstel-

(62) Vgl. EG-Magazin, Heft 7/8, 1977, S. 3

lung einer Gewerkschaftsregierung neben der vom Volk gewählten beinhalten würde -, kann eine vertraglich festgelegte und quantifizierte Gewerkschaftsbeteiligung. (z. B. Erhöhung der Arbeitnehmervertreter im Wirtschafts- und Sozialausschuß, Festlegung einer Zahl von EG-Kommissaren, die aus der Gewerkschaftsbewegung kommen müssen) keine grundlegende Verbesserung für die Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Position in Europa bringen. Was in den europäischen Verträgen und in der Entwicklung der europäischen Integration den Gewerkschaften zugestanden wurde, ist das Recht und die Möglichkeit, ihre Meinung zu den europäischen Fragen institutionalisiert zur Geltung zu bringen. Von daher kommt es für die gewerkschaftliche Arbeit in Europa nicht darauf an, quantitativ das gewerkschaftliche Auftreten zu befördern. Es geht vielmehr darum, die Qualität der Argumentation zu entwickeln und darüber den Einfluß zu steigern.

Trotz des Festhaltens an Forderungen nach formaler Mitbestimmung ist in der praktischen Gewerkschaftspolitik die Betonung des Inhaltlichen immer stärker in den Vordergrund getreten - dies gilt zum Beispiel, wie schon behandelt, in sehr starkem Maße für die Arbeit im Wirtschafts- und Sozialausschuß. Allerdings besteht die Gefahr, daß die europäischen Gewerkschaften in ihrem Bestreben nach inhaltlicher Auseinandersetzung einem neuerlichen Drang nach Formalisierung verfallen - jetzt nur außerhalb der besonderen Institutionalisierungen der Europäischen Gemeinschaft. Wenn zum Beispiel Heinz Oskar Vetter in seiner Eigenschaft als Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes dem Ministerkomitee des Europarats zur Beseitigung der "bedrohliche(n) Lage auf den europäischen Arbeitsmärkten" vorschlägt, eine Konferenz über Beschäftigungsprobleme unter der Beteiligung der Regierungen, der EG-Kommission sowie der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ganz Westeuropas einzuberufen (

so wird hiermit nur eine leicht modifizierte (mehr Staaten beteiligen sich) Wiederholung der Dreierkonferenzen vorgeschlagen. Angesichts der Resultate der bisherigen Konferenzen kann, realistisch betrachtet, von einer derartigen erweiterten Neuauflage kein gravierender Durchbruch erwartet werden. Und da der eine Zweck, den der EGB anlässlich der ersten Dreierkonferenz 1975 formuliert hat - daß endlich alle für die Bereiche Wirtschaft und Soziales Verantwortlichen miteinander ins Gespräch kommen - bereits erreicht wurde, birgt die Durchführung eines oder mehrerer Gespräche, die zu keinem Ergebnis führen werden, die Gefahr in sich, in inhaltsleerer Routine zu ersticken. Erfolgversprechender scheint der Weg zu sein, den der neugewählte Vorsitzende des EGB, Wim Kok in einem Interview mit der Wochenzeitung Welt der Arbeit anspricht. In Beantwortung einer Frage zur vom EGB vorgeschlagenen Arbeitszeitverkürzung von 10 % als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit, die das Gegenargument der Arbeitgeber - die Konkurrenzfähigkeit - aufgreift

- "soll die rund zehnprozentige Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich erfolgen? Ein Arbeitgeberargument gegen den vollen Lohnausgleich ist doch dies: Dadurch verschlechtert sich unsere Kostensituation gegenüber unseren Hauptkonkurrenten, und letztlich schaffen wir mit Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich keine neuen Arbeitsplätze, sondern setzen statt dessen noch die vorhandenen aufs Spiel..." -,

macht Kok den wegen dieser angesprochenen Thematik gerade jetzt besonders aktuellen Zusammenhang der Dreiergespräche deutlich. Kok verweist dabei darauf, daß gerade wegen der Bedeutung der Dreiergespräche diese reformiert und damit zu einer höheren Verbindlichkeit geführt werden müßten, anstatt unverbindlichen Gesprächen weitere unverbindliche Kontakte hinzuzugesellen.

"Mit diesem Argument werden wir ja regelmäßig von Regierungen und Arbeitgebern konfrontiert. Die Deutschen sagen, wenn es die Franzosen nicht tun, und die Holländer sagen, wenn es die Deutschen nicht tun, dann geht es auch bei uns nicht. Wir müssen also über den EGB versuchen, die Sozialpartner, die EG-Kommission und die europäischen Regierungen an den Verhandlungstisch zu bekom-

men, um einen Konsensus über die allgemeine Richtung der Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Bisherige Versuche in dieser Richtung - etwa bei der letzten Dreierkonferenz Ende vergangenen Jahres in Brüssel - haben nicht viel gebracht. Im EGB wird jetzt geprüft, wie die Gespräche neu organisiert werden könnten, damit verbindliche Absprachen möglich werden." (64)

2.2 Die Stellung der deutschen Gewerkschaften zur ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments

Mit der Kandidatur führender Gewerkschafter für das erste direkt gewählte Europäische Parlament brachte die deutsche Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck, welche Bedeutung sie diesem Akt zuschreibt. Ihre positive Stellung zur Wahl begründet sie ähnlich wie offizielle europäische Stellen damit, daß mit der Wahl der Integrationsprozeß belebt und die Europäische Gemeinschaft demokratisiert würde:

"Nachdem die Einigung Europas durch 'wirtschaftliche Sachzwänge' ins Stocken geraten ist und zunehmend Kritik findet, kann die Direktwahl zu einer Belebung des europäischen Integrationsprozesses führen. Mit seiner durch die Europa-Wahl gestärkten politischen Autorität kann das Parlament gegenüber Rat und Kommission selbstbewußter auftreten und so zum Schrittmacher der Integration werden.

Die Europäische Gemeinschaft wird demokratisiert. Der immer technokratischer erscheinende Entscheidungsprozeß der europäischen Integration erhält eine größere Transparenz." (65)

Daß auch Kandidaten der Gewerkschaft aufgestellt wurden, erklärt diese dabei damit, daß die europäische Integration nur unter der gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen gelingen könne, so daß "in diesem Sinne

(64) Interview in der Welt der Arbeit, Nr. 20, 17. 5. 1979

(65) Der Gewerkschafter, Heft 4/1979, S. 3, auch: Daten und Fakten, Arbeitsmappe für die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament, Arbeitsblatt "Sechs Argumente für die Direktwahl", Hg. Informationsbüro des Europäischen Parlaments und Presse- und Informationsbüro der Kommission der Europäischen Gemeinschaften

...die Gewerkschaften alles tun (werden), die Wahlen zum Europäischen Parlament zu einer überzeugenden Demonstration für die politische Vereinigung Europas werden zu lassen." (66) Mit der Direktwahl, die eine unmittelbare demokratische Legitimation einer europäischen Institution herbeiführt, will der Deutsche Gewerkschaftsbund die Chance ergreifen, Europa in seinem Sinne zu verändern, d. h. zu verhindern, daß Europa eine "Gesellschaft mit beschränkter Haftung" werde, wie es Vetter auf einer Europakundgebung in München formulierte. So soll mit dem Europaengagement die Lehre aus einer Kritik gezogen werden, die Ludwig Rosenberg schon 1974 übte, als er für die mangelnde gewerkschaftliche Rolle in Europa folgenden Grund angab:

"Weil sie (die Gewerkschaften) es nicht fertig gebracht haben, die Millionen und Abermillionen ihrer Mitglieder von der Notwendigkeit einer aktiven Anteilnahme an der europäischen Integration zu überzeugen. Weil sie - auch sie - viel zu viel in Institutionen und Regierungsab-sprachen und viel zu wenig in Volksbewegungen denken, die Institutionen und Regierungen in Bewegung bringen können, ohne die alles tote Maschine bleibt. Es ist endlich Zeit, die Menschen mobil zu machen für dieses vereinte Europa, damit nicht unkontrollierte Institutionen und multinationale Konzerne daraus machen, was sie wollen. Es ist endlich an der Zeit, Bewegung für ein freies und einiges demokratisches und soziales Europa in die Massen zu tragen, damit wir nicht eines Tages eine einmalige Chance verspielt haben, die uns allein sozialen Fortschritt in einer freien demokratischen Gesellschaft in Wohlstand und Sicherheit bieten kann. Es gibt keine Alternative. Die europäische Integration ist eine zu wichtige Sache, als daß man sie allein den Regierungen überlassen darf." (67)

Gegen "Europapessimisten und Kritiker" (68), die bezweifeln,

(66) H. O. Vetter auf dem DGB-Kongreß in Hamburg, Mai 1978, zit. in: Gewerkschaftliche Umschau, Zeitschrift für die Funktionäre der IG Chemie-Papier-Keramik, Heft 4/1978, S. 35

(67) Ludwig Rosenberg, Kommentare zur Zeit, Köln 1976, S. 211f

(68) Gewerkschaftliche Umschau, Heft 4/1978, S. 34

daß diese postulierte Massenbewegung ausgerechnet in der Form des Wahlakts für ein Parlament ohne ausreichende Vollmachten stattfinden könne, wurde hervorgehoben, daß das Parlament "bereits mehr Vollmachten und Kontrollmöglichkeiten" (69) habe, als von den Kritikern zugegeben wird, so daß - hohe Wahlbeteiligung der Arbeitnehmer vorausgesetzt - von ihm eine "entscheidende Weichenstellung gegen ein Europa des Kapitals und der Bürokraten, für ein Europa der Arbeitnehmer" (70) zu erwarten sei. In Fortsetzung dieser Einschätzung wird in der Welt der Arbeit das Parlament sogar zum einzigen wirklichen effizienten Partner der Gewerkschaftsbewegung erklärt. So heißt es in einem Artikel mit der Überschrift: "Gemeinschaft mit sozialem Defizit":

"Wirtschaftskrisen und ihre Auswirkungen haben die sozialen Kräfte in Europa aktiviert und den Einfluß der Gewerkschaften auf die Entwicklung der europäischen Institutionen gestärkt. Nur das direkt gewählte Europa-Parlament kann der gewerkschaftliche Partner sein, um diese Entwicklung auch in Zukunft zu garantieren." (71)

Und auch angesichts konkreter Probleme, wie z. B. der Mitbestimmung in europäischen Aktiengesellschaften, wird die Hoffnung ganz entschieden auf das neue Parlament gesetzt. Da bisher weder im Parlament noch in den anderen europäischen Organen die gewerkschaftliche Vorstellung einer Drittelparität in den Aufsichtsräten (je ein Drittel Arbeitnehmer, Kapital-eigner und Vertreter des "allgemeinen Interesses") durchdringen konnte, "können die Gewerkschaften und all die, die sich von Mitbestimmung mehr Demokratie in der Wirtschaft versprechen, nur auf das am 10. Juni neu zu wählende Europa-Parlament setzen." (72)

(69) ebd.

(70) Der Gewerkschafter, Heft 1/1979, S. 3, Hervorhebung d. Verf.

(71) Welt der Arbeit, Nr. 20, 17. 5. 1979, Hervorhebung d. Verf.

(72) ebd., Hervorhebung d. Verf.

Neben der Korrektur dieser Erwartung durch den Inhalt der inzwischen praktizierten Parlamentsarbeit, die in der Frage des europäischen Gesellschaftsrechts nach wie vor ein Konzept befürwortet, dessen reduzierte Mitbestimmungsmöglichkeiten der scheidende EGB-Präsident Vetter scharf kritisierte (73), erfolgte schon in derselben Nummer der Welt der Arbeit, in der so optimistisch auf die Macht des direkt gewählten Parlaments gesetzt wurde, eine generelle Widerlegung dieser Wahlhoffnungen, die sich aus dem Wissen über die Kompetenzen dieses Parlaments speiste. Gegenüber den Wahlaussagen der deutschen Sozialdemokraten, die ihren Europawählern eine "demokratische Kontrolle der Europäischen Gemeinschaft" versprochen und neben dem "Europa der Kaufleute und Bauern" auch endlich ein "Europa der mündigen Bürger" schaffen wollten, wurde festgehalten, daß "es mit der Europa-Kontrolle der Parlamentarier nicht weit her sein (wird), denn die Befugnisse des Parlaments sind leichtes Handgepäck: Das Parlament kann zwar anregen, es hat aber nicht die geringsten gesetzgeberischen Kompetenzen. Die liegen weiterhin ausschließlich beim EG-Ministerrat und der ohne jede parlamentarische Kontrolle operierenden Brüsseler EG-Kommission. Die Möglichkeiten zum Sturz der Kommission durch das Parlament stehen praktisch nur auf dem Papier." (74)

(73) Süddeutsche Zeitung vom 28. 2. 1980

(74) Welt der Arbeit, Nr. 20, 17. 5. 1979

Die parlamentarischen Möglichkeiten zur Kontrolle von Kommission und Rat bestehen gegenüber der Kommission in parlamentarischen Anfragen und der Möglichkeit eines Mißtrauensantrags, der zum Sturz der Kommission führen kann, wenn "der Mißtrauensantrag mit der Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen und mit der Mehrheit der Mitglieder der Versammlung angenommen (wird)". (Art. 144 EWG-Vertrag). Gegenüber dem Rat besteht die Kontrolle aufgrund eines "gentlemen's agreement": "Der Rat stellt sich... in der Person seines Vorsitzenden dem 'Kreuzverhör' durch die Volksvertreter. Diese haben jedoch bisher noch keinerlei Machtmittel, um den Ratsvertreter zu einer vollen Aussage zu zwingen und die von ihm verfolgte Politik dem Willen des Parlaments anzupassen."

(Daten und Fakten, Arbeitsmappe..., a.a.O., Arbeitsbl. 3)

Ebenso wurde in der Kritik der Wahlwerbung der Freien Demokraten ein Beispiel für die Ohnmacht des Parlaments gegeben:

"In großen Anzeigen suggerieren die Freien Demokraten in der Bundesrepublik ihren potentiellen Wählern, daß sie mit ihrer Stimmabgabe am 10. Juni auch über die Abschaffung der Todesstrafe, etwa in Frankreich, entscheiden könnten. Tatsächlich hat das Parlament in dieser Sache nicht das geringste zu sagen; es kann allenfalls - wie Hinz und Kunz - bei den betreffenden Regierungen protestieren." (75)

Wenn von gewerkschaftlicher Seite wie oben ausgeführt in dem direkt gewählten Parlament also der Partner für ihre Zwecke gesehen wird, dann machen die letzten Äußerungen das Illusionistische derartiger Vorstellungen deutlich. Auch der Verweis darauf, daß ein mit hoher Wahlbeteiligung gebildetes Parlament die Chancen hätte, sich weitere Rechte zu erkämpfen, wie es einst die nationalen Parlamente getan hätten, übersieht, daß die damalige Durchsetzung der Macht der Parlamente über Revolutionen oder revolutionäre Prozesse gegen die überkommenen Herrschaftsstrukturen und nicht durch Wahlen zustandekam. Für das Europa-Parlament gilt aber, daß die Ausdehnung seiner Befugnisse nur durch die Initiative aller beteiligten Regierungen erfolgen kann und d. h. auch nur dann, wenn die staatliche Verantwortung tragenden Parteien dies zu ihrem grundsätzlichen Anliegen machen. Daß dies heute nicht der Fall ist, wird deutlich an der auch von den Gewerkschaften bemerkten Gewichtung der Europa-Wahl als "Popularitätstest" im Hinblick auf die innenpolitische Situation. Wurde der Wahlkampf von jenen, die für Europa kandidieren, primär mit innenpolitischen Themen geführt - man denke nur daran, daß in der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit das einzige Interesse an der Direktwahl jenes war, ob Franz Joseph Strauß mit einer bundesweiten "vierten" Partei auftreten werde - und

wurde in der Presse fast ausschließlich die Frage diskutiert, ob die Bürger sich mit großer Mehrheit an der Wahl beteiligen, nicht aber, wer nach der Wahl die meisten Sitze erhält (es sei denn unter dem innenpolitischen Gesichtspunkt), so muß auf das Desinteresse der Europa-Parlamentarier in ihrer überwiegenden Mehrheit geschlossen werden, überhaupt weiterreichende Kompetenzen zu erlangen.

Wenn also die prinzipielle Machtverteilung zwischen europäischer Gemeinschaft und Nationalstaat in absehbarer Zukunft nicht in Frage gestellt werden dürfte und daher die deutschen Gewerkschaften durch ihre parlamentarische Vertretung nicht der Aufgabe enthoben sind, ihre klassische Politik im Inneren fortzusetzen bzw. gemeinsam mit den anderen europäischen Gewerkschaften auch außerhalb der Institutionen ihre Aktivitäten zu entfalten, so ist doch die Erwartung berechtigt, daß das direkt gewählte Parlament als gesamteuropäisch anerkanntes Forum eine gute Möglichkeit bietet, gewerkschaftliche Vorstellungen in die Öffentlichkeit zu tragen (76). Den Nutzen eines erhöhten moralischen Gewichts spricht der EGB in einem Arbeitspapier zur Direktwahl aus, wenn er sein Verhältnis zum Wahlkampf

(76) Betrachtet man allerdings die Aufteilung der deutschen Gewerkschaften auf die inzwischen gebildeten Ausschüsse des Europäischen Parlaments, muß eine aktive öffentliche Vertretung spezifisch gewerkschaftlicher Positionen in Zweifel gezogen werden. So arbeitet der IG-Chemie-Vorsitzende Hauenschild im Landwirtschaftsausschuß, der IG-Metall-Vorsitzende Loderer im Ausschuß für Jugend, Kultur, Bildung, Information und Sport, der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Hoffmann im Verkehrsausschuß. Allein der DGB-Vorsitzende Vetter ist Mitglied eines Ausschusses, dem Rechtsausschuß, der auch für die europäischen Gewerkschaften direkt betreffende Probleme, z. B. die Struktur der europäischen Aktiengesellschaft und die dortige Mitbestimmung, zuständig ist. (Vgl. EG-Magazin, Heft 10/1979, S. 8)

thematisiert:

"Die Gewerkschaftsbewegung wird keinesfalls hinnehmen, daß der Wahlkampf dazu benutzt wird, die Aufmerksamkeit der Arbeitnehmer von ihren Problemen und Forderungen abzulenken. Im Gegenteil, der Europäische Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsbünde in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft müssen von dieser Kampagne Gebrauch machen, um die politischen Parteien und Kandidaten mit ihren sozialen und ökonomischen Forderungen zu konfrontieren. Diese Konfrontation verfolgt einen doppelten Zweck: die Arbeitnehmer zur Wahlbeteiligung zu ermutigen und sie für ihre spezifischen Interessen stärker zu sensibilisieren." (77)

Daß in der Bundesrepublik die sozialpolitischen Forderungen des DGB gegenüber der eigenen Gesellschaft sowie der Europäischen Gemeinschaft - Vollbeschäftigung, Arbeitszeitverkürzung, Demokratisierung der Wirtschaft, Humanisierung der Arbeitswelt und soziale Sicherheit, insbesondere in Anbetracht von Rationalisierung und technischem Wandel - kaum in die Diskussionen um die Europa-Wahl drangen, verdankte sich der Überlagerung dieser konkreten Themen durch eine Auseinandersetzung, die durch eine Kampagne von CDU/CSU gegen die Kandidatur der drei Spitzengewerkschafter Heinz Oskar Vetter, Eugen Loderer und Karl Hauenschild auf der Europa-Liste der SPD ausgelöst worden war. Während die CDU sehr bald ihre Angriffe einstellte, da führende christdemokratische Gewerkschafter (78) ebenfalls für das Europäische Parlament kandidierten, machte die CSU aus jener Kandidatenaufstellung eines ihrer wesentlichen Wahlkampfthemen. In 'beachtlicher' Rechtsauslegung fand der Generalsekretär der CSU Edmund Stoiber heraus, daß die Übernahme politischer Mandate durch hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre den

(77) Direkte Wahlen mit allgemeinem Stimmrecht zum Europäischen Parlament, Hg. Europäischer Gewerkschaftsbund, Arbeitsblatt 'Demokratisierung der Gemeinschaftsinstitutionen, Brüssel, November 1977, S. 3

(78) Karl-Heinz Hoffmann, ÖTV; Rudi Michels, IG Bergbau; Walter Schongen, Gewerkschaft Textil-Bekleidung

Satzungen der Gewerkschaften widerspräche - allerdings nur im Fall der drei SPD-Gewerkschafter. Dagegen sei die Kandidatur der CDU-Gewerkschafter nicht problematisch, da sie (immerhin stellvertretender Vorsitzender der ÖTV-Hauptverwaltung, stellvertretender Vorsitzender der Textilgewerkschaft und Mitglied des Hauptvorstandes der IG Bergbau) keine Gewerkschaftsfunktionäre "in führenden Positionen" wären. Desweiteren hätten sie "weniger Einfluß auf die Politik des DGB" als die SPD-Spitzenfunktionäre und sei der Einfluß Vetters auf die SPD anders zu bewerten als der Hoffmanns auf die CDU (79). Wo schon diese an scholastische Tradition erinnernden Spitzfindigkeiten - eine Feststellung, die keineswegs negieren möchte, daß derartiges zum Charakterzug eines souveränen Politikers gehören kann - klar zum Ausdruck bringen, daß es der CSU hier um Wahlkampfpolemik ging (und nicht etwa um die Einhaltung der Satzung des DGB), setzte sich dieser Angriff in einer vorgeblichen Sorge um die Einheitsgewerkschaft fort. So leistete sich Stoiber den Widerspruch, zum einen die "Einheitsparteien und Einheitsgewerkschaften üblicherweise in Diktaturen" angesiedelt zu sehen (80), zum anderen durch die Europa-Kandidatur Vetters, Loderers und Hauenschilds den Fortbestand der Einheitsgewerkschaft in der Bundesrepublik in Zweifel zu ziehen (81). Aufgrund dieser - je nach politischem Kalkül bezogenen - Stellung zur deutschen Einheitsgewerkschaft verwundert es auch nicht, wenn Stoiber damals "zumindest" die CSU-Parteimitglieder aufforderte, den "DGB-Gewerkschaften geschlossen

(79) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 15. 2. 1979

(80) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 21. 2. 1979

(81) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 23. 2. 1979

den Rücken zu kehren und in den Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) einzutreten" (82) - eine Gewerkschaftsvereinigung unter christlich-sozialer Maxime also eine einheitliche Arbeitnehmerschaft erst wirklich garantiere.

Obwohl die Gewerkschaften - in sehr deutlicher Weise auch die gewerkschaftlichen CDU-Europa-Kandidaten (83) - auf die zweierlei Maß verwiesen, die die CSU gegenüber den gewerkschaftlichen Kandidaturen anlegte und die Angriffe gegen die Einheitsgewerkschaft als "Brunnenvergiftung" und "bedauerliche Pöbeleien" (84) zurückwies, so blieb die Gegenargumentation der DGB-Gewerkschaften doch weitgehend

(82) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 15. 2. 1979

(83) So wies z. B. der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Karl-Heinz Hoffmann, der auf einem sicheren Platz für die CDU aufgestellt war, die Kritik Stoibers zurück: Zum einen müsse die Kritik konsequenterweise genauso gegenüber den CDU-Gewerkschaftern geübt werden, zum anderen sei eine echte Bedrohung der Einheitsgewerkschaft die Androhung Stoibers, zum Austritt aus dem DGB aufzufordern. (Vgl. Erziehung und Wissenschaft, Hg. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB, Heft 4/1979, S. 5)

(84) H. O. Vetter zit. in: Die demokratische Schule, Verbandsorgan der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Bayern, Heft 4/1979, S. 4

defensiv. So wurde immer nur hervorgehoben, daß nach Satzung und Programm die politische Einheitsgewerkschaft "organisatorisch selbständig, unabhängig von den politischen Parteien, aber nicht neutral" sei (85), eine Kandidatur Vettters usw. auf der SPD-Liste kein Widerspruch zur Satzung sei und der in der Satzung festgelegte Auftrag, die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten, gerade "ein ständiges Einwirken auf Regierungen, Parlamente und Parteien" bedinge (86). Das Argument des DGB, daß es sein legitimes Recht sei, überall dort, wo es ihm sinnvoll erscheine, Einfluß zu nehmen, fand dabei nicht seine Fortsetzung in der Klarstellung, daß Stoiber, und mit ihm die CSU, mit ihrer Kritik den Versuch machten, die Gewerkschaft mit dem vordergründigen Argument der Einheit zum Fallenlassen der Ansprüche zu bewegen, die jene Einheit notwendig machen. Mit dem Einlassen auf einen Streit, der nur von der CSU offensiv geführt wurde, verschenkte sich der DGB zu einem großen Teil die Möglichkeit, das öffentliche Klima vor einer Wahl in jenem Sinne zu nutzen, das nach den Arbeitspapieren des Europäischen Gewerkschaftsbundes den Hauptgrund für eine aktive Wahlbeteiligung abgab

(85) Gewerkschaftspost, Zeitung der IG Chemie-Papier-Keramik, Heft 11/1978, S. 4

(86) Die demokratische Schule, Heft 4/1979, S. 4

- nämlich seine Forderungen vernehmlich in die Öffentlichkeit zu tragen (87).

-
- (87) Wenn die Kandidatur der drei führenden Gewerkschafter Vetter, Loderer und Hauenschild nun zwar trotz - oder gerade wegen - der Querelen mit der CSU dafür gesorgt haben mag, daß der befürchteten Wahlmüdigkeit der Arbeitnehmerschaft begegnet werden konnte, so muß doch der fadenscheinig begründete Rücktritt von Hauenschild und Loderer ein halbes Jahr später im Dezember 1979 bei den Wählern einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen. Ihr Argument, daß sie "als Vorsitzende von Industriegewerkschaften, die unter zunehmend schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen arbeiten", ihrer parlamentarischen Verantwortung "guten Gewissens" nicht gerecht werden können (Süddeutsche Zeitung vom 18. 12. 1979) entspricht nämlich in keiner Weise der Realität, da seit dem Europawahlkampf im Frühjahr 1979 keine zunehmenden Schwierigkeiten für die Gewerkschaften eintraten (eher ist das Gegenteil der Fall, was ansonsten die Gewerkschaften dadurch selber deutlich machen, daß sie inzwischen als letzte davon aufgehört haben, in der Öffentlichkeit von der 'Krise' zu sprechen). Hauenschilds und Loderers neue Erkenntnis über die Unvereinbarkeit von Parlaments- und Gewerkschaftsarbeit legt deshalb den Verdacht nahe, daß es den beiden Gewerkschaftern bei der Wahl nur um die Demonstration gewerkschaftlichen Einflusses ging und/oder um Wahlhilfe für die Sozialdemokraten, deren Parteivorsitzender und Europa-Spitzenkandidat auf einer Europawahlliste unter Einbeziehung mehrerer namhafter Gewerkschafter bestand - dies umso mehr, als sie in ihrer Rücktrittsbegründung darauf hinwiesen, daß ihnen die Mandatsniederlegung dadurch erleichtert sei, daß sie die Interessen der Arbeitnehmer bei einer Reihe von gewerkschaftlich orientierten Abgeordneten verschiedener Fraktionen in den besten Händen wüßten.

3. Die Zusammenarbeit der Gewerkschaften in Europa

3.1 Grundfragen gewerkschaftlicher Zusammenarbeit in Europa

Sind die europäischen Gewerkschaften und gerade auch der DGB bestrebt, die europäische Integration zu fördern und sie in ihrem Sinne zu beeinflussen, bedeutet dies zunächst, wie im vorangehenden Kapitel dargelegt, die Mitarbeit in den europäischen Gremien. Darüberhinaus aber ist aus zwei Gründen die Aktivität auf die Koordination innerhalb der eigenen Bewegung zu richten. Zum einen hatte nämlich die Arbeit in den offiziellen EG-Organen bewußt gemacht, daß eine stärkere Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Positionen vielfach schon daran scheiterte, daß die verschiedenen vertretenen nationalen Gewerkschaften sich zu keinem einstimmigen Votum durchringen konnten. Zum anderen zeigen die Gremien der Gemeinschaft Entscheidungsstrukturen, die einer auf eine soziale Ausgestaltung der Gemeinschaft zielenden Mitarbeit der Gewerkschaften für absehbare Zeit prinzipiell unüberwindbare Schranken setzen. Beide Faktoren machen es also notwendig, daß die europäischen Gewerkschaftsbewegungen sich um eine Intensivierung ihrer Zusammenarbeit bemühen. Nur auf Basis von gemeinsam erarbeiteten Grundprinzipien kann es ihnen gelingen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der institutionalisierten EG jenen Einfluß auf die europäische Entwicklung zu erlangen, der den Gewerkschaften nach ihrer Meinung zusteht.

Wie sehr die Notwendigkeit zu einer konzentrierten Zusammenfassung der europäischen Gewerkschaften besteht, verdeutlicht Ludwig Rosenberg, wenn er die Effektivität der europäisch organisierten Arbeitgeber hervorhebt. Im Gegensatz zu den europäischen Gewerkschaftsvertretungen hätten die Arbeitgeber ein äußerst wirkungsvolles Instrumentarium zur Hand, das ihre Vorstellungen überall ins Spiel brächte. Über die Arbeitsweise der bereits im März 1958 kurz nach dem Inkrafttreten der Römischen Verträge geschaffenen "Union der Industrien

der Europäischen Gemeinschaft" (UNICE (1)) berichtet er wie folgt:

"Eine große Anzahl von Ausschüssen und Arbeitsgruppen arbeitet praktisch ständig an der Koordinierung der nationalen Standpunkte und der Ausarbeitung gemeinsam zu vertretender Stellungnahmen. Es gibt tatsächlich keinen Bereich der Wirtschafts-, Konjunktur-, Wettbewerbs- und Sozialpolitik, der nicht in einer dieser Gruppen laufend und durch Sachverständige behandelt wird. Ob es sich um Berufsausbildung, Gesellschaftsrecht, Steuer, Warenzeichen, nukleare Forschung, Klein- und Mittelbetriebe handelt oder um Währungspolitik, Entwicklungsländer, Statistik, Regionalpolitik und Umwelt-Belastung - alles, was direkt oder indirekt mit der Wirtschaft und ihren Problemen zu tun hat, wird hier bearbeitet..."

Nach dieser, seine Achtung vor einem solchen funktionstüchtigen "Apparat" nicht verhehlenden Schilderung kommt Rosenberg

-
- (1) Die UNICE-Union des Industries de la Communauté Européenne besteht aus 13 Spitzenverbänden der Arbeitgeberschaft (darunter aus der Bundesrepublik die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Bundesverband der Deutschen Industrie) aus den neun EG-Ländern sowie assoziierten Spitzenverbänden aus neun weiteren Ländern (Skandinavien, Schweiz, Österreich, Mittelmeerraum). Anliegen der UNICE ist es, "eine ständige Vertretung zu den offiziellen Institutionen der EG zu gewährleisten, die Probleme der EG zu untersuchen, die Stellungnahmen der Mitgliedsverbände zu koordinieren und für deren Berücksichtigung zu sorgen sowie Probleme zu Drittländern zu bearbeiten." Bei ihrer Arbeit geht die Union vom Grundsatz des freien Unternehmertums aus, das in engster Wechselbeziehung mit der politischen Freiheit (Demokratie) gesehen wird.
(Vgl. Hildegard Waschke, Zur europäischen Politik von EGB und UNICE, in: Gewerkschaftsreport des Instituts der deutschen Wirtschaft, Heft 4/1977, S. 11ff)

zu einer impliziten Kritik an der gewerkschaftlichen Euro-
paarbeit. Er fährt fort:

"...Das geschieht eben nicht in gelegentlichen Zusammenkünften, an deren Ende allgemeine 'grundsätzliche' Erklärungen stehen, sondern in sehr detaillierter, fachkundiger Arbeit, deren Ergebnisse direkt auf die Willensbildung in den Organen der Europäischen Gemeinschaft einwirken können. Dabei wird ganz offensichtlich weniger Wert auf langfristige Forderungen gelegt als darauf, auf Grund einer langfristigen Konzeption die gerade anstehenden Fragen durch entsprechende Vorschläge und in unmittelbarem Kontakt einer der Industrie genehmen Lösung zuzuführen." (2)

Daß Ludwig Rosenberg noch 1974, also ein Jahr nach der Schaffung eines umfassenden Europäischen Gewerkschaftsbundes, einen derartigen Effizienzvergleich zieht und seinen Artikel mit der Mahnung enden läßt, daß hier eine Aufgabe liegt, "der sich der Europäische Gewerkschaftsbund noch mehr als bisher zu stellen hat" (3), verdeutlicht, daß die organisatorische Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Dachverbände nur ein Schritt auf dem Weg zu einer wirkungsvollen Zusammenarbeit ist. Wenn nämlich aufgrund der gemeinsamen Tradition des gewerkschaftlichen Internationalismus, der Erfahrungen aus den EG-Gremien und des Wissens von den Herausforderungen durch die Integration - seien es nun Kapitalverflechtung, europäische Aktiengesellschaften oder die europäische Arbeitslosigkeit - relativ schnell ein Prozeß der Vereinheitlichung in Gang gesetzt wird, ist ein damit gleichzeitig über die Abstraktion 'Einheit' hinausgehender gemeinsamer Wille nicht zu unterstellen. Die Bestimmung dessen, wofür und wie die Einheit eingesetzt werden sollte, langfristige

(2) Ludwig Rosenberg, Lautlos aber wirksam (1974) in: Kommentare zur Zeit, a.a.O., S. 206 f

(3) ebd., S. 208

Forderungen oder langfristige Konzeptionen - also ein konkretisiertes Programm - standen bei den Gründungsverhandlungen des EGB deshalb auch erst einmal gar nicht auf der Tagesordnung. Worum es zunächst ging, war, die unterschiedlichsten Vorstellungen und Problemlösungsvorschläge der bereits im EBFG vereinigten und der vereinigungswilligen Bünde in einem sehr allgemeinen Konzept zusammenzufassen. Schwerpunkt der damaligen Debatten waren die Größe des Bundes und seine Offenheit für christliche bzw. kommunistische Gewerkschaften.

3.1.1 Das Problem der regionalen Ausdehnung des Bundes

Mit der Erweiterung der EWG um drei Länder und den zunehmenden Verbindungen der Gemeinschaft zu den restlichen europäischen Ländern stellte sich für die europäischen Gewerkschaften die Frage, ob es weiterhin ein Nebeneinander der EG-Gewerkschaften und der übrigen geben solle und dürfe. In dieser Diskussion bezog der Deutsche Gewerkschaftsbund eindeutig Stellung für die sogenannte "kleine Lösung". Er vertrat die Ansicht, daß der Europäische Gewerkschaftsbund nach wie vor als Zweckverband zur Vertretung der Arbeitnehmerinteressen gegenüber den Arbeitgeberverbänden und den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft zu verstehen sei, weshalb ihm nur die Gewerkschaften in den Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Gemeinschaft angehören sollten. Die beitrittswilligen Gewerkschaften der Rest-EFTA-Staaten sollten lediglich den Status einer Assoziation erhalten. Dieses an der politischen Konstellation der Integration orientierte Modell wurde damit begründet, daß nur so eine einheitliche und wirksame Vertretung der Arbeitnehmerinteressen innerhalb der EG zu erzielen wäre. Einer effizienten Vertretung widerspräche es, solche Gewerkschaften am gemeinsamen Willensbildungsprozeß zu beteiligen, die nicht direkt von den Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaft betroffen werden.

Ein weiteres Argument war das eines über den europäischen Internationalismus hinausgehenden weltweiten Internationalismus. Der DGB teilte gemeinsam mit einer großen Anzahl nicht-europäischer freier Gewerkschaftsbünde die Sorge, daß ein erweiterter Europäischer Gewerkschaftsbund sich zu einem "Klub der Reichen" entwickeln und damit die Solidarität im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) schwächen würde.

Gegen derartige Bedenken wandten die sogenannten "Europäer" ein, daß gerade ein starker europäischer Interessenverband den Entwicklungsländern nützen und Erfolge in der Auseinandersetzung mit multinationalen Konzernen erzielen könne. Eine etwaige Konkurrenz zwischen EGB und IBFG könne ohne Probleme durch festgeschriebene Aufgabenteilungen vermieden werden. Das Schwergewicht der Argumentation der Befürworter der "großen Lösung" - unter ihnen mit besonderem Engagement der britische TUC - lag aber darauf, klarzustellen, daß ja gerade die restlichen europäischen Staaten, die, wenn z. B. der EG auch nur assoziiert, nichtsdestotrotz von deren Entscheidungen in irgendeiner Weise betroffen werden. Dies umso mehr, da die Assoziierungsverträge zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Rest-EFTA-Staaten eine schrittweise Ausweitung der Beziehungen vorsehen. Ein umfassender Europäischer Gewerkschaftsbund böte so immerhin eine Möglichkeit, nicht ganz ohne Einfluß auf die Entwicklung zu bleiben und würde darüberhinaus auch verhindern, daß traditionelle gewerkschaftliche Koordination, wie zum Beispiel die "nordische Zusammenarbeit" der skandinavischen Gewerkschaften sich spaltete.

Die Auseinandersetzungen wurden schließlich durch ein Ultimatum des britischen TUC und des dänischen Gewerkschaftsbundes LO (Landsorganisationen i Danmark) entschieden. Da sie ankündigten, daß sie einem kleinen Europäischen Gewerkschaftsbund nicht angehören würden, stimmte der Deutsche Gewerkschaftsbund der "großen Lösung" zu. Zu einer weiteren Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, über die in drei ideolo-

gische Richtungen hinaus, in zwei regionale Blöcke wollte er nämlich nicht beitragen. Als Zugeständnis an die deutschen Vorstellungen wurde das Moment des Zweckverbandes gegenüber den europäischen Institutionen über eine Abstimmungsklausel in die Satzung des EGB eingeführt. Im dortigen Artikel 3 heißt es:

"Die angeschlossenen Gewerkschaftsbünde haben die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten. Bei spezifischen Fragen, die vorwiegend die Existenz und Arbeitsweise der EWG und der EFTA betreffen, nehmen - falls ein entsprechender Antrag vorliegt - nur die Bünde der in Frage kommenden Länder an der Abstimmung teil." (4)

Gut sechs Jahre nach dieser Kontroverse bekennt sich der Deutsche Gewerkschaftsbund uneingeschränkt zu der damaligen Lösung, ohne allerdings einzugestehen, daß er damals jene größten Bedenken hatte, die durch die Tatsachen widerlegt wurden. In einem Aufsatz vom Mai 1979 "Gewerkschaftseinheit für Europa" stellt der DGB-Vorsitzende Vetter folgendes fest:

"Die organisationspolitische Überschreitung der EG durch den EGB hat sich nicht - wie einige Organisationen aus den EG-Ländern befürchteten - desintegrativ und zum Nachteil einer abgestimmten Gewerkschaftspolitik und Zusammenarbeit unter den Bündnen aus den EG-Ländern ausgewirkt. Das Gegenteil ist richtig: Durch diesen Schritt wurde eine geographisch-politische Fraktionierung der Gewerkschaften in Europa und ein Auseinanderbrechen der europäischen Gewerkschaften verhindert. Diese Ausweitung des EGB ist auch einer der Gründe dafür, daß Differenzen zwischen integrationsbefürwortenden Bündnen und weniger auf die europäische Entwicklung setzenden Mitgliedsorganisationen in Grenzen gehalten oder sogar überwunden werden konnten." (5)

Auch die damalige Sorge des DGB um die Solidarität im IBFG,

-
- (4) Satzung des EGB, beschlossen von der Gründungsversammlung Brüssel., 8. 2. 1973, abgeändert durch die Kongresse von Kopenhagen (Mai 1974) und von London (April 1976), EGB Brüssel
- (5) H. O. Vetter, Gewerkschaftseinheit für Europa, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 5/1979, S. 256

hier übrigens als "berechtigte Furcht" von "dem IBFG angehörenden Gewerkschaften aus den sich entwickelnden Ländern der Dritten Welt" gekennzeichnet, sieht Vetter durch die Entwicklung überholt:

"Die Entwicklung hat diesen Kritikern nicht recht gegeben. Die Beteiligung der europäischen Gewerkschaften an der Solidaritätsarbeit des IBFG hat weder materiell noch politisch einen Rückgang hinnehmen müssen." (6)

Im Fortgang übernimmt er das Argument seiner damaligen Kontrahenten, die darauf verwiesen, daß ein starker EGB positive Grundlage erfolgreicher internationaler Gewerkschaftsarbeit sei:

"Die regionalisierte Zusammenarbeit schließlich steht nicht im Widerspruch zur internationalen Gewerkschaftszusammenarbeit - sie ist ihre Voraussetzung und ihre Ergänzung." (7)

3.1.2 Die Öffnung des Europäischen Gewerkschaftsbundes für die christlichen Gewerkschaften in Westeuropa

Neben der skizzierten Kontroverse über die regionale Ausdehnung des Bundes wurden die Gründungsverhandlungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes vom Streit um dessen Namen geprägt, der erst auf der Gründungsversammlung in Brüssel am 8. Februar 1973 durch einen Mehrheitsbeschluß entschieden werden konnte (8). Gestritten wurde darüber, ob das Wort "frei" im Namen des neuen Bundes erscheinen sollte. Hinter dieser scheinbar sophistischen Diskussion standen aber "so-

(6) ebd.

(7) ebd.

(8) Vgl. Volker Jung, Der neue Europäische Gewerkschaftsbund, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 4/1973, S. 208

wohl verschiedene ideologische Motive, als auch unterschiedliche strategische Vorstellungen und nationale Interessen" (9). Die Gegner des Wortes "frei" sahen in dieser Bezeichnung eine zu enge Hinwendung zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und damit gleichzeitig eine eindeutige Abgrenzung gegenüber anderen Richtungsgewerkschaften. Wirklicher Inhalt der Auseinandersetzung war von daher also die Frage, inwieweit sich der Bund für christliche und kommunistische Gewerkschaften in Westeuropa öffnen sollte.

Da die Integration der christlichen Verbände in den EGB inzwischen vollzogen ist und es deshalb in dieser Frage keinerlei Kontroversen mehr gibt - ganz im Gegensatz zu den Diskussionen um die Aufnahme der französischen kommunistischen CGT - soll im folgenden zunächst kurz dargelegt werden, welche Überlegungen zum Beitritt der christlichen Gewerkschaften führten.

Der Internationale Bund Christlicher Gewerkschaften (IBCG) und seine 1958 geschaffene Europäische Organisation (EO-IBCG) bekannten sich von Anfang an zur wirtschaftlichen und politischen Integration Europas. Diese positive Grundstellung zur Europäischen Gemeinschaft, sowie eine ideologische Neuorientierung, die bereits in der Umbenennung in Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) zum Ausdruck kam und darin ausgesprochen wurde, daß man gegenüber den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen des integrierten Europa ein einheitliches Vorgehen der Gewerkschaften unterschiedlicher Richtungen für angebracht hielt (10), boten die Voraussetzungen zu einer erfolgsversprechenden Kontaktaufnahme mit dem zunächst nur freie bzw. sozialistische Arbeitnehmerorganisationen zu-

(9) ebd.

(10) Vgl. Die Europäische Organisation des Weltverbandes der Arbeitnehmer (WVA) in: Europäische Dokumentation, Schriftenreihe Gewerkschaften und Arbeitnehmer, Hg. Europäische Gewerkschaften, Heft 10, 2. Aufl., Brüssel 1972, S. 2f

sammenschließenden Europäischen Gewerkschaftsbund. Bei der Übereinstimmung im Grundsätzlichen konnte die partielle Aufhebung der bisherigen Konkurrenz der Richtungsgewerkschaften in Europa nur eine Stärkung der Arbeitnehmerposition bedeuten. Auch nationale gewerkschaftliche Entwicklungen sprachen für einen Zusammenschluß. In den Niederlanden zum Beispiel vollzog sich die Integration von NVV (Nederlands Verbond van Vakverenigen), der dem IBFG angehört und den WVA-Gewerkschaften NKV (Nederlands Katholiek Vakverbond) und CNV (Christelijk Nationaal Vakverbond, protestantisch). Ein gemeinsamer Exekutivausschuß, im Januar 1973 eingesetzt, sollte die Vereinigung vorantreiben. Eine Beibehaltung der Trennung von europäischer sozialistischer und europäisch christlicher Organisation hätte einen derartigen Einigungsprozeß verhindert oder eine Schwächung des EGB bewirkt, dem der NVV aus nationalen Überlegungen nicht mehr hätte angehören können.

Aufgrund dieser Voraussetzungen beschloß ein im Mai 1974 nach Kopenhagen einberufener außerordentlicher Kongreß die Aufnahme der europäischen WVA-Verbände in den EGB. Gegen den Antrag auf Beitritt stimmte allein die französische CGT-FO (Confédération Générale du Travail - Force Ouvrière), die, zunächst noch gemeinsam mit der belgischen FGTB (Fédération Générale du Travail de Belgique), aus Gründen der starken Konkurrenz auf nationaler Ebene, der Aufnahme christlicher Gewerkschaften erheblichen Widerstand entgegensetzte. Mit dem Kopenhagener Beschluß löste sich die Europäische Organisation des WVA auf; bis auf den deutschen Christlichen Gewerkschaftsbund wurden alle christlichen Gewerkschaften Mitglied des EGB, behielten aber ihre Mitgliedschaft im internationalen Weltverband der Arbeitnehmer. (11)

(11) In einem persönlichen Gespräch teilte ein Vorstandsmitglied der Christlichen Postgewerkschaft mit, daß vor allem die starke Orientierung des EGB an den sozialistischen Gewerkschaften der Grund für den Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands war, außerhalb des Euro-

3.1.3 Das Verhältnis des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu den kommunistischen Gewerkschaften in Westeuropa

Im Gegensatz zu den Differenzen um eine Mitgliedschaft der christlichen Verbände im EGB, die durch den Kopenhagener Kongreß 1974 und seine positive Entscheidung aufgehoben wurden, prägten und prägen die Debatten um das Verhältnis zu den kommunistischen Gewerkschaften in Westeuropa auch weiterhin noch die Arbeit des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Bei diesen Auseinandersetzungen geht es nun nicht darum, grundsätzlich zu entscheiden ob kommunistische Anschauungen im Bund überhaupt vertreten sein dürfen und können, sondern um die Einschätzung dessen, inwiefern die beiden infrage kommenden und in ihren Staaten sehr stark vertretenen kommunistischen Gewerkschaften Italiens und Frankreichs sich den Grundprinzipien des Europäischen Gewerkschaftsbundes anpassen bzw. anzupassen bereit sind. Wesentliches Kriterium dafür ist erstens das Verhältnis zum Weltgewerkschaftsbund und zweitens die Einstellung gegenüber der europäischen Integration. Der Weltgewerkschaftsbund (WGB), 1945 unmittelbar nach Kriegsende als Organisation aller Gewerkschaften (bis auf die christlichen) gegründet, spaltete sich - nach tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten über Marshall-Plan und Entwicklungshilfe - bereits 1949 wieder. In ihm verblieben allein die kommunistischen Mitgliedsverbände, während die austretenden Gewerkschaften den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften bildeten. Da nun die europäischen IBFG-Organisationen die Gründungsmitglieder des EGB waren, ist es nur selbstverständlich, daß einem Zusammengehen mit WGB-Mitgliedern auf euro-

päischen Bundes zu verbleiben. Die enge Bindung einiger Gewerkschaften an die sozialistischen Parteien und die verbreitete "großzügige" Haltung gegenüber den Kommunisten ließen die Besorgnis als realistisch erscheinen, mit dem EGB "im Gleichschritt ins sozialistische Lager marschieren zu müssen." Wendete sich der CGB im nationalen Rahmen gegen jede Vereinnahmung und hält er dort uneingeschränkt an seiner konservativen Grundhaltung fest, wäre es nicht einzusehen, weshalb er seine Positionen auf europäischer Ebene aufgeben sollte. Die bisherige Politik des EGB hätte noch keine Revision dieser Stellung nahegelegt.

päischer Ebene stärkste Hindernisse im Weg stehen - hatte doch erst 1972 auf dem Weltkongreß des IBFG dessen Generalsekretär Otto Kersten festgestellt: "Mit dem Weltgewerkschaftsbund kann es keinerlei Zusammenarbeit geben." (12)

In engem Zusammenhang mit der Mitgliedschaft im WGB steht auch die Stellung gegenüber dem europäischen Einigungswerk. Wie der Weltgewerkschaftsbund insgesamt, so lehnten auch seine westeuropäischen Mitgliedsverbände alle Maßnahmen der Integration, seien es Montanunion, EWG und Euratom, grundsätzlich ab. Die europäische Einigung wurde als "Faktor des kalten Krieges", "Allianz der Monopole" und Mittel der USA, ihren Einfluß in Westeuropa zu sichern, diffamiert (13). Eine derartige Haltung konnte keine Berührungspunkte bieten und deshalb auch nicht, wie es der DGB formulierte, eine einheitliche Vertretung der Arbeitnehmer gegenüber den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft gewährleisten (14).

Daß trotz dieser zwei deutlichen Anhaltspunkte im EGB Auseinandersetzungen über eine mögliche Aufnahme der beiden kommunistischen Gewerkschaften entstehen konnten, lag an einem gewissen Wandel, den sowohl die italienische CGIL (Confederazione Generale Italiana del Lavoro), als auch die französische CGT (Confédération Générale du Travail) im Zuge der europäischen Entwicklung vollzogen.

(12) Otto Kersten, zit. nach: Gewerkschaftsspiegel, Heft 19/1972, S. 4

(13) Vgl. Volker Jung/Ernst Piehl, Die Entwicklung der internationalen Strukturen der westeuropäischen Gewerkschaften, in: WSI-Mitteilungen Heft 6/1972, S. 194

(14) H. O. Vetter, Die europäischen Gewerkschaften 1972, in: Die Neue Gesellschaft, Heft 1/1972, S. 41

Gerade für die italienische Gewerkschaft bedeutete das durch die in der Europäischen Gemeinschaft garantierte Freizügigkeit verstärkt auftretende Phänomen der Arbeitsemigration eine Herausforderung, der nur durch eine europäische Orientierung begegnet werden konnte. Befördert wurde die Änderung in der gewerkschaftlich-kommunistischen Europahaltung vor allem aber auch durch die Tatsache, daß die von der CGIL befürchteten negativen Auswirkungen der Integration auf die italienischen Arbeiter ausblieben, im Gegenteil, manche Verbesserungen des Lebensstandards wurden sogar auf die Errichtung des Gemeinsamen Marktes zurückgeführt.

Zu der neu gewonnenen Stellung gegenüber der Gemeinschaft suchte die CGIL auch ihre französische Schwesterorganisation CGT zu bewegen. Im November 1965 gründeten CGIL und CGT einen Ständigen Ausschuß zur Koordination und zur Initiative für die gewerkschaftliche Aktionseinheit in Westeuropa, dessen wichtigstes Resultat der 1969 dem Europäischen Bund Freier Gewerkschaften und dem Weltverband der Arbeitnehmer zugeleitete "Entwurf eines gewerkschaftlichen Aktionsprogrammes" war (15).

Wurde damit eine Hinwendung zu Europa, zumindest vermittelt über den Kontakt zum europafreundlichen EBFG, sichtbar, so verstärkte sich dieser Eindruck durch das aktive Bemühen um Anerkennung und Teilnahme bei den europäischen Institutionen. Nach etlichen Verhandlungen und begünstigt durch die Zurückhaltung der CGT bei den französischen Maiunruhen von 1968 wurden die beiden kommunistischen Bünde 1969 durch die Europäische Gemeinschaft anerkannt. Im September 1970 schließlich entsandten die Regierungen fünf Vertreter von CGIL und

(15) Vgl. Europäische Gemeinschaften (Hg.), Ständiger Ausschuß CGT-CGIL, in: Europäische Dokumentation Schriftenreihe Gewerkschaften und Arbeitnehmer, Heft 12, Brüssel 1971, S. 2

CGT in den Wirtschafts- und Sozialausschuß.

Zusätzlich zu diesen direkt auf die Europäische Gemeinschaft und die sie bejahenden Gewerkschaften bezogenen Aktivitäten sprach sich die italienische CGIL auch für eine Lockerung innerhalb des WGB aus - Regionalisierung des Bundes und Autonomie seiner Mitgliedsgewerkschaften.

Diese neugeschaffenen Tatsachen, vor allem seitens der CGIL, waren es, die die Beitrittsfrage für den EGB so aktuell machte. Gegenüber der CGIL fiel denn auch am 9. Juli 1974 die Entscheidung: mit 21 zu 7 Stimmen beschloß der Exekutiv-ausschuß des EGB die Aufnahme. Die Beitrittsgegner - neben dem DGB, die Force Ouvriere (CGT-FO) und die christlichen Verbände der Schweiz, Belgiens und Luxemburgs - führten keine prinzipiellen Gegengründe an, plädierten vielmehr für eine Vertagung der Entscheidung, bis das Verhältnis der CGIL zum WGB geklärt sei. Da die CGIL nämlich einseitig die Umwandlung ihrer bisherigen Mitgliedschaft in eine "Assoziation ohne Stimmrecht" verkündet hatte, der WGB dem aber widersprach, sollt seitens des EGB zunächst die weitere Entwicklung abgewartet werden (16).

Mit dem Jahr 1978 war das 'Problem CGIL' durch deren Austritt aus dem WGB soweit gelöst, daß auch der DGB in der Welt der Arbeit folgendes schreiben konnte:

"Unstreitig ist..., daß die CGIL sich in ihren gewerkschaftspolitischen und internationalen Konzeptionen stark von den dogmatischen Tendenzen innerhalb des west-europäischen Kommunismus befreit hat. Sie tritt grundsätzlich und durchaus glaubwürdig für die Zukunft Italiens in der Europäischen Gemeinschaft ein und zeigt sich in der Zusammenarbeit mit den beiden anderen italienischen Bündnen kompromißbereit." (17)

(16) Vgl. Die Quelle, Funktionärszeitschrift des DGB, Heft 9/1974, S. 355

(17) Welt der Arbeit, Nr. 20, 17. 5. 1979
Diese Zusammenarbeit mit den anderen italienischen Gewerkschaften spielte auch eine Rolle bei der Entscheidung für die Aufnahme der CGIL in den EGB. Ähnlich wie in den Nie-

Diese positive Beurteilung der CGIL durch den DGB, die nur einen Rest weiterbestehenden Mißtrauens enthält -

"...kein abschließendes Urteil über die Frage..., ob die Optionen der italienischen Kommunisten für eine parlamentarisch-demokratische Entwicklung und die Einheit Westeuropas auf dieser Grundlage lediglich eine taktische Schwenkung innerhalb einer orthodoxen Strategie oder aber ein grundsätzlicher Wandel ist" (18) -

findet keinerlei Entsprechung gegenüber der französischen CGT. Anlässlich des EGB Kongresses in München im Mai 1979, der unter anderem auch über die Aufnahme der CGT verhandelte (aber nicht entschied), wurden die deutschen Argumente gegen einen Beitritt wieder einmal deutlich dargelegt. Vier Gründe sind es, die den DGB und letztlich auch die meisten anderen EGB-Gewerkschaften zu ihrer ablehnenden bzw. abwartenden Haltung veranlassen. Erstens hält die CGT an ihrer Bindung an den Weltgewerkschaftsbund fest und hat nach Meinung von Heinz Oskar Vetter diese Bindung auf ihrem 40. Kongreß Ende 1978 in Grenoble sogar noch verstärkt -

"Die CGT bleibt damit die einzige westeuropäische Gewerkschaftsorganisation, die einer Internationalen angehört, deren reale politische Grundlagen mit den Prinzipien von freier gewerkschaftlicher Betätigung, gewerkschaftlicher Unabhängigkeit von Partei und Staat und der Respektierung und Verwirklichung der Menschenrechte nicht vereinbar sind." (19)

derlanden schlossen sich im Juli 1972 CGIL, UIL (Unione Italiana del Lavoro, sozialdemokratisch-republikanisch) und CISL (Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori, linkskatholisch) zu einer Föderation zusammen. Und genauso wie in den Niederlanden ergab sich das Problem, entweder gar keiner oder nur einer offenen europäischen Organisation anzugehören, da keinem der nationalen Partner die Mitgliedschaft in einem auf eine bestimmte Internationale festgelegten Bund zuzumuten war. Mit der Aufnahme der CGIL begegnete der EGB also auch seiner eigenen Spaltung.

(18) H. O. Vetter, Gewerkschaftseinheit für Europa, a.a.O., S. 261

(19) ebd.

Zum zweiten wird der CGT vorgeworfen, "nichts anderes als der gewerkschaftliche Arm der KPF" zu sein, womit "eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Aufnahme in den EGB, nämlich die gewerkschaftliche Unabhängigkeit, nicht gegeben (ist)". (20)

Als Konsequenz der Einigkeit mit der KPF ergeben sich auch die Ablehnungsgründe drei und vier: Wie die französische KP nimmt auch die CGT eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegenüber der Europäischen Gemeinschaft ein und hat sich während des Wahlkampfes zum ersten direkt gewählten Europäischen Parlament zusammen mit der KPF und den Gaullisten "an die Spitze ...der antieuropäischen Bewegung zu setzen versucht" (21). Die Begründung für diese negative Haltung war eindeutig na-

(20) ebd.

Die engste Verbindung von KPF und CGT belegt Heinz Oskar Vetter anhand der Personalunion von CGT Vorstand und Zentralkomitee der KPF: "Während bisland der Generalsekretär der CGT, Séguy, und das Vorstandsmitglied der CGT, Krauski, Mitglied im ZK der KPF waren, wird nun wahrscheinlich - und das zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte der CGT - ein drittes Vorstandsmitglied, nämlich Warchołak, in das ZK der KPF einziehen." (ebd.)

Daß das Argument der engsten Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaften nicht das schlagende Argument Vettters sein kann, seine Ablehnung der CGT vielmehr darauf beruht, mit welcher Partei sie sich verbindet, macht beispielsweise die Tatsache deutlich, daß die den Franzosen ähnliche Verbindung von dänischen Sozialdemokraten und dänischer Gewerkschaftsbewegung nie zur Infragestellung der Mitgliedschaft des Bundes Landsorganisationen i Danmark (LO) führten. - "Seit ihren Anfängen hat die Gewerkschaftsbewegung sehr enge Verbindungen zur Sozialdemokratischen Partei unterhalten. Ursprünglich waren sie sogar eine Organisation. Obwohl sie sich schon lange getrennt haben, sind die Verbindungen sehr eng geblieben. So ist die LO durch zwei Mitglieder im Vorstand der Partei vertreten, und im gegenseitigen Einvernehmen entsendet die Sozialdemokratische Partei zwei Mitglieder in den Exekutivausschuß der LO."

(Die Gewerkschaftsbewegung in der Europäischen Gemeinschaft, Teil I, in: gewerkschafts informationen, 1975, o. S.

(21) Welt der Arbeit, Nr. 20, 17. 5. 1979

tionalistisch, vor allem deutschfeindlich. Den Anlaß für die antideutsche Kampagne bot die Stahlkrise in Lothringen, für die die deutsche Stahlindustrie verantwortlich gemacht wurde. Die Vertreter der CGT ließen die alte "Erbfeindschaft" wieder aufleben und formulierten z. B. folgendes: "Was die Deutschen 1914 und 1939 nicht erreichten, das versuchen sie jetzt. Unsere Aktionen gleichen jenen der Widerstandsbewegung. Es ist ein Kampf um unsere nationale Unabhängigkeit." (22) Bitter stellt der Deutsche Gewerkschaftsbund den Widerspruch fest, daß solche Töne von einer Gewerkschaft kommen, "in der ansonsten viel von der internationalen Solidarität der Arbeiterschaft die Rede ist" (23). Von all diesen Überlegungen ausgehend, gibt die Politik der CGT für den DGB "nichts her, was eine Revision seiner Haltung gegenüber dieser Organisation rechtfertigte." (24)

Diese eindeutige Stellungnahme des DGB ebenso wie die reservierte Haltung des EGB desavouieren Aufforderungen an den DGB, wie die des CDU Generalsekretärs Heiner Geißler, entweder die Aufnahme der CGT zu verhindern oder den Austritt aus dem Europäischen Gewerkschaftsbund zu erklären (25) als rein parteipolitisch begründete Taktik. Darauf spekulierend, daß der normale Zeitungsleser und Wähler so gut wie gar nicht über die internationale Arbeit der Gewerkschaften informiert ist, wird mit dem Gespenst der kommunistischen Unterwanderung, der der Deutsche Gewerkschaftsbund angeblich überhaupt nicht, oder wenn, zu lasch gegenübertritt, Werbung für die eigene Partei betrieben.

Kritik an den Positionen von DGB und EGB wird selbstverständlich von der CGT selbst, aber auch von links stehenden Gewerkschaftsbeobachtern geübt. Ihr Argument ist das

(22) zit. in: Die Quelle, Heft 5/1979, S. 277

(23) ebd.

(24) H. O. Vetter, Gewerkschaftseinheit für Europa, a.ä.O., S.

(25) Vgl. z. B. Süddeutsche Zeitung vom 4. 4. 1979

der Einheit. Die CGT erklärte, daß politische und ideologische Überlegungen der Einheit nicht entgegenstehen dürften (26) und Wolfram Elsner erscheinen die Grundvoraussetzungen für eine Aufnahme "als ein untauglicher Versuch... Einheit durch Spaltung herzustellen" (28). Gemeinsam mit der CGT argumentiert Elsner, daß der EGB die Unabhängigkeit der CGT (WGB-Mitgliedschaft) sowie deren Ablehnung der Europäischen Gemeinschaft zu akzeptieren habe - auch der britische TUC, der Mitglied des Europäischen Bundes sei, vertrete eine ausgesprochene Anti-Europa-Position (28). Zusammenfassend wird festgestellt, daß "die geringe Handlungsfähigkeit des EGB..., die auf die Unterschiedlichkeit der Positionen zurückzuführen" sei, deutlich mache, "daß die Beschränkung auf die Zugehörigkeit zu einer einzigen internationalen Gewerkschaftszentrale oder ein (vermeintlicher) Grundkonsensus keineswegs eine Garantie für eine effektive Organisationsarbeit ist. Zwischen dem TUC und der CGT z. B. bestehen in einigen Fragen

(26) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 31. 5. 1979

(27) Wolfram Elsner, Die EWG, a.a.O., S. 183

(28) Zur Anti-Europa-Haltung des britischen TUC ist zu bemerken, daß diese keine prinzipielle ist, wie es im kommunistischen Vorwurf "Allianz der Monopole" zum Ausdruck kommt. Wogegen sich der TUC angesichts des Beitritts Großbritanniens wandte, war nicht der Beitritt an sich, sondern seine Bedingungen.

(Vgl. dazu: Britain and the EEC, Report of the TUC General Council to the 103rd Annual Trades Union Congress, Blackpool 1971)

der EWG-Beurteilung größere Übereinstimmungen als zwischen den IBFG-Verbänden. Ideologische Differenzen können heute die Spaltung der europäischen Gewerkschaftsbewegung nicht mehr rechtfertigen" (29) - weshalb Elsner schließlich zu der Forderung gelangt, daß sich der EGB auch mit einem Beitritt der Gewerkschaften aus den sozialistischen Ländern auseinanderzusetzen habe. Erst auf Basis einer derartigen "politische(n), strategische(n) und taktische(n) Vereinheitlichung ... dürfte der EGB volle Aktionsfähigkeit gewinnen und die Kluft zwischen objektiven Anforderungen an die europäische Gewerkschaftsbewegung und tatsächliche Leistung beseitigen." (30)

Wenn Elsner im vorhergehenden Zitat feststellt, daß die "Unterschiedlichkeit der Positionen" eine "effektive Organisationsarbeit" verhindert und dies auch an anderen Stellen seines Buches hervorhebt (31), leugnet er diese Schwierigkeit dann,

(29) Wolfram Elsner, Die EWG, a.a.O., S. 187

(30) ebd., S. 188

(31) Vgl. z. B.: "Die Schwierigkeiten, die sich einer gewerkschaftlichen Einheit bisher entgegengestellt haben, können nicht übersehen werden. ... sind es vor allem die in den jeweiligen nationalen Gegebenheiten beruhenden unterschiedlichen Konzeptionen der Gewerkschaften. Hier wirken u. a. der unterschiedliche Organisationsgrad und die unterschiedliche Finanzstärke, die verschiedenen betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmungsformen und das unterschiedliche Tarifrecht, der unterschiedliche Stand der industriellen Beziehungen und der erzielten Erfolge, die unterschiedliche Stellung zur jeweiligen Regierung, das Vorhandensein von Einheits- oder Richtungsgewerkschaften etc. Die unterschiedlichen nationalen Dispositionen haben sich ... vor allem innerhalb der großen Bünde EBFG und EO-WVA hemmend auf die Aktivitäten gegenüber den EWG-Organen ausgewirkt." (ebd., S. 181 f)

wenn sein Interesse auf die Aufnahme kommunistischer Gewerkschaften gerichtet ist. Wie "volle Aktionsfähigkeit" damit erreicht werden soll, daß noch mehr konträre Meinungen im europäischen Bund zusammengefaßt werden, bleibt ein von Elsner nicht aufgelöster Widerspruch. Einheit als Anhäufung von Uneinheitlichkeit kann nur dann als Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung begrüßt werden, wenn mit dieser nicht konkrete Ziele gegenüber den europäischen Unternehmern und Regierungen erreicht werden sollen, sie vielmehr dazu dienen soll, zu demonstrieren, daß die Mehrheit der europäischen Arbeitnehmer sich zum Anti-Kapitalismus und Sozialismus bekennt.

Gegen alle Vereinheitlichungstechnik hält so auch der neue Präsident des EGB, Wim Kok, fest, daß der Europäische Gewerkschaftsbund angesichts von neunzehn Aufnahmeanträgen - darunter der der CGT - vor der Aufgabe stehe, "ein Gleichgewicht zu finden zwischen dem Wunsch nach Aufnahme möglichst vieler Mitglieder und der Notwendigkeit einer größtmöglichen programmatischen Einheit." (32)

3.2 Die Entwicklung der Zusammenarbeit seit Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes 1973

Neben der Notwendigkeit, die unter 3.1.1 bis 3.1.3 behandelten Probleme im Interesse einer effektiven Gewerkschaftsarbeit in Europa möglichst schnell zu lösen, bestand für den Europäischen Gewerkschaftsbund die entscheidende Aufgabe darin, zu einem inhaltlichen, gemeinsam getragenen Programm zu gelangen. Während die europäischen Gewerkschaften sich auf dem Gründungskongreß des EGB 1973 in Brüssel im wesentlichen mit der Ausarbeitung der Verfahrensweisen befaßten und über ihre

(32) Süddeutsche Zeitung vom 19./20. 5. 1979, Hervorhebung die Verf.

inhaltliche Zielsetzung lapidar feststellten, daß sie die "sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer auf der Ebene Europas im allgemeinen und bei allen europäischen Institutionen im besonderen - einschließlich der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Freihandelszone -..." vertreten und fördern sowie "über die Erhaltung und die Verstärkung der Demokratie in Europa wachen" wollen (33), widmete sich der Kopenhagener Kongreß von 1974, der über die Aufnahme der christlichen Gewerkschaftsbünde entschied, auch intensiv der gemeinsamen Programmatik. Obwohl eine Arbeitsgruppe dem Kongreß den Entwurf eines Aktionsprogramms vorlegte, entschlossen sich die Delegierten noch zu keiner Annahme. Stattdessen wurde nur eine EntschlieÙung gebilligt, die die Prinzipien der künftigen Arbeit des EGB festlegte.

Programmschwerpunkte waren das Bemühen um "demokratische Programmierung und Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung", das Bekenntnis zur "Solidarität mit den Völkern der Entwicklungsländer" und die Verpflichtung zu einer "kohärenten gesamteuropäischen Politik". Darüberhinaus verpflichtete man sich zur Befolgung der nachstehenden "allgemeinen Zielsetzung":

- Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Demokratie
- Ausbau der Menschen- und Gewerkschaftsrechte
- Gewährleistung der Vollbeschäftigung und der bestmöglichen Beschäftigung
- Gleichstellung der ausländischen Arbeitnehmer
- Gleiche Rechte für Männer und Frauen

(33) Satzung des EGB, a.a.O., Präambel

- Zugang zu allen Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten
- Verbesserung der Gemeinschaftseinrichtungen
- Bekämpfung der Inflation
- Umweltschutz
- Entspannung zwischen West- und Osteuropa
- Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Entwicklungsländern und Europa (34).

Die Problematik solcher allgemeinsten Zielbestimmungen - so fand sich nirgends eine Aussage darüber, wie die angestrebten Ziele konkret aussehen und mit welchen Mitteln sie verfolgt werden sollten - wurde von einigen Gewerkschaftern erkannt. So schrieb Bernd Otto in der Funktionärszeitschrift des DGB "Die Quelle", daß der EGB Gefahr läuft, "die typische Schwäche eines Dachverbandes" zu zeigen, "der sich zwar zu Deklamationen, nicht jedoch zu echten Aktionen durchringen kann." Als besonders gefährlich erachtet er "eine Vernachlässigung der direkten Interessenvertretung der in der Europäischen Gemeinschaft tätigen Arbeitnehmer zugunsten weitgreifender allgemeiner, jedoch sich nicht auf konkrete Ziele ausrichtender Aktivitäten im gesamteuropäischen Rahmen" (35). Begründet wird diese "mangelnde konzeptionelle Geschlossenheit" (36) mit den unterschiedlichsten nationalen Traditionen und Bedingungen - ein Argument, das immer dann vorgebracht

(34) Vgl. Die Quelle, Heft 6/1974, S. 248 und Tätigkeitsbericht des EGB 1973 - 1975, a.a.O., S. 40f

(35) Bernd Otto, in: Die Quelle, Heft 6/1974, S. 249

(36) ebd.

wird, wenn Gewerkschafter, aber auch Wissenschaftler, mit dem Faktum konfrontiert werden, daß die Gewerkschaftseinheit zwar angestrebt, aber nur unzulänglich erreicht wird. Würde diese Begründung tatsächlich ernst genommen werden, müßten ihre Vertreter allerdings in letzter Konsequenz eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung in Europa für unmöglich erklären, da sie diese Einheit nicht vom Willen der verschiedenen nationalen Gewerkschaften abhängig machen. Traditionen gibt es eben - und wenn nationale Bedingungen als quasi natürliche, politischen und sonstigen Interessen vorgelagerte besprochen werden, wäre auch von daher kein Wandel durch weitere Kontakte unter den Gewerkschaften zu erwarten. Da die Praxis sich an diese Logik jedoch nicht hält, zeigt dies, daß der Spruch von Tradition und Bedingtheit nur die 'freundliche' Umschreibung der gewerkschaftlichen Interessensdifferenzen ist. Aus dem Sachverhalt, daß jene Differenzen zwar erkannt, nicht aber als solche formuliert werden, wird ersichtlich, daß die europäischen Gewerkschaften sich nicht als Gegner betrachten wollen, sondern gerade in der gemeinsamen Arbeit ihre jeweiligen Vorstellungen soweit wie möglich durchzusetzen versuchen. Diese Bemühungen, die allgemein unter dem Stichwort 'Prozeß der Angleichung' thematisiert werden, werden einerseits von eben diesen Gegensätzen bestimmt, andererseits aber auch gerade durch eine gewerkschaftliche Bereitschaft zum Wandel, die sich der praktischen Erfahrung verdankt, daß zumindest Teile anderer gewerkschaftlicher Konzepte zu mehr Erfolg führen.

Dieser Dualismus zwischen Beharren und Wandel spiegelt sich im Ergebnis des Londoner Kongresses von 1976 wider. Zwar gelang es hier in Form von zehn Erklärungen und Entschlüssen "Aktionsziele des EGB 1976 - 1979" zusammenzustellen, doch war es wiederum nur eine "Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner" (37).

(37) Die internationale Gewerkschaftspolitik des DGB, Bericht in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 9/1976, S. 571

Der Europäische Gewerkschaftsbund selbst bezeichnet seine Aktionsziele als die "Basis", "auf der die gewerkschaftlichen Ansichten und Forderungen aufgebaut und vorgetragen werden sollen" (38). Die relative Unverbindlichkeit dieses Programms wird dann auch ersichtlich an den Formulierungen innerhalb der einzelnen Punkte: Dominierend sind so auslegbare Aufforderungen wie "es sind Schritte einzuleiten", "ist ein Ausschuß einzusetzen", "(ist) es Aufgabe des EGB...", die gewerkschaftlichen Aktionen zur Behebung dieser Ungleichheiten (der Rechte und Chancen) auf europäischer Ebene zu stimulieren und zu koordinieren" usw. (39), während konkrete Forderungen, die zum Beispiel die gesetzliche Verankerung gewerkschaftlicher Kontrolle der Sicherheits-, Gesundheits- und Arbeitsbedingungen in den Betrieben anstreben, nur geringen Raum einnehmen.

Eine wirkliche Konkretisierung der in der bisherigen Entwicklung des EGB noch sehr vagen Absichtserklärungen wurde mit dem auf dem Münchner Kongreß 1979 verabschiedeten Aktionsprogramm erzielt. Obwohl auch hier die "historisch begründeten und demokratisch gewachsenen Eigenheiten" der europäischen Gewerkschaften nicht abgelegt werden konnten "wie ein alter Wintermantel" (40) führten die gesamteuropäischen Probleme doch zu einem stärkeren Zusammenrücken.

"Die Krise, ihre Ursachen und Auswirkungen, lassen den Gewerkschaften in Europa keine Alternative zur Verfestigung und Verstetigung ihrer Kooperation. Dieser Zwang wird auf Dauer auch das Beharrungsvermögen der einen oder anderen nationalen Tradition ins Wanken bringen und die Einsicht verbreiten, daß auch internationale Gewerkschaftszusammenarbeit etwas mit der Aufgabe 'nationaler Souveränität' zu tun hat." (41)

(38) Aktionsziele des EGB 1976 - 1979, angenommen vom zweiten satzungsgemäßen Kongreß, London, 22., 23., 24. April 1976, Brüssel April 1976, Vorwort, o. S.

(39) ebd., o. S.

(40) H. O. Vetter, in: Welt der Arbeit, Nr. 20, 17. 5. 1979

(41) H. O. Vetter, ebd.

Ansätze einer gemeinsamen Strategie wurden auf dem Münchner Kongreß insbesondere auf dem Gebiet der Tarifpolitik erzielt. Einig waren sich die europäischen Gewerkschaften darin, das Schwergewicht ihrer Tarifpolitik mehr und mehr auf die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, Schutz der Arbeitnehmer vor den Folgen der technologischen Entwicklung und Verbesserung des Lebensstandards der Bezieher von Niedrigeinkommen zu legen. Wie allerdings z. B. die Arbeitszeitverkürzung in den europäischen Ländern aussehen bzw. wie sie durchgesetzt werden soll, darauf wollte oder konnte der EGB-Kongreß keine Antwort geben. Bezüglich der Ausgestaltung der Arbeitszeitverkürzung wandte sich der neue EGB-Präsident Wim Kok in einem Interview ausdrücklich gegen jedes "Einheitskonzept":

"Aber kaprizieren wir uns doch nicht auf die 35-Stunden-Woche, wenn wir Arbeitszeitverkürzung meinen. In seinem Forderungspaket hat der EGB eine Formulierung gefunden, die die verschiedenen Wege der Arbeitszeitverkürzung abdeckt. Dazu gehört die 35-Stunden-Woche, aber auch eine Verlängerung der Ferien, Verbesserungen für die Schichtarbeiter, frühere Pensionierung und so weiter. Worauf es ankommt, ist die Fortsetzung des Prozesses der systematischen Verkürzung der Arbeitszeit. Das ist doch abhängig von den Wünschen der Betroffenen. Und die Art der Verkürzung muß auch Besonderheiten in einzelnen Industriebereichen berücksichtigen. Der EGB will doch da kein Einheitsrezept präsentieren. Er ist aber der Auffassung, daß wir in den nächsten drei, vier Jahren zu einer globalen Arbeitszeitverkürzung von etwa zehn Prozent kommen müssen." (42)

Was die gemeinsame Durchsetzung betrifft, sieht sich der EGB dazu noch nicht in der Lage, betrachtet dies vielmehr als ein noch zu erreichendes Ziel:

"Die nächsten Jahre werden auch darauf verwandt werden müssen, wie über gemeinsame Programme hinaus gemeinsame und einheitliche Aktionen entwickelt werden können. Dabei ist weniger an als Demonstrationen verkleidete Mißfallenskundgebungen zu denken als vielmehr an die Organi-

sation des gemeinsamen Kampfes der Arbeitnehmer auf betrieblicher und regionaler Ebene." (43)

Die Voraussetzungen, um auf "betrieblicher und regionaler Ebene" erfolgreich tätig werden zu können, haben sich die europäischen Gewerkschaften durch die europäische Organisation der Fachgewerkschaften und durch regional begrenzte internationale Gemeinschaftseinrichtungen geschaffen.

- Aufgrund der gemeinsamen Betroffenheit ihrer Regionen durch die allgemeine Wirtschaftskrise und daraus resultierender besonderer Strukturkrisen haben sich am 10. Juli 1976 die Landesbezirke Saar des DGB, die Union Départementale des Syndicats Force Ouvrière de la Moselle und die Confédération Générale du Travail du Luxembourg zu einem Interregionalen Gewerkschaftsrat Europa-Region Saarland-Lothringen-Luxemburg zusammengeschlossen (44). Diesem Zusammenschluß folgte Anfang Juni 1978 der Interregionale Gewerkschaftsrat Maas/Rhein, dem Regionalorganisationen aus Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland angehören. (45)

Beiden interregionalen Zusammenschlüssen ist gemeinsam, daß sie wegen der besonders starken Beschäftigungsprobleme in ihrer Region von den betreffenden Regierungen konzertierte Maßnahmen fordern, da nur ein koordiniertes Handeln Abhilfe schaffen könne. Gegenüber den EG-Institutionen wird die Berücksichtigung ihrer Probleme durch Hilfen aus dem europäischen Sozial- und Regionalfonds verlangt (46).

(43) H. O. Vetter, in: Welt der Arbeit, Nr. 20, 17.5.1979

(44) Grundsätze der Zusammenarbeit, Interregionaler Gewerkschaftsrat Europa-Region Saarland-Lothringen-Luxemburg, beschlossen auf der 1. Gemeinsamen Konferenz, Saarbrücken, den 10. Juli 1976, Manuskript

(45) gewerkschafts informationen, Heft 4/1978, S. 1

(46) Vgl. gewerkschafts informationen, Heft 4/1978, S. 3ff und Heft 5/1978, S. 15ff

- Ebenso wie bei den Interregionalen Gewerkschaftsräten eine spezifische Problemlage die Zusammenarbeit erzwang, erfordert auch die fortschreitende Kapitalverflechtung und internationale Verbreitung besonders der chemischen und metallverarbeitenden Industrien die gemeinsame Organisation der diesen Bereichen zugeordneten Fachgewerkschaften. In Erfüllung ihres Zwecks, "die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen" bzw. "Belange" der Arbeitnehmer ihres Organisationsbereiches zu vertreten (47), widmen sich diese europäischen Zusammenschlüsse vor allem der Koordinierung der Gewerkschaftsarbeit in den multinationalen Unternehmen (48).

Daß trotz der Einsicht in die Notwendigkeit gemeinsamen Auftretens sich auch auf Ebene der Fachausschüsse das Problem des Europäischen Gewerkschaftsbundes reproduziert - das Beharren nämlich auf "nationalen Souveränitäten" - findet beim Europäischen Metallgewerkschaftsbund seinen Ausdruck bereits in der Satzung. Dort ist festgelegt, daß

"die im EMB vereinigten Organisationen...in ihrer Verbandstätigkeit autonom (sind). Sie verpflichten sich jedoch, soweit wie möglich die von den zuständigen Organen des EMB gefaßten Beschlüsse und Richtlinien zu beachten und zu unterstützen." (49)

Das Problem der nationalen Differenzen innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung wurde auf dem Münchner Kongreß des EGB vor allem noch dort deutlich, wo es weniger um so kon-

-
- (47) Vgl. Statut des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB) in der Gemeinschaft, in: Tätigkeitsbericht 1971 - 74 des Sekretariats, a.a.O., S. 9 und Geschäftsbericht der IG Chemie, Papier, Keramik 1972 - 75, Hannover, S. 29
 - (48) Vgl. Zusammenarbeit der Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen, Berichte aus der Praxis, Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 7/1971, S. 406ff
 - (49) Statut des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes..., a.a.O., S. 9

krete Fragen wie die Arbeitszeitverkürzung, sondern um gesellschaftspolitische Vorstellungen ging. Einig war man sich zwar darin, daß eine Kritik am "kapitalistischen Regime" (50) nicht den Auftakt revolutionärer Umwälzungen bedeutet, sondern die Forderung nach Gesellschaftsformen hervorruft. Darüber aber, wie diese Reformen auszusehen haben, konnte keine klare Aussage getroffen werden. Unter dem Stichwort "Wirtschaftsdemokratie" wurden im Entwurf zum Aktionsprogramm des EGB von 1979 salomonisch die verschiedensten Modelle als gleichberechtigte Instrumente zusammengefaßt:

"7. Ziel des gewerkschaftlichen Kampfes um wirtschaftliche Demokratie ist nicht die Mitbestimmung, die Arbeiterkontrolle, die Vermögensbildung oder irgendein anderes Modell; dies sind Instrumente zur Verwirklichung wirtschaftlicher Demokratie. Die Wege dahin können von Land zu Land verschieden sein, wenn sie über Mittel und Instrumente führen, die das gleiche Ziel verfolgen und wenn hinter ihnen der geschlossene Wille der organisierten Arbeitnehmer steht, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse in Richtung auf das Ziel zu ändern, die politisch-parlamentarische Demokratie durch wirtschaftliche Demokratie zu vervollständigen." (51)

In der obigen Erklärung verschwindet jeder Gegensatz der angesprochenen gewerkschaftlichen Vorstellungen: Während nämlich zum Beispiel der belgische Gewerkschaftsbund FGTB die deutsche sozialpartnerschaftliche Mitbestimmung als Integration in das kapitalistische System ablehnt und stattdessen die "Kontrolle durch die Arbeiter" als nicht verpflichtenden Garant des gewerkschaftlichen Kampfes anstrebt (52), wendet sich der

(50) Der Europäische Gewerkschaftsbund und der Ausbau der Zusammenarbeit der Gewerkschaften, Schlußfolgerungen zur Gründung des EGB, Europäische Dokumentation, Brüssel 1973

(51) Aktionsprogramm des EGB 1979, Teil III - Der EGB fordert die Wirtschaftsdemokratie, Punkt 7, Manuskript, Brüssel

(52) Vgl. gewerkschafts informationen, Die Gewerkschaftsbewegung in der Europäischen Gemeinschaft, Teil II, o. J. (1975), o. S.

DGB strikt gegen solches "Instrument des Klassenkampfes" (53). Sein Argument für die Mitbestimmung lautet, daß sie ein Mittel sei, die sozialen Konflikte so zu regulieren, daß "alle Beteiligten nach Lösungen streben, die dem Unternehmen als Ganzes und den in ihm vorhandenen Interessen gerecht werden." Entgegen "harte(r) Auseinandersetzungen" durch "Kampf" und "Zwang" hält er die "faire Lösung" nach "verbindlichen Spielregeln" für wesentlich besser (54).

Reflektiert man daher bei der Durchsicht dieses Punkts des Aktionsprogramms auf die angegebenen disparaten nationalen Programmatiken, wird deutlich, daß der EGB hier eine relativ folgenlose Kompromißformel gefunden hat. Daß aber überhaupt ein Kompromiß erreicht werden konnte, zeigt, daß der Europäische Gewerkschaftsbund in dem Prozeß der Vereinheitlichung fortschreitet - wenn es wohl auch mehr der Optimismus eines Augenblicks ist, den EGB als den "politische(n) und organisatorische(n) Kern einer europäischen Gewerkschaftsbewegung" zu bezeichnen, "die eines Tages an die Stelle der nationalen Bewegungen treten wird." (55) Das Bemerkenswerte dieses Angleichungsprozesses ist, daß deutsche Vorstellungen sich immer stärker durchzusetzen vermögen. Da der Deutsche Gewerkschaftsbund zum Beispiel keinerlei Abstriche von seinem Mitbestimmungsmodell gemacht hat, muß die gefundene Möglichkeit,

(53) W. Schugens, Rapport contrôle ouvrier, FGTB, Brüssel 1970, S. 29, zit. in: Die Gewerkschaften und die Kontrollfunktion der Arbeiter in Belgien, Europäische Dokumentation, Brüssel 1972, S. 2

(54) Mitbestimmung der Arbeitnehmer, ein Leitfadens, Hg. DGB Bundesvorstand, Düsseldorf 1968, S. 18

(55) H. O. Vetter, in: Welt der Arbeit, Nr. 20, 17. 5. 1979

Arbeiterkontrolle und Mitbestimmung nebeneinander zu akzeptieren, bedeuten, daß die FGTB nicht mehr radikal und unbedingt an ihrer Position (zumindest was Europa betrifft) festhält. Ähnliches läßt sich bei der schon dargelegten Einigung über die Tarifpolitik feststellen, die ihren Schwerpunkt nicht mehr auf Lohnnerhöhungen setzt, wie es das bisher vor allem in Belgien, Holland, Österreich und auch Skandinavien noch vorherrschende Indexdenken bei der Bezifferung von Lohnforderungen nahelegte (56). Qualitative Forderungen, die sich auch aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen begründeten und die in den Tarifaueinandersetzungen der Bundesrepublik in den letzten Jahren immer mehr in den Vordergrund traten, werden nun auch vom EGB übernommen.

Was sich bei der Durchführung der Dreiergespräche zwischen europäischen Gewerkschaften, Regierungen und Arbeitgebern bereits abzeichnete - das von den deutschen Gewerkschaften auf nationaler Ebene bereits vorweggenommene Verlassen des "traditionellen Kampfschemas" zugunsten gemeinsam erarbeiteter wirtschafts- und sozialpolitischer Lösungen -, setzt sich so in der 1979 beschlossenen, einer Sozialpartnerschaft gegenüber aufgeschlossenen Politik des Europäischen Gewerkschaftsbundes fort.

(56) Auf einer Sitzung des Exekutivausschusses des EGB bezeichnete Heinz Oskar Vetter eine derartige Lohnpolitik als wenig befriedigende Lösung der Arbeitnehmeransprüche. (Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 22. 9. 1978)

4. Gewerkschaftliche Arbeitsbereiche innerhalb der Europäischen Gemeinschaft

Bei der Betrachtung der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit in Europa wurden zwei Themenbereiche angesprochen, die im Fortgang noch geklärt werden müssen, um ein vollständiges Bild der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa zu erhalten. Zum einen handelt es sich dabei um die vielzitierten Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Vereinigung, d. h. die nationalen und ideologischen Differenzen, zum anderen um die konkreten Programmpunkte der europäischen Gewerkschaftsbewegung - vor allem um jene aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme, die, wie in 3.2 dargestellt, den Prozeß der Vereinheitlichung vorantreiben (Vollbeschäftigung, Kontrolle wirtschaftlicher Macht).

Da die zuerst genannten innergewerkschaftlichen Differenzen den Europäischen Gewerkschaftsbund und die europäischen Fachverbände nicht derart behindern, daß keine gemeinsamen Ergebnisse erzielt werden könnten - der Münchner Kongreß 1979 vielmehr gerade zeigte, daß trotz weiterbestehender Schranken Antworten gesucht und gefunden werden - soll sich zunächst auch mit den erarbeiteten Programmen auseinandergesetzt werden.

Das letzte Kapitel dieser Arbeit wird sich den besagten Differenzen widmen, um den Begriff der 'unterschiedlichen Charaktere' zu klären. Dabei wird dann auch ein abschließendes Urteil darüber erstellt werden, in welchem Maße - aufgrund dieser Charaktere - die gewerkschaftliche Kooperation in Europa fortschreiten kann und inwieweit die europäische Gewerkschaftseinheit ein Ideal ist und bleiben muß.

4.1 Das Spektrum gewerkschaftlicher Arbeitsfelder in Europa

Wenn auch Vollbeschäftigung und Wirtschaftsdemokratie die zentralen und in der Öffentlichkeit am meisten beachteten Themen internationaler Gewerkschaftsarbeit sind (vgl. z. B. den Mai-Aufruf 1979 des DGB, in dem das Recht auf Arbeit und die Forderung nach Mitbestimmung den größten Raum einnehmen), soll zunächst doch ein Überblick darüber gegeben werden, welche Aufgabengebiete die europäische Gewerkschaftsbewegung neben diesen beiden aufgreift.

Die Aufgabenfelder des Europäischen Gewerkschaftsbundes entsprechen zum einen den Generaldirektionen der EG-Kommission, mit denen die Gewerkschaften Kontakte pflegen, zum anderen zeigen sie, wo der EGB darüberhinaus seine Schwerpunkte setzen will.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Generaldirektionen haben sich sieben Arbeitsbereiche herausgebildet:

- Wirtschaft und Finanzen
(dieser Bereich umfaßt im besonderen die Frage der Vollbeschäftigung)
- Industriepolitik und Technologiepolitik
- Wettbewerb
- Soziale Angelegenheiten/Sozialfonds
- Binnenmarkt und Zollunion
(in diesem Bereich ist das wesentliche Thema das Gesellschaftsrecht, d. h. die Ausarbeitung von Statuten für eine Europäische Aktiengesellschaft (EAG), in der die Mitwirkung der Arbeitnehmer gesichert sein soll)

- Steuerharmonisierung

(Hier ist die Gewerkschaft mit Problemen konfrontiert, die von etwaigen Steuernachteilen der im Grenzgebiet lebenden und arbeitenden Pendler (1) bis zur Abwanderung nationaler Industrien in kostengünstigere EG-Staaten reichen (hierzu vergleiche die Antwort einiger deutscher Unternehmer in Irland auf die Frage des Bundeskanzlers Schmidt, warum sie dort investierten - ihre Niederlassungen verdankten sich den vergleichsweise niedrigen Löhnen und Steuererleichterungen (2))

- Regionalpolitik (3)

Zur Bewältigung seiner selbstgestellten sozial- und wirtschaftspolitischen Aufgaben in Europa befaßt sich der EGB darüberhinaus in ständigen Ausschüssen, Arbeitsgruppen oder kurzfristigen Gremien mit folgenden weiteren Gebieten:

- Zur Koordinierung der europäischen Tarifpolitiken arbeitet seit 1975 ein Tarifausschuß, der sowohl über die tarifpolitische Entwicklung in den Mitgliedsländern berichtet (4), als auch Fragen der Tarifautonomie, Beschäftigungs- und Kaufkraftsicherung diskutiert.

(1) Vgl. EG-Magazin, Heft 3/4, 1979, S. 12

(2) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 17. 10. 1979

(3) zu allen Punkten vgl. Tätigkeitsbericht des EGB 1973 - 1975, a.a.O.

(4) Vgl. Tätigkeitsbericht des EGB 1976 - 1978 für den 3. satzungsgemäßen Kongreß, München, 14. - 18. Mai 1979, S. 80: "Man stimmte darin überein, daß es zu den grundlegenden Aufgaben des Ausschusses gehört, wichtige Informationen über die Tarifpolitik in den einzelnen Ländern einzuholen und weiterzuleiten."

- Im Rahmen der Verbesserung der Arbeitsumwelt, bzw. der Arbeitsbedingungen fordert der EGB ein energischeres Vorgehen gegen die Gesundheitsgefährdung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz. Dabei will er aber nicht nur reagierend tätig werden, sondern den Gewerkschaften das Recht eingeräumt sehen, an planerischen Maßnahmen beteiligt zu sein:

"Die Gewerkschaften müssen das Recht haben, an der Planung neuer Produktionsbetriebe, der Ausweitung und Reorganisation der Produktion sowie an der Aufstellung von Berufsbildern mitzuwirken, damit eine sinnvolle und kreative Arbeit geleistet werden kann." (5)

Da in Richtung auf die Humanisierung der Arbeitswelt nach Meinung der europäischen Gewerkschaften noch nicht genügend geleistet wurde, umgekehrt, die Krise die Arbeitsbedingungen "in vielen Fällen sogar noch verschlimmert" hat, sieht sich der EGB zu folgender politischer Warnung veranlaßt:

"Eine derartige Situation, die an sich schon menschenunwürdig ist, enthält den Keim zu einer globalen Infragestellung der Gesellschaft und öffnet darüber hinaus allen möglichen Abenteuern Tür und Tor." (6)

- Seit 1975 arbeitet im EGB eine Gruppe, die dem Londonder Kongreß 1976 "Erste Vorschläge für ein Aktionsprogramm des EGB zugunsten der Wanderarbeitnehmer" unterbreitete. In diesem ersten Papier wie auch im Aktionsprogramm 1979 richtet sich das Augenmerk des EGB in der Hauptsache auf jene ausländischen Arbeitnehmer, die aus Nicht-EG-Staaten stammen, also nicht dem Wirkungsbereich des EWG-Vertrages und seinem Freizügigkeitsartikel angehören. Drei Punkte sind für den EGB von besonderer Wichtigkeit: Erstens soll in den Herkunftsländern der ausländischen Arbeitnehmer dafür gesorgt werden, daß durch eine gezielte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik die wirtschaftlichen Gründe der Auslandsarbeit

(5) Aktionsziele des EGB 1976 - 1979, a.a.O., o. S.

(6) Tätigkeitsbericht des EGB 1976 - 1978, a.a.O., S. 52

entfallen. Zweitens wird sich gegen die Funktion der Wanderarbeitnehmer als "Konjunkturpuffer" gewandt, d. h. es soll verhindert werden,

"daß die ausländischen Arbeitskräfte als 'Reserve'-Arbeitnehmer betrachtet werden, die man in Abhängigkeit zum konjunkturbedingten Bedarf herbeiruft und nach Hause schickt, und zwar ohne Maßnahmen zur Koordinierung der Wanderströmungen und ohne Abkommen zwischen den betroffenen Ländern, die echte soziale Garantien für die Arbeitnehmer beinhalten." (7)

Drittens geht es dem EGB um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeitnehmer. Daß diese, wie auch die vorhergehenden Forderungen nicht allein wegen der Wanderarbeitnehmer, sondern in sehr starkem Maße auch wegen der erhöhtem Konkurrenzdruck ausgesetzten Arbeitnehmer der hochentwickelten Staaten aufgestellt werden, wird vom EGB im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen deutlich ausgesprochen:

"Der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, vor allem aber der Aufwertung der schweren körperlichen Arbeiten, muß das Bestreben zugrundeliegen, bestimmte Arbeitgeberpraktiken - d. h. die Hereinholung immer neuer Zuwanderer, sogar in Zeiten der Arbeitslosigkeit - zu unterbinden. Die Tatsache, daß diese Arbeitnehmer häufig geringqualifiziert sind und bisweilen unter Ausnutzung ihrer Zwangslage beschäftigt werden, gibt den Arbeitgebern die Möglichkeit, sich den gewerkschaftlichen Forderungen zu entziehen; sie kann außerdem dazu führen, die Arbeitslosigkeit der inländischen oder der regulären ausländischen Arbeitnehmer zu verläthern." (8)

-
- (7) Aktionsprogramm der EGB 1979, Teil VIII - Wanderarbeitnehmer - Vollwertige Staatsbürger, S. 2
- (8) Aktionsziele 1976 - 1979, a.a.O., o. S.
Daß im Interesse der Arbeitnehmer innerhalb der EG und speziell der Bundesrepublik Deutschland sowohl eine Einschränkung der Freizügigkeit als auch ein vollkommener Stop der Zuwanderung nötig seien, machen die deutschen Gewerkschaften immer wieder deutlich. Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Beitritt der Länder Griechenland, Spanien und Portugal zur Europäischen Gemeinschaft warnte der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, vor einem Import zusätzlicher Arbeitslosigkeit als Konsequenz der

- Neben den ausländischen Arbeitnehmern stellen für den EGB vor allem auch die Frauen eine diskriminierte Gruppe dar, weshalb sich seit 1973 eine Arbeitsgruppe mit der Frauenfrage befaßt. Ansatzpunkte gewerkschaftlicher Kritik sind dabei sowohl die Benachteiligung der Frau im Arbeitsleben (Ungleichheit der Entlohnung, andauernde Arbeitslosigkeit, die wegen der Hausfrauenrolle "versteckt" ist), als auch ihre fortdauernde Chancenungleichheit durch Erziehung und die traditionelle Arbeitsteilung in der Familie.
- In der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit den Jugendlichen setzt sich der EGB drei Schwerpunkte: die Befassung mit Beschäftigungsfragen, die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Berufsausbildung und die gewerkschaftliche Schulung der Jugendlichen auf europäischer Ebene.

EG-Erweiterung. Obwohl Loderer sich grundsätzlich zur freien Wahl des Arbeitsplatzes als wesentlichen Bestandteil einer freiheitlichen Gesellschaft bekannte, betonte er, daß "die Herstellung der vollen Freizügigkeit für neu hinzukommende EG-Mitglieder...nur ein schrittweiser Prozeß sein (könne), parallel zu dem der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Integration." (Süddeutsche Zeitung vom 29. 12. 1978)

In Bezug auf Arbeitnehmer der Nicht-EG-Staaten spricht sich der DGB für eine uneingeschränkte Aufrechterhaltung des 1973 von der Bundesregierung verfüigten Anwerbestops aus. In einem Artikel der Welt der Arbeit wird festgehalten, daß "der Export von Arbeitslosen...kein geeignetes Mittel (ist), die Schwierigkeiten nationaler Wirtschaften zu lösen" und daß "die Bundesrepublik Deutschland... - wie andere Aufnahme-länder - nicht in der Lage (ist), unbeschränkt Arbeitskräfte aufzunehmen, um damit die Abgabeländer zu entlasten." (Welt der Arbeit, Nr. 7, 18. 2. 1977)

- Der Europäische Gewerkschaftsbund, der Mitglied im Beratenden Verbraucherausschuß bei der EG-Kommission ist, begründet sein Engagement auf diesem Gebiet mit seiner selbstgestellten Aufgabe,

"die Interessen seiner Mitglieder in ihrer Eigenschaft als Produzenten, Verbraucher und Benutzungsberechtigte sowohl innerhalb als auch außerhalb des Unternehmens zu verteidigen und zu vertreten."

Um sicherzustellen, daß die Befriedigung von Bedürfnissen nicht "vom Streben nach Gewinnmaximierung bestimmt" sei, fordert der EGB eine "demokratische Planung" des Zusammenhangs von Produktion und Verbrauch, "die vom Produktionskreislauf über die Verteilungsstrukturen bis zu einer auf die Interessen der Bürger abgestimmten Verbraucherpolitik reicht." (9)

- Aus demselben weitgefaßten Vertretungsanspruch, wie er bei der Verbraucherfrage erhoben wird, beschäftigt sich der EGB auch mit der Agrarpolitik in der Europäischen Gemeinschaft:

"Das Hauptanliegen des EGB im Zusammenhang mit der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik, die Verf.) wurzelt nicht nur in der Notwendigkeit, die Interessen der Landarbeiter wie auch ein besseres regionales Gleichgewicht zu fördern. Es ergibt sich auch daraus, daß die Interessen der Arbeitnehmer, im allgemeinen, und zwar in ihrer Eigenschaft als Verbraucher und Steuerzahler, vertreten werden müssen." (10)

- Die gewerkschaftliche Arbeitsgruppe Energie, die schon seit 1969, damals noch im Europäischen Bund Freier Gewerkschaften (EBFG), besteht, will mit ihren Vorschlägen vor allem die Aufhebung europäischer Abhängigkeiten

(9) Vgl. Aktionsprogramm des EGB 1979 Teil IX Verbraucherprogramm und Tätigkeitsbericht des EGB 1976 - 1978, a.a.O., S. 82 f

(10) Aktionsprogramm des EGB 1979, Teil V - Die Gemeinsame Agrarpolitik der Gemeinschaft, S. 1



auf dem Energiesektor bewirken, weshalb auch die Verwendung von Kernenergie grundsätzlich befürwortet wird (11).

- Die gerade durch den Einsatz von Kernenergie verstärkt hervorgerufene Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit gegenüber Problemen der Umwelt und des Lebensrahmens führte beim EGB zur Beschäftigung auch mit diesem Thema, doch kann laut Tätigkeitsbericht des EGB 1976 - 1978 "von einer gründlichen Untersuchung der Einzelbereiche dieses Problems bislang keine Rede sein." (12)
- Aufgrund seines Selbstverständnisses, überall dort mitzuarbeiten, wo es um die Durchsetzung einer menschengerechten Gestaltung der Lebensbedingungen aller Menschen geht, setzt sich der EGB sowohl für den Entspannungsprozeß in Europa, die Rückkehr der ehemaligen Diktaturen Griechenland, Portugal und Spanien in die demokratische Gemeinschaft, als auch für ein vom Gedanken der Partnerschaft getragenes Verhältnis zu den Entwicklungsländern ein.

Bei der Durchsicht des gewerkschaftlichen Forderungskatalogs zu den aufgeführten Problemgebieten fällt auf, daß fast immer und zumeist an erster Stelle, die Forderung nach Mitarbeit der Gewerkschaften, sei es in einer existenten, sei es in einer noch zu schaffenden Arbeitsgruppe, Kommission usw. erhoben wird.

Dieser Wunsch nach umfassender gewerkschaftlicher Vertretung, die unabdingbare Voraussetzung für die Durchsetzung der eigenen Vorstellungen ist, birgt allerdings angesichts des Zustands, d. h. angesichts der Differenzen innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung die Gefahr in sich, losgelöst von einem einheitlichen Konzept, das exakte Schritte beschreibt und Feinziele definiert, sich zu verselbständigen.

(11) Vgl. Aktionsziele des EGB 1976 - 1979, a.a.O., o. S.

(12) Tätigkeitsbericht des EGB 1976 - 1978, a.a.O., S. 58

Daß hier die Forderung nach Mitsprache auf der europäischen Ebene ein Eigenleben zu gewinnen beginnt, wird verdeutlicht durch das fehlende Vorliegen von Berichten über sachbezogene Auseinandersetzungen oder gar von Resultaten, die über das Bekenntnis hinausgehen, daß z. B. die Diskriminierung der Frau abgeschafft werden soll. Daß fehlende Veröffentlichungen von Kontroversen nicht auf das allgemeine Interesse eines Verbandes zurückzuführen sind, nicht als zerstritten dazustehen, demonstriert der mehr oder weniger heftige ideologische Schlagabtausch, der von Zeit zu Zeit zwischen den nationalen Gewerkschaften stattfindet und auch in der Presse ausgetragen wird. Und selbst wenn konkrete Schwierigkeiten in einer Kommission wie z. B. dem Wirtschafts- und Sozialausschuß thematisiert werden, besteht die Kritik nicht in der Erörterung spezifischer Sachfragen, sondern in dem formellen Appell, "unsere Grundhaltungen...nicht auf(zu)geben" (13).

4.2 Gewerkschaftlicher Einsatz für die Wiedererlangung der Vollbeschäftigung in Europa

Eine Politik der Arbeitsplatzsicherung, der Vollbeschäftigung bildet schon vom Begriff der Gewerkschaft her einen Schwerpunkt ihrer Arbeit - ist doch die Verfügung über einen Arbeitsplatz eine Grundvoraussetzung der Existenz der von ihr Vertretenen. Während nun in den ersten zwei Jahrzehnten nach Kriegsende ein allgemeiner Wirtschaftsaufschwung in Westeuropa das Problem der Arbeitslosigkeit immer mehr vergessen ließ (abgesehen von strukturschwachen Regionen), ja im Gegenteil Arbeitskräfteeinwanderung stattfand, setzte mit der 1973 beginnenden weltweiten Rezession auch ein kräftiger Anstieg der Erwerbslosigkeit ein. In den Staaten der Europäischen Gemeinschaft ist seit damals bis 1980 eine fast

(13) Erklärung des EGB zu einer verbesserten Arbeitsweise des Wirtschafts- und Sozialausschusses, a.a.O., S. 8

konstante durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 5,7 %, d. h. zirka 6 Millionen zu verzeichnen. Für den Europäischen Gewerkschaftsbund bedeutete dies seit seinem Bestehen eine ständige Aufgabe, der er sich mit eigenen Vorschlägen und Druck auf Regierungen und Arbeitgeber stellte und die auch immer das Thema bildete, mit dem die europäische Gewerkschaftsbewegung in die Öffentlichkeit trat.

Im Programm des letzten Kongresses des EGB 1979 in München wird zunächst festgehalten, daß es ein Recht auf Arbeit gäbe und daß dies ein "grundlegendes Menschenrecht" sei, "das nicht nur eine Existenzgrundlage, sondern auch die Möglichkeit zu einer freien Entfaltung der Persönlichkeit schafft." (14) Um nun der Arbeitslosigkeit, die laut EGB weit mehr als die offiziell registrierten Arbeitslosen umfaßt - der EGB denkt hier an die frühzeitig Pensionierten, die heimgereisten Wanderarbeitnehmer und die in den Haushalt zurückgekehrten Frauen und errechnet eine Gesamtarbeitslosigkeit in Westeuropa von mindestens 10 Millionen (15) -, erfolgreich begegnen zu können, hat der EGB mit seinem Aktionsprogramm einen Katalog von Maßnahmen aufgestellt, der den neuesten wirtschaftlichen Entwicklungen Rechnung trägt. Die Vorschläge des Bundes können dahingehend zusammengefaßt werden, daß sie zum einen die gesamte Palette staatsinterventionistischer Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung umfassen, zum anderen in irgendeiner Form die Arbeitszeitverkürzung anstreben.

(14) Aktionsprogramm des EGB 1979, Teil I - Planung der Vollbeschäftigung, Punkt 27

(15) Aktionsprogramm der EGB 1979, Präambel

4.2.1 Staatsinterventionistische Maßnahmen der Arbeitsbeschaffung

Angesichts des schon über Jahre hinweg konstant hohen Sockels an Arbeitslosigkeit in Europa fordert der Europäische Gewerkschaftsbund eine "Planung der Vollbeschäftigung" unter aktiver Beteiligung der Gewerkschaften und Arbeitgeber. Die Mitwirkung der Sozialpartner ist dem EGB eine unabdingbare Notwendigkeit für erfolgreiches Arbeiten, da er es als unmöglich erachtet, "die europäischen Volkswirtschaften von den Regierungen auf der Basis von Plänen umstrukturieren zu lassen, die lediglich das Produkt von Beamten sind" (16), deren Tätigkeit als bloß bürokratisch, von den wirtschaftlichen Problemen der Betroffenen zu weit entfernt eingeschätzt wird. Aus diesem Grund schlägt das Aktionsprogramm vor,

"dreigliedrige sektorale Arbeitsgruppen (bestehend aus Vertretern der europäischen Institutionen, der europäischen Gewerkschaftsbewegung und der europäischen Arbeitgeberorganisationen, die Verf.) zu errichten, die den EG-Institutionen und dem EFTA-Ministerrat im Hinblick auf die Entwicklung in jeder wichtigen Industrie- und Dienstleistungsbereich beratend zur Seite stehen." (17)

Wäre mit derartigen Planungsgremien zunächst nur die formale Voraussetzung einer forcierten Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschaffen, so zielen die weiteren gewerkschaftlichen Vorschläge auf eine Nutzung dieser Ausschüsse für eine inhaltlich revidierte Vollbeschäftigungspolitik, die die Konsequenzen zieht aus dem Mißlingen bisheriger Konzepte: Da das Ansteigen der Arbeitslosigkeit in Europa seit 1973 mit einer allgemeinen, weltweiten Krise einherging, zielten die gewerkschaftlichen Forderungen - gemäß traditionellen ökonomischen Theorien, die den direkten Zusammenhang von Beschäftigung und

(16) Aktionsprogramm des EGB 1979, Teil I, Punkt 30

(17) ebd., Punkt 31

Konjunktur behaupten - auf eine Wiederbelebung der Wirtschaft als Voraussetzung der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Gewährung von Investitionshilfen, Bekämpfung der Inflation und Lösung von Zahlungsbilanzproblemen waren so auch die zentralen Themen der gewerkschaftlichen Vorschläge.

Um an einem Beispiel die Linie der damaligen Politik zu verdeutlichen, sei auf eine Forderung verwiesen, die auch im Aktionsprogramm 1979 wiederkehrt. Es handelt sich um den Ausbau des öffentlichen Sektors. Während heutzutage dieser Ausbau wegen der direkten Schaffung neuer Arbeitsplätze angestrebt wird, wies ihm der EGB nur zwei Jahre zuvor eine ganz andere Rolle zu, nämlich die eines Mobilisators des Wirtschaftsprozesses. Dementsprechend heißt es in einer Studie des EGB von 1977:

"Der öffentliche Sektor, sowohl die Dienstleistungen als auch die Produktionsbereiche, sollten generell die Führung übernehmen, um aus dem Teufelskreis, in den unsere Volkswirtschaften geraten sind, auszubrechen..." (Teufelskreis meint langsames Wachstum, niedrige Investitionen und hohe Arbeitslosigkeit) (18).

Die Entwicklung in der europäischen Ökonomie ließ allerdings Zweifel an der Richtigkeit des angenommenen Zusammenhangs von Wachstum und Vollbeschäftigung aufkommen. Quasi als Vorläufer einer modifizierten gewerkschaftlichen Stellung wandte sich der Europäische Metallgewerkschaftsbund bereits 1977 gegen die "These der Unternehmer", der die Gewerkschaften bisher praktisch zugestimmt hatten:

"Die These der Unternehmer, höhere Gewinne gleich mehr Investitionen gleich mehr Arbeitsplätze, hat sich während der vergangenen Jahre eindeutig als falsch erwiesen." (19)

(18) Vollbeschäftigung: Hauptziel der Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 2

(19) Entschliebung zur Beschäftigungs- und Arbeitskräftepolitik auf der 3. Generalversammlung des EMB, Mai 1977, in: gewerkschafts informationen, Sondernummer, S. 17

Der allgemeine gewerkschaftliche Nachvollzug dieser Kritik fand seinen Niederschlag im Vollbeschäftigungskonzept des Europäischen Aktionsprogramms von 1979, das in der Hauptsache direkte Maßnahmen zur Arbeitsplatzbeschaffung verlangt. Neben solchen Forderungen wie denen nach "Aufstellung und Erweiterung spezieller Pläne zur Schaffung von Arbeitsplätzen für unterprivilegierte Arbeitnehmergruppen" (20), nach Verbesserung der Berufsberatung, Berufsausbildung und Arbeitsvermittlung (21) oder nach dem bereits erwähnten öffentlichen Bereich, strebt der europäische Gewerkschaftsverband in der Hauptsache eine gezielte Industriepolitik an. Wenn dabei auch wieder Begriffe auftauchen wie staatliche Steigerung der Gesamtnachfrage oder Förderung des Wachstums, so sind sie jedoch nicht mit den alten Formulierungen gleichzusetzen, sondern stellen eine Kritik vorheriger Maßnahmen dar. Es wird sich gegen eine "plan- und ziellose Anheizung der Nachfrage" gewandt, "die auf ein Wachstum 'altmodischen Stils' gerichtet ist" (22). Stattdessen fordert der EGB neben der Kontrolle staatlicher Hilfen für die Privatwirtschaft vor allem die Koppelung derartiger Hilfen mit der Schaffung von Arbeitsplätzen. Dieses Modell, nach dem, in die Praxis umgesetzt, beispielsweise staatliche Rationalisierungshilfen nur dann gegeben werden dürften, wenn das Unternehmen zusagte, nach einem Zeitraum eine bestimmte Zahl Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, erklärt sich als Reaktion der europäischen Gewerkschaften auf die Erfahrungen der bisherigen Krisenbewältigung. Entgegen den Erwartungen, daß Entlassungen aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen durch die mit steigenden Gewinnen einhergehenden Erweiterungen der Produktion mehr als aufgehoben würden, vollzog sich der Aufschwung ohne

(20) Aktionsprogramm des EGB 1979, Teil I, Punkt 11

(21) ebd., Punkt 23

(22) ebd., Punkt 5

einschneidende Absorption freigesetzter Arbeitskräfte. Wenn diese Forderung sich nun auch aus dem gewerkschaftlichen Wunsch erklärt, ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau zu erzielen, so ist ein derartiger Staatseingriff in einer Marktwirtschaft völlig untauglich, soll er doch unabhängig von jeder Konjunktur- bzw. Marktlage sein Ziel erreichen. Wohin eine solche, von Marktgesetzen absehende, Interventionspolitik führen kann, macht in aller Deutlichkeit die Situation Großbritanniens klar.

Anläßlich des ersten landesweiten Streiks seit 1926 in der britischen Stahlindustrie im Januar 1980 wird in einem Wirtschaftskommentar der Süddeutschen Zeitung das ganze Ausmaß einer verfehlten staatlichen Arbeitsplatzsicherungspolitik dargelegt. Unter der Überschrift "Tragisches Musterbeispiel" heißt es dort:

"Der Streik bei der staatlichen British Steel Corp. (BSC) ist tragisch, aber auch ein Musterbeispiel dafür, welchen Schaden eine ständige staatliche Interventionspolitik anrichten kann. Tragisch, weil die Iron and Steel Trade Confederation zu den gemäßigten Gewerkschaften Englands gehört und seit dem Generalstreik von 1926 nie wieder einen landesweiten Streik ausgerufen hat. Die zunächst 2prozentige und zum Schluß auf 6 % erhöhte Lohnofferte des Konzerns war für die Gewerkschaft schlicht unannehmbar. Schließlich steigen die Preise in England derzeit um über 17 %. Zwar stellt die BSC weitere 10 % Lohnerhöhung durch Produktivitätssteigerungen in Aussicht. Diese sind jedoch eher als Lockmittel gedacht, die Gewerkschaften zu einer baldigen Annahme der bis August geplanten 50 000 Entlassungen zu bewegen. Ein Drittel der unmittelbar in der Eisen- und Stahlerzeugung stehenden Beschäftigten soll in der Tat innerhalb von acht Monaten entlassen werden. Das ist selbst für den, der sich willig dem Diktat von Angebot und Nachfrage unterwirft, ein kräftiger Brocken.

Wie konnte es dazu kommen? Jahrelang haben die britischen Regierungen, besonders die letzte unter Premierminister Callaghan, versäumt, dem natürlichen Struktur Anpassungsprozeß des Marktes seinen Lauf zu lassen. Immer wieder wurde interveniert, wurden veraltete Anlagen am Leben erhalten, wurden Arbeitsplätze "gesichert". Heute verliert die BSC 1 Mill £ pro Tag (knapp 4 Mill. DM):

Leider ist Stahl symptomatisch für weite Teile der britischen Industrie. Nicht nur der Automobilbau ist unter der traurigen Führung Leylands zur Bedeutungslosigkeit abgesunken." (23)

Der im Kommentar ebenfalls angesprochene staatliche Autokonzern British Leyland, dem durch die Gewerkschaften die Arbeitsplatzgarantie für mehr als 150 000 Beschäftigte abgetrotzt war, stand trotz langjähriger Finanzhilfe 1979 vor dem Ruin. Aus diesem Grund legte der Vorsitzende des Konzerns Sir Michael Edwardes Anfang September 1979 einen "drastischen Abmagerungsplan" vor, der die Entlassung von 25 000 Arbeitnehmern und die teilweise oder völlige Schließung von dreizehn Werken vorsah. Sollten diese Maßnahmen nicht durchsetzbar sein, sah Edwardes nur noch die Liquidation statt der Sanierung. Als die Transportarbeitergewerkschaft, die mächtigste innerhalb des Konzerns, und die shop stewards sich gegen den Edwardes-Plan wandten, entschloß sich Edwardes zu einer vorbildlosen Aktion. In geheimer Briefwahl ließ er die Belegschaft darüber abstimmen, ob sie seinen Plan unterstützt. Das Ergebnis war eine überwältigende Mehrheit für die Sanierung durch Personalabbau und Stilllegung von Produktionsstätten; 106 062 Belegschaftsmitglieder stimmten für und 15 541 gegen den Sanierungsplan (24).

Im Gegensatz zu den direkt involvierten Gewerkschaften sprachen sich andere Gewerkschaften, die bei einer Schließung British Leylands Beschäftigungseinbrüche in ihren Branchen befürchteten, für die Sanierungen aus, auch wenn sie wußten, wie "verdammt schmerzhaft" solche Maßnahmen sind (25).

Angesichts der Tatsache, daß in Großbritannien vorgeführt wird, welche Auswirkungen die Koppelung von Staatshilfe und

(23) Süddeutsche Zeitung vom 4. 1. 1980

(24) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 3./4. 11. 1979

(25) Vgl. Die Zeit, Nr. 45, 2. 11. 1979

Arbeitsbeschaffung mit sich bringt, und auf Seiten der Arbeitnehmer begonnen wird, daraus die Konsequenzen zu ziehen, ist zu fragen, inwiefern in das Aktionsprogramm der europäischen Gewerkschaften von 1979 eine derartige Forderung aufgenommen werden konnte.

Eine Kritik dieses falschen, weil unrealistischen Ansatzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß dabei gerade auch die deutschen Gewerkschaften einschließen, da ihr Einverständnis mit dieser Forderung des EGB im offenen Gegensatz zu ihrer Praxis steht, die seit langem in der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge berücksichtigt (26). Die Tatsache, daß Programm des EGB und praktische Politik des DGB in einem so wichtigen Punkt differieren, macht beispielhaft deutlich, daß der Wert, den die nationalen Gewerkschaften ihrem europäischen Programm beimessen, sehr stark eingeschränkt werden muß, d. h. Positionen, die scheinbar einen einheitlichen Standpunkt der nationalen Gewerkschaften darstellen, von den einzelnen nur solange als bindend betrachtet werden, als es der Politik, die man von sich aus betreiben will, entspricht.

(26) Erinnt sei hier an die Sanierung des VW-Konzerns, die mit der Entlassung von 25 000 Arbeitnehmern einherging. Die Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat stimmten zwar gegen den Sanierungsplan, nicht aber weil sie grundsätzlich die Freisetzungen verhindern wollten. So forderte Eugen Loderer eine "zeitliche Streckung der unumgänglichen Anpassungsmaßnahmen" (Handelsblatt vom 11./12. 4. 1975) und strebte die "erforderliche Kostensenkung" "statt durch Stilllegung oder Teilstillegung vor allem durch technische und organisatorische Rationalisierung" (ebd.) an, was übersetzt ebenfalls Entlassungen bedeutet. Die Notwendigkeit durchgreifender Sanierungsmaßnahmen wurde damit vollkommen anerkannt, "gerade" weil "die Arbeitnehmer und ihre Vertreter im Aufsichtsrat... ein noch dringenderes Interesse am Fortbestand des Wachstums ihres Unternehmens als die Vertreter der Aktionäre (haben)" (H. O. Vetter, in: Handelsblatt vom 14. 4. 1975). Daß eine derartige Einstellung dem Willen der betroffenen Arbeitnehmer in ihrer Gesamtheit entspricht, zeigt sich klar in einem Bericht des Handelsblatts vom 15. 5. 1975 über eine Betriebsversammlung bei VW: Sogar der Geschäftsführung, die den "Ernst der Lage ungeschminkt" darstellte, wurde Beifall geklatscht.

Neben den bisher dargestellten Forderungen zur Arbeitsbeschaffung, die den einzelnen Nationalstaat ansprechen, schlägt der EGB auch eine gesamteuropäische Anstrengung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. Zum einen bezieht sich diese auf eine allgemeine Koordination der nationalen Politiken, zum anderen auf eine finanzielle Umverteilung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Die Notwendigkeit der Abstimmung einzelstaatlicher wirtschaftspolitischer Konzepte erläutert Wim Kok auf dem ersten europäischen Aktionstag gegen die Arbeitslosigkeit im April 1978:

"Welchen Zweck hat es, die Überkapazitäten in einem Lande anzupacken, wenn man in anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft die Kapazität im selben Wirtschaftszweig gerade erweitert? Welchen Zweck hat es, in einem Land die Produktion und die Ausfuhr zu fördern, wenn das andere Land Einfuhrbeschränkungen durchführt?

Welchen Zweck hat es denn überhaupt, in den einzelnen Ländern Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen, und manchmal sogar tiefgreifende Maßnahmen, wenn sie durch die sprunghaften Schwankungen der einzelstaatlichen Währungen zunichte gemacht werden? Die Arbeitslosigkeit ist international. Eben deshalb muß man auf internationaler Ebene Lösungen bewirken." (27)

Zur finanziellen Umverteilung heißt es im Aktionsprogramm des EGB 1979:

"Im EG-Bereich wäre für eine beträchtliche Aufstockung des Haushalts im allgemeinen und des Regionalfonds im besonderen zu sorgen, so daß unter anderem auch die Mittel von den privilegierten in die benachteiligten Länder reichlicher fließen können; denn schließlich sind diese Probleme ebensosehr in europäischen wie in innerstaatlichen Ursachen verwurzelt." (28)

(27) Ansprache Wim Koks am 6. 4. 1978 in Saarbrücken, Manuskript

(28) Aktionsprogramm des EGB 1979, Teil I, Punkt 10

Der Zustand, den die beiden Ausführungen für die Europäische Gemeinschaft anstreben ist das schon wiederholt kritisierte Ideal der Konkurrenzsituation zwischen den Europäischen Partnern. So ist beispielsweise die gleichzeitige Förderung der Produktion einer Ware und die Errichtung von Import-schranken gegen eben diese Ware nicht - wie es Wim Koks Frage suggeriert - ein zweckloses Unterfangen, mangelnder internationaler Koordination geschuldet. Internationales Handeln besteht vielmehr gerade darin, das Optimum für die eigene Nation zu erreichen, wozu auch unter Verbündeten protektionistische Maßnahmen tauglich sind (29), während Zugeständnisse an die Partner nur dann gemacht werden, wenn nur so

(29) Vgl. Handelsblatt vom 21./22. 12. 1979

Dort heißt es unter der Überschrift "EG-Protektionismus - Die Notbremse wird häufig gezogen" wie folgt:
Die Inanspruchnahme der Schutzklausel des Artikels 115 des EWG-Vertrages durch die EG-Länder hat sich 1979 abermals kräftig erhöht. Nach dem letzten Stand sind 1979 bei der Kommission 345 Anträge vorgelegt worden, davon allein aus Frankreich 145 (Bundesrepublik 6), 268 dieser Anträge betrafen den Textilsektor, davon kamen 100 aus Frankreich und 65 aus Großbritannien. 85 Anträge wurden abgewiesen oder zurückgezogen, 260 mußten genehmigt werden, darunter 124 für Frankreich und 33 für Großbritannien. Die Tatsache, daß aus der Bundesrepublik nur 6 Anträge kamen, die alle genehmigt wurden, zeigt, daß Bonn im Unterschied zu einigen anderen Regierungen in zahlreichen Fällen nach Prüfung nicht bereit war, die Anträge an die Kommission weiterzuleiten. Die Inanspruchnahme dieser handelspolitischen Notbremse "115", mit der ein Mitgliedstaat aus einem Drittland stammende und in den anderen EG-Ländern im freien Verkehr befindliche Waren von der Gemeinschaftsbehandlung ausschließen kann, hat sich gegenüber dem Vorjahr abermals kräftig erhöht. Noch 1977 war die Anwendung des Artikels 115 "nur" 121mal beantragt und 79mal von der Kommission genehmigt worden. 1978 ist diese Welle schon auf 317 Anträge und 197 Genehmigungen angeschwollen. Die neueste Serie von Entscheidungen nach Artikel 115 betrifft unter anderem Honig aus Mexiko und Argentinien nach Frankreich, Shorts aus Albanien nach Frankreich, Handschuhe aus Macao nach Frankreich, sowie aus der CSSR stammende Gewebe aus Wolle und Tierhaaren nach Großbritannien und Zelte aus Südkorea nach Dänemark.

der eigene Vorteil effektiv verfolgt werden kann. Im Hinblick auf die Aufstockung des EG-Faushalts heißt das deshalb auch nicht, daß die reichen Staaten, weil sie privilegiert seien und das Problem der Arbeitslosigkeit auch europäische Ursachen habe, bereitwillig ihre Mittel "reicherlicher fließen" ließen. Aus Zahlungen in den EG-Fonds muß prinzipiell für das Geberland ein Nutzen entspringen, andernfalls würden schon Opposition und Öffentlichkeit die Unfähigkeit der Regierung anprangern und so zumindest langfristig eine Änderung der Politik bewirken (30).

4.2.2 Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung

Die Erfolglosigkeit der klassischen Formel von Wachstumsförderung, Gewinnsteigerung, Investitionsneigung und letztlich Schaffung von Arbeitsplätzen führte wie oben dargelegt zur Forderung nach Staatsmaßnahmen zur direkten Arbeitsbeschaffung. Neuartiger und in ihrer öffentlichen Resonanz wesentlich spektakulärer, da er in Arbeitskämpfen praktische Relevanz gewann (z. B. der deutsche Stahlstreik im Winter 1978/79), war allerdings der Vorschlag, durch Umverteilung der vorhandenen Arbeit, d. h. durch Arbeitszeitverkürzung, der Vollbeschäftigung näher zu kommen.

(30) So konnte die Kampagne gegen die über den Slogan vom 'Zahlmeister Deutschland' vermittelte Europafeindlichkeit in weiten Teilen der bundesrepublikanischen Bevölkerung auch nur deshalb erfolgreich sein, weil der durch Statistiken bewiesene Vorteil auch jedermann verspürbar war und die Argumentation über den Vergleich mit den sogenannten Empfängerländern besonders an Aussagekraft gewann.

Daß den europäischen Gewerkschaften ein solcher Gedanke zunächst noch völlig fremd war, wird daran deutlich, daß eine in diese Richtung zielende Idee des damaligen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Patrick Hillery in den gewerkschaftlichen Verlautbarungen nicht aufgegriffen wurde. Während nämlich Hillery bereits im März 1976 als seine "vierte Lösungsmöglichkeit...eine andere Verteilung der Arbeit" ins Auge faßte und dabei an "Maßnahmen zur Verringerung der Gesamtzahl der Arbeitskräfte durch Verlängerung der Schulpflicht bzw. durch Anreize für ein frühes Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (vorgezogene Rente)" oder an Maßnahmen zur "Verkürzung der Arbeitswoche" dachte (31), wurde in den gewerkschaftlichen Aktionszielen 1976 - 1979 Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Arbeitszeitverkürzung noch klar getrennt. Es heißt dort:

"31. Ein grundlegendes und ständiges Ziel der europäischen Gewerkschaftsbewegung, das mit der gegenwärtigen Beschäftigungslage in keinem unmittelbaren Zusammenhang steht, ist die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer durch Maßnahmen wie Lohn- und Gehaltserhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, Urlaubsverbesserungen, Verlängerung der Schulpflicht und Herabsetzung des Rentenalters. Für die tarifpolitische Strategie besteht das vorrangige Ziel unter den derzeitigen Umständen darin, Beschäftigung und Einkommen zu sichern. Der Kongress glaubt auch, dass die Zeit gekommen ist, eine koordinierte EGB-Kampagne zur Herabsetzung der Arbeitszeit durch Verkürzung der Arbeitswoche und Ausdehnung der Urlaubszeit anlaufen zu lassen." (32)

Heinz Oskar Vetter brachte erstmals Anfang 1977 eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ins Gespräch. Im "Programm des Europäischen Gewerkschaftsbundes zur Arbeitszeitverkürzung" vom September

(31) Patrick Hillery, Lösungsmöglichkeiten für die Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft, Rede vom 23. März 1976, in: gewerkschafts informationen, Heft 4/1976, S. 4f

(32) Aktionsziele des EGB 1976 - 1979, a.a.O., o. S., Hervorhebung d. Verf.

1978 wird die Verteilung der verfügbaren Arbeit dann auch als Hauptgrund der Forderung der Arbeitszeitverkürzung genannt:

"Die gewerkschaftliche Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit ist besonders jetzt, da die Zahl der Stellungsuchenden in Europa in die Millionen geht, von akuter Bedeutung. Außerdem stellt diese Verkürzung unter den gegebenen Umständen ein Mittel zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durch eine möglichst ausgewogene Verteilung des verfügbaren Arbeitsvolumens dar, das heißt jedoch nicht, daß diese Maßnahme alle sonstigen gewerkschaftlichen Forderungen, die für die Realisierung der Vollbeschäftigung unerlässlich sind, ersetzen kann." (33)

Im Gegensatz zu Vettters Vorstoß wird vom Europäischen Gewerkschaftsbund allerdings darauf bestanden, daß die geforderte Maßnahme nicht "von einem Lohn- oder Gehaltsverlust begleitet sein (darf)" (34).

Das angestrebte Ziel einer Arbeitszeitverkürzung von ungefähr 10 % soll im EG-Bereich zu einer drastischen Verminderung der Arbeitslosen beitragen, da laut gewerkschaftlichen Aussagen "rein rechnerisch" bereits "die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde einen Mehrbedarf von 2,5 Millionen Arbeitskräften in der EG erfordern (würde)" (35).

Trotz allgemeinen Verständnisses gegenüber dem Gedanken einer Arbeitszeitverkürzung wurden der praktischen Durchsetzung starke Widerstände entgegengesetzt. Daß die Unternehmer derartige Pläne für sich ablehnen würden, war zu erwarten, da eine Reduktion der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zunächst erhöhte Kosten bedeutete. Von der Überlegung her, daß

(33) Anhang zum Tätigkeitsbericht des EGB 1976 - 1978, 3. satzungsgemäßer Kongreß, München 1979; Brüssel 1979, S. 54

(34) ebd.

(35) Der Gewerkschafter, Heft 3/1978, S. 19

die Unternehmen ihre Kostensteigerung durch gesteigerte Produktivität und das heißt Rationalisierungen ausgleichen würden, kam z. B. die Europäische Kommission schließlich dazu, den angestrebten Effekt der Arbeitszeitverkürzung zu bezweifeln. Eine von der Kommission beauftragte Untersuchung zog den Schluß, daß "mechanische Hochrechnungen... zu einem falschen Ergebnis (führen)" (36), da sie die Produktivitätssteigerung nicht einbeziehen würden:

"Beim gegenwärtigen Stand der Produktionstechnik erhöht eine einprozentige Arbeitszeitverkürzung die Produktivität um 0,5 %. Der Beschäftigungseffekt wird um so geringer, je höher der Lohnausgleich veranschlagt wird." (37)

Anhand der Länder Frankreich, Belgien und Niederlande wurde vorgeführt, daß der Beschäftigungszuwachs quasi gleich null wäre bzw. die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sogar die Zahl der angebotenen Arbeitsplätze reduzieren könnte und möglicherweise auch zur Verringerung der Wachstumsrate des Sozialprodukts führte. Vor dem Hintergrund dieser Schätzungen schlägt die Kommission deshalb eine Begrenzung der Überstunden durch tarifvertragliche Regelungen vor.

Die in der Kommissionsstudie angesprochene Möglichkeit einer Abnahme des Wachstums wird in der öffentlichen Diskussion als Hauptargument gegen die Gewerkschaften vorgebracht. Eine neuartige Variante in diesem Zusammenhang ließ der britische Arbeitsminister Jim Prior verlauten. Wohl angesichts der Tatsache, daß das gemeinsame Bemühen der europäischen Gewerkschaften um eine Arbeitszeitverkürzung das Argument schwergewichtiger Wettbewerbsverzerrungen in Europa äußerst angreifbar machte, begründete Prior seine Bedenken damit, daß mögliche höhere Lohnstückkosten Konkurrenz Nachteile gegenüber der Dritten Welt herbeiführen:

(36) Süddeutsche Zeitung vom 18./19. 5. 1977

(37) ebd.

"Die Konkurrenz der Dritten Welt, insbesondere der neuen Industrieländer wie Südkorea und Taiwan, (sei) bereits viel zu groß, als daß die europäischen Länder zu sorglos mit ihrer Wettbewerbsfähigkeit umgehen könnten." (38)

Einmal abgesehen davon, daß die Länder der Dritten Welt in der Regel mit ihren Rohstoffen und Halbfertigwaren auf den Weltmarkt treten, in den sogenannten Industrieländern Taiwan und Südkorea nur einige Industrieprodukte hergestellt werden und von daher ein Vergleich mit der Konkurrenzsituation zwischen entwickelten Nationen nicht zu ziehen ist, muß generell der direkte Zusammenhang von Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitszeitverkürzung in Zweifeln gezogen werden, weil er die verschiedenen Niveaus der Produktivität außer Acht läßt. So geht nämlich aus einer Studie des European Management Forum in Genf hervor, daß die Industrie der Bundesrepublik in der Wettbewerbsfähigkeit an erster Stelle in Westeuropa liegt (39) - und das obwohl die Bundesrepublik zu den Staaten in Europa gehört, die die kürzeste Arbeitszeit aufweisen. Zu diesem Ergebnis gelang die Studie auf Basis eines Untersuchungsprogramms, das die europäischen Industrien nicht nur nach statistischen und quantitativen, sondern vor allem nach "subjektiven", d. h. qualitativen Gesichtspunkten verglich. Laut Bericht der Süddeutschen Zeitung wurden bei der Untersuchung nämlich die Dynamik der Wirtschaft und des Wettbewerbs, die Finanzkraft, Herstellungskosten, die Rolle des Staates, Infrastruktur und soziale und wirtschaftliche Stabilität berücksichtigt.

Vergleicht man ein derartiges Vorgehen mit den Berechnungen der Gegner der gewerkschaftlichen Forderung, so ist

(38) Jim Prior, nach: Süddeutsche Zeitung vom 5. 12. 1979

(39) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 6. 12. 1979

ihnen entgegenzuhalten, daß sie die bei den Gewerkschaften kritisierte "mechanische Hochrechnung" selbst durchführen, allerdings von einem gegensätzlichen Standpunkt aus - weshalb der Dialog zwischen den europäischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Regierungen nicht allein über statistisches Zahlenwerk geführt werden sollte.

4.2.3 Gewerkschaftliche Aktionen für die Vollbeschäftigung

Zur Durchsetzung seiner in Punkt 4.2.1 und 4.2.2 dargelegten Forderungen wurde der Europäische Gewerkschaftsbund auf allen Ebenen der Europäischen Gemeinschaft und gegenüber der EFTA aktiv. Im Rahmen der EG wirkte er in allen, in Kapitel 2 beschriebenen Institutionen, Ausschüssen und Konferenzen. Wie in jenem Kapitel aber auch schon angedeutet, führten die diversen Konsultationen nicht zu den von den Gewerkschaften gewünschten Resultaten. Um ihren Vorstellungen ein stärkeres Gewicht zu verschaffen, wurde auf die Macht der Gewerkschaften verwiesen, die sehr wohl in der Lage wären, ein "Wiederaufleben des traditionellen Arbeitskampfes" (40) zu initiieren. Zur Demonstration gewerkschaftlicher Stärke und um gegen das "Unvermögen der neun EG-Regierungen" (41) zu protestieren, beschloß der Exekutivausschuß des EGB schließlich für 1978 einen europäischen Aktionstag gegen die hohe und fortdauernde Arbeitslosigkeit in Europa. Als Datum wurde der 5. April 1978 gewählt, um den sich nur wenig später treffenden Europäischen Rat zu neuen Initiativen zu drängen und ihm die Macht der Gewerkschaften warnend vorzuführen:

(40) H. O. Vetter gegenüber dem damaligen britischen Premierminister und Präsidenten des Europäischen Rates Callaghan, Süddeutsche Zeitung vom 2. 7. 1977

(41) Süddeutsche Zeitung vom 2. 12. 1977

"Die Kundgebungen, Arbeitsniederlegungen und öffentlichen Debatten am 5. April 1978 sollen ihnen (nationale Regierungen und Gremien von EG und EFTA, die Verf.) eine Warnung sein, die Macht der Gewerkschaften auch in einer ökonomisch schlechten Situation nicht zu unterschätzen." (42)

In einer Erklärung des Exekutivausschusses des EGB zum Ausgang dieses Aktionstages wird insgesamt ein positives Resumé gezogen. Die Arbeitnehmer unterstützten ihre Gewerkschaften

- "Die verschiedenen Aktionen wie Arbeitsniederlegungen, Versammlungen in den Betrieben und auf öffentlichen Plätzen, Massenkundgebungen und Versammlungen der aktiven Gewerkschafter haben gezeigt, daß unsere Vorschläge und Forderungen von den Arbeitnehmern der betroffenen Länder weitgehend unterstützt werden, worüber der Europäische Gewerkschaftsbund Genugtuung empfindet" (43) -

und auch die politisch Verantwortlichen reagierten positiv

- "Auch die europäischen politischen Instanzen (EG, EFTA, Europarat) und ein großer Teil der Regierungen haben unsere Vorschläge und Forderungen, die ihnen von EGB-Delegationen oder von nationalen Gewerkschaftsdelegationen überreicht wurden, günstig aufgenommen." (44)

Einzig die Arbeitgeber hätten ihre "negative Haltung" nicht aufgegeben, weshalb auch das Schwergewicht in dieser Erklärung auf einer Kritik der Unternehmer liegt, obwohl die ursprüngliche Intention des Aktionstages eigentlich eine Kritik am 'Unvermögen' der europäischen Regierungen, das Problem der Arbeitslosigkeit zu bewältigen, war. Andererseits fällt im Zusammenhang mit jenem Aktionstag auf, daß die Frage der Arbeitszeitverkürzung, die nicht wie 'gezielte Wachstumsförderung' oder 'Erweiterung des öffentlichen Sektors' in die direkte staatliche Verantwortung fällt,

(42) Der Gewerkschafter, Heft 3/1978, S. 18

(43) Anhang zum Tätigkeitsbericht des EGB 1976 - 1978, a.a.O., S. 27

(44) ebd.

von den Staaten gelöst werden soll. So warf der Europäische Gewerkschaftsbund den Regierungen vor, nichts für den Abbau der Arbeitslosigkeit unternommen zu haben, was nur durch Arbeitszeitverkürzungen möglich sei (45).

Wenn es auch zutrifft, daß der Europäische Rat eine generelle Reduzierung der Arbeitszeit in der EG nicht befürwortet, muß doch festgehalten werden, daß auf Basis der Tarifautonomie die Aushandlung der Arbeitszeit zunächst den Sozialpartnern obliegt (46). Der Staat hat dann die Aufgabe, die Einhaltung des ausgehandelten Vertrages zu sichern (47), kann aber auch das Resultat der Auseinandersetzungen in einem Gesetz oder einer Verordnung rechtlich kodifizieren, so wie in Deutschland 1938 die noch heute gültige Arbeitszeitverordnung den Achtsturentag, Ergebnis eines jahrzehntelangen Kampfes der Arbeitnehmer gegen die Unternehmer, als Normalarbeitstag gesetzlich festlegte.

Abgesehen vom Problem der Arbeitszeitverkürzung versetzt der gewerkschaftliche Vorwurf an die Regierungen und europäischen Gremien, hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeits-

(45) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 14. 3. 1979

(46) Daß dies für die gewerkschaftliche Praxis selbstverständlich ist, zeigt beispielsweise schon der Stahlstreik in der Bundesrepublik zum Jahreswechsel 1978/79, bei dem die Auseinandersetzung um den 'Einstieg in die 35-Stunden-Woche' gegen das Kapital und nicht gegen den Staat geführt wurde.

(47) Im deutschen Betriebsverfassungsgesetz von 1972 z. B. wird zu den 'allgemeinen Aufgaben' des Betriebsrats gezählt, darüber zu wachen, "daß die zugunsten der Arbeitnehmer geltenden Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen durchgeführt werden" (§ 80 Abs. 1, 1 Betr. Verf. G.). Sollte dies nicht der Fall sein, kann eine Einigungsstelle (Arbeitgeber und Betriebsrat) angerufen werden, bei fehlendem Konsens steht der Rechtsweg offen (§ 76 Betr. Verf. G.).

losigkeit untätig gewesen zu sein, die Gewerkschaften in eine zwiespältige Stellung. Auf der einen Seite stimmt es nämlich, daß die europäischen Regierungsvertreter gezielte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur schleppend in Gang setzen. Angesichts einer schon gut fünf Jahre dauernden Beschäftigungskrise und eines sich verstetigenden konjunkturellen Aufschwungs beauftragten die Regierungschefs der Gemeinschaft erst im Frühjahr 1979 ihre Arbeitsminister, eine Reihe von Aktionen zu prüfen. Zu den noch zu untersuchenden Maßnahmen gehörten:

"1. bessere Anpassung der Berufsausbildung durch die Kombination von theoretischer Schulung und praktischer Arbeit in den Betrieben; 2. Begrenzung der Praxis regelmäßiger Überstunden; 3. Verbesserung der Beschäftigung für Frauen durch Diversifizierung der angebotenen Stellen und besseren Zugang zur Berufsausbildung." (48)

Auf der anderen Seite aber kann die Europäische Gemeinschaft auf ihre Finanzhilfen aus dem europäischen Sozialfonds verweisen. So erhielt allein der deutsche Arbeitsmarkt 1976 knapp 40 Millionen DM aus diesem Fonds. In den Sozialpolitischen Informationen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung wird über die Verwendung dieses Betrags berichtet:

"Die knapp 40 Millionen DM aus dem Europäischen Sozialfonds wurden 1976 vor allem für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (16,5 Millionen DM) und für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (15,8 Millionen DM) aufgewendet. Darüber hinaus erhielten Arbeitnehmer aus der Landwirtschaft 3,6 Millionen DM, aus der Textilindustrie 3 Millionen DM, der Bekleidungsindustrie 500000 DM und der Uhrenindustrie 100000 DM. Auch für 1977 und 1978 wird die Bundesanstalt Mittel aus dem Sozialfonds erhalten." (49)

(48) Süddeutsche Zeitung vom 14. 3. 1979

(49) Sozialpolitische Informationen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung vom 5. 12. 1978, Jg. 12/22

Und auch in der allgemeinen Finanzunterstützung ist den Regierenden der Vorwurf mangelnder Initiativen nicht zu machen, bedenkt man allein die in der Bundesrepublik gegebenen Investitionsspritzen in Milliardenhöhe.

Angesichts dieser Tatsache, daß die Regierenden nur einem Teil der gewerkschaftlichen Forderungen - der generellen Ankurbelung der Wirtschaft - nachkommen, andere, wie die Arbeitszeitverkürzung aber strikt ablehnen und spezifizierteren Vorschlägen wie denen nach besserer Berufsausbildung oder direkten Arbeitsmarkteingriffen in abwartender Distanz gegenüberstehen, löst sich die Kritik der Gewerkschaften an der Untätigkeit der Regierenden gegenüber dem Problem der Arbeitslosigkeit auf in eine Kritik des Konzepts der bisher praktizierten staatlichen Schritte, das sich in der Förderung des Wachstums als der entscheidenden Voraussetzung jeder Arbeitsplatzsicherung oder -beschaffung erschöpfte. Die kritische Absetzung von diesem Konzept ist jedoch allein vom Standpunkt seiner Erfolglosigkeit geleitet, was sich daran zeigt, daß die zentralen Forderungen wie 'Koppelung von Investitionshilfe und Arbeitsplatzbeschaffung' und 'Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung', die den staatlichen Maßnahmen der Wachstumsförderung erst das entscheidende Gewicht verleihen würden, zum einen keineswegs eine überzeugende Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit anbieten. Zum anderen werden Forderungen, wie anhand einer den Marktgesetzen widersprechenden Investitionshilfe gezeigt, von den einzelnen Gewerkschaften zum Teil nur scheinbar vertreten. Somit verkürzt sich die Kritik der europäischen Gewerkschaften darauf, daß gegen die Arbeitslosigkeit 'mehr' getan werden müßte, wobei über die Qualität dieses 'Mehr' keineswegs Klarheit herrscht.

4.3 Gewerkschaftliche Vorstellungen zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht in Europa

Das aktuelle Problem der Arbeitslosigkeit in Europa ist für die europäischen Gewerkschaften einmal mehr der Beweis für die Notwendigkeit des Arbeitnehmereinflusses auf die Unternehmenspolitik. Angesichts dessen, daß die Unternehmer fast völlig frei darüber bestimmen können, ob sie Arbeitsplätze schaffen oder abbauen wollen und damit über das Schicksal von Millionen von Arbeitnehmern entscheiden, erscheint den Gewerkschaftern die Forderung nach Demokratisierung des Wirtschaftslebens besonders dringlich. So verkündete Wim Kok, im Mai 1979 zum EGB-Präsidenten gewählt, auf der bereits erwähnten Kundgebung in Saarbrücken anläßlich des Aktionstages gegen die Arbeitslosigkeit in Europa, daß die Frage der Arbeitslosigkeit nicht von der der Wirtschaftsdemokratie zu trennen sei und daß die Arbeitnehmer ein Recht hätten, die Ziele des Unternehmens zu bestimmen und zu kontrollieren:

"Chers amis, on ne peut séparer la question de l'emploi de celle de la démocratisation de la vie économique. La concentration croissante des industries en Europe signifie que les décisions sur la création de nouveaux emplois ou la suppression d'emplois existants sont peu à peu prises par un nombre diminuant de personnes, tandis qu'elles concernent un nombre croissant de travailleurs.

Quelques-uns décident sur le sort de milliers. Et la situation bizarre se produit que dans beaucoup de pays européens les entrepreneurs préconisent la nécessité de réduire le coût du travail afin d'améliorer les profits des entreprises, tandis qu'en même temps on fait de son mieux pour empêcher la prise d'influence de la société et des travailleurs sur les décisions essentielles des entreprises. Chers amis, cela révèle une attitude réactionnaire que nous ne pouvons tolérer. Avant tout autre, les travailleurs ont le droit fondamental de fixer les objectifs des entreprises et de surveiller leur réalisation. De ce point de vue, je soutiens le principe d'une forme d'autogestion des travailleurs. Je considère la démocratisation de la vie économique

comme une extension nécessaire du système de la démocratie politique." (50)

Der letzte Satz Koks, daß es nämlich die Demokratisierung des ökonomischen Lebens als eine notwendige Erweiterung des Systems der politischen Demokratie erachtet, verweist auf den der Demokratisierungsforderung zugrundeliegenden und von bestimmten Problemen wie das der Vollbeschäftigung unabhängigen Grundgedanken dieser gewerkschaftlichen Forderung. Für die Gewerkschaften nämlich ist die politisch-parlamentarische Demokratie unvollkommen, da sie

"jedem Bürger zwar das gleiche Stimmrecht gegeben, das Unterordnungsverhältnis zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und den wirtschaftlich abhängigen Lohnempfängern aber nicht aufgehoben hat." (51)

Die Wirtschaftsdemokratie soll dieser Abhängigkeit der Arbeitnehmer ein Ende setzen, ebenso wie deren Mangel an Information und ihrer Entfremdung. Entsprechend der Bedeutung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft müsse eine Demokratie, die dieses Namens "würdig" sei, ihnen "Informations-, Konsultations- und Mitbestimmungsrechte bei den sie betreffenden Beschlüssen" einräumen (52) - und zwar auf allen Ebenen:

"Wirtschaftsdemokratie bedeutet einerseits die Einbeziehung des Wirtschaftsprozesses in den Einflußbereich der demokratischen politischen Macht im nationalen und übernationalen Bereich, andererseits die Demokratisierung der wirtschaftlichen Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen des wirtschaftlichen Lebens in dem Sinne, daß nicht allein die Einlage von Kapital maßgebend ist, sondern vor allem die Teilnahme am Produktions- und Arbeitsprozeß." (53)

(50) Ansprache Wim Koks am 6. 4. 1978 in Saarbrücken, a.a.O., S. 14

(51) Aktionsprogramm des EGB 1979, Teil III - Der EGB fordert die Wirtschaftsdemokratie, Punkt 1

(52) ebd., Punkt 5

(53) ebd., Punkt 4

Auf Europa bezogen bedeutet dies zum einen die in Kapitel 2 beschriebene Durchsetzung gewerkschaftlicher Mitwirkung in den europäischen Institutionen, zum anderen die Einführung von Kontrollmöglichkeiten für die Arbeitnehmer in europäischen Unternehmenszusammenschlüssen und multinationalen Konzernen:

"Je mehr unternehmerische Entscheidungen über nationale Grenzen hinwegwirken, desto dringender wird es, im Bereich des Gesellschafts- und Unternehmensrechts und im Zusammenhang damit für die Vertretungs- und Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften nach Lösungen zu suchen, die eine sinnvolle Zusammenarbeit der Unternehmen über Grenzen hinweg nicht behindern, andererseits jedoch wirksame Elemente einer juristischen Kontrolle des Gesetzgebers und einer wirtschaftsdemokratischen Kontrolle durch die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften enthalten." (54)

Obwohl die unternehmerischen Zusammenschlüsse weit über die Grenzen der Europäischen Gemeinschaft hinausgehen, in der allein überhaupt verbindliche gemeinsame Vorschriften bezüglich dieser juristischen und wirtschaftsdemokratischen Kontrolle erlassen werden können, sollen zunächst nur die Forderungen zum Arbeitnehmereinfluß in rein europäischen Gesellschaften untersucht werden. Wenn nämlich die meisten gewerkschaftlichen Vorschläge zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht sich auch gleichermaßen auf die Unternehmen innerhalb der EG und die weltweiten multinationalen Konzerne beziehen bzw. nach Mitteln gesucht wird, wie eine EG-Entscheidung nicht nur auf ganz Westeuropa, sondern auch auf den ganzen Globus ausgedehnt werden kann, so gibt es gegen eine derartige Gleichbehandlung doch sowohl juristische als auch ökonomische Argumente. Was die juristische Seite betrifft, stellt die Europäische Kommission in einem "Grünbuch" von 1975 folgendes fest:

(54) Tätigkeitsbericht des EGB 1973 - 1975, a.a.O., S. 18

"Schließlich ist noch auf die Unternehmen innerhalb der Gemeinschaft hinzuweisen, die Tochtergesellschaften von Muttergesellschaften außerhalb der Gemeinschaft sind. Für die Gemeinschaft ist es derzeit weder rechtlich noch politisch möglich, von solchen Muttergesellschaften zu fordern, daß sie die Mitbestimmung einführen. Die Tochtergesellschaft wird natürlich einer solchen Regelung unterliegen. Was die Mitbestimmung angeht, wird sich die Muttergesellschaft in der gleichen Lage befinden wie sonst ein Mehrheitsaktionär." (55)

Die ökonomische Argumentation befürchtet, daß die Einführung der Mitbestimmung in europäischen multinationalen Unternehmen zu deren Benachteiligung gegenüber den multinationalen Konzernen mit Sitz außerhalb der Gemeinschaft führen wird. Plädiert wird dafür, daß,

"Regelungen für europäische multinationale Konzerne, die sich auf ihre Wettbewerbsstellung auswirken, erst dann getroffen werden sollten, wenn das Problem der multinationalen Unternehmen auf weltweiter Ebene gelöst werden kann." (56)

Da letzteres aber in geraumer Zeit kaum zu erwarten ist, bleibt es bei der getrennten Behandlung EG-europäischer Unternehmen und solchen, die ihren Sitz außerhalb der Gemeinschaft haben.

4.3.1 Gewerkschaftliche Forderungen zur "Europäischen Aktiengesellschaft"

Gemeinsam mit der Entwicklung des europäischen Marktes entwickelte sich auch die Notwendigkeit, über die nationalen Grenzen hinweg größere Unternehmenseinheiten zu bilden, Unternehmen zusammenzuschließen und Produktionen am kostengünstigsten Standort zu installieren. Um diese Fusionen oder

(55) Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Struktur der Gesellschaften (Grünbuch), Hg. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bulletin der Europäischen Gemeinschaft, Beilage 8/1975, S. 116

(56) ebd., S. 115

auch Neugründungen von Konzernen mit Betrieben in mehreren EG-Staaten zu erleichtern (57), begann die Kommission der Europäischen Gemeinschaften einen Entwurf auszuarbeiten, der

-
- (57) Zur Notwendigkeit, den gegenwärtigen Zustand zu verändern vgl. das "Grünbuch" der EG-Kommission von 1975: "Derzeit werden Gesellschaften nach den Gesetzen von neun Mitgliedstaaten gegründet. Zwischen diesen gibt es erhebliche Unterschiede, zum Beispiel auch hinsichtlich der internen Struktur der Gesellschaften und der Befugnisse von Geschäftsleitung, Anteilseignern und Arbeitnehmern. Diese Verschiedenheiten sind ein wirkliches Hindernis, über die Grenzen hinweg tätig zu werden, und zwar sowohl für die Gesellschaft selbst als auch deren Geschäftspartner. Verständlicherweise legen potentielle Geschäftspartner oder Investoren gegenüber einer Gesellschaft, die nach ausländischem Recht gegründet wurde, mit dem sie nicht vertraut sind, eine gewisse Zurückhaltung an den Tag. Gibt es derzeit nicht einmal für die wichtigsten Fragen gemeinsame Rechtsnormen, auf die man sich zur Vermeidung von Verlusten und Schwierigkeiten berufen könnte. Eine Gesellschaft, die im Ausland über eine Zweigstelle tätig wird, bietet ihren Geschäftspartnern nicht die gleichen Sicherheiten und Garantien wie eine Gesellschaft, die in demselben Land wie die Zweigstelle gegründet worden ist. Versucht aber eine Gesellschaft diese Probleme dadurch zu lösen, daß sie in einem anderen Mitgliedstaat eine Tochtergesellschaft gründet, so hat diese eine andere Struktur als die Muttergesellschaft. Für ein Unternehmen, das in allen Mitgliedstaaten tätig werden möchte, ist es eine äußerst umständliche, teure und wenig wirksame Organisation. Zwar können auch unter diesen Bedingungen Unternehmen über die Grenzen hinweg tätig werden, insbesondere, wenn sie über beträchtliche Mittel verfügen, aber auch dann nur zu weit höheren Kosten als eigentlich erforderlich." (Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Struktur der Gesellschaften (Grünbuch), a.a.O., S. 7f)

die Angleichung der nationalen Rechtsvorschriften und letztlich die Schaffung einer Europäischen Aktiengesellschaft (EAG) vorsah.

"Eine solche neue Form der Aktiengesellschaft würde eine Sitzverlegung von einem Land in ein anderes ohne weiteres erlauben. Sie würde Fusionen und Gründungen von Tochtergesellschaften durch Unternehmen aus verschiedenen Mitgliedstaaten ermöglichen oder erleichtern. Fördern würde sie außerdem die Zusammenfassung von Produktionsfaktoren aus allen Teilen des gemeinsamen Marktes, die Durchführung gemeinsamer Aufgaben und den Zugang zum europäischen Kapitalmarkt." (58)

Ergänzend zur rein aktienrechtlichen Behandlung des Problems stellte sich die Frage nach der Vertretung der Arbeitnehmer in diesen europäischen Gesellschaften. Um zu vermeiden, daß es in Bezug auf Unternehmenshauptsitze ein Gefälle zwischen Staaten mit und ohne Mitbestimmung gäbe, die Unternehmen in ihrer Standortwahl dieses soziale Kriterium stärker als das rein wirtschaftliche berücksichtigten (obwohl die Erfahrung zeigte, daß ein gutes soziales Klima mit einer weitgehenden Mitbestimmung einhergehen kann, während keine Mitbestimmung keineswegs sozialen Frieden garantiert), erstrebte die Kommission eine Organisationsform, mit der die Unternehmen ihren Standort innerhalb der Gemeinschaft "unabhängig von gesellschaftsrechtlichen Überlegungen nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten wählen können" (59). Da dem Vereinheitlichungsstreben der Kommission aber die ganze Palette nationaler Formen gewerkschaftlichen Einflusses entgegenstand, gab die Kommission zwei Studien in Auftrag, die von den bestehenden Regelungen und politischen Vorstellungen in den EG-Staaten her zu einem allgemein anerkekbaren Konzept führen sollten. Beide Vorschläge

(58) Vorwort der Kommission, in: Pieter Sanders, Vorentwurf eines Statuts für europäische Aktiengesellschaften, Brüssel 1967, S. 5

(59) ebd.

sahen die Lösung des Mitbestimmungsproblems in einer weitgehenden Anpassung an den nationalen status quo oder nationale Wünsche: Pieter Sanders sah vom Grundgedanken her vor, daß dort, wo die Mitbestimmung bereits existiert, sie erhalten bleiben soll, während sie dort, wo nicht vorhanden, auch nicht eingeführt werden soll. Gérard Lyon-Caen dagegen schlug in seiner Studie vor, die Tarifpartner zwischen drei funktional gleichwertigen Modellen in Kollektivverhandlungen entscheiden zu lassen. Im übrigen ließen sowohl Sanders als auch Lyon-Caen die Möglichkeit offen, daß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eigenständig eine - allerdings von der EG zu genehmigende - Mitbestimmungsform auszuhandeln sei (60)

Der im Anschluß an die beiden Studien vorgelegte Kommissions-"Vorschlag einer Verordnung des Rates über das Statut für Europäische Aktiengesellschaften" von 1970 entschied sich jedoch gegen die vorgeschlagene Einheit in der Vielfalt und für eine Arbeitnehmervertretung auf drei Ebenen:

1. Der Aufsichtsrat setzt sich aus zwei Dritteln Anteilseigner und einem Drittel Gewerkschaftsvertreter zusammen.
2. Ein Europäischer Betriebsrat ist zuständig für Arbeitsplatz- und Personalfragen, die die gesamte Gesellschaft oder mehrere ihrer Betriebe betreffen.
3. Fragen der Arbeitsbedingungen können zwischen der europäischen Gesellschaft und den in ihren Betrieben vertretenen Gewerkschaften geregelt werden, es findet also eine Ausweitung der betriebsbezogenen Tarifverhandlungen statt.

(60) Vgl. P. Sanders, Vorentwurf..., a.a.O.; G. Lyon-Caen, Beitrag zu den Möglichkeiten der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer in der Europäischen Aktiengesellschaft, Manuskript, Brüssel 1969, auch: Karl O. Hondrich, Mitbestimmung in Europa, Köln 1970

Die Unternehmerverbände lehnten den Vorentwurf ab, wobei Ihnen die Uneinheitlichkeit in der Position der europäischen Gewerkschaften das Argument gab. Diese waren nämlich über die Aufsichtsratsmitbestimmung völlig konträrer Meinungen - vor allem stand hier der DGB als Mitbestimmungsbefürworter gegen die italienischen und belgischen Gewerkschaften -, weswegen der EBFG-Beschluß zur "Mitwirkung der Arbeitnehmer der Europäischen Aktiengesellschaft" vom März 1970 auch einen Kompromiß darstellt, der allerdings dem Mitbestimmungsgedanken zum europäischen Durchbruch verholfen hat. So konnte sich der DGB zwar nicht mit seiner Vorstellung der vollen Parität im Aufsichtsrat durchsetzen (61), wohl aber mit dem Beschluß, eine Drittelparität (je ein Drittel Anteilseigner, Gewerkschaftsvertreter und durch Kooption Hinzugewählter (62)) zu fordern, den Gedanken der Mitbestimmung zur offiziellen Linie der europäischen Gewerkschaftsbewegung machen. Wenn auch in der Folgezeit trotz des einheitlichen Beschlusses zur Mitbestimmung von den ablehnenden Gewerkschaften als solchen keinerlei Anstalten gemacht wurden, in ihren Ländern oder auf europäischer Ebene den EBFG-Entschluß aktiv durchzusetzen, so muß doch festgehalten werden, daß in der Nachfolgeorganisation des EBFG, dem Europäischen Gewerkschaftsbund, die Mitbestimmung nicht nur weiterhin Bestandteil der Programmatik ist, sondern sich die Position der eigentlichen Mitbestimmungsbefürworter auch gestärkt hat. Dies zeigt sich zum einen daran, daß nicht etwa einzelne Gewerkschaften, sondern

(61) Der DGB fordert "als Mindestvoraussetzung einer akzeptablen unternehmensrechtlichen Konzeption" in bezug auf den Aufsichtsrat die volle Parität, da "eine Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer... nicht (gewährleistet), daß bei Interessenkonflikten die Interessen der Arbeitnehmer hinreichend Beachtung finden."
(Zusammenfassende Stellungnahme des DGB zum Entwurf einer Europäischen Aktiengesellschaft, in: Europäische Aktiengesellschaft, Hg. Bundesvorstand des DGB, Düsseldorf 1972, S. 7)

(62) Vgl. Forderung des EBFG in der Gemeinschaft zur Mitwirkung der Arbeitnehmer der Europäischen Aktiengesellschaft,

der EGB in seinem Tätigkeitsbericht 1973 - 1975 auf die Schwierigkeiten reflektiert, die ihm angeschlossene nationale Verbände hinsichtlich der Mitbestimmung entgegenzusetzen und selbst in der Formulierung deutlich wird, daß er zu der Überzeugung gekommen sei, "daß es wenig Sinn haben dürfte, in den einzelnen Staaten bestimmte Modelle einer Arbeitnehmervertretung unter Zwang durchsetzen zu wollen" (63). Zum anderen konstatiert der EGB in seinem Tätigkeitsbericht 1976 - 1978, daß zwar weiterhin die Arbeiten an einer Koordinierung des Gesellschaftsrechts "nur sehr langsam vonstatten gehen" (64), aber immerhin "mit einer gewissen Vorsicht" festgestellt werden dürfe, "daß bei einigen Gewerkschaften ein Prozeß der Annäherung an das System der Vertretung der Arbeitnehmer in Unternehmensorganen im Gange ist" (65).

Auch seitens der Kommission bzw. des Ministerrates konnte bis heute nichts Definitives zu einer einheitlichen unternehmerischen Rechtsform in Europa beschlossen werden, auch wenn 1975 die Kommission eine geänderte Fassung des ursprünglichen Vorschlags von 1970 vorlegte, bei der in bezug auf die Arbeitnehmervertretung der Beschluß des EBFG zum tragen kam: im Aufsichtsrat sollen die Vertreter der Aktionäre, der Arbeitnehmer und des allgemeinen Interesses gleichermaßen berücksichtigt werden, wobei die Vertreter des allgemeinen Interesses von Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmer gemeinsam kooptiert werden (66).

in: Europäische Aktiengesellschaft, a.a.O., Anhang 2

(63) Tätigkeitsbericht des EGB 1973 - 1975, a.a.O., S. 21

(64) Tätigkeitsbericht des EGB 1976 - 1978, a.a.O., S. 84

(65) ebd., S. 91

(66) Vgl. Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Struktur... (Grünbuch), a.a.O., S. 15f

Neben und statt umfassender Konzepte für eine Europäische Aktiengesellschaft erarbeitete die Kommission Vorschläge für eine schrittweise Annäherung der Rechtsvorschriften, so zum Beispiel eine Richtlinie zum Schutz der Arbeitnehmer bei Unternehmensfusionen oder eine Richtlinie über die Aufstellung der Jahresabschlüsse der Kapitalgesellschaften in der Europäischen Gemeinschaft.

Gerade gegenüber der letztgenannten 'Bilanzrichtlinie' zeigten die europäischen Gewerkschaften großes Interesse. Dies verdankt sich der besonderen Betonung des Informationsrechts, das, obwohl nur Voraussetzung gewerkschaftlichen Einflusses, die Mitbestimmungsdiskussion gegenwärtig überlagert (67), was nicht heißt, daß damit die Mitbestimmung aus dem Gesichtsfeld des EGB verschwindet. Die in den letzten Jahren sich allgemein verbreitende Kritik an der Informationspolitik der Unternehmen stellt sich vielmehr dar als der erste Schritt zur Übernahme der Mitbestimmungsforderung durch einige Gewerkschaften, die bisher gegenüber dieser Forderung eine ablehnende Haltung eingenommen hatten, insofern der Sitz im Aufsichtsrat natürlich Information aus erster Hand garantiert.

(67) Vgl. die EGB-Entschlüsse "Informationsrechte der Arbeitnehmer" (Dezember 1977), "Informationspflichten der multinationalen Konzerne" (Juni 1978) und vor allem das im Juni 1977 vom Europäischen Gewerkschaftsbund gemeinsam mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften und dem Weltverband der Arbeitnehmer vorgelegte Dokument "Gewerkschaftliche Anforderungen an die Rechnungslegung und Publizität von Unternehmen und Konzernen." (alle Entschlüsse abgedruckt in: Anhang zum Tätigkeitsbericht des EGB 1976 - 1978, a.a.O.) Als Ziel eines vereinheitlichten und reformierten Bilanzrechts wird erklärt die leichtere Durchschaubarkeit und Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte und daraus resultierend eine umfassende Information über wirtschaftliche Lage und Entwicklung des jeweiligen Unternehmens. Begründet wird dieses Informationsbedürfnis der Arbeitnehmer "in erster Linie" mit "den Interessen der Arbeitnehmer an Arbeitsplatzsicherheit, Optimierung ihrer Einkommen und bestmöglicher Gestaltung der Arbeitsinhalte und Arbeitsbedingungen", was durch ein gesamtwirtschaftliches Interesse ergänzt wird. (Vgl. Anhang a.a.O. S. 61)

Für die praktische Politik des EGB gegenüber den Organen der Europäischen Gemeinschaft hat dies allerdings derzeit noch wenig Bedeutung, was nicht zuletzt sich einem überkommenen sozialen Verhältnis zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft verdankt, das noch oft durch eine Denkweise gekennzeichnet ist, die einen scharfen Trennungsstrich zwischen den 'Klassen' zieht. Nicht nur bezüglich der gewerkschaftlichen Basis, sondern auch ihrer Funktionäre bedeutet dies, daß in jedweder Form der Mitbestimmung leicht die Aufgabe des gewerkschaftlichen Kampfes und damit der Verrat an der Arbeiterschaft gesehen wird.

In realistischer Einschätzung dieser tiefgreifenden nationalen Hemmnisse äußerte der scheidende EGB-Präsident Heinz Oskar Vetter so auch auf einer Pressekonferenz in Bonn laut Süddeutscher Zeitung, daß er nicht so "vermessen" sei, zu glauben, "man könne über die europäische Hintertür die Mitbestimmung nach deutschem Vorbild in das Gesellschaftsrecht der EG verbindlich einführen" (68). Obwohl ein intensiver Meinungsaustausch in dieser Frage stattfände und man sich auch langsam aufeinander zu bewege, mußte Vetter doch feststellen, daß für eine schnelle einheitliche Meinungsbildung innerhalb der europäischen Gewerkschaften die Chancen gering seien.

4.3.2 Die Diskussion über die Macht der multinationalen Konzerne

Wenn die Debatte über Kontrollrechte der Arbeitnehmer in europäischen Konzernen zwar immer auch das Moment enthält, nach Möglichkeiten zu suchen, europäische Lösungen auf außer-europäische Unternehmen auszuweiten, so charakterisiert die Kontroverse über Paritäten und Jahresabschlüsse doch noch

(68) Süddeutsche Zeitung vom 28. 2. 1980

nicht die ganze Diskussion über die 'Multis'. Im Gegensatz zum Streit um die Ausgestaltung einer Europäischen Aktiengesellschaft schloß der Begriff 'Multi' nämlich eine vehemente Auseinandersetzung um das Verhältnis von Wirtschaft und Politik, Macht und Demokratie ein (69). Diese Feststellung gilt allerdings nur für die Vergangenheit, da im Laufe der letzten Jahre das Thema multinationale Konzerne zu einem Punkt unter anderen im Rahmen der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie abgesunken ist - einzig die 'Sieben Schwestern', die großen Ölkonzerne, bleiben Gegenstand gewerkschaftlicher Kritik. Bevor jedoch auf diesen Wandel eingegangen wird, sollen zunächst die Befürchtungen und Vorwürfe

(69) Kennzeichnend für die außerordentliche Bedeutung, die den multinationalen Konzernen beigemessen wurde, ist u.a. die von Ernst Piehl zitierte Umformung des kommunistischen Manifests von S. Hymer. Daß die kapitalistische Gesellschaft durch die 'Multis' eine neue Qualität erlangt habe, will Hymer durch die Ersetzung des Begriffs 'Bourgeoisie' durch 'multinationaler Konzern' (MNK) verdeutlichen:

"Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für seine Produkte jagt den MNK über die ganze Erdkugel. Überall muß er sich einnisten, überall ausbauen, überall Verbindungen herstellen. Der MNK hat durch die Exploration des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet... Der MNK hebt mehr und mehr die Zersplitterung der Produktionsmittel, des Besitzes und der Bevölkerung auf. Er hat die Bevölkerung agglomeriert, die Produktionsmittel zentralisiert und das Eigentum in wenigen Händen konzentriert. Die notwendige Folge hiervon war die politische Zentralisation..."

(S. Hymer, zit. in: Ernst Piehl, Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung, Frankfurt 1974, S. 31)

gegenüber den multinationalen Konzernen untersucht werden, aus denen heraus die angegebene Neugewichtung des Themas 'Multis' dann auch verstehbar wird. (70)

-
- (70) Während in der (wirtschafts-)wissenschaftlichen Literatur die Frage ausgiebig diskutiert wurde, wann exakt von einem multinationalen Konzern zu sprechen sei, ob das Kriterium für den 'Multi' internationaler Besitz, Börsenplatzierung, Produktionsstätten, Internationalität des Managements usw. sei, definierten die Gewerkschaften diesen Begriff ohne Problematisierung. Otto Brenner formulierte vor einem Kongreß des IBFG 1971 folgendes: "...multinationale Gesellschaften, das heißt also die Konzerne mit einheitlicher Leitung, aber mit zahlreichen Tochtergesellschaften in verschiedenen Ländern..." (Otto Brenner, Aus Reden und Aufsätzen, Frankfurt 1972, S. 156)
- Und Ernst Piehl, ehemaliger Referent für internationale Gewerkschaftspolitik und Fragen der multinationalen Gesellschaften im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB (WSI) faßt zusammen: "Der multinationale Konzern ist eine privatwirtschaftliche Organisation, die erstens den Grenzen von Nationalstaaten überschreitenden Transfer von Waren, Kapital und Arbeit auf Dauer entwickelt, zweitens neben der grenzüberschreitenden Strategie der Beschaffung (Rohstoffe usw.), des Absatzes (Marketing u. ä.) insbesondere die Produktion auf mehrere Länder ausdehnt und drittens, trotz rechtlich-organisatorischer Selbständigkeit der Konzernteile und trotz nationaler Aneignung des größten Profitanteils unter einer 'multinationalen' Zentrale steht, die über Kernfragen der Kapitalstrategie - wie Investitionsplanung und Forschung - entscheidet, von denen Beschäftigte in mehreren Staaten abhängig sind." (E. Piehl, Multinationale Konzerne..., a.a.O., S. 22) Einen Überblick über die Definitionsdebatte geben z. B.: Siegfried Mielke, Multinationale Konzerne - Internationale Kapitalstrategie ohne Grenzen, in: Das Parlament, Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 11/1974 und Jürgen Poesche, Multinationale Unternehmen in der Diskussion, FIW-Dokumentation Heft 3, Köln, Berlin, Bonn, München 1972.

Obwohl seitens der europäischen Gewerkschaften die Größe und weltweite Ausdehnung der multinationalen Konzerne an sich nie das Kriterium der Kritik war, befürchteten sie doch, daß die "wirtschaftliche und technische Leistungsfähigkeit" der Konzerne nicht, wie gewünscht, in den Dienst des gesellschaftlichen Fortschritts gestellt werden würde. Größe und Ausdehnung bargen nach gewerkschaftlicher Sicht die Möglichkeiten in sich,

"sich ohne große Rücksichtnahme auf spezifische nationale Bedürfnisse und Gepflogenheiten allmählich aus jeder sozialen Bindung von Kapital und Macht zu entfernen und das Gewinnstreben absolut ins Zentrum der Unternehmensziele zu rücken." (71)

Dieses absolute Gewinnstreben bedeutet in den Augen der Gewerkschaften zunächst einmal Maßnahmen gegen und ohne Rücksicht auf die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Machtpositionen wären die multinationalen Unternehmen ohne Schwierigkeiten in der Lage, ihre Produktion dort aufzubauen, wo niedrigstes Lohnniveau und keine bzw. kaum entwickelte Gewerkschaftsrechte anzutreffen seien, was für die Arbeitnehmer der westlichen Industriestaaten Lohndruck hieße, vor allem aber auch die ständige Gefahr des Arbeitsplatzverlustes durch Produktionsverlagerung in sogenannte Billiglohnländer beinhalte. Die potentielle Fähigkeit, den industriellen Standort zu wechseln und Investitionen national ungebunden zu tätigen, wird besonders in der Situation des Arbeitskampfes als Beeinträchtigung gewerkschaftlicher Aktionen empfunden, da die Unternehmen mit der Drohung operieren, die Produktion auf Tochtergesellschaften in anderen Ländern zu verlagern, den bestreikten Betrieb zu schließen (72).

(71) Die Multis sind überall, Der EGB zur Direktwahl, Manuskript, 21. 10. 1972, S. 1

(72) In seinem Aufsatz "Multinationale Unternehmen und Gewerkschaften" führt Günter Köpke, Sekretär des EMB, als Beispiel für die Schließung bestreikter Betriebe u. a. Müller-Wipperfurth in Italien an. Begleitend zu diesem

Da das soziale Klima aber nur ein Faktor in der unternehmerischen Kalkulation neben dem Umfang bereits getätigter Investitionen, erschlossenem Absatzmarkt und staatlichen Beihilfen usw. ist, mag die Produktionsverlagerung als Drohung zwar ein günstiges Mittel des Arbeitskampfes der Unternehmer sein, nicht aber ihre Realisierung. Bei der Entscheidung für den Standort neuer Anlagen spielen die sozialen Verhältnisse allerdings eine bedeutende Rolle. Als ein "klassisches Beispiel" für derartige Erwägungen bezeichnete der ehemalige Leiter der Abteilung Bildung der IG Metall und derzeitige Finanzminister Hans Matthöfer 1971 Großbritannien:

"Wegen zu häufiger Streiks und aus anderen Gründen praktizieren britische Weltunternehmen seit einiger Zeit Investitionsstreiks (was bedeutet, daß sie 100000 Arbeitslose als normal ansehen, während 100000 Streikende ihren heiligen Zorn erregen). Shell und BP haben ganz offen in England geplante Investitionen abgeblasen, um sich im Ausland zu engagieren; ICI beginnt mehr im Aus- als im Inland zu investieren. Spektakulär war die Ankündigung des drittgrößten Weltunternehmens, Ford, lieber in Asien als in Großbritannien 'mit seinen unerträglichen Arbeitsproblemen (zu) investieren'. Der fest geplante Bau eines Motorenwerkes für Ford-Europa im Wert von 300 Mill. DM wird nicht mehr ausgeführt, sondern auf den Kontinent verlegt." (73)

Neben solchen von den Gewerkschaften als Angriff auf den Versuch der Arbeitnehmer, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, verstandenen Entscheidungen seitens der Unternehmer wird den multinationalen Konzernen darüberhinaus aber insbesondere Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie

Schritt soll Müller-Wipperfurth erklärt haben, "er verlege lieber sein Kapital in solche Länder wie Polen, CSSR oder Jugoslawien, wo es keine Streiks gäbe." (G. Köpke, Multinationale Unternehmen und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 7/1971, S. 394)

(73) Hans Matthöfer, Internationale Kapitalkonzentration und Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 8/1971, S. 474

und Mißachtung politischer Freiheiten vorgeworfen:

"'Free enterprise' hat Vorrang im Verhältnis zur politischen Demokratie, Profit erscheint wichtiger als die Garantie elementarer Menschenrechte". (74)

Diese Stellung zur Demokratie mache sich gerade in Ländern der Dritten Welt geltend, wo sich die multinationalen Konzerne nicht scheuten in ihrem Streben nach Gewinn das Fehlen demokratischer Freiheiten auszunützen, ja mit den jeweiligen Machthabern Hand in Hand zu arbeiten, die zum Wohle ausländischer Investoren gerade auch die grundlegenden Rechte von Arbeitnehmern mit Füßen träten (75).

Neben Angriffen auf das Grundrecht der Koalitionsfreiheit, wie sie der Einsatz von Militärpolizei bei Lohnauseinandersetzungen, Entlassungen engagierter Gewerkschafter (76) oder die Ablehnung der Gewerkschaften als Verhandlungspartei (77) in Diktaturen darstellen, sehen sich die Gewerkschaften der ganzen westlichen Welt allein schon durch die Strukturen der multinationalen Konzerne in ihrer Position geschwächt. Aufgrund der "durch die Zentralisierung der Kontrolle bedingte(n) Machtverschiebung zugunsten der MNK" soll beispielsweise schon die Ausgangslage von Tarifverhandlungen manipuliert sein. Da die multinationalen Konzerne nämlich zwischen den einzelnen Gesellschaften ihre Gewinne und Verluste hin- und herschieben könnten, fehle den Gewerkschaften der Einblick in die tatsächliche wirtschaftliche Situation des jeweiligen nationalen Unternehmens, das beim Auslaufen eines Tarifvertrags seine Profite möglichst niedrig

(74) G. Köpke, Multinationale Unternehmen..., a.a.O., S. 394

(75) Vgl. Grundsatzreferat der IG Metall auf dem Weltautomobil-ausschuß für den Volkswagenkonzern, zit. in: Der Gewerkschafter, Heft 7/1979

(76) Vgl. ebd.

(77) Vgl. G. Köpke, Multinationale Unternehmen..., a.a.O., S. 394

ausweise, "um auf diese Weise die Lohnforderungen der Gewerkschaften als überhöht" hinzustellen (78). Sieht vor allem die deutsche Gewerkschaft schon von daher die in den einzelnen Ländern bestehenden Vertretungs- und Mitwirkungsrechte in ihrem Wert gemindert, erblickt sie in der "Verlagerung und Verschleierung der Entscheidungszentren" die stärkste Beeinträchtigung ihres Einflusses:

"Die Entfernung zum Entscheidungszentrum der internationalen Unternehmen wirft für die gewerkschaftliche Aktion besondere Probleme auf. Häufig behauptet die Konzernleitung, daß die Geschäftsleitungen der Tochtergesellschaften in den verschiedenen Ländern für den Sozialbereich völlig autonom seien. Andererseits reden sich Direktionen von Tochtergesellschaften bei Verhandlungen mit den Gewerkschaften mit dem Hinweis raus, daß sie keine Zugeständnisse machen könnten ohne die Zustimmung der Konzernleitung. Hier liegt offensichtlich ein Pokerspiel vor, um die wirklichen Entscheidungszentren und verantwortlichen Kompetenzen zu verschleiern." (79)

Der Eindruck, gegenüber der zentralisierten Macht der multinationalen Konzerne ohne Kontrollmittel dazustehen, ihren Entscheidungen vielfach hilflos ausgeliefert zu sein, hat neben den Gewerkschaften auch die politischen Instanzen zur Beschäftigung mit den 'Multis' veranlaßt. So faßte 1976 die Europäische Kommission ihre Bedenken wie folgt zusammen:

"Die Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahrzehnte war von einer Ausweitung der Großunternehmen geprägt, deren Produktionsanlagen auf viele Länder verteilt sind. Was immer auch die sich aus dieser Entwicklung ergebenden Vorteile sein mögen, der immer stärkere Einfluß der - oft multinationalen - Großunternehmen auf das wirtschaftliche und soziale, ja selbst politische Leben der Länder, in denen sie operieren, löst schwere und so weit verbreitete Bedenken aus, daß sie die Aufmerksamkeit öffentlicher Stellen verdienen. An Fragen

(78) S. Mielke, Multinationale Konzerne - Internationale Kapitalstrategie ohne Grenzen, a.a.O., S. 18

(79) G. Köpke, Multinationale Unternehmen, a.a.O., S. 395

fehlt es nicht: Man denke nur an die Probleme der Beschäftigung, des Wettbewerbs oder der Steuerflucht, an störende Kapitalbewegungen, an die Befürchtungen der Entwicklungsländer, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangen wollen.

Manche Unternehmen haben eine derartige Größe und räumliche Ausdehnung erlangt, daß Zweifel über die Wirksamkeit der herkömmlichen Maßnahmen der öffentlichen Hand und der Gewerkschaften entstehen. Gerade weil die Gewerkschaften bisher noch keinen entsprechenden Grad an Geschlossenheit oder internationaler Integration erreichen konnten, erweisen sich viele rechtliche, steuerliche, wirtschaftliche und währungspolitische Regelungen der einzelnen Staaten als unangemessen. Der Rahmen dieser Regelungen ist zu eng, um die Probleme zu behandeln, die durch die Existenz von Konzernen aufgeworfen werden, die aus rechtlich getrennten Unternehmen mit unterschiedlicher nationaler Rechtsordnungen bestehen." (80)

Die, im Vergleich zu den bisher behandelten Punkten, von der Kommission erfolgte Erweiterung des Problemkreises 'Multis' auf die Frage nach der Wirksamkeit der nationalen Souveränität angesichts internationalisierter Wirtschaftsmacht, ist auch für die europäischen Gewerkschaften von entscheidender Bedeutung. Einhellig wird die Sorge um die staatliche Handlungsfreiheit von Gewerkschaftern, Politikern und Wissenschaftlern geteilt. Wenn so z. B. der EMB-Sekretär Günter Köpke die negativen Auswirkungen der multinationalen Unternehmen auf die nationale wirtschaftliche Entwicklung und allgemeine Wirtschaftspolitik u. a. in der Umgehung der Besteuerung durch interne Überweisungen, künstliche Verrechnungspreise zwischen den Tochtergesellschaften der gleichen Gruppen sieht, ebenso wie in der Umgehung von Devisenkontrollen mit ihren möglichen Rückwirkungen auf Zahlungsbilanz und Geldwertstabilität (81), mahnt 1973 der damalige Bundeskanzler Willy Brandt mit fast den gleichen Argumenten

(80) Der Schutz der Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen, Hg. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Europäische Dokumentation, Schriftenreihe Gewerkschaften und Arbeitnehmer 1976/1, S. 3

(81) Vgl. G. Köpke, Multinationale Unternehmen..., a.a.O., S. 393

zur Wachsamkeit gegenüber den internationalen Unternehmen:

"Nichts wäre damit gewonnen, die wirtschaftlichen Großmächte der multinationalen Konzerne bloß zu verteufeln; das wäre zu einfach. Aber ihre Macht fordert unsere Wachsamkeit; denn durch internationale Kartellvereinbarungen verschaffen sie sich einen oft unangemessenen Einfluß auf die Handelspolitik der Staaten, sie können sogar den Welthandel dominieren, sie bestimmen von Land zu Land fast souverän ihre Verluste oder Gewinne und damit bis zu einem gewissen Grade auch ihre Steuern, ihre Wachstumsrate ist doppelt so groß wie die anderer Unternehmen, ihre finanziellen Reserven sind groß genug, um die Währungen jederzeit unter Druck zu setzen." (82)

Das Resultat der angeführten Möglichkeiten der multinationalen Konzerne ist nach Ansicht des bereits mehrfach zitierten Politikwissenschaftlers Siegfried Mielke die "Deformation pluralistischer Systeme":

"Die Frage, ob der Staat den pluralistischen Gruppen eigengewichtig übergeordnet ist und auf diese Weise eine Begrenzung ihrer Macht mit dem Ziel einer Förderung des Allgemeinwohls durchzusetzen vermag, muß, was die MNK anbetrifft, weitgehend verneint werden. Die MNK bestimmen, ohne daß ihre Macht durch die einzelnen Nationalstaaten ausreichend kontrolliert bzw. begrenzt wird, weite Teile des Wirtschaftsgeschehens der nationalen Volkswirtschaften. Die bereits durch zahlreiche internationale Organisationen eingeschränkte Souveränität der Nationalstaaten wird zugunsten der MNK weiter eingeeengt." (83)

Das Argument, auf das die gesamte Auflistung der Möglichkeiten des multinationalen 'Machtpotentials' hinausläuft und das von Mielke deutlich ausgesprochen wird, daß nämlich die 'Multis' die nationale Souveränität einschränken, leugnet jedoch, daß die jeweiligen Nationen gerade als souveräne

(82) Willy Brandt 1973 auf dem SPD-Parteitag, in: Wolfram Gruhler, Die Kontroverse um die multinationalen Unternehmen, Kritik der Vorwürfe und Forderungen, Köln 1974, S. 19

(83) S. Mielke, Multinationale Konzerne..., a.a.O., S. 22

Staaten den ausländischen Unternehmen die Niederlassung bei ihnen gestatten, jene eben nicht mit Gewalt und gegen den staatlichen Willen in die nationale Sphäre eindringen. Im Gegenteil, vielfach konkurrieren die Nationalstaaten um die Anlage ausländischen Kapitals in ihren Ländern, was sich nicht nur am derzeitigen Werben Frankreichs, Österreichs und Spaniens um die Errichtung eines Zweigwerks durch den Ford-Konzern zeigt, dem hohe Investitionshilfen unterschiedlicher Art angeboten wurden, um so die eigene Wirtschaft zu beleben. Wenn Mielke, um ein anderes Beispiel zu nennen, u. a. die Tatsache, daß in Belgien über 50 % der jährlichen Industrie-Investitionen von Tochtergesellschaften ausländischer multinationaler Konzerne getätigt werden, als Beleg dafür nimmt, daß von nationalstaatlicher Souveränität kaum noch die Rede sein kann (84), gewinnt er sein Urteil allein aus der Zahl, die für sich sprechen soll, und stellt sich dabei nicht die Frage nach dem Verhältnis zwischen den Zielen belgischer Wirtschaftspolitik und der Tätigkeit ausländischer Investoren. Aufgrund einer solchen Fragestellung hätte er zu der Erkenntnis kommen müssen, daß den Belgiern derartige Niederlassungen sehr willkommen sind, und sie z. B. gerade mit den Niederlanden in der Form um den Standort mehrere 'Multi'-Tochtergesellschaften konkurrierten, daß sie billige Grundstücke, eine beschleunigte Abschreibung und Zuschüsse für eine Spezialausbildung der zu beschäftigenden Arbeitnehmer versprochen (85).

Es verwundert nicht, daß die Kritik an den 'Multis', die die nationalen Souveränitäten einschränken würden, Anfang der 70er Jahre ihre Konjunktur hatte, obwohl in den zwanzig Jahren davor multinationales sprich amerikanisches Kapital

(84) ebd., S. 4

(85) E. Piehl, Multinationale Konzerne..., a.a.O., S. 50

noch in einer viel stärkeren Weise den europäischen Markt beherrschte. Während in der Nachkriegszeit die amerikanischen Investitionen dem allgemeinen Interesse der westeuropäischen Staaten entsprachen, da sie das Mittel waren, die Kriegsfolgen zu überwinden und eine eigene, konkurrenzfähige Wirtschaft aufzubauen, vollzog sich mit dem Aufschwung der europäischen Wirtschaft ein Wandel in der Haltung gegenüber den ausländischen Investoren, deren Know-how, Finanzkraft, Verbindungen und deren Unterstützung durch die US-Regierung nun als Behinderung des Expansionsdrangs der europäischen Unternehmen erschienen.

Die Sorge um die Bewährung der nationalen Wirtschaft auf dem Weltmarkt, auf dem sie gerade erst wieder Fuß gefaßt hatte, kam in der Bundesrepublik Deutschland gleichzeitig in beiden Lagern der Kritiker deutscher Wirklichkeit auf, gewann aber Einfluß auf das allgemeine Bewußtsein. So stellte die zu dieser Zeit erstarkende Nationaldemokratische Partei (NPD) in ihrem Parteiprogramm von 1967 gegenüber den Erfordernissen einer nationalen Wirtschaftspolitik zum Beispiel folgendes fest:

"Zur Wahrung seiner politischen Handlungsfreiheit muß der Staat die Existenz der heimischen Wirtschaft vor Überfremdung mit ausländischem Kapital, vor dem Ausverkauf an Weltkonzerne und ruinöser Einfuhr schützen." (86)

Die Überfremdung der deutschen Wirtschaft durch ausländisches Kapital war aber auch das explizite Thema von "Ausverkauf in Germany?", einem Buch des langjährigen Wirtschaftsredakteurs des Nachrichtenmagazins Der Spiegel Kurt Blauhorn, das 1966 zum ersten Mal erschien und bereits ein Jahr später seine vierte Auflage erlebte. Im Vorwort zur 4. Auflage rühmt sich Blauhorn, daß der damalige Vizepräsident des Deutschen Bundestages Carlo Schmid die nützliche

(86) Programm der NPD, hg. von der Presse- und Informationsabteilung der NPD, Hannover, Punkt V, 4

Funktion dieses Buches für die parlamentarische Arbeit hervorgehoben hätte, Franz Joseph Strauß schon zwei Wochen nach Erscheinen der ersten Ausgabe in einer Rede auf "die verdienstlichen Darlegungen" verwiesen hätte und neben anderen Politikern auch Manager führender Unternehmen wie dem Volkswagenwerk öffentlich und gegenüber dem Verlag die Bedeutung dieser Untersuchung unterstrichen. Das Ergebnis seines Reports faßt er im selben Vorwort folgendermaßen zusammen:

"Die westdeutsche Wirtschaft kann wegen ihres Kapitalmangels im Zeitalter der Konzentration und Automation nicht auf ausländische Investitionen verzichten. Ausländischer Mitbesitz ist überall dort nützlich, wo er müde Branchen zu neuer Aktivität anspornt. Viele Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen stärken mit dem Export ihrer in der Bundesrepublik erzeugten Güter die westdeutsche Außenhandelsbilanz. Alarmierend ist allerdings der Elan amerikanischer Großkonzerne, die sich nicht mit einer Partnerschaft begnügen. Gut Dreiviertel aller Firmen, bei denen sich US-Gesellschaften in der Bundesrepublik engagierten, wurden von ihnen ganz übernommen. Nur bei 22 % sind noch deutsche Unternehmen beteiligt. Ziel anfänglicher Kooperation ist stets die völlige Machtübernahme, siehe z. B. Texas Oil Company/Deutsche Erdöl-AG." (87)

Im Unterschied zur Konsequenz der Nationaldemokraten, die zum Schutz der deutschen Industrie gegen die Überfremdung durch ausländisches Kapital Gesetze fordern, die "in dem gleichen Maße in Kraft zu setzen (sind), wie dies in anderen Ländern der westlichen Welt üblich ist" (88), vertrat Blauhorn den dem Protektionismus entgegengestetzten Standpunkt:

"Es wäre zu wünschen, daß die Toleranz der Bundesregierung gegenüber den 'Invasoren' auf die USA abfährt, wo deutsche Betriebsansiedlungen oft auf Schwierigkeiten stoßen." (89)

(87) Kurt Blaukorn, Ausverkauf in Germany?, München 1967, 4. Aufl., S. 8

(88) Programm der NPD, Punkt V, 8

(89) K. Blauhorn, Ausverkauf..., a.a.O., S. 8

Während die NPD von einer Öffnung des Marktes für ausländisches Kapital eine Schwächung der Wirtschaft und damit der Nation befürchtete und Teile der Öffentlichkeit mit Blauhorn für 'free enterprise' und damit Chancengleichheit des deutschen Kapitals gegenüber dem den Weltmarkt beherrschenden amerikanischen plädierte, bestand der besondere Charakter der gewerkschaftlichen Position darin, die Multinationalität der Unternehmen in Westeuropa zu kritisieren. Der Eindruck, daß die Kritik an der Multinationalität eine an der Machtgröße der Konzerne und der damit verbundenen Wirkungen auf das demokratische System wäre, erweist seine Fragwürdigkeit allerdings dort, wo mit zunehmender Durchsetzung der Europäer (und insbesondere der deutschen Unternehmen) im internationalen Handels- und Geschäftsverkehr (90) das starke Engagement gegen den Miß-

-
- (90) Seit Mitte 1977 entfielen 25 % der gemeldeten 1500 Auslandsinvestitionsprojekte in der verarbeitenden Industrie auf US-Unternehmen, mit 16 % und 14 % folgten deutsche und britische Unternehmen. Die IG Metall-Zeitung Der Gewerkschafter berichtet, sich auf die Untersuchung "Weltmarkt für Arbeitskraft und Produktionsstandorte" von F. Fröbel, J. Heinrichs u. O. Kreyes beziehend, daß die Auslandsproduktion und -beschäftigung der verarbeitenden Industrie der Bundesrepublik Deutschland außerhalb der Europäischen Gemeinschaft (und ohne die Textil- und Bekleidungsindustrie) "wesentlich höher als bisher allgemein angenommen" ist: "Zählt man nur die formalen Kapitalbeteiligungen von 25 Prozent und mehr, so lassen sich über fünfhundert mittlere und kleinere Unternehmen nachweisen, die an Auslandsproduktionsstätten direkt beteiligt sind. Demgegenüber vereinigen zwölf Konzerne ein Viertel der nachgewiesenen produzierenden Beteiligungsverhältnisse auf sich. Gemessen an den Beschäftigtenzahlen sind diese letzteren Auslandsbetriebe überdurchschnittlich groß. Außerhalb der EG produzieren Unternehmen aus der Bundesrepublik der verarbeitenden Industrie mit eigenen (Beteiligungs-) Unternehmen in 77 Ländern. Die Schwerpunkte liegen in Brasilien, Spanien, USA, Österreich, Südafrika, Indien, Schweiz, Mexiko, Argentinien. Regional zeichnen sich Lateinamerika, der Mittelmeerraum sowie Süd- und Südostasien als Schwerpunkte ab... Schätzungen der Zahl der Auslandsbeschäftigten, die EG-Länder sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie mit einbeziehen, kommen

brauch wirtschaftler Macht durch die 'Multis' abnimmt.

Daß in den Angriffen der Gewerkschaften auf die 'Multis' immer auch das Moment des Nationalen enthalten ist, verdeutlicht eine Stellungnahme der IG Chemie-Zeitschrift Gewerkschaftspost gegen die Kritik am IG Chemie-Vorsitzenden Karl Hauenschild. In einem Rundfunkinterview hatte Hauenschild, der als Vorsitzender der IG-Chemie dem Aufsichtsrat des deutschen 'Multis' Veba angehört, nämlich die Benzinpreiserhöhungen des Unternehmens (ARAL) gerechtfertigt und sich laut Gewerkschaftspost damit den Vorwurf der "Verteidigung der Multis" zugezogen. Dieser Angriff wurde von der IG-Chemie-Zeitung scharf zurückgewiesen mit dem Argument, daß Hauenschild sich allein auf die Situation des Veba-Konzerns bezogen habe, der die Gewinne "zum Auffinden und Erschließen neuer Öl- und anderer Energiequellen und zur Erforschung von Alternativennergien" verwende, während z. B. die amerikanische Mutter des deutschen Konkurrenzunternehmens Esso (Exon) sich mit ihren Gewinnen in Warenhausketten einkaufe - weshalb auf der einen Seite die 'Multis' "in vielerlei Hinsicht schärfste Kontrolle und Kritik verdienen", auf der anderen Seite aber "Vorurteile und Schlagworte die komplizierte Welt nicht einfacher machen und schon gar nicht ihre Probleme lösen." (91)

1975 für die verarbeitende Industrie der Bundesrepublik auf etwa 20 Prozent der Inlandsbeschäftigung. Damit hat Auslandsproduktion für die verarbeitende Industrie der Bundesrepublik inzwischen dasselbe relative Gewicht erreicht wie für die verarbeitende Industrie der USA. Die Zahl der Auslandsbeteiligungsverhältnisse der erfaßten Unternehmen hat sich von 1961 bis 1976 etwa vervierfacht, wobei der Hauptteil des Zuwachses erst seit dem Ende der sechziger Jahre zu verzeichnen ist. Die Zahl der Auslandsbeschäftigten hat noch wesentlich stärker zugenommen, da viele der bestehenden Auslandsbetriebe die Produktion und Beschäftigung im Berichtszeitraum erweitert haben." (Der Gewerkschafter, Heft 10/1977, S. 53)

(91) Gewerkschaftspost, Heft 3/1980, S. 4

Wenn sich die multinationalen Konzerne für die Gewerkschaften auch immer mehr als nur eine Erscheinungsweise wirtschaftlicher Macht darstellen (92), so heißt das jedoch nicht, daß nicht Konzepte zu ihrer demokratischen Kontrolle erarbeitet werden. So wirkte der Beratende Gewerkschaftsausschuß bei der OECD (TUAC) an dem 1976 von der OECD verabschiedeten 'Verhaltenskodex' mit, an dem vor allem drei Punkte hervorgehoben werden, denen zufolge die internationalen Unternehmen sich verpflichten sollen,

- "- den erklärten allgemeinen Zielen der Mitgliedstaaten, in denen sie tätig sind, voll Rechnung (zu) tragen,
- mindestens einmal jährlich - über ihre Publizitätspflicht hinausgehend - hinsichtlich des Gesamtunternehmens Auskunft (zu) geben u.a. über die Unternehmensstruktur, Geschäftsergebnisse und Umsätze,
- ihren Arbeitnehmern das Recht auf Vertretung ihrer Interessen durch Gewerkschaften (zu) zugestehen, ohne Androhung von Sanktionen, wie etwa Verlagerung von Betriebseinheiten in ein anderes Land." (93)

Neben derartigen Bemühungen zur Kontrolle der multinationalen Unternehmen über staatliche Institutionen ergibt sich für die Gewerkschaften die Aufgabe, ihre Tätigkeit in den multinationalen Konzernen voranzutreiben, was durch intensiven Informations- und Erfahrungsaustausch, Koordination der Forderungen gegenüber den jeweiligen Konzernen, Gesprächen mit den Konzernleitungen und durch praktische Solidarität in

(92) "Es entspricht demokratischem Verständnis, daß jede Art von Macht kontrolliert werden muß, um ihren Mißbrauch zu verhindern."

(Europäisches Aktionsprogramm - Multinationale Konzerne, Juni 1977, in: Anhang zum Tätigkeitsbericht des EGB 1976 - 1978, a.a.O., S. 78, Hervorhebung die Verf.)

(93) Entschließung 10. Multinationale Unternehmen, 12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall, 18. - 24. 9. 1977, in: Der Gewerkschafter, Sonderdruck, Heft 9a/1977, S. 24. Vgl. auch: Erklärung der OECD-Mitgliedstaaten über internationale Investitionen und multinationale Unternehmen, in: J. Poesche, Multinationale Unternehmen in der Diskussion, a.a.O., besonders S. 128f und S. 131

Zeiten von Arbeitskämpfen erreicht werden soll. Als ein probates Mittel der zuletzt angesprochenen internationalen Solidarität wird dabei immer wieder die Verweigerung von Mehrarbeit behauptet, die die Verlagerung von Produktionen im Falle von Streiks verhindern soll. Am Beispiel des in den letzten Jahren wohl am meisten bestreikten multinationalen Konzerns, dem Automobilwerk Ford, zeigt sich allerdings, daß die in Absehung von der Realität von den professionellen gewerkschaftlichen Internationalisten propagierte Überstundenverweigerung mehr die Funktion hat, Internationalismus zu demonstrieren denn zu praktizieren. Aufgrund der hohen Produktintegration bei Ford, d. h. der Abhängigkeit der einzelnen Werke von der Zulieferung anderer Produktionsstätten desselben Konzerns, bietet sich den europäischen Fordarbeitern nämlich gar keine Gelegenheit zur Überstundenverweigerung - womit sie vielmehr rechnen müssen, ist Kurzarbeit (94).

Neben dieser Folge, die ein Streik bei einem multinationalen Konzern auch haben kann und die bei der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit den Multis bisher gar nicht erwähnt wird, scheitert die Solidarität der Arbeitnehmer eines Großkonzerns vielfach schon daran, daß die rechtliche Situation ihres Landes sie ihnen verbietet. In der Bundesrepublik Deutschland und in anderen europäischen Staaten sind z. B. Sympathiestreiks von Beschäftigten des gleichen 'Multis' untersagt, so daß während eines Streiks bei Ford 1971 in England deutsche Fordarbeiter Teile weiterverarbeiteten, die sonst von den britischen Werken hergestellt wurden und die die Konzernleitung in dieser Situation von anderer Stelle beschaffte. Gegen den Vorwurf der Briten, ihnen mit der

(94) Beim letzten Streik der britischen Fordarbeiter im Spätherbst 1978 waren die Arbeiter der Fordwerke in Saarlouis, Köln, Amsterdam, Antwerpen, Genk (Belgien) und Portugal mehrere Wochen von Kurzarbeit betroffen.

Weiterverarbeitung in den Rücken gefallen zu sein, verteidigte sich der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats der deutschen Ford-Werke mit dem Hinweis,

"daß Arbeitsverweigerung zu Entlassungen führen kann, daß es für die betroffenen Kollegen dann weder Streikunterstützung noch Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld gibt." (95)

Wenn Ernst Piehl sicher zuzustimmen ist, der darlegt, daß die jeweilige Rechtsprechung stets im Zusammenhang mit den politischen Machtverhältnissen zu sehen sei, weshalb auch "gegenwärtig internationale Aktionen und gewerkschaftliche Stärke zur überall gültigen Legalisierung des solidarischen Arbeitskampfes in den MNK führen" könne (96), muß demgegenüber festgehalten werden, daß derartige Aktionen niemand durchführen will. Weder die Arbeiter in den einzelnen europäischen Staaten noch ihre gewerkschaftlichen Vertreter zeigen Bereitschaft, für die Verbesserung der Voraussetzung internationalen Kampfes sich mehr als verbal einzusetzen. Es wäre auch mehr als erstaunlich, wenn z. B. ein deutscher Arbeitnehmer, der von den sozialen Verhältnissen in Großbritannien kaum mehr 'weiß' als daß die Gewerkschaften dort die Lichter ausgehen lassen, kein Feuer mehr löschen und der berühmte Heizer auf der E-Lok sitzt, sich dafür engagierte, daß die britischen Kollegen noch mehr streiken könnten (-was ihm in Deutschland eventuell auch noch Kurzarbeit einbrächte). Aber auch auf Ebene der Gewerkschaftsfunktionäre fehlt die notwendige Ausgangsbasis für gemeinsame Aktionen, was selbst in dem etwas vereinfachenden Beispiel Ernst Piehls deutlich wird, der in seiner Kritik an der mangelnden Solidarität fast vergessen ließe, daß zumindest er trotz des

(95) Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Ford-Werke Ernst Lück, in: Zusammenarbeit der Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen, Berichte aus der Praxis, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 7/1971, S. 409

(96) E. Piehl, Multinationale Konzerne..., a.a.O., S. 212

Gehalts eines Institutsleiters des DGB (allerdings mit unbekannter Automarke) zu gewerkschaftlichem Internationalismus fähig ist:

"Die Vorstandsmitglieder aller drei französischen Gewerkschaften erhalten das Gehalt eines Facharbeiters auf dem Niveau der Pariser Region, dagegen sind die Gehälter der gleichen Funktionsträger in der BRD offenkundig so hoch, daß sie nicht veröffentlicht werden. Zu dem Unterschied trägt sicherlich die verschiedene Finanzsituation bei, aber auch die Rollenverständnisse als Gewerkschaftsfunktionär sind unterschiedlich; diese spiegeln sich im Auftreten bei internationalen Zusammenkünften wider: Eine offene brüderliche Aussprache im Interesse aller abhängig Beschäftigten eines MNK wird sicher nicht besonders gefördert, wenn die deutschen Kollegen gerade mit Mercedes und Chauffeur vorgefahren sind." (97)

(97) ebd.

5. Probleme einer einheitlichen Gewerkschaftspolitik in Europa

An den verschiedensten Punkten dieser Untersuchung, seien es nun die Mitarbeit im Wirtschafts- und Sozialausschuß, das Ringen um aussagefähige Aktionsprogramme oder die Zusammenarbeit gegenüber den multinationalen Konzernen, kam zum Ausdruck, daß die europäische Gewerkschaftseinheit noch lange nicht dem entspricht, was Ludwig Rosenberg 1974 anhand des Vergleichs mit der Unternehmerzusammenarbeit (1) als Ziel gewerkschaftlicher Integrationspolitik dargelegt hat. Ein schlagkräftiger, effizienter Gewerkschafts-'apparat', der jederzeit und zu jedem gerade anstehenden wichtigen Themenkomplex seine Stellungnahme abgeben und auf die Entscheidungsprozesse einwirken kann, ist - wie sich gezeigt hat - trotz nicht zu unterschätzender Fortschritte noch nicht aufgebaut worden. Wie in 3.2 schon einmal kurz angeführt, wird diese mangelnde Aktionseinheit allgemein mit den Traditionen und nationalen Bedingungen der einzelnen Gewerkschaften begründet und damit die Differenz der gewerkschaftlichen Interessen in Europa in Feiertagsparolen zerredet, deren Tenor immer darin besteht, daß erstens die eigentlich notwendige Gewerkschaftseinheit noch mangelhaft sei, wofür man zweitens aufgrund der nationalen 'Eigenheiten' Verständnis haben müsse, die drittens aber abzulegen seien im Interesse der Solidarität. Da mit diesem Appell zur Einheit die spezifischen nationalen 'Eigenheiten' immer nur als Hindernis, aber nie hinsichtlich ihres Inhalts kritisiert werden und damit auch nicht die Identifikation mit dem Zweck jener erst noch herzustellenden Einheit möglich wird, haben derartige Bemühungen, ein gemeinsames gewerkschaftliches Vorgehen in Europa zu schaffen, auch nur geringe Aussicht auf Erfolg.

(1) Vgl. 3.1

Grundvoraussetzung für eine Effektivierung der Gewerkschaftsarbeit in Europa ist daher die Klärung des unterschiedlichen Selbstverständnisses der verschiedenen nationalen Gewerkschaften, das weder durch das Schlagwort vom Klassenkampf versus Sozialpartnerschaft charakterisiert noch mit dem ebenso gängigen Vorwurf des 'überholten' Nationalismus kritisiert wird.

5.1 Das unterschiedliche Selbstverständnis der europäischen Gewerkschaften (am Beispiel der Mitbestimmung)

Das Selbstverständnis der europäischen Gewerkschaften läßt sich schlagend am Beispiel der Mitbestimmung demonstrieren, worunter allgemein die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf Unternehmensebene verstanden wird, und die für die Diskussion der europäischen Gewerkschaften über die Demokratisierung der Wirtschaft in den letzten Jahren grundlegende Bedeutung gewonnen hat (z. B. die Europäische Aktiengesellschaft). Während nämlich die Mitbestimmung am Arbeitsplatz und selbst im Staat, unter welchen Namen sie auch immer praktiziert und angestrebt wird, von allen europäischen Gewerkschaften positiv eingeschätzt wird - was einschließt, daß damit über die Zwecke, die über diese Formen der Mitbestimmung verfolgt werden, noch nichts gesagt ist -, ist die Stellung der Gewerkschaften zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Gesellschaftsorganen von Land zu Land verschieden, da die Übernahme von Aufgaben im Rahmen der Mitbestimmung sowohl die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem 'Klassengegner' als auch das Tragen von Verantwortung für das kapitalistische Unternehmen verlangt. Die Befürwortung bzw. Ablehnung der Mitbestimmung ist damit ein aussagekräftiges Indiz für die gewerkschaftliche Stellung gegenüber Unternehmern und Staat, und zeigt so, wie die jeweiligen Gewerkschaften sich und ihre Aufgabe interpretieren (2).

(2) Da in diesem Kapitel zwar eine Charakterisierung der

5.1.1 Die Mitbestimmung als gewerkschaftliches Ziel
(Bundesrepublik Deutschland, Luxemburg, Niederlande
und Dänemark)

Innerhalb der neun EG-Staaten, deren Gewerkschaften allein hier untersucht werden sollen, gibt es neben dem Deutschen Gewerkschaftsbund noch die Gewerkschaften Luxemburgs, der Niederlande und Dänemarks, die sich ohne Vorbehalte für die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf Unternehmensebene aussprechen. Ähnlich dem Deutschen Gewerkschaftsbund, dessen Selbstverständnis hier nicht mehr gesondert anhand der Stellung zur Mitbestimmung geklärt werden muß, da dieses im Verlauf dieser Untersuchung an den verschiedenen Punkten deutlich wurde (3), verfolgen die Gewerkschaften in den genannten drei EG-Staaten eine Politik, deren Ziel eine gerechte Gesellschaft ist, in der eine bestmögliche Gleichheit der Chancen, des Einflusses, des Einkommens und der Macht erreicht werden soll. Als wesentliches Mittel zur Ver-

europäischen Gewerkschaften vorgenommen wird, sie jedoch nur anhand eines Aspekts - der Stellung zur Mitbestimmung - vorgestellt werden, sei hier auf Literatur verwiesen, die eine allgemeine Darstellung der europäischen Arbeitnehmerorganisationen in ihren verschiedenen Aufgabenfeldern gibt: Colin Beever, European Unity and the Trade Union Movements, Leyden 1960

Franz Josef Furtwängler, Die Gewerkschaften, ihre Geschichte und internationale Auswirkung, Hamburg 1964

Eric Jacobs, European trade unionism, London 1973

Walter Kendall, Gewerkschaften in Europa, Hamburg 1977

Eli Marx, Unions in Europe, A guide to organised labour in the Six, Brighton 1971

Margaret Stewart, Trade Unions in Europe, 1974

Hildegard Waschke, Gewerkschaften in Westeuropa, Frankfurt 1975

- (3) Zur Haltung der deutschen Gewerkschaften gegenüber der Mitbestimmung vgl. z. B. die Entschlieung "6. Mitbestimmung" auf dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall: "Der Arbeitnehmer muß - wie im politischen Bereich - auch im Wirtschafts- und Arbeitsleben sein Schicksal mitbestimmen und mitverantworten können. Es geht dabei um Würde und Selbstverwirklichung des Menschen. Mitbestimmung ist ein Leitbild für eine freiheitliche und humane Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung." (12. ordent-

wirklichung dieser Gesellschaftsordnung wird die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Leitungsorganen der Unternehmen angesehen, bzw. wie in Dänemark, die Mitbestimmung in den Verwaltungsräten über einen Arbeitnehmer-Gewinn- und Investitionsfonds. Allerdings ist es den Gewerkschaften weder in der Bundesrepublik noch in Luxemburg, Holland oder Dänemark gelungen, ihre Vorstellungen ungeschmälert durchzusetzen. Obwohl zum Beispiel das deutsche Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in einer Informationsschrift den Nutzen der Mitbestimmung für die "Bereitschaft der Arbeitnehmer zur Zusammenarbeit" hervorhebt -

"Und schließlich: Mitbestimmung ist als ein stabilisierendes Element unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unerlässlich. Unsere Ordnung und unsere Wirtschaftskraft beruhen nicht zuletzt auf der Bereitschaft der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, mit den Unternehmen fair zusammenzuarbeiten. Mit der Mitbestimmung schaffen wir die Voraussetzungen dafür, daß dies auch in der Zukunft so bleiben wird.

Faire Zusammenarbeit auf Dauer kann nur auf der Grundlage der Mitbestimmung und eines Minimums an Vertrauen gedeihen." (4) -,

licher Gewerkschaftstag der IG Metall, a.a.O., S. 12) Erinnert sei hier auch an die in Kapitel 3.2 schon einmal kurz angegebene Mitbestimmungsbegründung in einem Leitfaden des DGB Bundesvorstands. Dort heißt es, daß Koalitionsfreiheit, Tarifautonomie und Sozialpolitik "die Erscheinungsweise des sozialen Konflikts gewandelt habe" und der Mitbestimmung die Funktion zukomme, diesen sozialen Konflikt so zu regeln, daß "alle Beteiligten nach Lösungen streben, die dem Unternehmen als ganzes und den in ihm vorhandenen Interessen gerecht werden. Sicherlich kann man Konflikte auch durch harte Auseinandersetzung, durch Kampf, durch Zwang lösen. Die deutschen Gewerkschaften halten die faire Lösung von Konflikten nach für alle Beteiligten verbindlichen Spielregeln in den Institutionen der Mitbestimmung für besser."

(Mitbestimmung der Arbeitnehmer, ein Leitfaden, a.a.O., S. 18)

(4) Mitbestimmung, Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung informiert, Bonn 1978, S. 13

war der Gesetzgeber nicht bereit, im 1976 verabschiedeten Mitbestimmungsgesetz die volle Parität der Beteiligten festzulegen, so daß die Forderung nach "qualifizierter Mitbestimmung" weiterhin für die deutschen Gewerkschaften bestehen bleibt.

Auch den beiden im Europäischen Gewerkschaftsbund vertretenen Luxemburger Hauptorganisationen, dem sozialistischen Gewerkschaftsbund CGT (Confédération Générale du Travail) und der christlichen Gewerkschaft LCGB (Letzeburger Chreschtliche Gewerkschaftsbund) genügt die bisher gewährte Arbeitnehmervertretung in den Verwaltungsräten (Drittelparität) nicht. So fordert der Letzeburger Arbechter-Verband (LAV), die größte Organisation innerhalb der CGT, die volle Parität (5) und der LCGB "erstrebt für Betrieb und Unternehmen eine echte Partnerschaft von Arbeit und Kapital" (6). Neben der für alle in diesem Unterabschnitt zu behandelnden Gewerkschaften gleichermaßen geltenden Begründung der Mitbestimmungsforderung als Voraussetzung einer wirklich demokratischen und sozialen Gesellschaft, nimmt bei den luxemburgischen Gewerkschaften die Beteiligung der Arbeitnehmer als Instrument zur Anerkennung der Arbeit in einer durch wirtschaftliche Demokratisierung gewandelten Gesellschaft großen Raum ein. Für den christlichen Gewerkschaftsbund geht es mittels "partnerschaftlicher Mitbestimmung" und "breitester Vermögensstreuung" um eine "Gesellschaftsordnung, in welcher die Arbeit den Vorrang hat", in der der

(5) Letzeburger Arbechter-Verband, Die freien Gewerkschaften in der modernen Gesellschaft, Luxemburg 1970, S. 37

(6) Grundsatzprogramm des LCGB, 1971, in: Die Gewerkschaftsbewegung, Teil II, gewerkschafts informationen, Sondernummer, 1975, o. S.

(7) ebd.

"wahre Sinn der Arbeit" sich verwirkliche (7). Und die CGT erklärt, daß

"die gewerkschaftliche Tätigkeit letztlich auf die Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft in eine klassenlose Gesellschaft abzielt, in der soziale Gerechtigkeit herrscht und deren wesentliches Element die Arbeit - durch die sämtliche Werte geschaffen werden - ist ... Die Gewerkschaftsbewegung... sorgt dafür, daß durch Strukturreformen und insbesondere durch die Einführung wirtschaftlicher Demokratie jeder nach Maßgabe seiner Arbeit und seiner Bedürfnisse Anteil am Wohlstand hat." (8)

Angesichts dessen, daß in der Erklärung der CGT das Schlagwort von der 'klassenlosen Gesellschaft' dahingehend konkretisiert wird, daß es der CGT um die Herstellung sozialer Gerechtigkeit über Strukturreformen geht, muß die folgende Charakterisierung der CGT durch Hildegard Waschke -

"Die seit 1919 bestehende, nach 1945 neu organisierte CGT zählt über 30000 Mitglieder und will die Umwandlung des gegenwärtigen Systems in eine klassenlose Gesellschaft." (9) -

als typisches Beispiel für die angegebene verkürzende Betrachtung der europäischen Gewerkschaften vom Standpunkt 'Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft' kritisiert werden, die selbst dann noch ihrer mechanischen Einschätzung verhaftet bleibt, wenn sie sechs Zeilen später die Widerlegung der eigenen Behauptung zitiert (10).

Während es den luxemburgischen Gewerkschaften um den Ausbau der bereits praktizierten Drittelparität geht, müssen die drei als Tarifpartner anerkannten niederländischen Gewerkschaften - NVV (Nederlands Verbond van Vakverenigingen), NKV (Nederlands Katholiek Vakverbond) und CNV (Christelijk Nationaal Vakverbond) - darum kämpfen, auf Unternehmensebene

(7) ebd.

(8) ebd.

(9) H. Waschke, a.a.O., S. 119

(10) "Radikale Lösungen, wie die allgemeine Verstaatlichung

überhaupt als Partner anerkannt zu werden. Obwohl nämlich in den Niederlanden eine sehr weitgehende Zusammenarbeit auf überbetrieblicher, nationaler Ebene zwischen Gewerkschaften, Unernehmern und Regierung stattfindet, die in der Stiftung der Arbeit von 1945 ihren Ausgangspunkt hatte (11) und sich im Sozial- und Wirtschaftsrat, der infolge eines Gesetzes über die öffentlich-rechtliche Wirtschaftsorganisation 1950 gegründet wurde, fortsetzte, trat erst 1973 ein Gesetz in Kraft, das für Großunternehmen eine Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat vorsieht. Allerdings garantiert auch dieses Gesetz keineswegs den Arbeitnehmern die

des Bodens, der Industrie und der Finanzen, sowie die autoritäre Reorganisation des Verteilungs- und Dienstleistungssektors auf gemeinschaftlicher oder genossenschaftlicher Basis (stehen) einstweilen nicht zur Diskussion." (Letzeburger Arbechter-Verband, zit. in: H. Waschke, a.a.O., S. 119 f)

- (11) Die bereits am 17. Mai 1945 in die Öffentlichkeit getretene Stiftung der Arbeit (Stichting van de Arbeid), ein gleichmäßig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern besetztes Kontaktorgan, das von der Regierung als Beratungsorgan für Fragen der Vorsorge auf sozialem Gebiet anerkannt wurde, war das Resultat regelmäßiger Gespräche, die während der Kriegszeit in der Illegalität zwischen den Vertretern der drei Gewerkschaften und den zentralen Arbeitgeberorganisationen geführt wurden. Beiden Parteien ging es darum, Fragen des Wiederaufbaus der Niederlande zu klären und eine Form der Kooperation zu finden, die ein dauerndes, gutes soziales Klima in der Wirtschaft ermöglichen sollte (Vgl. Die Gewerkschaftsbewegung in der Europäischen Gemeinschaft, Teil I, gewerkschafts informationen, Sondernummer, 1975, o. S.).

Mitwirkung, insofern neben Anteilseignern und Vorstand zwar auch die Betriebsräte in den jeweiligen Unternehmen Vorschläge zur Wahl des Aufsichtsrats einbringen dürfen, die Entscheidung jedoch, ob und wieviele der so von Arbeitnehmerseite Vorgeschlagenen aufgenommen werden, allein vom Aufsichtsrat und d. h. von den Vertretern des Kapitals getroffen wird. Da diese äußerst beschränkte Mitwirkungsmöglichkeit nach Auffassung der Gewerkschaften keine Beseitigung bestehender Ungleichgewichte in Macht und Kenntnissen herbeiführen kann, versuchten sie - auch ohne ein gemeinsames Konzept über die konkrete Ausformung der Arbeitnehmerbeteiligung - bei den Lohnverhandlungen für 1976 durch Verzicht auf Reallohnverbesserungen Zugeständnisse der Unternehmer auf nichtmateriellem Gebiet, wie Verwirklichung der Mitbestimmung bei Investitionsentscheidungen, zu erlangen (12). Die Verhandlungen scheiterten und erst 1977 konnte eine Einigung darüber erzielt werden, mehrere Mitbestimmungsprojekte durchzuführen, bei denen drei Jahre lang verschiedene Mitbestimmungsmodelle unter wissenschaftlicher Begleitung erprobt und ausgewertet werden sollen (13). Welche Auswirkungen die Erfahrungen auf die gewerkschaftlichen Mitbestimmungsvorstellungen, die bisher noch zwischen voller Parität (CNV) und einem der Mitbestimmung in der geplanten Europäischen Aktiengesellschaft ähnlichen Modell (NVV und NKV) schwanken, haben werden, bleibt abzuwarten.

Im Unterschied zu den bisher aufgeführten Gewerkschaften spielt für die im dänischen Nationalbund LO (Landsorganisationen i Danmark) zusammengefaßten Arbeitnehmerorganisationen die Frage der Paritäten kaum eine Rolle. Wie nämlich eingangs schon kurz erwähnt, ist für die dänischen Gewerk-

(12) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage in den Gemeinschaften im Jahre 1975, Brüssel - Luxemburg 1976, S. 84

(13) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage in den Gemeinschaften im Jahre 1977, Brüssel - Luxemburg 1978, S. 105

schaften das wesentliche Moment der Wirtschaftsdemokratie die "Demokratisierung der Eigentumsrechte". So stellte 1971 der Kongreß der LO fest,

"dass nun die Zeit für eine Demokratisierung der Eigentumsrechte gekommen ist. Es muss mehr Gleichheit in bezug auf Einkommen, Kapital und Entscheidungen geschaffen werden.

Die Gewerkschaftsbewegung kann nicht hinnehmen, dass das Kapital, das zugegebenermaßen für die Entwicklung von Investitionen und Produktion erforderlich ist, in einer Weise gebildet wird, die zu dauernder Ungleichheit in der Verteilung von Eigentum und Kapital führt. Das "Zwangssparen" über Preisbildung, Abschreibung und Steuern, dessen Hauptlast von den Arbeitnehmern getragen wird, kann nicht länger als Methode für die Entscheidung der Frage akzeptiert werden, wer Eigentümer des Kapitals ist und wer das Recht haben soll, über die Verwendung des Kapitals zu entscheiden. Die Arbeitnehmer müssen einen Anteil am Vermögenszuwachs fordern, zu dem sie durch ihre Arbeit beitragen. Die LO muss dafür sorgen, dass die Arbeitnehmer Einfluss und Mitbestimmung in der Unternehmensleitung und Miteigentumsrechte an den Produktionsmitteln bekommen."

(14)

Während in der Frage der Vermögensbildung, die vermittelt über die Umwandlung von Teilen des Aktienkapitals in einen Arbeitnehmer-Gewinn- und Investitionsfonds mit Stimmrecht auch die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Unternehmensleitung beinhaltet, noch kein Ergebnis erzielt wurde, regelt seit 1973 ein Gesetz die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung von mindestens 50 Beschäftigten. Die Arbeitnehmer haben dort

"das Recht, aber nicht die Pflicht, zusätzlich zu den von der Aktionärsversammlung erwählten Direktoren zwei weitere Mitglieder in den Verwaltungsrat zu wählen. Die Zahl der Arbeitnehmervertreter kann höher liegen...; aber die Mehrheit der Mitglieder wird immer von der Aktionärsversammlung gewählt." (15)

(14) Die Gewerkschaftsbewegung in der Europäischen Gemeinschaft, Teil I, a.a.O., o. S.

(15) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Eine größere Rolle des europäischen Arbeitnehmers im Unternehmen, Europäische Dokumentation 1977/3, S. 35

Allerdings stellt es nach Aussage des dänischen Soziologen Reinhard Lund ein Problem dar, die Arbeiter und Angestellten für die erreichten Mitwirkungsmöglichkeiten zu interessieren, so daß sich "Tendenzen zu einer zunehmenden Distanz bemerkbar" machten (16). Da sich diese Distanz aber nicht einfach nur einem Desinteresse der 'Basis' verdankte, sondern in starkem Maße eine Kritik zunehmender gewerkschaftlicher Bürokratisierung beinhaltete, bildeten sich, eingebettet in eine gesamtgesellschaftliche Bewegung, die eine direktere Beteiligung des einzelnen und den Abbau autoritärer Strukturen in allen Bereichen der Gesellschaft anstrebte, in den Betrieben autonome Arbeitsgruppen, die einen direkten Einfluß der Arbeiter auf das Betriebsgeschehen verwirklichen wollten. Dieses Aufgreifen des Fehlens einer Arbeitnehmervertretung im Betrieb (wie sie z. B. in der Bundesrepublik mit dem Betriebsrat gesetzlich festgelegt ist) durch eine Basisbewegung führte dazu, daß die Gewerkschaftsspitze mit dem Arbeitgeberverband Abkommen über eine betriebliche Kooperation abschloß, deren Zweck darin besteht, "gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Arbeitsbefriedigung und die Sicherheit der Arbeitnehmer sowie ihr Interesse an einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit ihres Unternehmens zu steigern" (17). Inzwischen werden dieser direkte Weg der Arbeitnehmermitbestimmung, ebenso wie der indirekte Einfluß über die Vertreter der Beschäftigten in den Aufsichtsräten als sich gegenseitig ergänzende Maßnahmen für die fortschreitende Demokratisierung der Wirtschaft angesehen. In Dänemark sind damit zwei Prinzipien gewerkschaftlicher Kontrolle miteinander verbunden, die von anderen EGB-Gewerkschaften, wie z. B. der belgischen FGTB, als unvereinbar angesehen werden.

(16) Reinhard Lund, Die dänische Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 9/1976, S. 554

(17) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Struktur der Gesellschaften (Grünbuch), a.a.O., S. 58

5.1.2 Die Ablehnung der Mitbestimmung (Belgien und Frankreich)

Den beiden wichtigsten Gewerkschaftsorganisationen in Belgien, dem christlichen Gewerkschaftsbund CSC (Confédération des Syndicats Chrétiens) und dem sozialistischen Bund FGTB (Fédération Générale du Travail de Belgique), die trotz teilweiser, pragmatisch begründeter Aktionseinheit (Front Commun syndical) hinsichtlich ihrer gesellschaftspolitischen Vorstellungen stark differieren, ist jedoch eines gemeinsam: für beide ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Leitungsorganen der Unternehmen kein Gegenstand gewerkschaftlicher Forderung.

Die CSC will zwar im Hinblick auf die von ihr gewünschte humane Gesellschaft der gerechten Verteilung und des Vorrangs des Menschen und der Arbeit vor dem Kapital ihre Aktionen durch die Übernahme von Verantwortung auf wirtschaftlicher Ebene ausdehnen (18), erstrebt dies aber im wesentlichen durch eine Umwandlung der existierenden, paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzten, Unternehmensräte in reine Arbeitnehmerräte. Diese Räte sollten das "allgemeine Recht haben, Vorschläge zu unterbreiten und Stellungnahmen zur Betriebspolitik, zur Arbeitsweise des Betriebs und zu allen betrieblichen Beschäftigungsproblemen... abzugeben." (19)

Im Gegensatz zur CSC lehnt die FGTB die Mitbestimmung aus grundsätzlichen Erwägungen ab, ebenso wie die von der CSC intendierte Übernahme von Verantwortung durch die Arbeitnehmerräte. Wenn die FGTB auch in der täglichen Politik gemeinsam mit der CSL die 'normalen', notwendigen Verhandlungen über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, Beschäftigungsfragen usw. führt, bleibt ihr letztendlicher Zweck,

(18) Die Gewerkschaftsbewegung in der Europäischen Gemeinschaft, Teil II, a.a.O., o. S.

(19) ebd.

ihr "Gewerkschaftsideal", doch eine "klassenlose Gesellschaft und die Auflösung der Arbeitnehmerschaft", weshalb der "Grundsatz der gewerkschaftlichen Aktion" der "Kampf der Klassen" ist (20). Kann das Wohl der Arbeitnehmer also nur im Kampf gegen den 'Klassengegner' verfolgt werden, erscheint jede Mitbestimmung und Mitverantwortung, die über die gemeinsame Aktion der 'Sozialpartner' das Gedeihen des Unternehmens und darüber vermittelt Verbesserungen für die Arbeitnehmer anstrebt, als Verrat am "Gewerkschaftsideal". Konsequenz dieses Festhaltens am Antagonismus der Klassen ist die FGTB-Vorstellung der *contrôle ouvrier*. Da es für den FGTB - entgegen der Ansicht der Mitbestimmungsbefürworter - keinerlei partielle Harmonisierung der Standpunkte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geben kann, muß mit der *contrôle ouvrier* eine ständige Mobilisierung der Basis geschaffen werden, die eine ständige Anfechtung und einen ständigen Druck auf den Betrieb ausübt und so die Entscheidungen im gewerkschaftlichen Sinne beeinflußt. Um die bisher mehr theoretisch formulierte denn praktisch angewandte Arbeiterkontrolle voranzubringen, plädiert die FGTB für eine Stärkung der 'Gewerkschaftsdelegation', die neben dem bereits erwähnten Unternehmensrat und einem Ausschuß für Arbeitssicherheit und Arbeitshygiene die dritte Säule innerbetrieblicher Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern darstellt, im Gegensatz zu den beiden anderen Institutionen aber allein von den Arbeitnehmern gebildet wird und so für die FGTB das Instrument darstellt, den Interessenskonflikt der beiden betrieblichen Parteien ungehindert auszutragen.

Von der französischen Gewerkschaftsbewegung, die im wesent-

(20) ebd.

lichen durch die drei Bünde CGT, CFDT und CGT-FO gekennzeichnet ist (21), wird die Mitbestimmung in der Unternehmensleitung ebenfalls abgelehnt. Ein Grund für diese ablehnende Haltung ist in den sozialen Verhältnissen Frankreichs zu suchen, die auch nach dem letzten Krieg noch

(21)

Abkürzung a)	Politische Richtung	Internat. Mitgliedschaft b)	Zahl der Mitglieder (geschätzt)	Vorzugsweise Verbreitung in den Sektoren
CGT	kommunistisch	WGB	2 000 000 c)	Metallindustrie Chem. Industrie Montanindustrie
CFDT	sozialistisch	WVA	800 000 a)	Metallindustrie Textilindustrie Gesundheitswesen
FO	sozialdemokratisch	IBFG	500 000 - 600 000	Öffentlicher Dienst
CFT	gaullist.	-	50 000	Automobilindustrie
CFTC	christlich	WVA	150 000	Montanindustrie
CGC	-	-	250 000	Ingenieure, ltd. Angest. u. Handelsvertreter
UCT	-	-	-	Ingenieure, ltd. Angest. u. Handelsvertreter
FEN	sozialist. u. kommunistisch	-	450 000	Erziehungswesen

a) In der Reihenfolge:

- Confédération Générale du Travail
- Confédération Française Démocratique du Travail
- Force Ouvrière
- Confédération Française du Travail
- Confédération Française des Travailleurs Chrétiens
- Confédération Générale des Cadres
- Union des Cadres et Techniciens
- Fédération de l'Education Nationale.

b) In der Reihenfolge: WGB - Weltgewerkschaftsbund; WVA - Weltverband der Arbeitnehmer (christl.); IBFG - Inter-

weitgehend durch eine klare Trennung der Klassen geprägt wurden und eine befriedigende Teilhabe der Arbeitnehmerschaft am gesellschaftlichen Reichtum verhinderten. So begründete z. B. der Vorsitzende der sozialistischen Gewerkschaft CFDT Edmond Maire in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Spiegel seine Vorstellung des Sozialismus, in dem "der Kampf gegen die schiefe und ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen" eine große Rolle spielen würde, mit folgendem internationalen Vergleich:

"Sie dürfen nicht übersehen, daß die Verteilung des Reichtums in Frankreich sehr viel ungleichmäßiger als in der Bundesrepublik ist. Die Franzosen sind bei der Verkürzung der Arbeitszeit das internationale Schlußlicht, bei den Löhnen einschließlich der Sozialleistungen sind wir die Vorletzten. Die Jahresarbeitszeit ist nach einer neuen Statistik in Frankreich länger als in irgendeinem anderen Land Westeuropas." (22)

Die aus dieser Lage entstehende Unzufriedenheit läßt bei den französischen Arbeitnehmern das Bewußtsein wach bleiben, die Arbeiterklasse zu sein, die nur in Konfrontation zu den Unternehmern Fortschritte erzielen kann - ein Selbstverständnis, das sich schon rein äußerlich z. B. daran zeigt, daß an den Mai-Demonstrationen in Paris gut eine halbe Million Arbeitnehmer teilnehmen, denen von der Bevölkerung der entsprechenden Wohnviertel rege Sympathie entgegengebracht wird.

Dieses strikte Klassendenken findet sich komplementär dazu auch auf Seiten der Arbeitgeber. So wehren sich die französischen Unternehmer allein schon gegen die gesetzliche Festlegung verbesserter Möglichkeiten für die Arbeitnehmer,

nationaler Bund Freier Gewerkschaften.

c) Die Zahlen entstammen Angaben der Gewerkschaften und beziehen sich nur auf Erwerbstätige.

in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 9/1976, S. 514

(22) Der Spiegel, Nr. 8 vom 14. 2. 1977

ihre gemeinsamen Anliegen vorzutragen und in Konsultationen mit der Unternehmensleitung einzutreten (23). Seine Fortsetzung findet diese Haltung in der Weigerung der Arbeitgeber, mit Gewerkschaftsvertretern zu verhandeln. Aus diesem Verhalten erklären sich im übrigen auch viele Streiks, die nur deshalb durchgeführt werden, um überhaupt mit den Unternehmern ins Gespräch zu kommen und den Arbeitnehmerforderungen Gehör zu verschaffen. Eugène Desamps von 1961 bis 1971 Generalsekretär der CFDT, schreibt dazu:

"Es ist auffallend, daß man in Frankreich oft streikt, um Verhandlungen herbeizuführen. In anderen Ländern nimmt man zum Streik erst Zuflucht, wenn die bereits begonnenen Verhandlungen in eine Sackgasse geraten." (24)

Angesichts einer derartigen sozialen Realität verwundert es nicht, daß sowohl die französischen Gewerkschaften, als auch die französischen Arbeitgeber staatlichen Plänen der "participation" mehr als distanziert gegenüberstehen. Während die Arbeitgeber ihre Macht nicht teilen wollen, erblickt die Gewerkschaft in den Regierungsvorstellungen den Versuch, die Gewerkschaften zu domestizieren, ihnen Posten und Verantwortung ohne wirkliche Befugnisse zu geben. So bezeichnete der Vorsitzende der CGT Georges Séguy denn auch den von der Surdeau - 'Kommission zur Vorbereitung der Unternehmensreform' vorgelegten Beteiligungsplan, der in den Verwaltungs- oder Aufsichtsräten die Mitaufsicht ('co-surveillance') der Arbeitnehmervertreter (ein Drittel der Sitze) mit vollem

(23) Mitbestimmung der Arbeitnehmer... (Grünbuch), a.a.O., S. 75

(24) Eugène Desamps, zit. in: Walter Kendall, a.a.O., S. 90
Zur Haltung der französischen Unternehmer vgl. auch folgenden Bericht von Walter Kendall (ebd., S. 88f):
"Das französische Unternehmertum arbeitet mit einer Mischung aus Patriarchalismus und Unterdrückung, die eher dem 19. als dem 20. Jahrhundert entspricht. In Clermont-Ferrand 'gehörten' die Arbeiter bis vor kurzem noch von der Wiege bis zur Bahre der Firma Michelin. Sie kamen in einer Michelin-Klinik zur Welt, besuchten eine Michelin-Schule und wohnten in Michelin-Häusern, und wenn sie gestorben waren, ließ die Firma Michelin pietätvoll eine

Stimmrecht vorsah, als "Hymne auf den Ruhm des kapitalistischen Unternehmens" (25). Solange es die Regierung mit der Partizipation so ähnlich hält wie mit der Konsultation der Gewerkschaften auf staatlicher Ebene -

"Man hat die Gewerkschaften nur der Form halber konsultiert. Barre ist dabei nur dem Brauch seiner Vorgänger gefolgt, die stets zunächst mit den Gewerkschaften gesprochen haben. Man hört sie an, und damit Schluß mit den Kontakten. Am Ende haben Monsieur Barre und der Staatspräsident ein Übereinkommen mit den Unternehmern abgeschlossen, nicht aber mit den Gewerkschaften" (26) -

den Gewerkschaften im Unternehmen Aufgaben geben will, nicht

Seelenmesse für sie lesen. Derselben Firma sagt man nach, daß sie eine aggressive Politik gegen die Gewerkschaften betreibt. Der Firma Simca hat man vorgeworfen, daß sie regelrechte 'Kommandos' nach dem Muster von Harry Bennetts 'Miliz' in den dreißiger Jahren in den Fordwerken in Detroit gegen die Gewerkschaften einsetzt, d. h. eine Streitmacht, die dafür bezahlt wird, daß sie jegliche gewerkschaftliche Organisation zerschlägt oder gleich im Keim erstickt. Und die Firma Citroën wird von Kritikern aus den Reihen der Gewerkschaften beschuldigt, daß sie die CFT (Confédération Française de Travail) unterstützt, eine gelbe (unternehmerfreundliche) Gewerkschaft mit der Hauptbasis in der Automobilindustrie. Die Verteilung von Druckschriften in der Nähe von Fabriken wurde in Frankreich gelegentlich für ungesetzlich erklärt, und den Gewerkschaften wird in den Betrieben keine Möglichkeit gegeben, Bekanntmachungen anzuschlagen. Arbeiter, die im Betrieb Gewerkschaftsliteratur verteilen, werden entlassen, der Besitz solcher Literatur wird mißbilligt und mündliche Gewerkschaftspropaganda ist verboten. Es kommt vor, daß die Spinde der Arbeiter geöffnet und nach 'belastendem Material' durchsucht werden."

(25) Georges Séguy, zit. in: Hildegard Waschke, a.a.O., S. 72

(26) E. Maire in: Der Spiegel, Nr. 8 vom 14. 2. 1977

um sie wirklich als Gesprächspartner anzuerkennen, sondern zu befrieden (27), wendet sich die französische Gewerkschaftsbewegung gegen eine Mitbestimmung in den Unternehmensleitungen.

Die bisher angeführten Spezifika französischer Sozialbeziehungen - starkes Klassenbewußtsein bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern und eine Regierung, die die Gewerkschaft ohne wirkliche Partnerschaft auf die Verantwortung fürs wirtschaftliche Wohl verpflichten will-, die die Gründe dafür liefern, daß die Gewerkschaften nicht mitbestimmen können und wollen, schlagen sich des weiteren in einer radikalen gesellschaftspolitischen Orientierung der Gewerkschaften nieder. So setzt sich nicht nur die kommunistische CGT, sondern auch die sozialistische CFDT für eine Umwandlung der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein, ein Engagement, dem diese beiden Bünde wesentlich mehr Bedeutung beimessen als der Diskussion um Formen der Mitbestimmung. Betrachtet man zum Beispiel die Verlautbarungen beider Organisationen, trifft man sofort auf die Ausmalung der erstrebten zukünftigen Gesellschaft; wesentliche Kontroversen werden um diese Zukunftsperspektiven und die Mittel, die Umwandlung der bestehenden Gesellschaft zu beschleunigen, geführt (28).

(27) So wird auch ein weiteres Mittel der Regierung zur Weckung des "Mitinteresses" der Arbeitnehmer an ihren Betrieben (Süddeutsche Zeitung vom 18. 5. 1979), die Ausgabe von Gratisaktien an die Belegschaft als Versuch, die Arbeitnehmer von ihren eigentlichen Forderungen abzubringen, abgelehnt: "Die Gewerkschaften lehnen diese Gratisaktien ab. Die Arbeitnehmer brauchen keine Geschenke, sie wollen eine Humanisierung der Arbeit und einen gerechten Lohn". (Jacques Hermann, in: Der Gewerkschafter, Heft 1/1979, S. 17)

(28) D. Albers, W. Goldschmidt, P. Oehlke, Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek 1971, S. 91ff

Während die CGT in dieser Auseinandersetzung zeitweilig für eine "tradeunionistische Selbstbeschränkung" eintritt und sich dagegen verwahrt, die Gewerkschaft "an die Stelle der politischen Parteien zu setzen " (29), um nicht in Konflikt mit der 'Mutterpartei' KPF zu geraten, dergegenüber sie zwar Selbständigkeit zeigen, aber nicht in Konkurrenz treten will, profiliert sich die CFDT in bewußter Absetzung von der CGT als die Gewerkschaft, die den "Bruch zwischen der täglichen Gewerkschaftsaktion und der politischen Aktion" nicht vollzieht (30) und damit in jeder ihrer Aktionen die Umwandlung der Gesellschaft vorantreibe.

Gerade die Konkurrenz der Gewerkschaftsbünde führt dazu, eine Radikalität der Gesellschaftskritik zu bewahren, die z. B. den CFDT-Vorsitzenden Maire dazu veranlaßt, soziale Reformen als wichtig zu erklären -

"Was die Erfahrung mit der Sozialdemokratie betrifft, so hat sie zwar zu einer besseren Absicherung der Arbeiter gegen die sozialen Folgen des Kapitalismus geführt, doch sie hat ihn intakt gelassen und nichts Grundsätzliches an der Situation der Dominierung und Entfremdung geändert." (31) -

und stattdessen weiterhin die 'autogestion', die Arbeiter-selbstverwaltung in einer vergesellschafteten Produktion und bei einer umfassenden demokratischen Planung zu propagieren, die den selbstverwalteten Betrieben ein Maximum an Autonomie bei der Realisierung der im Plan festgelegten Produktionsziele läßt (32).

(29) G. Séguy, in: Otto Jacobi u. a. (Hg.), Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch '75, Frankfurt 1975, S. 251

(30) ebd., S. 252

(31) E. Maire, in: Die Zeit, Nr. 36 vom 31. 8. 1979

(32) O. Jacobi u.a. (Hg.) Gewerkschaften und Klassenkampf, a.a.O., S. 253

Allerdings haben nach der Parlamentswahl vom März 1978, bei der das von CGT und CFDT unterstützte Volksfrontbündnis unterlag, diese Pläne der CFDT oder Nationalisierungs- vorstellungen der CGT fast nur noch rhetorischen Charakter. Befördert durch ein öffentliches Klima, das genug hat von einem jahrelangen Wahlkampf zwischen Volksfront und Bürgerblock und die Sanierung der französischen Volkswirtschaft fordert, gewann die gemäßigte Konkurrenz von CGT und CFDT, die Reformen eher zugeneigte Force Ouvrière, an Anhang (33) und veranlaßte damit in der Gewerkschaftsbewegung eine gewisse Neuorientierung. Im Anschluß an die Regierungserklärung von Premierminister Raymond Barre erklärten sich die Gewerkschaften dazu bereit, sein rigides Wirtschaftsprogramm "nach dem Kriterium des politisch Möglichen" (34) zu beurteilen und darüber gemeinsam mit Regierung und Arbeitgebern zu diskutieren. Wenn auch nach wie vor gegen die "mächtige und verbissene Koalition der Monopole und des Staates" (35) polemisiert wird und beispielsweise im krisengeschüttelten Lothringen erboste Arbeiter die Büros der Unternehmer stürmen und zerstören, so ist mit der Bekundung der Gewerkschaften, einen politisch realistischen Dialog zu führen, doch immerhin ein erster Schritt zur Entspannung des sozialen Klimas in Frankreich getan.

(33) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 4. 1978

(34) ebd.

(35) CGT, in: Die Zeit, Nr. 36 vom 31. 8. 1979

5.1.3 Die Mitbestimmung in der Diskussion (Italien und Großbritannien)

Im Gegensatz zur französischen Gewerkschaftsbewegung, in der in letzter Zeit zwar Ansätze von Kooperationsbereitschaft erkennbar wurden, die sich aber im wesentlichen auf die nationale Ebene und nicht auf das einzelne Unternehmen bezogen, wird in den italienischen Arbeitnehmerorganisationen die Frage der Mitbestimmung lebhaft diskutiert. Die Feststellung kann gleichermaßen für alle drei italienischen Bünde (CGIL - Confederazione Generale Italiana del Lavoro, kommunistisch; CISL - Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori, links-katholisch; UIL - Unione Italiana del Lavoro, republikanisch-sozialdemokratisch) getroffen werden, da ihr 1972 vollzogener Zusammenschluß in einer Föderation einerseits zwar ihre Konkurrenz untereinander nicht aufhob, andererseits aber in grundsätzlichen Fragen eine gemeinsame Linie herbeiführte.

Rein formal steht den italienischen Arbeitnehmern schon seit 1946 das Recht auf Mitbestimmung zu - in der noch unter der Volksfront ausgearbeiteten Verfassung heißt es in Artikel 46:

"Zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Arbeitnehmer erkennt die Republik diesen das Recht zu, in Übereinstimmung mit den Produktionsanforderungen in der gesetzlich festgelegten Weise und innerhalb des gesetzlich vorgesehenen Rahmens bei der Unternehmensführung mitzuwirken."

Da jedoch keine der von diesem Passus der Verfassung betroffenen sozialen Kräfte an seiner Verwirklichung ein Interesse zeigten, wurde er, wie es der ehemalige italienische Ministerpräsident Andreotti ausdrückte "einbalsamiert" (36). Erst in einer Phase, als der italienische Staat nach kräf-

(36) Vgl. Weser Kurier vom 21. 4. 1977

tigem Wirtschaftsaufschwung Anfang der 70er Jahre immer tiefer in eine Krise geriet und unter anderem zur Erhaltung seiner internationalen Kreditwürdigkeit seinen Goldschatz verpfänden mußte, wurde auf der Suche nach Mitteln zur staatlichen Konsolidierung auch die Mitbestimmung 'wiederentdeckt'. Das Beachtenswerte dabei ist, daß diese Idee von den Linkskräften ins Spiel gebracht wurde als Teil ihres Bemühens, Italien aus der Krise herauszuführen und einen Prozeß der 'demokratischen Gesundung und Erneuerung' der gesamten Gesellschaft einzuleiten. Von den Kommunisten wird dieser Prozeß als Einheit des Volkes im 'historischen Kompromiß' angestrebt:

"Es ist deswegen klar, daß man sich nicht nur auf die Kräfte verlassen kann, die bis jetzt das Land geleitet haben, weil sie die notwendige Autorität und Glaubwürdigkeit nicht haben, und zwar wegen der Schäden, die sie verursacht haben, der Versprechungen, die sie nicht eingehalten haben, wegen der schwerwiegenden Korruptionen und wegen des allgemeinen Verschleißes in einer Machtpraxis, die an erster Stelle die individuellen Klientelen und Gruppeninteressen stellt... Man braucht eine tiefe Umgestaltung der politischen Leistungen, den Beitrag von neuen Kräften, die für ihre Ernsthaftigkeit, Sauberkeit und Treue gegenüber den Interessen des Volkes bekannt sind." (37)

Damit die Umgestaltung des politischen Lebens durch den historischen Kompromiß zu den gewünschten Erfolgen führt, bedarf es einer neuen Mentalität, die die Leistungsbereitschaft aller Gesellschaftsmitglieder fördert:

"Ein harter Einsatz heißt, daß man mehr produzieren muß, nicht verschwenden, sondern sparen und jede Hilfsquelle ausschöpfen, die Industrie erneuern und die Wirtschafts- und Verwaltungsaktivitäten nach Kriterien der Effektivität und der Strenge reorganisieren, bestimmte Gewohnheiten ändern muß, um Wege zu suchen, die zu einer besseren und anderen Lebensweise als jetzt führen. Dieser Einsatz bedeutet auch, zu erreichen, daß die Politiker und alle Angehörigen der öffentlichen Verwaltungen eine neue Arbeitsmoral im Dienste der Nation und des Staates finden." (38)

(37) Berlinguer/Gramsci Longo/Togliatti, Der historische Kompromiß, Berlin (West) 1976, S. 41

(38) ebd., S. 40

Wenn auch die beiden nicht-kommunistischen Gewerkschaften einem historischen Kompromiß skeptisch gegenüberstehen, so sind sich doch alle Bünde darin einig, daß es wesentlich auch ihre Aufgabe ist, die Sanierung der nationalen Wirtschaft voranzutreiben und "bestimmte Gewohnheiten" zu ändern. Für die italienischen Gewerkschaften heißt das nicht nur die Aufgabe des ohne jede wirtschaftliche Rücksichtnahme geführten Arbeits- bzw. Klassenkampfes, sondern sogar Druck auf die Unternehmen, ihren spezifischen unternehmerischen Beitrag zum Wiederaufschwung der italienischen Volkswirtschaft zu leisten. So fanden Anfang der 70er Jahre, besonders in der Metallindustrie, Tarifverhandlungen statt, die seitens der Gewerkschaften eine neuartige inhaltliche Ausweitung der Tarifverträge zum Ziel hatten. Nicht nur Regelungen wie die des Arbeitsentgelts, der Arbeitszeit und des Urlaubs sollten ausgehandelt werden, vielmehr ging es in zunehmendem Maße darum, wirtschaftliche Vorhaben der Unternehmen und Methoden für die Gestaltung der Geschäftspolitik zu erfassen. Zum Beispiel verpflichteten die Tarifverträge 1973 und 1974 mit dem Großkonzern Montedison die Gesellschaft zu umfassenden Investitionen und zur Erhaltung des Beschäftigungsniveaus im Rahmen eines Plans zur ständigen Erneuerung und Modernisierung. Und im November 1974 schlossen FIAT und der, alle drei Hauptgewerkschaften in sich vereinigende Metallarbeiterverband FIM einen Tarifvertrag, der unter anderem vorsah,

"daß die Geschäftsführung und die Gewerkschaft gemeinsam die weiteren Auswirkungen der Krise auf den Verkehrssektor mit dem Ziel prüfen, zu besonderen Vereinbarungen über Investitionen in Süditalien sowie über die Arbeitszeit, Arbeitsmethoden, Produktionsumfang und die Umsetzung von Arbeitskräften zu gelangen." (39)

Wenn während dieser und folgender ähnlicher Verhandlungen (40) zwar nicht von der Mitbestimmung der Arbeitnehmer die Rede war, so bedeuteten sie nichtsdestotrotz einen ersten

(39) Mitbestimmung der Arbeitnehmer... (Grünbuch), a.a.O., S. 23

(40) Vgl. die Berichte über die Entwicklung der sozialen

Schritt in diese Richtung, was vor allem auch an dem regen gewerkschaftlichen Interesse an den sogenannten 'nördlichen' Modellen der Arbeitsbeziehungen deutlich wird. So finden Informationstreffen italienischer Gewerkschaftsdelegationen mit dem DGB statt, Vorstellungen, die an Fritz Naphtalis Thesen zur Wirtschaftsdemokratie aus den 20er Jahren erinnern, werden diskutiert und die UIL, die auf der einen Seite die gewerkschaftliche Beteiligung an den Entscheidungen im Betrieb ablehnt, weil das bedeute, gemeinsame Sachen mit den Unternehmensleitungen machen zu müssen (41), erklärt andererseits in Gestalt ihres Vorsitzenden Giorgio Benvenuto, daß Italiens Linke eine Reform a la Bad Godesberg nötig habe (42). Daß für die italienischen Gewerkschaftsverbände gerade die Erfahrungen der deutschen Arbeitnehmer mit der Mitbestimmung eine wichtige Rolle spielen, erklärt sich aus dem Ausgangspunkt der gewandelten italienischen Gewerkschaftspolitik: Beruht diese nämlich auf dem Willen, Staat und Wirtschaft aus ihrer Krise herauszuführen, schließt dies die Auseinandersetzung mit anderen Gesellschaften und deren Sozialordnungen ein, die im Gegensatz zu Italien weder wirtschaftlich noch politisch von Krisen geschüttelt werden.

Inzwischen haben die Diskussionen in Italien dazu geführt, daß allgemein eine erweiterte Mitwirkung der Arbeitnehmer an der Unternehmenspolitik angestrebt wird. Um zu diesem Einfluß zu gelangen, sind die italienischen Gewerkschaften immer mehr bereit, Zugeständnisse auf Gebieten zu machen, auf denen bis vor kurzem ein Kompromiß noch undenkbar schien.

Lage in den Gemeinschaften im Jahre 1975 und 1977, a.a.O., S. 82 und S. 94

(41) UIL-Betriebsrat bei Alfa Sud auf einer Diskussionsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. 12. 1979

(42) ebd.

So kam die Metallgewerkschaft im Tarifvertrag für die Metallindustrie vom Sommer 1979 nicht nur der Unternehmerforderung nach höherer Arbeitsproduktivität und betrieblicher Effizienz weitgehendst entgegen, sondern näherte sich den Unternehmern auch in Fragen der innerbetrieblichen Mobilität, der Umsetzung und Umschulung, des Einsatzes von Überstunden und Schichtarbeit sowie der Einführung arbeitssparender Technologie. Bedingung war jedoch eine verstärkte Kontrolle und Mitsprache der Gewerkschaften bei entsprechenden Maßnahmen und eine Ausweitung des Informationsrechts in Fragen der Investitions- und Produktionsentwicklung (43). Zum Kampf um die Durchsetzung einer Mitbestimmung, wie sie der eingangs zitierte Verfassungsartikel vorsieht oder wie sie in der Bundesrepublik Deutschland praktiziert wird, konnten sich die italienischen Gewerkschaften bisher allerdings noch nicht entschließen. In einem Interview mit der IG Metall-Zeitschrift Der Gewerkschafter weist der Generalsekretär der italienischen Metallgewerkschaft FIM, Enzo Mattina, darauf hin, daß zu einem abschließenden Urteil die Zeit noch nicht reif sei. Auf die Frage "Habt ihr Vorstellungen, wie denn ein 'italienischer Weg zur Partizipation' aussehen könnte?", antwortete Mattina wie folgt:

"Darüber ist nur schwer etwas vorauszusagen. Wir diskutieren zur Zeit darüber. Dabei sind für uns die Erfahrungen, die in der Bundesrepublik Deutschland gemacht wurden, sehr wichtig. Diese Lehren und unsere Erfahrungen, die wir jetzt mit den 'Informationsrechten' machen, sind wichtige Punkte in unserer Diskussion." (44)

Die Bereitschaft der italienischen Arbeitnehmerorganisationen, zur Verbesserung der nationalen Lage sowohl eine strenge Austeritätspolitik des Staates zu unterstützen (45), als

(43) Zur Metalltarifrunde 1978/79 in Italien vgl. Der Gewerkschafter, Heft 12/1978, Heft 6 und 9/1979

(44) Der Gewerkschafter, Heft 6/1979, S. 43

(45) Vgl. dazu z. B. den Beschluß der UIL auf dem VII. Nationalen Kongreß in Bologna vom 29. Juni bis 3. Juli 1972:

auch für mehr Mitsprache und Information im Unternehmen Bedingungen zu akzeptieren, die sich der Rationalität kapitalistischen Produzierens verdanken, kollidiert gegenwärtig noch mit der traditionellen Vorstellung des grundsätzlichen und unüberbrückbaren Interessensgegensatzes von Kapital und Arbeit. Vor allem wird von einer zu starken gesetzlich festgelegten Einbindung in das Unternehmen die Einschränkung der gewerkschaftlichen Aktionsfreiheit befürchtet - der Vorsitzende der kommunistischen Gewerkschaft Luciano Lama meint so beispielsweise, daß eine direkte Arbeiterbeteiligung im Leitungsgremium "die Gewerkschaft ihrer Durchschlagskraft berauben (könnte)" (46). Den Ausweg aus dem Gegeneinander von traditioneller Konfrontation und neuer Kooperation, das die deutsche Industriegewerkschaft Metall als eine Gewerkschaftsstrategie charakterisiert, "die die hohe Konfliktfähigkeit der italienischen Arbeiterbewegung mit wachsender Integration in das herrschende Wirtschaftssystem zu vereinbaren sucht" (47), haben die italienischen Gewerkschaften bisher in der tarifvertraglichen Regelung ihrer Einflußmöglichkeiten gesehen, womit sie ihre Auffassung praktizierten, "daß die Stärke der Gewerkschaften und ihr Potential zur Mobilisierung der Arbeitnehmer die beste Garantie für die Rechte der Arbeitnehmer gegenüber dem Unternehmen darstellt." (48)

"Die UIL vertritt die Auffassung, "dass es zur Herausführung des Landes aus seiner wirtschaftlichen und politischen Krise notwendig ist, dass die Gewerkschaftsbewegung die Initiative zu einem echten "Sanierungs- und Entwicklungsplan" ergreift, dessen wesentliche Ziele in der Erreichung der Vollbeschäftigung und der Bekämpfung der Inflation bestehen. Der zentrale Punkt dieses Programms muß eine Austeritätspolitik sein, die sich allmählich auf alle sozialen Schichten ausdehnt und in deren Rahmen es Sache der Gewerkschaften wäre, das richtige Verhältnis zwischen den neuen Investitionen, der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Bekämpfung der Inflation herzustellen."

(in: gewerkschafts informationen, Heft 7/1977, S. 26)

(46) L. Lama, zit. in: Weser Kurier vom 21. 4. 1977

(47) Der Gewerkschafter, Heft 9/1979, S. 45

(48) Kongreß der CISL in Rom, vom 14. bis 18. Juni. 1977, in: gewerkschafts informationen, Heft 7/1977, S. 21

Neben der genannten Befürchtung ist ein anderer wesentlicher Faktor für das bisherige Fehlen eines abschließenden Konzepts über den weiteren Weg der italienischen Arbeitnehmerorganisationen die Stimmung an der gewerkschaftlichen Basis und damit zusammenhängend die weiterhin bestehende Konkurrenz der drei Gewerkschaftsbünde. So löste eine 'marktwirtschaftliche Erklärung' des CGIL-Chefs Lama, in der er die bisherige, von wirtschaftlichen Überlegungen ungetrübte, Klassenkampfpolitik der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen kritisierte, heftigste Gegenreaktionen aus, die sich zugleich die sozialistische UIL, aber auch extreme Linke, die sogenannten Autonomen, zunutze zu machen versuchten (49). Einen Niederschlag fand der Unmut über den gemäßigten Kurs der kommunistischen Gewerkschaft beispielsweise bei den Betriebsratswahlen des staatlichen Automobilwerkes Alfa Romeo in Mailand im November 1978: Die CGIL verzeichnete einen Stimmenrückgang von 6 % auf 43 % und damit einen Verlust von 10 Sitzen. Während die CISL fast gleich stark blieb, erreichte die UIL einen Anstieg von 32 auf 38 Delegierte und die Autonomen konnten ihre Delegiertenzahl mehr als verdoppeln, sie stieg von 16 auf 35 (50). Zusätzlich zur Konkurrenz um die Zustimmung der Basis, die eine eindeutige Festlegung der eigenen Position zugunsten der Mitbestimmung nicht opportun erscheinen läßt, erschwerten militante Aktionen von Extremisten als Reaktion auf konkrete Beispiele der Zusammenarbeit von Unternehmern und Gewerkschaften (51) eine breite rationale, emotionsfreie Diskussion. In dem Maße allerdings, in dem, vor allem nach der Ermordung Aldo Moros im Jahr 1978, in der italienischen Öffentlichkeit das

(49) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 28. 1. 1977

(50) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 13. 11. 1978

(51) Vgl. z. B. die Süddeutsche Zeitung vom 3./4. 4. 1978: "Ein Dutzend Bomben gegen Alfa-Romeo-Händler in Rom, Neapel, Turin und Padua: Das war die erste handgreifliche Antwort einer militanten Basis auf die von der italienischen Metallgewerkschaft genehmigten Sonderschichten bei Alfa Romeo. Im Urteil der Linksextremi-

Streben nach Konsolidierung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse immer stärker wird, können die drei traditionellen Gewerkschaften und besonders die kommunistische CGIL, ohne um ihre Verwurzelung in der Mitgliederschaft bangen zu müssen, vermehrt eine Politik der Mäßigung und Zusammenarbeit von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierung propagieren und praktizieren, was auch ein nun offensiveres Vorgehen (teilweise gemeinsam mit der Unternehmensleitung) gegen radikale Kräfte einschließt.

Trotz ihrer Neuorientierung wird die Gewerkschaftsbewegung in Italien in der bundesdeutschen Öffentlichkeit in der Hauptsache dann erwähnt, wenn gestreikt wird, das traditionelle Italienbild einmal mehr seine Bestätigung findet. Und ähnlich wie die italienische steht auch die britische Gewerkschaftsbewegung in dem Ruf, Staat und Wirtschaft zu ruinieren:

"Die konfliktreichen Lohnverhandlungen in England zeigen, wohin überzogene Arbeitskämpfe führen können: Italien steht vor dem Ruin, England ist kaum besser dran." (52)

So wenig die Tatsache der "konfliktreichen Lohnverhandlungen" zu leugnen ist, so wenig erfaßt eine solche Charakterisierung doch das britische Sozialklima, das eben nicht nur durch Arbeitskämpfe gekennzeichnet ist, sondern genauso durch einen social contract, der im Interesse einer Gesun-

sten hat die kommunistisch orientierte Gewerkschaftsbewegung die 'Interessen der Arbeiterklasse' verkauft, indem sie wirtschaftlichen Überlegungen zugänglich geworden ist."

(52) Süddeutsche Zeitung vom 28. 5. 1977

derung der britischen Wirtschaft Lohnerhöhungen unterhalb der Inflationsrate festlegt. Angesichts dieser sich zunächst widersprechenden Tendenzen im britischen Gewerkschaftsleben, kann eine korrekte Darstellung der britischen Mitbestimmungsposition nur dann erfolgen, wenn diese verbunden ist mit einer mehr allgemeinen Erläuterung des britischen Gewerkschaftswesens (53).

Wichtig für die Beurteilung der britischen Gewerkschaften, gerade im direkten Vergleich zu den italienischen, ist die Tatsache, daß erstere nie in größerem Umfang das Bestreben hatten, das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu überwinden. Das Festhalten der britischen Gewerkschaften am Kampf für die unmittelbaren Lebensinteressen ließ Lenin gerade den Begriff des trade-unionistischen Bewußtseins prägen für ein gewerkschaftliches Selbstverständnis, das sich auf die alltägliche Auseinandersetzung mit dem Kapital beschränkt. In diesen Kämpfen, die trotz ihrer 'trade-unionistischen Beschränkung' nicht selten äußerst radikal geführt werden, offenbaren die britischen Arbeitnehmer ein Bewußtsein, das sich wesentlich von dem ihrer kontinentalen Kollegen unterscheidet. Schlagend deutlich wird dies zum Beispiel daran, daß einige Gewerkschaftsorganisationen zu Beginn der Tarifverhandlungen Lohnforderungen von zum Teil 90 - 100 % aufstellen und dafür auch in den Streik treten - allerdings nicht, um die aufgestellte Lohnforderung durchzusetzen (die letztlichen Abschlüsse liegen meist bei der zwischen dem Dachverband TUC (Trades Union Congress) und der Regierung ausgehandelten Lohnrichtlinie), sondern um ihre Stärke und Radikalität

(53) Von den in den neun EG-Staaten vertretenen Arbeitnehmerorganisationen wird die irische nicht untersucht, da sie - schon historisch bedingt - sehr viel Ähnlichkeiten mit den britischen Gewerkschaften aufweist und auch heute noch Arbeitnehmer der Republik Irland und Nordirlands gemeinsam vertritt.

als Teil der 'hard working class' zu demonstrieren. Wenn die britischen Arbeitnehmer in derartigen Demonstrationen so einerseits gegen Staat und Kapital die Bedeutung ihrer Funktion als Arbeiter hochhalten, versteht sich der einzelne Arbeiter mit diesem Klassenbewußtsein jedoch nicht einfach als bloßer Arbeiter, sondern immer als Vertreter einer bestimmten Berufsgruppe, die national wie im Vergleich zu anderen Berufsgruppen erst noch ihrer wirklichen Anerkennung zugeführt werden müsse. Arbeitskämpfe werden so nicht gegen das Kapital als solches geführt, sondern um eben diese Anerkennung, gerechte Behandlung und Privilegierung bestimmter Berufe, die gegenüber anderen benachteiligt seien. So hieß es zum Beispiel als Begründung der Forderung des mehrwöchigen Feuerwehrstreiks im Herbst 1972: "We are asking for the average bloke's wage. We want what a dustman gets." (54)

Zur selben Zeit verweigerte eine bestimmte Sparte von Werftarbeitern die Ableistung von Überstunden - nicht um das Unternehmen angesichts des drängenden Auftrags zu weitestgehenden Leistungen zu zwingen, sondern allein wegen der Gleichstellung mit den Kollegen:

"A shop floor union man said the workers were determined not to be blackmailed into giving up their fight for parity with the boilermakers. 'We want to build these ships but we want the same wages as every man at the yard'." (55)

Bei diesen als Streiks ausgetragenen Konkurrenzkämpfen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer untereinander lassen es die Gewerkschaften an jeder Rücksichtnahme gegenüber Allgemeinwohl, Staat oder Wirtschaft fehlen. Beim erwähnten Feuerwehrstreik betonte die Fire Brigade Union

(54) Times vom 10. 11. 1977

(55) Times vom 30. 11. 1977

mehrfach, daß sie auch im dringendsten Notfall nicht an die Arbeit ginge; den Überstunden verweigernden Werftarbeitern war es bei ihrer Aktion um Gleichstellung mit den Kollegen gleichgültig, daß sie damit nicht nur einen 60 Millionen Pfund Auftrag gefährdeten, sondern auch einige Tausend Arbeitsplätze.

In Fortsetzung zu diesen Arbeitskämpfen, entzündet an dem Vergleich der Position der eigenen Berufsgruppe mit der anderer, entstehen in Großbritannien langanhaltende Auseinandersetzungen um das Prinzip des closed shop, also den Zwang gegenüber dem Arbeitnehmer, einen Arbeitsplatz in einer bestimmten Abteilung nur dann zu erhalten, wenn er der dort vertretenen Gewerkschaft angehört bzw. beiträgt. Bei der Durchsetzung dieses Zwangs spielen die shop stewards, die gewerkschaftlichen Vertrauensleute im Betrieb, die entscheidende Rolle, indem sie sich häufig militant für die Stärke ihrer Gewerkschaft gegen außenstehende Arbeitnehmer einsetzen. Diese augenfällige Militanz der shop stewards führt vielfach zu dem (positiven) Urteil, daß die shop-steward-Bewegung antikapitalistisches Bewußtsein hervorruft, Basisdemokratie ansatzweise verwirklichte oder (systemtranszendente) Gegenmacht organisierte (56) - negiert wird bei dieser Einschätzung, daß hier zumeist eine Art Ständewesen verteidigt wird, das das genaue Gegenteil fortschrittlicher Arbeiterorganisation darstellt.

Wenn auch das Ziel vieler gewerkschaftlicher Kämpfe nicht finanzielle Zugeständnisse der Unternehmen sind, so schwä-

(56) Vgl. Fritz Vilmar, Basisdemokratische Strategien in Europa, Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 1/1971, S. 19f, auch: Ernst Piehl, Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung, in: Das Parlament, Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 11/1974, S. 34

chen sie die Betriebe doch erheblich - ein closed shop Streik von hundert Journalisten dauerte mehr als sechs Monate, Sympathiestreiks der Druckgewerkschaften verzögerten die Ausgabe mehrerer Zeitungen (57) - und von daher die gesamte englische Wirtschaft. Daß das nicht ohne Auswirkungen auf die soziale Lage der britischen Arbeitnehmer bleiben kann, ist offensichtlich, weshalb neben der Kritik an Struktur und Politik der britischen Gewerkschaftsbewegung auch Verständnis laut wird für die Forderungen und die Unzufriedenheit der britischen Arbeitnehmer - vor allem dort, wo die freiwillige Lohnbeschränkung durch den social contract den Verdienst des Durchschnittsbriten auf weniger sinken ließ als den durchschnittlichen Lohn in der DDR oder Tschechoslowakei (58). Von den deutschen Gewerkschaften zum Beispiel wird es gerade als das Dilemma der britischen Gesellschaft bezeichnet, daß die Praktizierung gesamtwirtschaftlicher Verantwortung nicht die erhofften Resultate zeitigte, weshalb weitere Verantwortung für Wirtschaft und Staat seitens der Arbeiter abgelehnt werde - die Gewerkschaftspost der IG Chemie zitiert als typischen Fall einen Lastwagenfahrer, dem es gleich sei, ob er von "Joe Stalin, Jim Callaghan oder Maggie Thatcher" regiert werde, er wolle mehr Geld (59).

Erklärt das oben ausgeführte berufsständische Bewußtsein die ständigen Arbeitskämpfe, die schon allein wegen der Kittelfarbe von fünf Arbeitnehmern ganze Teile der Produktion lahmlegen können, findet sich der Grund für die andere

(57) Vg. Times vom 6. 12. 1977

(58) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 30. 1. 1979, auch: EG-Magazin, Heft 3/4/1979, S. 36f

(59) Gewerkschaftspost, Heft 3/1979, S. 17

Seite des Bildes vom britischen Sozialklima - Sozialkontrakt und ähnliche 'Mäßigungs'abkommen - in der besonderen Art und Weise, in der sich 114 von 414 Einzelgewerkschaften zu einem nationalen Bund zusammengeschlossen haben. In ihrem Versuch, ihren Pluralismus insoweit aufzuheben, als er für die Lösung betriebsüberschreitender Fragen ineffektiv ist, haben sich die konkurrierenden Gewerkschaften mit dem TUC eine Organisation geschaffen, die nur dort aktiv werden soll, wo der Kampf der Einzelgewerkschaften auf Betriebsebene ergänzt werden muß durch staatliche Absicherungen. Parallel zur betrieblichen Ebene existiert mit dem TUC also eine politische, auf der allgemeine Rahmenbedingungen ausgehandelt werden, was auch erklärt, weshalb in Großbritannien - im Gegensatz zur Bundesrepublik Deutschland beispielsweise - die Auseinandersetzung mit dem organisierten Unternehmertum kaum eine Rolle spielt: Ansprechpartner sind die einzelnen Unternehmen oder die Regierung.

Der TUC als Vertreter der politischen Interessen der Arbeitnehmerschaft findet in der Labour Party, die er mit seiner Finanzkraft trägt, die Partei, die seine Vorstellungen im Staatswesen durchsetzen soll. Damit aber die Gewerkschaften als mitgestaltende Kraft im Staat zu Einfluß kommen können, muß ihre Partei, die Labour Party, in die Regierung kommen und dort bleiben, was wiederum bedeutet, daß die Vertretung des puren Gewerkschaftsstandpunktes nicht möglich ist. Gerade als Partei einer demokratischen Regierung muß die Labour Party eine Politik im Interesse der gesamten Nation betreiben, was eben auch von den Arbeitnehmern Zugeständnisse verlangt - Zugeständnisse, die zwischen TUC und Regierung ausgehandelt werden und zu deren Einhaltung der TUC die Einzelgewerkschaften in einem ständigen Prozeß des Lavierens und Taktierens zu bewegen versucht. Enttäuschung der mit dem Regierungsantritt von Labour verbundenen illusionistischen Hoffnungen führt dann

auf Seiten der sogenannten Basis und ihrer Einzelgewerkschaften zur Ablehnung jeglicher Gesamtwohlüberlegungen und zur Wiederaufnahme heftiger Aktionen im Betrieb (- "Ich bin nicht gewählt worden, um das Land zu regieren, sondern allein, um die Interessen meiner Mitglieder zu verteidigen", Moss Evans, Vorsitzender der Transportarbeitergewerkschaft (60)-), so daß in Großbritannien ein fortdauernder Dualismus in den sozialen Verhältnissen besteht: auf der einen Seite, vermittelt über TUC und Labour Party, das Interesse an der Nation und ihrer wirtschaftlichen Gesundheit, auf der anderen Seite ein Klassenbewußtsein, das scharf zwischen 'them' und 'us' trennt.

Vor dem geschilderten Hintergrund - radikale berufsständische oder gruppenegoistische Auseinandersetzungen gegenüber den Betrieben, Rücksichtnahme auf die volkswirtschaftlichen Erfordernisse gegenüber dem Staat - ist die Frage der Mitbestimmung, der Vertretung in den Leitungsorganen der Unternehmen, zunächst ohne jedes Interesse und wird nur nebenher diskutiert. Die klare Kompetenztrennung zwischen Unternehmen und Arbeitern war für die bisherigen Vorstellungen zur 'industrial democracy' kennzeichnend. Hugh C. Clegg, der mit seinem Buch "Industrial Democracy and Nationalisation" 1951 die grundlegenden Positionen absteckte und dessen Thesen in hohem Maß nach wie vor die Haltung der Gewerkschaften und der Labour Party prägen, erachtet industrielle Demokratie in der heutigen Gesellschaft nur dann für gegeben, wenn eine starke Gewerkschaftsorganisation als Opposition zu den Unternehmern diese beschränkt. Beteiligung der Gewerkschaften an der Unternehmensleitung hieße Aufgabe der Opposition und damit das Ende der industriellen Demokratie (61). Cleggs Konzept gegenüber in kritischer Stellung

(60) Süddeutsche Zeitung vom 11. 1. 1979

(61) Vgl. Hugh C. Clegg, Industrial Democracy and Nationalisation, London 1951, S. 131

befinden sich als Minderheitsposition die Vertreter der 'worker's control', die eine stärkere Aktivierung der Mitglieder propagieren und darin gewisse Übereinstimmungen mit der 'contrôle ouvrier' des belgischen FGTB und der 'auto-gestion' der französischen CFDT zeigen.

Erst 1973 im Gefolge einer zunehmenden wirtschaftlichen Krisensituation und zusätzlich bedingt durch den Zwang, sich im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und des Europäischen Gewerkschaftsbundes mit der Mitbestimmung zu befassen, legte der TUC auf seinem Jahreskongreß einen Bericht über neue Demokratievorstellungen vor, die das Grundprinzip einer Beteiligung auf Unternehmensebene übernahmen (62). Obwohl das Mitbestimmungsthema auf folgenden Kongressen weiter behandelt wurde, blieb die prinzipielle Befürwortung für die gewerkschaftliche Praxis folgenlos, da die meisten Einzelgewerkschaften ihre Gegnerschaft nicht ablegten. Stellvertretend für viele andere formulierte eine der Postgewerkschaften das entscheidende Argument gegen die Arbeitnehmerbeteiligung:

"Wir werden in Wirklichkeit als trojanisches Pferd vom Unternehmen gebraucht, um unsere Mitglieder zur Zustimmung zu solchen Maßnahmen zu bewegen, von denen das Unternehmen weiß, daß es eine derartige Zustimmung auf dem Wege normaler Kollektivverhandlungen niemals bekommen hätte." (63)

Auch das Anfang 1977 vorgelegte Mitbestimmungsmodell der Bullock-Kommission, die sich aus jeweils drei Spitzenfunktionären der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände, drei Wissenschaftlern und dem Vorsitzenden Alan Bullock zusammensetzte, stieß auf Ablehnung, obwohl das Mehrheitsvotum eine Regelung vorsah, die weit über das hinausgeht,

(62) Vgl. Günther R. Degen, Gewerkschaften in Großbritannien, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 9/1976, S. 538

(63) TUC-Report 1975, ebd., S. 540

was in der Bundesrepublik durchgesetzt ist. Neben dem Festhalten an eindeutiger Kompetenzverteilung -

"Unsere Aufgabe ist es, für die Interessen unserer Mitglieder zu kämpfen, das Managen sollte dagegen den Managern überlassen bleiben" (64) -

ist es vor allem die im Bullock-Bericht beabsichtigte Inpflichtnahme der Gewerkschaften (65), die diese in ihrer negativen Stellung bestätigt. Eine Einbindung der Gewerkschaften in gesetzliche Festlegungen wird in Großbritannien nach wie vor als ein Angriff auf die Macht der Gewerkschaften angesehen und bekämpft, was in jüngerer Vergangenheit am augenfälligsten am Schicksal des Industrial Relations Act der konservativen Regierung von 1971 deutlich wurde.

(64) Hugh Scanlon, Vorsitzender der Metallarbeitergewerkschaft, zit. in: Süddeutsche Zeitung vom 23. 5. 1978, vgl. auch Handelsblatt vom selben Tag

(65) Mit der vollen Gewerkschaftsmitbestimmung soll u. a. folgendes erreicht werden:

- Reduktion der betrieblichen Arbeitskämpfe
- Anregungen für eine strukturorientierte Investitionspolitik
- Vereinheitlichung der britischen Gewerkschaftsbewegung
- Stärkere Einbindung der Gewerkschaften in die Politik des Dachverbandes TUC und damit auch der Parteipolitik der Labour Party.

(Vgl. Der Gewerkschafter, Heft 5/1977, S. 36)

Dieses Gesetz, das insbesondere eine Regelung gewerkschaftlicher Arbeitskämpfe vorsah, stieß auf erbitterten Widerstand, ließ sich in der Praxis so gut wie gar nicht durchsetzen und führte 1974 zum Wahlsieg der Labour Party, die die Aufhebung des Acts versprochen hatte.

Solange die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Gesellschaftsorganen noch als Beschränkung gewerkschaftlicher Aktionsfelder, als Domestizierung der 'industriellen Opposition', betrachtet werden wird, wird in Großbritannien das Stadium der Diskussion kaum verlassen werden - zumal dann nicht, wenn die Gewerkschaften des fast schon 'klassischen' Mitbestimmungslandes Deutschland nicht nur von ihrem Kanzler, sondern auch von einem britischen konservativen Ex-Premierminister gelobt werden:

"Falls hier anwesende Unternehmer Herrn Loderer gelegentlich als gehörnten Teufel betrachten, muß ich ihnen sagen, mir erscheint er wie ein Erzengel." (66)

5.2 Nationalismus und Internationalismus innerhalb der europäischen Gewerkschaftsbewegung

Der in 5.1 dargelegte Gegensatz im Selbstverständnis der verschiedenen Gewerkschaften macht deutlich, daß der Formulierung eines aussagekräftigen gemeinsamen europäischen Gewerkschaftsstandpunktes Schranken entgegenstehen, die nur langsam und schrittweise zu überwinden sind und die, wie im Fall der Mitbestimmung, die effektive Arbeit z. B. in einem multinationalen Konzern lähmen - obwohl alle europäischen Gewerkschaften eine Begrenzung der Macht der 'Multis' anstreben.

(66) Edward Heath auf einem internationalen Management-Symposium, zit. in: Süddeutsche Zeitung vom 8. 2. 1979

Als Grund für den fehlenden Internationalismus in der europäischen Gewerkschaftsbewegung wird in der Gewerkschaftsliteratur neben den besagten 'traditionellen und ideologischen Differenzen' ein überholtes nationalistisches Denken der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften genannt, dem aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Europa jede rationale Grundlage fehlen soll. So meint beispielsweise der bereits erwähnte britische Historiker Walter Kendall,

"daß die Schwierigkeiten, die einer echten internationalen Solidarität der Gewerkschaften im Wege stehen, mehr im Denken der Gewerkschaftler selbst als in äußeren, objektiven wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten zu suchen sind. Die Europäer sind es in vielen Bereichen seit Jahrhunderten gewohnt, in kleinen, provinziellen Maßstäben zu denken, so daß der Durchbruch zu neuen Dimensionen eine Art Revolution des Denkens erfordert." (67)

Um einen Anstoß zur "Revolution des Denkens" zu geben, zieht Kendall die Parallele zwischen der riesigen Entfernungen überspringenden Organisation eines amerikanischen multinationalen Unternehmens und der vergleichsweise Kleinräumigkeit, in der sich europäische Gewerkschaften zu koordinieren hätten - angesichts der geringen räumlichen Entfernungen sollten doch für jeden europäischen Arbeiter und Gewerkschafter die "Eisernen Vorhänge der nationalen Souveränität" (68) fallen:

"Ein amerikanisches Unternehmen wie Du Pont zieht ohne jede Schwierigkeit eine Verkaufsorganisation an der Westküste auf - 4800 km vom Firmensitz in Delaware entfernt. Ähnliche organisatorische Fähigkeiten muß die weltweite Kooperation im internationalen Maßstab besitzen. Der Fordkomplex Genk - Antwerpen - Köln liegt innerhalb eines Kreises mit einem Radius von weniger als 130 km, von Genk aus gemessen, und das ganze europäische Ford-Unternehmen einschließlich der Außenstellen in Liverpool und Southampton liegt von London aus innerhalb eines Radius von 320 km. Das französisch-britische Chrysler-Unternehmen ist ein wenig

(67) Walter Kendall, a.a.O., S. 294

(68) ebd., S. 295

weiter ausgedehnt. Chrysler-Simca in Paris, Sully und La Rochelle (rund 560 km südwestlich von Paris) und die Fabriken von Chrysler-Rootes in Coventry, Luton, Dunstable und Paisley in Schottland sind alle maximal 640 km von London entfernt. General Motors hat Werke in Vauxhall, Dunstable und Ellesmere bei Liverpool in Großbritannien und dazu die großen Opelwerke in Rüsselsheim. Keines ist weiter als 480 km von Rotterdam entfernt." (69)

Neben dem Unding, über die ausführliche Berechnung von Kilometerzahlen einen Wandel des Bewußtseins herbeiführen zu wollen, abstrahiert Kendall mit seinem Argument der Entfernung vor allem aber von der Tatsache, daß die genannten 4800 km in einer Nation überwunden werden, während der enge Radius in Europa eben mehrere Grenzen umfaßt - und diese Grenzen sind gerade nicht Relikte in einer zunehmenden europäischen Verschmelzung. Wie bei der Analyse der Rolle der Sozialpolitik in der Europäischen Gemeinschaft in Kapitel 2.0 bereits dargelegt, ist für die Nationalstaaten der Zusammenschluß in der Europäischen Gemeinschaft nämlich ein Mittel, das Wohl des jeweils eigenen Staates zu erlangen, weshalb es immer nur eine bedingte Integration in Westeuropa gibt und die Staaten ihre Entscheidungsgewalt nicht an ein supranationales Gremium abtreten. Für die Arbeitnehmer und Gewerkschaften heißt dies, daß ihr Staat und dessen Position in der internationalen Konkurrenz weiterhin Voraussetzung der Qualität ihres Lebensstandards ist. Damit sind, im Gegensatz zur Ansicht Kendalls, nach wie vor die "äußeren, objektiven wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten" des Nationalismus vorhanden, der "das Ideal der internationalen Verbrüderung keine echte Bedeutung" (70) erlangen läßt.

(69) ebd., S. 294

(70) ebd., S. 316

Von welcher Bedeutung die Maßnahmen staatlicher Wirtschaftspolitik für die Arbeitnehmer sind und wie sehr die wirtschaftliche Konkurrenz den Nationalismus aufblühen lassen kann, soll an zwei Beispielen kurz demonstriert werden.

Die in den 70er Jahren begonnene Krise der europäischen Stahlindustrie, deren strukturelle Anpassung an die veränderte Weltmarktlage Verlust und Gefährdung Tausender von Arbeitsplätzen bedeutete, ließ u. a. die mitbetroffenen Länder Frankreich und Italien zu erheblichen staatlichen Subventionen greifen, deren Wirkungen auf den deutschen Stahlbereich zu gewerkschaftlichen Gegenreaktionen in der Bundesrepublik führten. Der IG Metall-Vorsitzende Loderer sprach sich für drastische Maßnahmen gegen die "künstlichen Wettbewerbsverzerrungen" und die "für die Bundesrepublik unerträglichen subventionierten Stahlimporte aus Italien und Frankreich" (71) aus, eine Forderung, deren konkreten Hintergrund z. B. der Gesamtbetriebsrat eines unmittelbar betroffenen Hüttenwerks durch Schreiben an den deutschen Wirtschaftsminister und die EG-Kommission beleuchtete. Die Berechtigung seines Protestes wies der Betriebsrat daran nach, daß infolge der "Importüberschwemmung" des süddeutschen Raumes mit billigem italienischem Stahl die Belegschaft des Unternehmens seit drei Jahren Kurzarbeit zu tragen habe ebenso wie den Verlust von über eintausend Arbeitsplätzen (72). Während in der Bundesrepublik Deutschland die Stahlkrise zwar die Forderung nach protektionistischen Maßnahmen gegen die konkurrierenden europäischen Staaten und damit implizit auch gegen die ausländischen Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze ja gerade durch die staatlichen Unterstützungen erhalten bleiben sollten, hervorrief, blieb eine breite nationalistische Welle wie in Frankreich jedoch aus.

(71) Süddeutsche Zeitung vom 9. 12. 1977

(72) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 8./9. 4. 1978

Daß die dortige Gefährdung von mehreren Zehntausend Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie einen Nationalismus aufleben ließ, der sich ausschließlich gegen die Bundesrepublik wandte, erklärt sich aus der Stellung Frankreichs in der europäischen Konkurrenz, in der es hinter der Bundesrepublik Deutschland den zweiten Rang einnimmt, weshalb eine Einschränkung französischer Wirtschaftsexpansion wesentlich nur durch die deutsche ökonomische Potenz geschehen kann. Wenn die antideutsche Agitation auch in der Hauptsache allein von der KPF, der kommunistischen Gewerkschaft CGT und einigen Gaullisten betrieben wurde, stieß sie doch auf ein so aufnahmeberechtigtes Publikum, daß sich Präsident Giscard d' Estaing zu folgender Äußerung veranlaßt sah:

"Eine polemische und oberflächliche Diskussion über die Anpassung der französischen Wirtschaft an die neuen Umstände ist zwangsläufig unfruchtbar. Man ist sich nicht darüber klar, daß die normale Reaktion auf einen antideutschen Nationalismus gerade deutscher Nationalismus wäre. Wenn man einen antideutschen Nationalismus heraufbeschwört, so ist das die törichtste Haltung."
(73)

Verdankt sich die bestimmte Ausformung des französischen Nationalismus der gegenwärtigen Wettbewerbssituation der französischen Wirtschaft in Europa, ist es kein Zufall, daß britischer Nationalismus, der sich in letzter Zeit speziell in protektionistischen Forderungen für den Automobilsektor äußerte, gegen das Ausland insgesamt gerichtet ist - hat doch kontinental-europäische, japanische und amerikanische Konkurrenz der Autohersteller auf dem Binnenmarkt inzwischen einen Anteil von 60 % erreicht und damit die Notwendigkeit radikaler Sanierungsmaßnahmen in der heimischen Automobilindustrie hervorgerufen (74). Mangelnden Patriotismus warf so der Labour-Abgeordnete Roberts seinen Parlamentskollegen

(73) V. Giscard d' Estaing, zit. in: Süddeutsche Zeitung vom 24./25. 3. 1979

(74) Vgl. 4.2.1

vor, nachdem er bei einer Besichtigung der Tiefgarage des Unterhauses festgestellt hatte, daß trotz der desolaten Lage der britischen Autoindustrie von den Repräsentanten des britischen Volkes viel zuviel ausländisch gefahren würde (75). Die Konsequenz der Roberts'schen Kritik, sein Aufruf 'Buy British', erfuhr mehr als ein Jahr später bei dem staatlichen Autokonzern British Leyland, uneingeschränkt unterstützt von den Gewerkschaften, folgende recht handfeste Realisierung:

"Auf mehreren werkseigenen Parkplätzen gelten ausländische Wagen ab sofort als "unerwünscht". Fremde Fabrikate auf dem Gelände des Unternehmens sind Gewerkschaften und Management schon lange ein Dorn im Auge. In der walisischen Produktionsstätte Llanelli wurden die Wachleute angewiesen, keine Besucher mit importierten Wagen durch die Werkstore zu lassen. Zulieferer erhielten die Aufforderung, doch bitte britische Autos zu benutzen. Im größten Werk Longbridge bei Birmingham dürfen auch die eigenen Arbeitnehmer, die ein ausländisches Fabrikat fahren, nicht auf dem Leyland-Gelände parken. Und in Cowley werden sie auf weit entfernt gelegene Parkplätze umdirigiert. Ein Leyland-Sprecher erläuterte: "Wir müssen endlich anfangen, patriotisch zu sein." Er argumentierte, daß Leyland-Arbeitnehmer beim Erwerb eines Leyland-Autos 20 % Rabatt bekämen. Wenn sie japanische oder kontinental-europäische Wagen kauften, würden sie ihr Geld zum Fenster hinauswerfen. Leyland hat allen Grund, über die ausländischen Autos besorgt zu sein. Der britische Marktanteil des Konzerns sank im Januar auf den Tiefstand von 15,4 Prozent." (75a)

Wenn an den obigen Beispielen deutlich wurde, daß mit der Stellung der jeweiligen nationalen Wirtschaft der Lebensstandard der Arbeitnehmer weitestgehend bestimmt ist, kann auch die Kritik von Ernst Piehl nicht akzeptiert werden, der den Mitgliedsverbänden des Europäischen Gewerkschaftsbundes vorwirft, "offensichtlich 'nationale' Interessen über die Klasseninteressen der abhängig Beschäftigten" zu

(75) Vgl. Die Zeit, Nr. 46 vom 10. 11. 1978

(75a) Süddeutsche Zeitung vom 2./3. 1980

stellen, ohne daß sich um die "Schlüsselfrage: 'Wem nützt es?'" gekümmert würde (76). Es ist ja gerade die Überlegung, daß der Nutzen der 'Klasse' vom Vorteil des Heimatlandes abhängig ist, der die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften veranlaßt, als Deutsche, Briten und Franzosen für die Stärkung der eigenen nationalen Wirtschaft einzutreten und sich gerade nicht als Teil einer weltweiten Arbeiterklasse zu verstehen, der unabhängig von der je spezifischen Situation seines Staates Solidarität praktiziert, weil jenseits der Grenzen auch Arbeiter leben.

Da eine so verstandene Solidarität für kritische Gewerkschafter wie Ernst Piehl aber das eigentliche Anliegen der europäischen Gewerkschaften ist, entdecken sie an den internationalen Aktionen der Gewerkschaften immer einen noch nicht überwundenen Zwiespalt zwischen (begrüßenswerter) Internationalität und (bedauerlichem) Nationalismus. Als typisches Beispiel hierfür gilt Ernst Piehl der Fall des europäischen Chemie-'Multis' AKZO-ENKA-Glanzstoff. Um sich gegen den Arbeitsplatzverlust durch die geplante Stillegung mehrerer Werke in den Niederlanden und in der Bundesrepublik Deutschland zur Wehr zu setzen, organisierten die Gewerkschaftsvertreter beider betroffenen Länder gemeinsam aufeinander abgestimmte Aktionen, die im September 1972 zur vorläufigen Rücknahme der Stillegungsbeschlüsse durch die Konzernleitung führten. Obwohl es keinem der beteiligten Arbeitnehmer oder Gewerkschafter darum ging, mit den holländischen bzw. deutschen Arbeitnehmern uneigennützig Solidarität zu üben, um jenen unabhängig von der eigenen Lage zu helfen, das gemeinsame Vorgehen in dieser Situation also lediglich das beste Mittel darstellte, für alle den Erfolg zu garantieren, interpretiert Piehl diese Seite

(76) Ernst Piehl, Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung, Frankfurt 1974, S. 220

der AKZO-Aktionen als Internationalität gemäß seinem Ideal. Der Logik dieses Ideals entsprechend gelten umgekehrt während der Auseinandersetzungen aufgetretene "nationale Zwischentöne" (77) oder die Fortsetzung einer nationalen Gewerkschaftspolitik nach Beendigung des deutsch-niederländischen Kampfes als Rückfall hinter die Ergebnisse dieses angeblich "international fortgeschrittenen Fall(s)" (78).

-
- (77) Zum Beleg der "nationalen Zwischentöne" führt Ernst Piehl zwei Beispiele an:
Auf einer Betriebsversammlung des deutschen Werkes in Wuppertal-Barmen im April 1972 wurde folgendes Flugblatt verteilt:
"Nach kurzer holländischer Krankheit
verstarb unser aller bekannter 180jähriger
Betrieb J. P. Bemberg...
Lieb Vaterland magst ruhig sein
das Ausland kauft uns alle ein
wir zahlen Entwicklungshilfe fürs ferne Land
doch war tatst Du für unser Land?
Konzerne können maßlos sich entfalten
doch wer denkt an die Schwachen und die Alten
die stempeln gehen und keine Arbeit mehr bekommen
weil Du Millionen Ausländer hast genommen."
Und nach Bekanntgabe der Rücknahme des Stilllegungsbeschlusses wurde am Wuppertaler Werk die schwarz-rot-goldene anstelle der schwarzen Fahne gehißt.
"Die traditionelle rote Fahne der internationalen Arbeiterbewegung war nur ganz am Anfang für wenige Momente auf dem Dach hochgezogen worden; sie wurde eigenhändig von einem leitenden Angestellten des Glanzstoff-Konzerns heruntergeholt. Auch bei der internationalen Siegesfeier im September tauchte sie nicht mehr auf."
(Ernst Piehl, a.a.O., S. 216 f)

- (78) ebd., S. 217

Piehls Ideal eines gewerkschaftlichen Internationalismus, das das Bekenntnis zum Internationalismus frei von jeder realistischen Kalkulation über das Für und Wider der geforderten Gewerkschaftseinheit postuliert, führt ihn ebenfalls dazu, in Abstraktion von den gleichermaßen von 'Gewerkschaftsbükratie' und Arbeitnehmern durchgeführten Nutzenerwägungen, seine Hoffnungen auf die Arbeitnehmer in den multinationalen Konzernen zu setzen. Er vertritt die These,

"daß die MNK für die Gewerkschaftsbewegung neben allen Problemen und Gefahren gleichzeitig die in der Geschichte des Kapitalismus erstmalige Chance zur praktischen internationalen Vereinigung eröffnen. Dabei halten wir ...nicht die von Gewerkschaftsbürokraten verordnete, sondern die im Aufbau von Gegenmacht in den MNK erfahrbare Aktionseinheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung sowohl für politisch wünschenswert als auch über längere Kämpfe für erreichbar." (79)

Die Spekulation auf die Basis in den Betrieben, die dort aktiv tätigen Vertrauensleute und Betriebsräte, beruht auf der Überzeugung, daß die Tatsache, daß oft Zehn- oder Hunderttausende von arbeitenden Menschen letztlich Beschäftigte ein und desselben Konzerns sind, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit über die Grenzen hinweg schaffe (80), ebenso wie "die ständig spürbare Herausforderung durch die Kapitalstrategie mehr Chancen zur Einigung" bieten soll "als die traditionellen Gewerkschaftsstrukturen" (81).

(79) ebd., S. 26

(80) Ernst Piehl, Multinationale Konzerne..., in: Das Parlament..., a.a.O., S. 42; auch: Ernst Piehl, Thesen zu einer betriebsnahen Strategie der Gewerkschaften gegenüber den multinationalen Konzernen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 3/1974, S. 174; auch: Günter Köpke, Multinationale Unternehmen und Gewerkschaften, a.a.O., S. 395

(81) Ernst Piehl, Thesen zu einer betriebsnahen Strategie..., a.a.O., S. 168

Abgesehen von der Tatsache, daß Piehl aus seinem Interesse an gewerkschaftlicher Einigung heraus implizit sogar "Herausforderung(en) durch die Kapitalstrategie" und das heißt Angriffe des Kapitals auf die Stellung der Arbeitnehmer, die ansonsten Anlaß schärfster Zurückweisungen sind, als positiv erachtet, geht er mit seiner Beauftragung der Mitarbeiterschaft multinationaler Konzerne, eine internationalistische Vorreiterrolle zu spielen, total am existenten Bewußtsein der Arbeitnehmer vorbei, die, gleichgültig ob in einem multi- oder nationalen Unternehmen beschäftigt, ihre beruflichen und persönlichen Probleme nicht als Probleme der europäischen Arbeiterklasse interpretieren. Während so z. B. jene Bremerhavener Werftarbeiter, die trotz des Appells der französischen Gewerkschaft CGT an den DGB, im Namen der internationalen Solidarität die Reparatur des ehemaligen Luxusdampfers "France" zu verweigern (82), einfach ihre Arbeit taten und im übrigen angesichts der Situation in der deutschen Werftindustrie froh waren, ihren Betrieb weiter ausgelastet zu sehen, müßte Piehl konsequenterweise darin einen erneuten Beleg des kritikablen Nationalismus erblicken, der Fortschritte in der europäischen Gewerkschaftseinheit verhindert.

Wird der gewerkschaftliche Internationalismus, wie es im Verlauf dieser Untersuchung immer wieder deutlich wurde, stets als ein Ideal aufgefaßt, das ungeachtet der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Gegebenheiten in der europäischen Staatengemeinschaft erreicht werden soll, kann gerade aufgrund dieser Abstraktion von der gesellschaftlichen Realität nicht verstanden werden, weshalb die gewerkschaftliche Einigung in Europa nach wie vor nicht verwirklicht ist. Ein solcher Standpunkt, der die Differenzen und den Nationalismus der europäischen Arbeitnehmer und ihrer Organisationen

(82) Vgl. Die Welt vom 18. 8. 1979

in seinen tatsächlichen wie erfundenen Erscheinungsformen als eine 'schlechte Realität' begreift, die allein durch die Befangenheit in traditionellen Denkgewohnheiten und in überholten nationalen Denkweisen erklärbar sei, sieht nämlich nicht, daß das Problem der Gewerkschaften in Europa nicht darin besteht, keine Einheit zu wollen, sondern in der Klärung der Frage, was Inhalt dieser Einheit sein soll. Die Verwandlung der unterschiedlichen Interpretationen von Zweck und Form einer Interessenvertretung der Arbeitnehmer in eine die Einheit des gewerkschaftlichen Kampfes verhindernde Geisteshaltung führt konsequenterweise dazu, ein neuartiges internationalistisches Bewußtsein zu propagieren, das seinen Grund wiederum nicht in praktischen Überlegungen haben kann, sondern allein im puren Wollen des Ideals.

Wenn eine gewerkschaftliche Einheit in Europa, die darauf basiert, daß die europäischen Verbände überall dort, wo es ihnen wichtig scheint, eine schlagkräftige gemeinsame Handlungsfähigkeit zu erlangen, nicht durch bloße Einheitsappelle erzielt werden kann, dann heißt das positiv, daß nur eine in sachlichen Auseinandersetzungen erarbeitete inhaltliche Zielsetzung die Grundlage vernünftigen gemeinsamen Handelns darstellen kann. Solange die europäischen Gewerkschaften jedoch schon mit Stolz auf Kongresse und Programme verweisen, deren Aussagen für die tägliche Politik kaum von Bedeutung sind, wird die europäische Gewerkschaftsbewegung noch viel bedrucktes Papier und Sonntagsreden hervorbringen, ehe mehr als nur partielle Erfolge erzielt werden können.

Literaturverzeichnis

Allgemeine Literatur

- 1 Abendroth, Wolfgang; Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1975
- 2 Adenauer, Konrad; Erinnerungen, Band 3, 1955 - 1959, Stuttgart 1967
- 3 Albers, D., Goldschmidt, W., Oehlke, P.; Klassenkämpfe in Westeuropa, Reinbek 1971
- 4 Beck-Texte, Europa-Recht, München, 3. neubearbeitete Auflage, Stand: 1. Mai 1977
- 5 Beever, Colin; European Unity and the Trade Union Movements, Leyden 1960
- 6 Berlinguer/Gramsci, Longo/Togliatti; Der historische Kompromiß, Berlin (West) 1976
- 7 Bernd, Otto; Gewerkschaftsbewegung in Deutschland Entwicklung, geistige Grundlagen, aktuelle Politik, Köln 1975
- 8 Blauhorn, Kurt; Ausverkauf in Germany?, München 1967, 4. Aufl.
- 9 Brenner, Otto; Für eine bessere Welt, Aufsätze zur Gewerkschaftspolitik, Frankfurt 1970
- 10 Brenner, Otto; Aus Reden und Aufsätzen, Frankfurt 1972
- 11 Brenner, Otto; Die Gewerkschaften und die europäischen Institutionen, in: Die Neue Gesellschaft, Heft 5/1957
- 12 Bouvard, Marguerite; Labour movements in the Common Market countries
The growth of a European pressure group, New York 1973
- 13 Cante, David; Die Linke in Europa
Eine Ideologie- und Systemanalyse ab 1789, München 1966
- 14 Clegg, Hugh C.; Industrial Democracy and Nationalisation, London 1951
- 15 Dahrendorf, Ralf; Plädoyer für die Europäische Union, München 1973
- 16 Deutsche Initiative für eine europäische Sozial- und Gesellschaftspolitik, vorgelegt auf der Gipfelkonferenz der Europäischen Gemeinschaft in Paris am 19. Oktober 1972, Europa-Archiv, Zeitschrift für internationale Politik, Jg. 1972, Dokumente, Folge 23

- 17 Deppe, Frank, Hg.; Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Reinbek 1975
- 18 Deppe, Frank, Hg.; Arbeiterbewegung und Westeuropäische Integration, Köln 1976
- 19 Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945. Bearbeitet und herausgegeben von Ossip Flechtheim, Berlin 1963, Bd. III
- 20 Elsner, Wolfram; Die EWG - Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften, Köln 1974
- 21 Erklärung der Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Gemeinschaften in Paris am 19. und 20. Oktober 1972, in: Europa Archiv, Zeitschrift für internationale Politik, Jg. 1972 Dokumente, Folge 21
- 22 Furtwängler, Franz Josef; Die Gewerkschaften, ihre Geschichte und internationale Auswirkung, Hamburg 1964
- 23 Gottfurcht, Hans; Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen
Geschichte, Probleme, Aufgaben, Köln 1962
- 24 Gruhler, Wolfram; Die Kontroverse um die multinationalen Unternehmen, Kritik der Vorwürfe und Forderungen, Köln 1974
- 25 Haas, Ernst B.; The Uniting of Europe. Political, Social and Economical Forces 1950 - 1957, London 1958
- 26 Häckel, Erwin; Multinationale Konzerne und Europäische Integration, Bonn 1975
- 27 Häckel, Erwin, Elsner, Wolfram; Kritik der jungen Linken an Europa, Bonn 1973
- 28 Hallstein, Walter; Die europäische Gemeinschaft, Düsseldorf und Wien, 1974, 2. Aufl.
- 29 Hondrich, Karl Otto; Mitbestimmung in Europa
Zur Soziologie der Mitbestimmung
Vergleichende und theoretische Perspektiven, Köln 1970
- 30 Jacobi, Otto u. a., Hg.; Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch '75, Frankfurt 1975
- 31 Jacobs, Eric; European trade unionism London 1973
- 32 Kendall, Walter; Gewerkschaften in Europa, Hamburg 1977
- 33 Leminsky, Gerhard, Otto, Bernd; Politik und Programmatik des DGB, Köln 1974

- 34 Letzeburger Arbechter-Verband, Die freien Gewerkschaften in der modernen Gesellschaft, Luxemburg 1970
- 35 Lyon-Caen, Gérard; Beitrag zu den Möglichkeiten der Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer in der Europäischen Aktiengesellschaft, Manuskript, Brüssel 1969
- 36 Marx, Eli; Unions in Europe
A guide to organised labour in the Six, Falmer/Brighton 1971
- 37 Mielke, Siegfried; Multinationale Konzerne - Internationale Kapitalstrategie ohne Grenzen, in: Das Parlament, Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 11/1974
- 38 Mitbestimmung, Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung informiert, Bonn 1978
- 39 Müller-Armack, A.; Auf dem Weg nach Europa, Tübingen/Stuttgart 1971
- 40 Nemitz, Kurt, Becker, Richard, Hg.; Gewerkschaft - Wirtschaft - Gesellschaft, Köln 1963
- 41 Piehl, Ernst; Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung, Frankfurt 1974
- 42 Piehl, Ernst; Multinationale Konzerne und internationale Gewerkschaftsbewegung, in: Das Parlament, Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 11/1974
- 43 Poesche, Jürgen; Multinationale Unternehmen in der Diskussion, FIW-Dokumentation Heft 3, Köln, Berlin, Bonn, München 1972
- 44 Programm der NPD, hg. von der Presse- und Informationsabteilung der NPD, Hannover o. J. (1967)
- 45 Rische, F.; Arbeiterklasse und EWG, Frankfurt 1974
- 46 Rosenberg, Ludwig; Entscheidungen für morgen - Gewerkschaftspolitik heute, Düsseldorf 1969
- 47 Rosenberg, Ludwig; Kommentare zur Zeit, Köln 1976
- 48 Rosenberg, Ludwig; Verantwortung der Gewerkschaften in einer zukünftigen Wirtschafts- und Währungsunion, in: Europa-Archiv, Zeitschrift für internationale Politik, Heft 9/1972
- 49 Rummel, Reinhard; Soziale Politik für Europa, Bonn 1975

- 50 Sanders, Pieter; Vorentwurf eines Statuts für europäische Aktiengesellschaften, Brüssel 1967
- 51 Sandmann-Bremme, Gabriele u. a.; Die EWG als Sozialgemeinschaft, Köln 1964
- 52 Schierwater, Hans Viktor; Der Arbeitnehmer in Europa, in: Friedrich, C. J. (Hg.); Politische Dimensionen der Gemeinschaftsbildung, Köln und Opladen 1968
- 53 Stewart, Margaret; Trade unions in Europe, 1974
- 54 Vetter, Heinz Oskar; Internationale Gewerkschaftspolitik als Einheit, in: Die Neue Gesellschaft, Heft 6/1970
- 55 Vetter, Heinz Oskar; Die europäischen Gewerkschaften 1972, in: Die Neue Gesellschaft, Heft 1/1972
- 56 Waschke, Hildegard; Zur europäischen Politik von EGB und UNICE, in: Gewerkschaftsreport des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Heft 4/1979
- 57 Waschke, Hildegard; Gewerkschaften in Westeuropa, Frankfurt 1975
- 58 Weymar, Paul; Konrad Adenauer - Die autorisierte Biographie, München 1955

Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft

- 59 gewerkschafts informationen, Gewerkschaftsmitteilungen hrsg. von der Abtlg. 'Gewerkschaften' der Generaldirektion 'Information', Europäische Gemeinschaften, Brüssel
- 60 Erklärung des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu einer verbesserten Arbeitsweise des Wirtschafts- und Sozialausschusses, in: gewerkschafts informationen, Heft 4/1977
- 61 Die Gewerkschaftsbewegung in der Europäischen Gemeinschaft, Teil I und II, in: gewerkschafts informationen, Sondernummer 1975
- 62 Europäische Gemeinschaften (Hg.); Ständiger Ausschuß CGT-CGIL, in: Europäische Dokumentation Schriftenreihe Gewerkschaften und Arbeitnehmer, Heft 12, Brüssel 1971
- 63 Europäische Gemeinschaften (Hg.); Die Europäische Organisation des Weltverbandes der Arbeitnehmer (WVA), in: Europäische Dokumentation, Schriftenreihe Gewerkschaften und Arbeitnehmer, Heft 10, 2. Aufl., Brüssel 1972

- 64 Der Europäische Gewerkschaftsbund und der Ausbau der Zusammenarbeit der Gewerkschaften, Schlußfolgerungen zur Gründung des EGB, Europäische Dokumentation, Brüssel 1973
- 65 Schugens, W.; Rapport contrôle ouvrier, FGTB. Brüssel 1970, zit. in: Die Gewerkschaften und die Kontrollfunktion der Arbeiter in Belgien, Europäische Dokumentation, Brüssel 1972
- 66 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.); EG-Magazin
- 67 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.); Der Schutz der Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen, Europäische Dokumentation, Schriftenreihe Gewerkschaften und Arbeitnehmer 1976/1
- 68 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.); Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Struktur der Gesellschaften (Grünbuch), Bulletin der Europäischen Gemeinschaft, Beilage 8/1975
- 69 Kommission der Europäischen Gemeinschaften; Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage in den Gemeinschaften im Jahre 1975, Brüssel-Luxemburg 1976
- 70 Kommission der Europäischen Gemeinschaften; Bericht über die Entwicklung der sozialen Lage in den Gemeinschaften im Jahre 1977, Brüssel-Luxemburg 1978
- 71 Kommission der Europäischen Gemeinschaften; Eine größere Rolle des europäischen Arbeitnehmers im Unternehmen, Europäische Dokumentation 1977/3
- 72 Leitlinien für ein sozialpolitisches Aktionsprogramm, dem Ministerrat von der Kommission vorgelegt, Luxemburg 18. 4. 1973, Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 4/1973
- 73 Daten und Fakten, Arbeitsmappe für die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament, Hg. Informationsbüro des Europäischen Parlaments und Presse- und Informationsbüro der Kommission der Europäischen Gemeinschaften
- 74 Jahresbericht 1977 des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel, Januar 1978
- 75 Informationsblatt, Hg. Presse- und Informationsabteilung des Wirtschafts- und Sozialausschuß, Brüssel, o. J.
- 76 Ferranti Basil Z. de; Abschiedsrede vor dem Plenum des WSA, in: Bulletin Nr. 8, August 1978, Hg. Wirtschafts- und Sozialausschuß in der Europäischen Gemeinschaft

Veröffentlichungen der europäischen Gewerkschaftsorganisationen

- 77 Satzung des EGB, beschlossen von der Gründungsversammlung Brüssel, 8. 2. 1973, abgeändert durch die Kongresse von Kopenhagen (Mai 1974) und von London (April 1976), EGB Brüssel
- 78 Europäischer Gewerkschaftsbund, Tätigkeitsbericht 1973 - 1975, 2. satzungsgemäßer Kongreß London 22. - 24. April 1976, Brüssel 1976
- 79 Aktionsziele des EGB 1976 - 1979, angenommen vom zweiten satzungsgemäßen Kongreß, London, 22., 23., 24. April 1976, Brüssel April 1976
- 80 Tätigkeitsbericht des EGB 1976 - 1978 für den 3. satzungsgemäßen Kongreß, München, 14. - 18. Mai 1979
- 81 Anhang zum Tätigkeitsbericht des EGB 1976 - 1978, 3. satzungsgemäßer Kongreß, München 1979; Brüssel 1979
- 82 Aktionsprogramm des EGB 1979, Präambel, Teil I bis XI, Aktionsmittel, Manuskripte, Brüssel
- 83 Die Multis sind überall, Der EGB zur Direktwahl, Manuskript, Brüssel 21. 10. 1977
- 84 Studie des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EBG) 'Vollbeschäftigung: Hauptziel der Wirtschaftspolitik', Manuskript, o. O. (Brüssel), u. o. J. (1977)
- 85 Direkte Wahlen mit allgemeinem Stimmrecht zum Europäischen Parlament, Hg. Europäischer Gewerkschaftsbund, Arbeitsblatt 'Demokratisierung der Gemeinschaftsinstitutionen', Brüssel, November 1977
- 86 Tätigkeitsbericht 1971 - 1974 des Sekretariats, vorgelegt zur 2. Generalversammlung des EMB 30./31. Oktober 1974, Frankfurt/Main, Brüssel September 1974
- 87 Tätigkeitsbericht des Sekretariats 1974 - 1977 zur 3. Generalversammlung des EMB 17./18. Mai 1977, Amsterdam, Brüssel, Januar 1977
- 88 Grundsätze der Zusammenarbeit, Interregionaler Gewerkschaftsrat Europa-Region Saarland-Lothringen-Luxemburg, beschlossen auf der 1. Gemeinsamen Konferenz, Saarbrücken, den 10. Juli 1976, Manuskript
- 89 Memorandum du Conseil Syndical Interregional de la Region d' Europe Sarre - Lorraine - Luxembourg du 10 Juin 1978, Manuskript, Hg. Bureau perpétuel du CSI, Saarbrücken

- 90 Kok, Wim; Ansprache am 6. 4. 1978 in Saarbrücken, Manuskript
- 91 Britain and the EEC, Report of the TUC General Council to the 103rd Annual Trades Union Congress, Blackpool 1971

Veröffentlichungen der deutschen Gewerkschaften

- 92 Beykirch, H., Küppers, H. (Hg.); Die Autonomie der Gewerkschaften in einem integrierten Europa, 12. Europäisches Gespräch des DGB, Köln, Düsseldorf 1964
- 93 Braukmann, Karl (Hg.); Europa. Wirtschaftliche Notwendigkeit - Politische Möglichkeit, 15. Europäisches Gespräch des DGB, Köln o. J. (1966)
- 94 Braukmann, Karl (Hg.); Europa 1970, Politische und gesellschaftspolitische Folgen der wirtschaftlichen Integration, 16. Europäisches Gespräch des DGB, Köln 1967
- 95 Braukmann, Karl (Hg.); Europa 1970, Bilanz und Zukunft der Europapolitik, Krisenmanagement oder Emanzipationsstrategie, 19. Europäisches Gespräch des DGB, Köln 1970
- 96 Braukmann, Karl (Hg.); Europa '71, Der EBFG in der Gemeinschaft, eine neue Kraft für Europa, 20. Europäisches Gespräch des DGB, Köln 1972
- 97 Bundesvorstand des DGB (Hg.); Europäische Aktiengesellschaft, Düsseldorf 1972
- 98 Bundesvorstand des DGB (Hg.); Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Broschüre, 1973
- 99 Bundesvorstand des DGB (Hg.); DGB-Info, Gewerkschaftliche Informationen, Europäische Direktwahl 1979, Frankfurt
- 100 Bundesvorstand des DGB (Hg.); Mitbestimmung der Arbeitnehmer, ein Leitfaden, Düsseldorf 1968
- 101 Protokoll des 9. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB in Berlin vom 25. bis 30. Juni 1972, Hg. DGB, Abtlg. Organisation, o. O., o. J.
- 102 Jung, Volker/Piehl, Ernst; Die Entwicklung der internationalen Strukturen der westeuropäischen Gewerkschaften, in: WSI-Mitteilungen Heft 6/1972

- 103 Schuster, Dieter; Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, DGB
Hrsg. DGB Bundesvorstand, Düsseldorf, 4. erg. Aufl. 1973
- 104 Vetter, Heinz Oskar; Gewerkschaftspolitik - Beitrag zur Gesellschaftsreform
Referat 9. Ord. Bundeskongreß 1972 Berlin
Hrsg. Bundesvorstand DGB
- 105 Geschäftsbericht der IG Chemie, Papier, Keramik 1972 - 1975, Hannover
- 106 Der Gewerkschafter, Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall, Frankfurt/Main
- 107 Der Gewerkschafter, Sonderdruck, Heft 9a/1977, zum 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall, 18. - 24. 9. 1977 in Düsseldorf
- 108 Gewerkschaftliche Umschau, Zeitschrift für die Funktionäre der IG Chemie - Papier - Keramik
- 109 Gewerkschaftspost, Zeitung der IG Chemie - Papier - Keramik
- 110 Die Quelle, Funktionärszeitschrift des DGB
- 111 Welt der Arbeit
- 112 Erziehung und Wissenschaft, Hg. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im DGB
- 113 Die demokratische Schule, Verbandsorgan der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Bayern
- 114 Degen, Günther R.; Gewerkschaften in Großbritannien, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Zeitschrift für soziale Theorie und Praxis, Hg. Bundesvorstand des DGB, Heft 9/1976
- 115 Jung, Volker; Der neue Europäische Gewerkschaftsbund, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 4/1973
- 116 Köpke, Günter; Multinationale Unternehmen und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 7/1971
- 117 Lund, Reinhard; Die dänische Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 9/1976
- 118 Matthöfer, Hans; Internationale Kapitalkonzentration und Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 8/1971

- 119 Piehl, Ernst; Thesen zu einer betriebsnahen Strategie der Gewerkschaften gegenüber den multinationalen Konzernen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 3/1974
- 120 Rosenberg, Ludwig; Eine Idee beschäftigt die Welt, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 6/1950
- 121 Rosenberg, Ludwig; Europa ohne Konzeption, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/1951
- 122 Vetter, H. O.; Gewerkschaftseinheit für Europa, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 5/1979
- 123 Vetter, Heinz Oskar; Die Sozialpolitik als Herausforderung an die Industrienationen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 4/1972
- 124 Vilmar, Fritz; Basisdemokratische Strategien in Europa, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 1/1971
- 125 Wagenführ, Rolf; Schumannplan und Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 4/1951
- 126 Zusammenarbeit der Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen, Berichte aus der Praxis, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Heft 7/1971

Zeitungen und Zeitschriften

- 127 Frankfurter Allgemeine Zeitung
- 128 Frankfurter Rundschau
- 129 Handelsblatt
- 130 Der Spiegel
- 131 Sozialpolitische Informationen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung
- 132 Süddeutsche Zeitung
- 133 Times
- 134 Welt
- 135 Weser Kurier
- 136 Die Zeit
- 137 Schumacher, Kurt; dpa-Meldung vom 12. 1. 1947, Nr. 94 und vom 13. 1. 1947, Nr. 22

LEBENS LAUF

Name:	Steffens
Vorname:	Angela Hildegard
Familienstand:	ledig
Geburtsdatum:	1. September 1951
Geburtsort:	Halberstadt
Staatsangehörigkeit:	deutsch
Name des Vaters:	Willi Steffens
Name der Mutter:	Altraud Steffens, geb. Homann
Ortswechsel:	nach Bremen 1956
<u>Schulbesuch:</u>	
Volksschule:	1958 bis 1962
Gymnasium:	Mathematisch-naturwissenschaftliches und neusprachliches Gymnasium 1962 bis 1970
Abitur:	1970 im neusprachlichen Zweig
<u>Studium:</u>	
Studienbeginn:	Wintersemester 1970/71 an der Ludwig-Maximilians-Universität München Zunächst Studium der Germanistik und Zeitungswissenschaft. Seit Wintersemester 1972/73 Politikwissen- schaft im Hauptfach, Soziologie und Zeitungswissenschaft im Nebenfach.
Studienabschlüsse:	Magisterprüfung im Sommer 1976 Promotion zum Dr. phil. im Sommer 1980
<u>Beruf:</u>	Seit August 1980 Lehrtätigkeit bei der Studiengesellschaft zur Förde- rung des europäischen Sprach- und Kulturgutes

